

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:

Gustav A. Horn

Jack Lang

Gerd Müller

Ulle Schauws

Patricia Schlesinger

und viele andere

Kulturpolitik kommunal

Neue Reihe: Wie ist es um die kommunale Kulturförderpolitik der deutschen Landeshauptstädte bestellt?

Seiten 4 und 5

Erinnerungskultur

Gedenken, aber wie?: Debatte rund um das erst geplante und dann gestoppte Freiheits- und Einheitsdenkmal.

Seiten 1, 6 bis 9

CETA

Trügerische Ruhe: Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen CETA hat erste Erfolge gezeigt, muss aber weitergehen.

Seiten 3, 12 und 13

Rundfunk

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Wie sieht die Zukunft aus? Große Fusion oder der Weg in die digitale Welt?

Seite 14

Witzfrei

In den letzten Jahren bin ich deutlich korrekter geworden. Früher habe ich gerne Witze über alles Mögliche gemacht. Besonders Witze über Dicke und Stotterer, da kenne ich mich besonders gut aus, gehörten zu meinem Repertoire. Manchmal rutschen mir heute noch unpassende Bemerkungen heraus, wenn ich Marius Müller-Westernhagens Lied »Ich bin froh, dass ich kein Dicker bin, denn dick sein ist ne Quälerei«, nicht aus meinem Kopf bekomme. Doch ich arbeite hart an mir, nicht mehr selbst über mich zu lachen.

Das ist auch dringend nötig, denn ein unbedachter Satz, eine Bemerkung, ein Witz, selbst unter Freunden gesprochen, kann, wenn nicht sofort, Jahre später das gesellschaftliche Aus bedeuten. Keine Witze über Minderheiten natürlich, aber auch nicht über Mehrheiten, wie Frauen zum Beispiel. Natürlich keine Bemerkungen über Migranten, Moslems und Juden. Behinderte sind sowieso tabu. Geschlechtliche Orientierung ist zwar ein wichtiges politisches Thema, aber kein Witz kommt mir mehr über die Lippen. Und der Gott der Juden, Muslime und Christen und die Götter der anderen Glaubensgemeinschaften stehen selbstverständlich unter strengem Witzverbot.

Wir haben eine erstaunliche Ungleichzeitigkeit der Betroffenheit in unserer Gesellschaft. Jeder, vielleicht manchmal auch emotional befreiende, Witz über einen »Fremden« ist zu tief verwerflich, aber die sprunghaft angestiegene physische Gewalt gegen Migranten lässt viele von uns kalt. Die verbale Schmähung in Witzform, kann tief verletzend sein, deshalb hat der Witzmacher natürlich eine Verantwortung für sein Tun. Doch bleibt ein fundamentaler Unterschied zwischen einem noch so schmerzhaften Scherz und direkter physischer Gewalt. Zurzeit habe ich das Gefühl, dass die Grenzen verwischen und damit letztlich physische Gewalt bagatellisiert und der Witz kriminalisiert wird. Gerade in einer freien Gesellschaft muss die verbale Auseinandersetzung, auch das Witzmachen auf Kosten anderer, so unbeschränkt wie möglich erlaubt sein.

Die Gesellschaft verkrampft immer mehr, kein Witz lockert mehr die Stimmung. Smalltalk bestimmt die politischen Frühjahrs-, Sommer-, Herbst- und Winterfeste des politischen Berlins. Kein gellendes Lachen mehr über eine unkorrekte Bemerkung. Nur noch schöne Menschen auf roten Teppichen. Nur noch Langeweile.

Gut so, endlich haben wir das politische Übel an der Wurzel gepackt und ausgerissen. Ich selbst bin auf einem guten Weg, vollständig witzfrei zu werden. Manchmal werden mir meine Witze über mich selbst fehlen, denn ein Blick in den Spiegel ist jetzt nicht mehr lustig, sondern nur noch ehrlich.

Olaf Zimmermann
ist Herausgeber
von Politik & Kultur



Geschichten der Vielen

Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft

ULLE SCHAUWS

Wir müssen darüber reden, wie wir in Zukunft erinnern wollen. Denn Deutschland ist und bleibt in Bewegung. Jeder fünfte Einwohner hat einen Migrationshintergrund, die Einwanderungsgesellschaft ist längst Realität und die Geflüchteten, die zu uns kommen, machen unser Land tagtäglich noch vielfältiger. Sie alle bringen ihre eigenen Erfahrungen und Geschichten mit. Wie aber kann aus den vielen verschiedenen Perspektiven und Erzählungen eine gemeinsame Erinnerungskultur mit gemeinsamen Werten entstehen? Als bloße Integration in vorgegebene »Erinnerungsstandards« kann dies nicht gelingen. Zu einer ernst gemeinten Integration gehört der demokratische Dialog über Verbindendes und oft genug Trennendes ebenso dazu. Gerade jetzt, wo so viele Menschen mit ihren Geschichten in unserem Land Zuflucht suchen, ist es der richtige Zeitpunkt, neu über Erinnerungskultur und ihre Formen und Formate nachzudenken. Deshalb hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Mai 2016 das Positionspapier »Geschichten der Vielfalt. Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft« beschlossen.

Gemeinsam statt von oben herab

Migration verändert alle, die sogenannte Mehrheitsgesellschaft und diejenigen, die zu uns kommen. Die Autorin Carolin Emcke hat dies treffend auf den Punkt gebracht: »Es werden sich nicht allein die Perspektiven der Geflüchteten öffnen, sondern auch unsere eigenen. Wer wir als Gesellschaft sein wollen, wird sich auch darin zeigen, ob und wie eine solche zeitoffene, vielstimmige Erzählung gelingt«, heißt es in der Kolumne »Erinnern« in der Süddeutschen Zeitung vom 30.01.2016. Dieser Dialog birgt selbstverständlich Konfliktpotenzial. Denn in ihm spielen Fragen eine Rolle, die am Grundverständnis des Zusammenlebens rühren: Wie muss der Erinnerungskonsens unter den Bedingungen von Migration und Flucht neu ausgehandelt und vermittelt werden? Wie werden die Verbrechen des Nationalsozia-

lismus zukünftig im kollektiven Gedächtnis verankert? Und was heißt es für das Verhältnis Deutschlands zu seiner Kolonialgeschichte, wenn Menschen aus ehemaligen deutschen Kolonien nach Deutschland kommen? Diese Fragen müssen auf Augenhöhe miteinander diskutiert werden, paternalistische Bevormundung von Migranten ist hier ebenso wenig wie Harmoniesucht angebracht. Der syrische Autor Riad Sattouf hat in seiner erfolgreichen Graphic Novel »Der Araber von morgen. Eine Kindheit im Nahen Osten« die antisemitische Indoktrinierung in arabischen Ländern eindringlich dargestellt. Mit dem Antisemitismus, den es zweifellos unter vielen, natürlich nicht allen, muslimischen Migranten gibt, gilt es, sich offensiv auseinanderzusetzen. Denn eine Erinnerungskultur, die auf Vielfalt und Dialog setzt, ist keineswegs beliebig und werterelativistisch. Es muss klar sein, dass die Shoah der zentrale Bezugspunkt der Erinnerungskultur in Deutschland ist und bleibt. Und Grundlage für den gemeinsamen Aushandlungsprozess sind die Werte der europäischen Verfassungstradition, also Freiheit, Demokratie, die Gleichheit aller Menschen und der Geschlechter sowie ein selbstbestimmtes Leben für alle. Für die Essentials der offenen Gesellschaft gilt es kontinuierlich zu kämpfen. So sind etwa die Anerkennung der religiösen Vielfalt und des Existenzrechts Israels Grundsätze, die nicht zuletzt aufgrund der deutschen Geschichte niemals aufgegeben werden dürfen. Nur auf der Grundlage unverhandelbarer demokratischer Werte kann aus den verschiedenen Geschichten etwas Neues entstehen, das auf viel umfassendere Weise identitätsstiftend sein kann.

Multiperspektivität statt Sonderpädagogik

In Zeiten großer Migrationsbewegungen definieren sich Zugehörigkeit und Identifikation kontinuierlich neu. In jedem deutschen Klassenzimmer treffen täglich unterschiedliche Erinnerungen an Unrecht und Verfolgung aufeinander. Viele Schüler haben Eltern oder Großeltern, die nicht in Deutschland geboren wurden. Durch die Integration von Geflüchteten an Schulen bekommt diese Auseinandersetzung eine neue Aktualität und Intensität.

Was aber heißt Multiperspektivität? Sie bedeutet, dass eine neue gemeinsame Erinnerungskultur nur entstehen kann, wenn wir die Geschichten und Perspektiven aller Menschen, die in Deutschland leben, wahr- und ernst nehmen. Migranten und Geflüchtete haben anderes erlebt. Und die zusätzlichen Sichtweisen auf historische Vorgänge sollten aktiv aufgegriffen werden. Sie können uns ihre Geschichten erzählen, darüber, wie sie und ihre Vorfahren Kolonialismus erlebt ha-

Die Geschichten und Perspektiven aller Menschen, die in Deutschland leben, wahr- und ernstnehmen

ben – und wie die Folgen kolonialistischer Politik bis heute fortwirken. Sie können uns davon berichten, wie der Zweite Weltkrieg in den Herkunftsländern ihrer Familien erlebt und durchlitten wurde. Gerade in den unterschiedlich tradierten Erfahrungshintergründen – Opfer deutscher Besatzung, Widerstand, Kollaboration etc. – liegt eine große Chance, die Spezifik und Vielschichtigkeit der deutschen Vernichtungspolitik herauszuarbeiten. Multiperspektivität ist keine Bedrohung, sie kann die deutsche Erinnerungskultur bereichern und ihre Werte neu mit Leben füllen. Dass die deutsche Erinnerungskultur nicht statisch sein kann, sondern sich immer wieder öffnen und erweitern muss, zeigt sich an der aktuellen Debatte um die deutsche Kolonialgeschichte. Deren Aufarbeitung beginnt gerade erst, vor allem aufgrund des öffentlichen Drucks zivilgesellschaftlicher Initiativen. Maßgeblich treiben sie die Debatte um Raubgüter, die inhaltliche Gestaltung des Humboldt-Forums oder die Umbenennung von nach Kolonisatoren benannten Straßen

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 6/2016
ISSN 1619-4217
B 58 662



06

EDITORIAL

Witzfrei
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Geschichten der Vielen
Ulle Schauws 01

SEITE 2

Kulturmensch
Eske Nannen 02

AKTUELLES

Es geht nicht nur um CETA und TTIP, es geht um viel mehr
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

KOMMUNALE KULTURPOLITIK

Stuttgart: Immer wieder Gründerzeit
Sven Scherz-Schade 04

Düsseldorf: Weltmetropolen-landeshauptstadtstadtdorf
Peter Grabowski 05

INLAND

Die Entscheidung ist getroffen
Günter Nooke 06

Ein Symptom des Unwillens
Wolfgang Thierse 06

Eine rein finanzielle Entscheidung
Johannes Kahrs im Gespräch 07

Den öffentlichen Diskurs forcieren
Siegmond Ehrmann 07

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal wird kommen, so oder so
Ein Kommentar von Olaf Zimmermann 08

Ratings Agentour
Arnulf Rating 08

EUROPA

Breslau: Spannend und eine Reise wert
Kristina Jacobsen 09

Der Schutz unseres Weltkulturerbes: Eine Aufgabe von fundamentaler Bedeutung
Ein Gespräch mit Jack Lang 10

INTERNATIONALES

Internationale Kulturpolitikforschung als gesellschaftspolitische Aufgabe
Anna Kaitinnis und Meike Lettau 11

CETA und kein Ende?
Herta Däubler-Gmelin 12

Freier Handel und Kultur
Gustav A. Horn 13

MEDIEN

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Nach der Reform ist vor der Reform
Helmut Hartung 14

Public History: Frei von verstaubten Vorstellungen
Felix Zimmermann 15

rbb: Ein wesentlicher Kulturfaktor der Region
Fünf Fragen an Patricia Schlesinger

KULTURELLES LEBEN

Das Schwere leicht machen, nicht das Leichte schwer
Doris Dörrie im Porträt – von Andreas Kolb 16

Kurz gefragt ...
3 Fragen an Susanne Keuchel 16

Luther 2017-Kolumne: Auf ein schönes Wort zusammenkommen
Ayyub Axel Köhler 17

Luther 2017-Kolumne: Auch die Kirche ist eine Marke
Henning von Vieregge 17

Die Rote Liste der bedrohten Kulturinstitutionen 18

Thomas-Mann-Villa, Los Angeles, USA 18

Schloss Freienwalde, Brandenburg 18

Gerstäcker-Museum, Braunschweig, Niedersachsen 18

Eldorado-Kino, München, Bayern 18

AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK

Für einen gerechten Welthandel und für mehr Beteiligung der Zivilgesellschaft

Olaf Zimmermann 19

Kulturelle Freiräume schaffen und gestalten
Andreas Görge 20

Die Menschen direkt erreichen
Wie beurteilen die Obleute im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik die AKBP in dieser Legislaturperiode? 21

Thomas Feist : Authentische »Botschafter« 21

Michelle Müntefering: Ist die Welt noch bei Verstand? 21

Claudia Roth: Realpolitik für die Menschen 21

Diether Dehm: Austausch auf Augenhöhe 21

Der Schlüssel für nachhaltige Entwicklung
Gerd Müller 22

Einander besser verstehen lernen
Günter Nooke 23

Bildung als Menschenrecht
Tanja Gönner 23

Ein wichtiger Vermittler
Klaus-Dieter Lehmann 24

Beiderseits der Oder
Stephan Erb 25

(Inter-)Kulturelle Bildung
Béatrice Angrand 25

Politischer Perspektivenwechsel
Zur Bedeutung der Stiftungsarbeit für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Christiane Kesper: Vergrößerung des Spektrums 26

Ulrich Niemann : Mit Theater für Toleranz werben 26

Christian Römer: Autonome Räume schaffen 26

Gerhard Wahlers: Von Brachflächen zu Friedhöfen 26

Boris Kanzleiter: In die Gesellschaft zurückwirken 26

Neue Wege – neue Ziele
Ronald Grätz 27

Motor der Integration
Thilo Klingebiel 27

Deutsch als Fremdsprache
Ulla Schmidt 28

Unbekannter Riese
Christian Höppner 29

Freiheit, die wir meinen
Franziska Sperr 30

Deutlich wahrnehmbar
Maja Pflüger 30

Die Bitte, etwas Gutes zu tun
Jutta Weduwen 31

Ein breiter Blumenstrauß an Aufgaben
Theresa Brüheim im Gespräch mit Bernd Fabritius 31

Die alten Kräfte dominieren auch die neue Zeit in der Kultur
Peter Grabowski 32

Raum für Public Diplomacy
Theresa Brüheim und Anna Cecilia Hüttmann 32

Möglichkeit für Vernetzung, Offenheit und Interdisziplinarität
Daniel Gad 33

REAKTION

Ein Berg wird neu entdeckt
Tobias J. Knoblich

Die Kunst ist frei, sich politisch zu engagieren
Katarina Barley 34

STELLUNGNAHME

Für Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich
Stellungnahme des Deutschen Kulturrates 35

DAS LETZTE

Wie ich einmal als überzeugter Europäer leider gezwungen wurde, um Hilfe zu bitten
Theo Geißler

Möhrensalat
Die P&K-Nachrichten 36

Karikatur 36

Impressum 36

DER AUSBLICK

1 | 17

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Januar 2017.
Im Fokus der nächsten Ausgabe steht das Thema »Kultur im Iran«.

Fortsetzung von Seite 1

voran. Lange Zeit galt Deutschland als die kleine und »harmlose« Kolonialmacht. Der 100. Jahrestag des Endes der deutschen Kolonialherrschaft hat aber den Völkermord, der im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika stattfand, ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Der Kolonialismus hat nicht nur die kolonisierten Länder verändert, sondern genauso die Kolonisatoren. Diskussionen über »Postkolonialismus« beinhalten, dass der Kolonialismus in unseren Köpfen weiterlebt, und das oft unbewusst. Bis heute prägen kolonialistische Bilder unser Denken: das Bild vom wilden Afrika oder exotische Vorstellungen des »Fremden«. Sie tragen dazu bei, fortbestehende Machtverhältnisse zu verfestigen. Erinnerungsarbeit zielt hier ganz direkt auf unsere Vorstellungen vom »Anderen« und die Spätfolgen rassistischer Ideologie.

An der Kolonialismusdebatte zeigt sich nicht zuletzt, dass der Prozess hin zu einer multiperspektivischen Erinnerungskultur nicht staatlich verordnet werden kann. Auch über die Vielfalt von Opfererfahrungen und Verantwortung müssen wir öffentlich reden. Die »korrekte« Erinnerung darf nicht als Mittel der Grenzkontrolle oder als Integrationsiegel dienen. Herkunftsdeutsche sind nicht Erziehungsberechtigte qua Abstammung. Denn auch in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft gibt es – über die Generationengrenzen hin-



Ulle Schauws

weg – Nachholbedarf. So besteht bei vielen immer noch ein eklatantes Unwissen über Nationalsozialismus und den Lebensalltag in der DDR-Diktatur.

Was tun? Erinnern in die Zukunft

Historische und politische Bildung bilden eine Einheit, das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Wir brauchen neue Instrumente, mit denen Fragen der Erinnerungskultur denjenigen Schülern vermittelt werden können, die zwar aufgrund ihrer eigenen Migrationsgeschichte keinen unmittelbar familiär-historischen Bezug zur deutschen Historie haben, dafür aber sel-

ber die geschichtlichen Erfahrungen ihrer Familien »im Gepäck« mitbringen – oder die ihrer Eltern und/oder Großeltern. Daher sollten Schulpläne und -bücher kontinuierlich auf ihre Multiperspektivität hin geprüft und aktualisiert werden und entsprechende Lehrerfortbildungen angeboten werden. Wichtig sind dialogförmige Angebote an Gedenkstätten und -orten, um Erinnerungskultur direkt erlebbar zu machen. Die strukturelle Unterfinanzierung der Gedenkstätten ist nicht hinnehmbar, selbst Gedenkstätten wie Buchenwald oder Sachsenhausen sind nicht in der Lage, der Nachfrage nach Führungen gerecht zu werden. Die Kooperation mit Schulen muss definitiv stärker gefördert werden.

Weil die Generationen der Zukunft noch diverser sein werden, sind neue und kreative Wege der Vermittlung gefragt. Diese Vermittlung muss offen für Kontroversen sein, denn Lernen entsteht durch Widerstreit. Nur wenn geschichtliche Aufarbeitung durch Konflikte und Widersprüche hindurchgeht, kann eine Erinnerungskultur entstehen, die uns alle miteinander verbindet und nicht trennt. Darum sollten wir jetzt den Mut haben, diese Grundlage für ein vielstimmiges »neues Wir« zu schaffen.

Ulle Schauws ist Sprecherin für Kultur- und Frauenpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Kulturmensch Eske Nannen

Eske Nannen – dieser Name ist seit Jahrzehnten eng verbunden mit dem Emdener Kunstleben. Bereits 1983 eröffnete sie in Emden eine Malschule, den Kunstverein Ludolf-Backhausen-Gesellschaft und die »Stiftung Henri Nannen«. Nach dem Tod ihres Mannes Henri Nannen im Jahr 1996 wurde die Stiftung in »Stiftung Henri und Eske Nannen« umbenannt. Nach der Schenkung von 200 Bildern vom Kunstsammler Otto van de Loo an die Kunsthalle Emden wurde ein Erweiterungsbau der Kunsthalle geplant. 2000 wurde dieser Bau, der zum größten Teil Gemälde und Skulpturen deutscher Expressionisten zeigt, offiziell eröffnet. Eske Nannens großes Engagement wurde mehrfach gewürdigt, unter anderem erhielt sie im Jahr 1999 den Friedlieb Ferdinand-Runge Preis für unkonventionelle Kunstvermittlung, ein Jahr später folgte der Deutsche Stifterpreis des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und 2012 wurde sie mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Ende des Jahres 2016 plant Eske Nannen als Geschäftsführerin der Kunsthalle Emden zurückzutreten.

Zu Beginn des neuen Jahres, am 4. Januar 2017, wird Eske Nannen dann ihren 75. Geburtstag feiern. Sie hat schon angekündigt, im Anschluss im Ruhestand mehr reisen zu wollen. Aber die Kunstförderung wird sicher Herzensangelegenheit bleiben.



FOTO: MICHAEL KERSTGENS



Es geht nicht nur um CETA und TTIP, es geht um viel mehr

Wer die Diskussionen über die Freihandelsabkommen verhindern will, beschädigt die Demokratie nachhaltig

OLAF ZIMMERMANN UND
GABRIELE SCHULZ

Die Wallonie, die französischsprachige Provinz Belgiens, und Brüssel-Hauptstadt stemmten sich gegen das CETA-Abkommen, sodass das gesamte Zeittableau zur Unterzeichnung durch-einandergeriet.

In dieser Phase zeigten jene ihr wahres Gesicht, die für die Europamüdigkeit vieler Bürger verantwortlich sind. So warf beispielsweise EU-Digitalkommissar Günther Oettinger, wie Medienberichten zu entnehmen war, die Frage auf, ob nun noch der Kirchengemeinderat von Biberach entscheiden müsse. Er machte damit jene Gremien, Institutionen und auch Kommunen lächerlich, die sich ernsthaft mit dem Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU auseinandersetzen und darum ringen, eine bestmögliche Lösung zu finden.

Sicher, es gäbe schlechtere Länder, mit denen die EU Freihandelsabkommen schließen könnte. Kanada ist eine gefestigte Demokratie, die sich durch Rechtsstaatlichkeit und insbesondere die Wahrung und das Eintreten für kulturelle Vielfalt auszeichnet. Aus Kanada kam der Impuls, eine UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen auf den Weg zu bringen und die Kanadier haben sich für diese Konvention in besonderer Weise stark gemacht, gerade weil sie schlechte Erfahrungen mit dem übermächtigen Nachbarn und Kulturrexporteur USA gemacht haben.

Dennoch bei CETA geht es um mehr als ein Freihandelsabkommen. Das werden auch die Befürworter dieses Abkommens nicht müde zu betonen. Sie unterstreichen, dass mit CETA die Tür für eine neue Generation von Abkommen geöffnet wurde, die mehr sind als Abkommen zur Senkung von Zöllen und zum Zugang zu Märkten. CETA soll ein »lebendes« Abkommen sein, das nach Vertragsschluss auf administrativer Ebene durch den Regulatorischen Rat weiterentwickelt wird. Allein diese Regelung muss jeden, der auf demokratische Entscheidungsprozesse unter Einbeziehung von Experten und zivilgesellschaftlichen Akteuren setzt, aufhorchen lassen. Nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 13. Oktober 2016 darauf verwiesen, dass die Beteiligung Deutschlands bei Entscheidungen des Regulatorischen Rats gesichert werden muss (mehr hierzu von Herta Däubler-Gmelin auf Seite 12 in dieser Ausgabe).

Wer den Vertragstext mit einer Kulturbille liest, dem fällt sofort einiges auf. Zunächst einmal, eines der umfanglichsten Kapitel in dem Vertrag ist das zu geistigem Eigentum. Einem Kernthema der Kulturpolitik und einer Materie, der sich eine eigene internationale Organisation, die WIPO (Weltorganisation für geistiges Eigentum) widmet. Warum also ein eigenes umfangliches Kapitel in einem Freihandelsabkommen, wenn Fragen des geistigen Eigentums in einer eigenen internationalen Organisation geregelt werden?

Das ist aber nicht die einzige Auffälligkeit aus Kultursicht. Bemerkenswert sind vor allem die Unterschiede in den Ausnahmen zwischen Kanada und der EU. So nimmt Kanada die gesamte Kulturwirtschaft von Regulierungsbestimmungen zu Subventionen aus, die EU ausschließlich die audiovisuellen Dienstleistungen. So schafft Kanada



Aktion vor dem SPD-Parteikonvent 2016 in Wolfsburg gegen CETA

Ausnahmen für die gesamte Kulturwirtschaft, wenn es um die Niederlassung von Investitionen und deren diskriminierungsfreie Behandlung geht, die EU nimmt wiederum ausschließlich die audiovisuellen Dienstleistungen aus. Gleiches lässt sich für den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel ausführen, auch hier wieder das bekannte Bild: Kanada nimmt die gesamte Kulturwirtschaft aus, die EU die audiovisuellen Medien. Für die interne Regulierung gilt das Gleiche. Spannend sind auch die Annexe, hier haben sowohl Kanada als auch einige EU-Mitgliedstaaten gesonderte Ausnahmen für Kultur oder auch Bildung getroffen. Deutschland hat lediglich im Zeitungswesen abgesichert, dass ausländische Investoren keine Mehrheit erhalten dürfen, siehe hierzu auch eine Synopse unter <http://bit.ly/2elzceW>.

Um nicht missverstanden zu werden, jede dieser Ausnahmen ist richtig, wichtig und gut. Und jede dieser Ausnahmen zeigt, dass es um viel, gerade im Kultur- und Medienbereich geht. Doch wäre es nicht erforderlich gewesen, dass die EU auch die gesamte Kulturwirtschaft ausnimmt. Warum diese Ungleichbehandlung zwischen der EU und Kanada. Kennen die Akteure auf der europäischen und der deutschen Ebene etwa nicht die Bemühungen der kanadischen Regierung ihre Kulturwirtschaft zu stärken, sodass Kanada inzwischen ein wichtiger Exporteur von kulturwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen gerade im Film- sowie im Computerspielsektor ist? Ist die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, um einmal auf die nationale Ebene zu blicken, trotz mehreren Jahren Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft, noch nicht angekommen? Kulturgüter transportieren Werte und sind zugleich Handelswaren, diesem Doppelcharakter von Kultur, der in der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt an verschiedenen Stellen beschrieben wird, wird die EU-Kommission bei ihren Verhandlungen offenbar nicht gerecht, ansonsten sähe der Vertragstext anders, vielleicht kanadischer, aus.

Ärgerlich ist aber nicht nur, dass jetzt versucht wird, die Wallonie ins Lächerliche zu ziehen. Ärgerlich ist auch, dass die Proteste in Deutschland und in anderen Ländern gegen CETA und TTIP so wenig Beachtung finden. Denn schließlich waren sie es, die dazu beitrugen, die zuvor bestehenden Vorschläge zu den Investor-Staat-Streit-schlichtungsverfahren grundlegend zu überarbeiten. Auch an anderen Stellen haben die Proteste Wirkung gezeigt, sodass das vermeintlich im September 2014 bereits ausverhandelte Abkom-

men noch einmal deutlich nachgebessert wurde. Dies offenbart in einem solchen Umfang, dass das CETA-Abkommen für die Europäische Kommission jetzt als das beste Freihandelsabkommen, das je verhandelt wurde, gilt. Dies zeigt, dass sich der Dialog auch mit den Gegnern offenbar lohnt und dass ein Verhandlungspartner wie Kanada auch zu Veränderungen bereit ist.

Was heißt dies für die Zukunft? Zunächst müsste eine Debatte darüber stattfinden, mit welcher Zielrichtung Freihandelsabkommen geführt werden, insbesondere moderne Freihandelsabkommen, die über Zollsenkungen hinausgehen. Dass wirtschaftliche Faktoren zumindest beim Freihandelsabkommen mit Kanada für Deutschland

nicht der entscheidende Aspekt sind, zeigt indirekt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Das Gericht hat eben nicht einen möglichen wirtschaftlichen Schaden als wesentlichen Grund für die Ablehnung der einstweiligen Verfügung zur vorläufigen Anwendung genannt, sondern einen möglichen außenpolitischen Schaden. Die Außenpolitik scheint für uns einer der herausragenden Aspekte bei den derzeit in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP zu sein. Es geht um die Stärkung der Westbindung und des transatlantischen Verhältnisses, speziell mit Blick auf TTIP, denn die USA haben ihren Blick von uns weg, stark in den pazifischen Raum gerichtet.

Vielleicht wäre es hilfreich, diese politischen Aspekte in der Kommunikation über die Ziele wäre insbesondere mit Blick auf die unter dem Radar der Aufmerksamkeit laufenden Verhandlungen für das internationale Dienstleistungsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement) erforderlich, das von einer Gruppe von 23 Staaten, unter anderem den USA und der EU, verhandelt wird. Bei TiSA geht es nicht um Investitionen, sondern ausschließlich um den Dienstleistungshandel. Bei Wikileaks veröffentlichte Dokumente

(siehe <http://bit.ly/2e1va5R>) zeigen nun, dass die Ausnahmen sehr eng gefasst werden sollen und eigentlich nur solche öffentlichen Dienstleistungen, die hoheitlich ausgeübt, kostenfrei für die Verbraucher erbracht werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Anbietern stehen, geschützt werden sollen. Fast jede öffentliche Kulturdienstleistung kostet den Nutzer aber etwas und zu fast jeder gibt es eine privatwirtschaftliche Konkurrenz. Die Ausnahmen sind also denkbar eng gefasst und schützen mitnichten die gesamte öffentliche kulturelle Daseinsvorsorge.

Den Verhandlungen zu diesem Abkommen muss jetzt die höchste Aufmerksamkeit gewidmet werden, zumal dem Vernehmen nach die Verhandlungen noch in diesem Jahr (!) abgeschlossen werden sollen.

Ist es also viel Gezeter um CETA, TTIP, TiSA & Co.? Nein, denn es geht um nichts anderes als die Frage, wie wir in der Zukunft leben und wirtschaften wollen. Bei einer solch wichtigen und weitreichenden Frage müssen breite gesellschaftliche Diskussionen geführt werden. Wer diese Diskussionen verhindern will, wie offensichtlich die Europäische Kommission, aber auch Teile unserer Bundesregierung, beschädigt die Demokratie nachhaltig.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

WDR 3

ZEIT FÜR HÖRSPIELE

WDR 3 IST KULTUR
UND HÖRSPIELKULTUR HAT EINEN FESTEN TERMIN:
19.05 UHR IST HÖRSPIELZEIT

Immer wieder Gründerzeit

Kulturpolitische Herausforderungen in der Landeshauptstadt Stuttgart

SVEN SCHERZ-SCHADE

Lärm und Großbaustelle am Stuttgarter Hauptbahnhof, wo »Stuttgart 21« voll zu Gange ist. Unweit dahinter steht die neue Stadtbibliothek am Mailänder Platz, die 2011 eröffnet wurde. Die Baukosten für den wunderschönen, quadratisch, praktisch, guten Architekturkracher des Koreaners Eun Young Yi betragen knapp 80 Millionen Euro. Auf 11.500 Quadratmetern wird hier die Stadtbücherei des 21. Jahrhunderts verwirklicht und statistisch deutlich spürbar sind die Zahlen von Nutzer und Ausleihen seit dem Start nach oben gegangen. Die Schwaben in ihrer Hauptstadt halten viel auf Kultur. Das spürt man kommunalpolitisch. Auf der anderen Seite des Bahnhofs steht die Stuttgarter Oper, die hälftig von der Stadt mitfinanziert wird. Sie wurde 2016 vom Fachmagazin »Opernwelt« zum insgesamt sechsten Mal als »Opernhaus des Jahres« titulierte. Das macht froh und stolz und wenn nun demnächst an dem Gebäude umfangreiche und kostenintensive Sanierungen fällig werden, stehen so gut wie alle im Stadtrat dahinter. Das muss sein. Das ist selbstverständlich.

Das Musterlände hat Geld. Seine Hauptstadt auch

Und nächstes Jahr bekommt Stuttgart nun auch noch ein neues Stadtmuseum, das als Abteilung des Kulturamts in Trägerschaft der Stadt geführt werden wird. Es wird in das komplett sanierte Wilhelmshaus einziehen, dort, wo früher die Stadtbibliothek zuhause war. Außen steht noch die historische Fassade, innen wird es quasi ein neues Gebäude. Seit neun Jahren gibt es einen Planungstab Stadtmuseum, der seitdem auch die Sammlung systematisch aufgebaut hat, vereinzelt mit Exponaten aus dem Depot des Stadtarchivs, aber insbesondere auch in Kontakt und Austausch mit den Bürgern, denn die Ausstellung wird lebensgeschichtlich orientiert, sie soll nicht wie ein konventionelles Heimatmuseum konzipiert werden. Stattdessen präsentiert man Themen der Gegenwart und Zukunft, auch das, was den Diskurs Stuttgarter Zeitgeschichte bestimmt, sodass »Stuttgart 21« sicherlich mit von der Partie sein wird. Der Wille für ein solches Stadtmuseum – Stuttgart hatte bislang keines – formte sich bereits vor Jahren unter CDU-Bürgermeister Wolfgang Schuster und wurde unter dem neuen Oberbürgermeister (OB) Fritz Kuhn (Bündnis90/Die Grünen) fortgesetzt. Da sich Stuttgarts Kulturpolitik in dieser Angelegenheit auf eine breite bürgerschaftliche Basis stützte, spielten einzelne Partei- oder Fraktionsinteressen hier eine untergeordnete Rolle und en gros lässt sich ähnliches für die kommunale Kulturpolitik generell feststellen. »Ich beobachte grundsätzlich eine fraktionsübergreifende Aufgeschlossenheit im Gemeinderat für kulturelle Fragen«, sagt z. B. die ehrenamtliche Stadträtin Petra Rühle von den Grünen. Kultur gehört – wie in allen Städten – zu den freiwilligen Aufgaben. Einvernehmliche Einsicht, dass diese Freiwilligkeit unverzichtbar ist, bietet insofern hervorragende kulturpolitische Voraussetzungen.

Einvernehmlich ist man auch beim nächsten großen Kulturprojekt, dem neuen Haus für Film und Medien. Weil Stuttgart schon lange kein kommunales Kino mehr hat – es war früher im

Planetarium untergebracht, später im Filmhaus in der Friedrichstraße, wurde aber 2008 geschlossen –, hat sich eine Initiative aus Vereinen, Haus des Dokumentarfilms, Volkshochschule und anderen zusammengetan, um auf die cineastische Lücke hinzuweisen. Der Stadtrat hat nun Gelder für eine Standortstudie, Erstellung einer Planungsstudie und Betriebskonzeption bewilligt. Es soll ein institutionell gefördertes Haus für Film und Medien geschaffen werden, in dem nicht nur kommunales Kino sondern ebenso ein Workshop-Angebot und Medienbildung stattfinden kann. »Dass Stuttgart ein Haus für Film und Medien bekommen soll, halte ich für sinnvoll und wichtig«, sagt Jürgen Sauer, ehrenamtlicher Stadtrat der CDU-Fraktion. Aber Stuttgart ist eine eng bebaute Stadt in Talkesselage. Da findet sich nicht immer gleich ein Örtchen. In Diskussion ist der Hindenburgbau, wiederum hinterm Hauptbahnhof, ein Neubau oben auf dem Parkhaus des Kaufhauses Breuninger oder die Calwer Passage. Der Planungsprozess läuft.

Wie und wo auch immer dieses kommunale Kino neuen Typs hinkommt: Stuttgarts kulturelle Infrastruktur ist damit wieder mal in »Gründerzeit«. So sieht es Birgit Schneider-Bönninger. Sie ist Leiterin des Kulturamts und freut sich selbstverständlich über den Wachstumskurs, insistiert aber, dass ein »Nachhaltigkeits-Management« wichtig ist. »Wir arbeiten daran, der Politik eine Strategie für eine langfristige, zukunftsorientierte Kulturentwicklung an die Hand zu geben«, sagt sie. Vom Stuttgarter Gemeinderat kam selbst schon Interesse daran, dass man die Kultureinrichtungen evaluiert, um Zielvereinbarungen und Qualitätskriterien zu formulieren. Schneider-Bönninger würde gern zusammen mit den Kultureinrichtungen Prognosen und Szenarien für eine kontinuierliche Weiterentwicklung erstellen.

Worum es geht: Kommunalpolitik hat im Grunde nie eine »Kultur des Aufhörens« – ein Begriff vom Kultur-

manager Armin Klein – etabliert. Lediglich Projektförderungen laufen aus. Ansonsten werden Einrichtungen, die in die institutionelle Förderung aufgenommen werden, auf unbestimmte Ewigkeit hin gefördert. Lange galt das wie eine Lebensversicherung für die jeweilige Kulturinstitution. Doch bleiben – mit dieser Sicherheit im Rücken – die Kultureinrichtungen auch flexibel, um auf den Wandel gesellschaftlicher Herausforderungen zu reagieren? Digitalisierung etwa oder aktuell kulturelle Arbeit mit Flüchtlingen, sind Aufgaben, denen sich alle öffentlich geförderten Einrichtungen zu stellen haben. »Wichtig ist, die Kulturbetriebe mit dieser Zeitdiagnose zu konfrontieren«, sagt Schneider-Bönninger: »Die Schlüsselfrage einer Selbstevaluation lautet: »Was brauchen wir?« Ausdrücklich geht es nicht um Rotstift-Konzepte etwaiger Schließungen. Genau das soll ja vermieden werden!

2009 gab es in Stuttgart Sparrunden. Auch die Kultur war betroffen, im Kulturhaushalt wurde gekürzt. Daraufhin wurde der Prozess »Kultur im Dialog« eingeleitet. Kurzzeitig ging auch das Schreckgespenst eines globalen Minderaufwands um, sodass Kultur vier bis fünf Prozent hätte einsparen müssen. Glückliches Stuttgart. Das wurde verschoben. »Aber es lässt sich nicht ausschließen, dass das einmal wieder kommt«, sagt Schneider-Bönninger, die kurz nach Antritt ihres Jobs 2014 einen kulturpolitischen Stammtisch einrichtete. Man trifft sich vier Mal im Jahr, öffentlich im Jazz-Club Bix, durchschnittlich 150 Teilnehmende. Da kommen Kulturakteure aus allen Sparten und Kulturpolitiker zusammen. Ein Schwerpunktthema wird anmoderiert, es wird referiert und diskutiert, dann gibt es Zeit zum Austausch in kleinen Gruppen, später im Plenum. »Wir werten die Ergebnisse aus und transferieren das auf die politische Ebene«, sagt Schneider-Bönninger: »Im Kulturausschuss werden die Ergebnisse dann, meist gebündelt,

STUTT GART: ZAHLEN UND FAKTEN

Einwohner ca. 605.000

Fläche: ca. 207 km²

Bevölkerungsdichte: ca. 3008 Einwohner pro km²

Nächste Oberbürgermeisterwahl: Herbst 2020

Oberbürgermeister: Fritz Kuhn (Bündnis90/Die Grünen)

Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht: Dr. Fabian Mayer (CDU)

Kulturausgaben: ca. 147 Mio. Euro pro Jahr

Kulturausgaben pro Einwohner: 243 Euro pro Jahr

vorgetragen«. Auf diese Weise seien schon zahlreiche Vernetzungen der kulturellen Sparten und Institutionen und auch Projekte entstanden. Jede Woche hält Schneider-Bönninger auch eine Kultursprechstunde. In unregelmäßigen Abständen lädt man zu größeren Dialogforen im Rathaus, die sich mit aktuellen Brennpunkt-Themen befassen. Wenn man so will: Auch diese Dialog-Kultur war eine Art Gründerphänomen und sie ist eine gute Voraussetzung, im einsichtigen Austausch miteinander jene Art von Entwicklungsplanung für die Kultur zu thematisieren. Stuttgart denkt vor, auch wenn es nicht akut von Einsparungen bedroht ist.

Beide Kommunalpolitiker, Petra Rühle wie auch Jürgen Sauer, begrüßen das und sie wiederholen ausdrücklich, dass man damit keine Streichung oder Schließung vorbereite. Im Gegenteil: Jürgen Sauer fordert einen neuen Musikspielort mittlerer Größenordnung ab 500 bis 2.500 Plätze. Liederhalle und Co. reichten bei Weitem nicht mehr aus. Viele Konzertveranstalter machten einen Bogen um Stuttgart und würden in die umliegende Region ausweichen. Damit hat er Recht, schaut man sich den Ballungsraum an mit Fellbach, Böblingen, Ludwigsburg und wie die mittel-

großen benachbarten Städte alle heißen. Dort herrscht hervorragende Kulturer-sorgung.

Das Musterlände hat Geld. Seine Hauptstadt auch. 147 Millionen Euro beträgt der Kulturgesamtetat laut Haushaltsplan 2017 für alles, d. h. inklusive der Personalkosten der Mitarbeiter beim Kulturamt plus sechs Abteilungen (Philharmoniker, Stadtbibliothek etc.). Davon gehen 23 Millionen Euro an die »externe« institutionelle Förderung ohne Staatstheater und 1,4 Millionen Euro an Projekte. Weil im Gemeinderat ein Kulturkonsens gilt, sind diese Budgets stabil bzw. die Zeichen stehen eher auf Weiterentwicklung. Mit dem aufgestellten Doppelhaushalt 2016/17 sind neue Projektfonds hinzugekommen zur kulturellen Bildung, zur Club-Förderung, eine Aufstockung gab es bei der Interkultur und Kulturarbeit mit Flüchtlingen. Es wurde auch beschlossen, die Theater z. B. zu unterstützen, die mit viel Personal arbeiten und Tarif-Erhöhungen und Preissteigerungen bedienen müssen. Eingeleitet wurden deshalb »Maßnahmen zur strukturellen Unterfinanzierung der personalintensiven Kultureinrichtungen«, sodass Kulturbetriebe, die mit 30 Beschäftigten und mehr arbeiten, nun 12,5 Prozent mehr Finanzen von der Stadt erhalten.

Stuttgart nutzt die Kultur mittlerweile in besonderem Maße für die Stadtentwicklung. Das zeigt sich bei den sogenannten Wagenhallen am Nordbahnhof, die jetzt mit 50 Millionen Euro saniert werden, damit hinterher eine große Atelierhalle für Künstler sowie Raum für Konzertbetrieb entsteht. An die Wagenhallen grenzt ein Areal, auf dem unweit des Rosensteinparks ein neues Wohngebiet entsteht. Das Quartier entwickelt sich somit, nachdem die Kultur schon da ist. Oft ist es umgekehrt.

Seit Mitte Oktober hat Stuttgart nun auch wieder einen neuen Kulturbürgermeister. Fabian Mayer (CDU) leitet das Referat »Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht«. Der Posten war noch offen, nachdem Vorgängerin Susanne Eisenmann (CDU) im Mai 2016 in die Landesregierung ins Kabinett Kretschmann II wechselte bzw. »aufstieg«. Nun ist sie Kultusministerin. Auch personalpolitisch ist Stuttgarts Kulturpolitik hochinteressant. Hier bahnen sich Karrieren.

Sven Scherz-Schade ist freier Journalist und arbeitet u. a. zu den Themen Kultur und Kulturpolitik für den Hörfunk SWR2

KOMMUNALE KULTURPOLITIK

Im Anschluss an die Serie zur Landeskulturpolitik beleuchtet diese Reihe die aktuelle Kulturpolitik aller Hauptstädte der deutschen Bundesländer – mit Ausnahme der drei Stadtstaaten. In sieben Ausgaben nehmen wir jeweils zwei Landeshauptstädte unter die Kulturlupe.



Turm des Hauptbahnhofs in Stuttgart

Weltmetropolenlandeshauptstadtstadtdorf

Wie steht es um die kommunale Kulturpolitik in Düsseldorf?

PETER GRABOWSKI

Ein schöner Spätsommertag Anfang September: Der Kulturberater Patrick Föhl steht im ersten Obergeschoss des noblen Palais Wittgenstein im strahlenden Sonnenschein. Doch während sonst jeder Einfall natürlichen Lichts in untere Etagen dicht bebauter Altstädte für buchstäblich helle Freude sorgt, guckt Föhl in diesem Moment ausgesprochen unglücklich: Die etwa 120 Leute vor ihm können nämlich leider nicht lesen, was auf der Leinwand hinter ihm zu sehen war – oder besser: zu sehen gewesen wäre, wenn sich der Raum hätte verdunkeln lassen.

»Geht nicht wegen Denkmalschutz«, klärt Düsseldorfs Kulturdezernent Hans-Georg Lohe die misstrauisch grummelnde Schar von Kulturakteuren aus allen Sparten und Ecken der Stadt darüber auf, warum es im Kammermusiksaal des ehrwürdigen Palais keine Jalousien gibt. »Das ist natürlich schade«, versucht Föhl zu retten, was zu retten ist, »aber dann les' ich's Ihnen eben vor.«

Die Szene hat Symbolwert. In ihr zeigen sich Attraktivität und Reichtum der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt, aber eben auch ihre Tücken und Schwierigkeiten: Düsseldorf hat eine große Geschichte, gerade in Kunst und Architektur. Doch diese ruhmreiche Vergangenheit sorgt in der Gegenwart für einige Probleme, unter anderem auch mit der vielzitierten »Sichtbarkeit«.

Die leidet nicht nur ganz konkret, wenn bei einer Präsentation des aktuellen Kulturplanungsprozesses wegen des Denkmalschutzes keine Folien an die Wand des Tagungsraums projiziert werden können. Auch im übertragenen Sinn geht der Blick auf das Heute immer wieder mal verloren, weil man sich zwischen Düssel und Rhein gern am glamouröseren, irgendwie besseren Gestern berauscht. Das reicht vom Wittelsbacher Kurfürsten und Kunstsammler Johann Wilhelm – der Rheinländer sagt: »Jan Wellem« – Ende des 17. Jahrhunderts über die Düsseldorfer Malerschule Schadows und der Achenbach-Brüder gut 100 Jahre später bis in die jüngere Zeit, zu Beuys, dem Ehepaar Becher und den Elektropionieren von Kraftwerk.

An diese ruhmreichen 1960er, 1970er, 1980er Jahre, als Düsseldorf zu den Weltmetropolen der Kunst zählte, tragen viele Bürger der Stadt bis heute jede Menge Erinnerungen mit sich herum. Aus ihnen nährt sich allerdings auch eine manchmal fast pathologische Sehnsucht nach dieser eben erst vergangenen Epoche. Folgerichtig beklagt die Kunst- und Kulturszene unserer Tage einen eklatanten Mangel an Wahrnehmung und Wertschätzung; vor allem innerhalb der Stadtgrenzen, und das trotz großer Qualität vieler Künstler, nicht nur der prominentesten wie Katharina Sieverding, Rosemarie Trockel, Andreas Gursky oder Thomas Ruff.

Dieses Phänomen ist auch ein Thema der zurzeit laufenden Kulturentwicklungsplanung (KEP). Sie wird – im Auftrag der Stadt – von der Kulturpolitischen Gesellschaft organisiert, die sich wiederum Patrick Föhl vom Berliner Netzwerk für Kulturberatung als Projektleiter dazu geholt hat. Er und seine Mitarbeiter stellten Anfang September erste Ergebnisse ihrer Bestandsaufnahme des Düsseldorfer Kulturangebotes vor, dazu die vorläufige Auswertung zahlreicher Einzelinterviews mit Akteuren aus Kultur und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie eine kommu-

nikationswissenschaftliche Netzwerkanalyse. Insgesamt 13 Problemfelder haben sich dabei herauskristallisiert. Neben der bereits erwähnten »Sichtbarkeit« zählen dazu unter anderem die Öffnung der städtischen Institutionen, zeitgemäßere Förderstrukturen und eine koordinierte Vermarktung des nahezu überbordenden Angebots.

Besonderes Sorgenkind ist die Koordination und in Teilen auch konzeptionelle Neuausrichtung der rund 40 kulturellen Einrichtungen unter städtischer Beteiligung. In ihrem Zentrum wiederum die zwölf Spezialmuseen: Theater, Film und Schifffahrt sind eigene Häuser gewidmet, das Deutsche Keramikmuseum beherbergt eine weltweit renommierte Sammlung, im Literaturbereich sind Heine-Institut und Goethe-Museum organisatorisch strikt getrennt.

Seit einem Jahrzehnt doktort die Stadt an diesem thematischen wie bürokratischen Sammelsurium herum. Mehrere professionelle Berater haben – teils ehrenamtlich – Analysen durchgeführt und Konzepte entworfen, doch im entscheidenden Moment haben die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung bis jetzt immer wieder gekniffen. Nun soll ausgerechnet die Kulturentwicklungsplanung das heiße Eisen nicht nur richten, sondern am besten auch

Die ruhmreiche Vergangenheit sorgt in der Gegenwart für einige Probleme

gleich noch schärfen und härten. Doch es ist weder Sinn noch Aufgabe solcher Prozesse, das ureigenste Geschäft der Politik zu besorgen: Entscheidungen treffen. Gleichzeitig macht dieser Vorgang das eigentliche Problem in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt deutlich. Es mangelt am Gespür für kulturpolitische Herausforderungen, an der Kreativität und an der notwendigen Durchsetzungskraft zu ihrer Lösung – oft an allem zugleich.

Ein kurzer Blick auf die parlamentarische Seite: Im Rat der Stadt sitzt

seit zwölf Jahren der Kunsthändler Friedrich Conzen (CDU) dem Kulturausschuss vor. Er ist seit 1979 Stadtverordneter, seit 2008 auch stellvertretender Bürgermeister. Conzen hat sich große Verdienste um Düsseldorf erworben, auch in der Kulturpolitik. Doch nicht nur seine patriarchale Art und Amtsführung wirken irgendwie aus der Zeit gefallen – auch inhaltlich steht der Seniorchef eines 150 Jahre alten Traditionsunternehmens für einen mitunter rührend rückwärtsgewandten Kulturbegriff.

Etwas anders gelagert ist der Fall im zugehörigen Verwaltungsbereich, aber ähnlich schwer. Kulturdezernent Hans-Georg Lohe (CDU) ist Jurist und war weite Teile seines Berufslebens irgendjemandes Referent, unter anderem auch der seines legendären Vorgängers im Amt, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU). Der wechselte 2005 in die Landesregierung, und dann begann zu wirken, was in der Politik manchmal die größten Kräfte auslöst: Die Arithmetik der Macht. Düsseldorfs damaliger Oberbürgermeister Joachim Erwin nutzte Grosse-Brockhoffs Abgang, um endlich einen handzahmen und ihn – Erwin – weniger enervierenden Nachfolger zu installieren. So wurde der ewige Referent Hans-Georg Lohe, der zu jener Zeit das Büro des Kämmerers leitete und im Nebenamt kaufmännischer Geschäftsführer der städtischen Kunsthalle war, zum Kulturdezernent in der Hauptstadt des größten deutschen Bundeslandes. Er ist es bis heute.

Lohes Wiederwahl nach acht Jahren kam Anfang 2014 gerade noch rechtzeitig, bevor im Herbst der Sozialdemokrat Thomas Geisel den OB-Posten erobern konnte. Der hat seitdem einige Dezernenten mit CDU-Parteibuch auf diese oder jene Art und Weise entsorgt, den – ungewöhnlich an einer deutschen Stadtspitze – ausschließlich für Kultur zuständigen Lohe aber behalten. Wer im Düsseldorfer Rathaus und drumherum nach den Gründen fragt, hört niemals ein inhaltliches Argument; zumindest keins, das man Lohe zugute schreiben könnte. Viel ist dagegen von der bereits erwähnten Arithmetik die Rede. Mitunter fallen auch harsche Worte.

DÜSSELDORF: ZAHLEN UND FAKTEN

Einwohner: ca. 630.000

Fläche: ca. 217 km²

Bevölkerungsdichte: ca. 2900 Einwohner pro km²

Nächste Oberbürgermeisterwahl: 2020

Oberbürgermeister: Thomas Geisel (SPD)

Kulturdezernent: Hans-Georg Lohe (CDU)

Kulturausgaben: ca. 130 Mio. Euro pro Jahr

Kulturausgaben pro Einwohner: ca. 206 Euro pro Jahr

Hinter den Kulissen hieß es zuletzt, der kulturpolitisch recht sattelfeste Oberbürgermeister favorisiere mittlerweile die Idee eines »Generalmusikdirektors« für die stadt eigenen Sammlungen. Der – oder die – müsste allerdings spätestens dann installiert werden, wenn im Herbst 2017 der jüngst noch einmal verlängerte Vertrag von Kunstpalast-Direktor Beat Wismer endgültig ausläuft. Dessen Position an der Spitze des größten städtischen Kunstmuseums ist die Schlüsselpersonalie im Institutionengefüge. Doch bislang ist weder klar, welche Ausrichtung das Haus künftig haben soll, noch wie viel Geld zur Verfügung steht. Der bisherige Großsponsor Eon zieht sich im kommenden Jahr endgültig zurück, ein Nachfolger an der privatwirtschaftlichen Geldspritze ist bislang nicht gefunden. Doch vor diesen grundsätzlichen Entscheidungen hier wie da wie dort wird auch die Führungspersonalie nicht zu lösen sein.

Vom Kulturdezernenten hat man in dieser Frage noch nichts Substanzielles gehört, so wie eigentlich immer. Wohin zieht das heimatlos werdende Theatermuseum? Wer soll das Keramikmuseum mit seinem erstklassigen Potential dauerhaft aus dem Dornröschenschlaf ins verdiente Rampenlicht führen – und wo? Wird das Schauspielhaus während seines mindestens zweijährigen Zwangsexils wegen einer Mega-Bau-

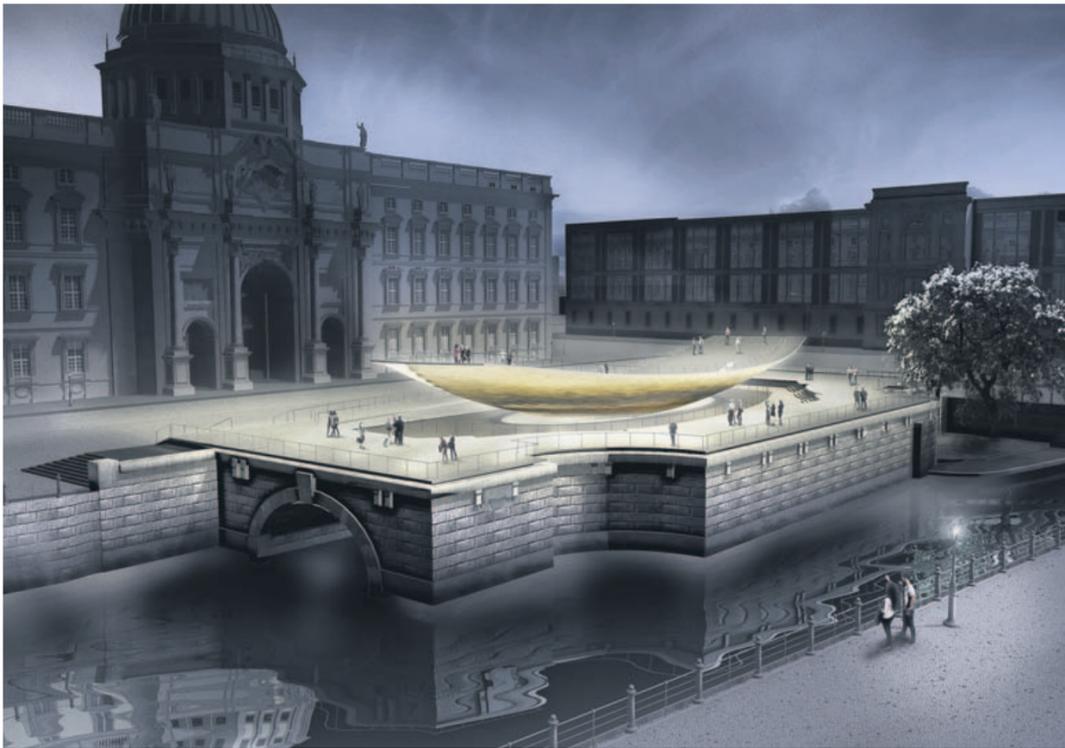
stelle drumherum auch gleich selbst richtig saniert, bevor das kurz nach der Rückkehr dann sowieso passieren muss? Die letzten Schätzungen dafür belaufen sich auf 20 Millionen Euro plus X. Oberbürgermeister Thomas Geisel hat angesichts der immer größer werdenden Summe den Stadtrat aufgerufen, sich eindeutig zu erklären und dabei auch die Frage zu beantworten, »welche Bedeutung dieses Gebäude der Hochkultur« für die Stadt habe. Seitdem ist der denkmalgeschützte Bau aus den 1960er Jahren auch wieder eine kulturpolitische Baustelle.

Der neue Schauspiel-Intendant Wilfried Schulz wünscht sich natürlich, möglichst bald ein möglichst umfassend saniertes Stammhaus. Ihm wird zugetraut, der traditionsreichen Theaterstätte dann endlich wieder eine echte Identität geben zu können. Doch auch er wird damit zu kämpfen haben, dass in Düsseldorf vor allem große Namen der Vergangenheit hell leuchten und dabei sogar manches starke Licht der Gegenwart gleich mit überstrahlen. Auch in diesem konkreten Fall wirft einer lange Schatten, und zwar auf den Platz direkt vor dem Schauspielhaus. Der ist nach dem legendären ersten Intendanten der Nachkriegszeit benannt: Gustaf Gründgens.

Peter Grabowski ist kulturpolitischer Reporter



Bertha-von-Suttner-Platz mit Blick auf den Eingang des Hauptbahnhofs Düsseldorf und einer Skulptur von Horst Antes



Der Entwurf des Freiheits- und Einheitsdenkmals von Milla & Partner bei Nacht als Computersimulation

FOTO: MILLA & PARTNER/SASHA WALTZ

Die Entscheidung ist getroffen

Warum Berlin ein Freiheits- und Einheitsdenkmal braucht

GÜNTER NOOKE

Berlin, die deutsche Hauptstadt, braucht ein Freiheits- und Einheitsdenkmal.

Das war der Gedanke, als ich 1998 zusammen mit dem damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Florian Mausbach, eine Bürgerinitiative zur Errichtung solch eines Denkmals auf der Berliner Schlossfreiheit startete, dem Logenplatz der deutschen Geschichte, wie die taz einmal schrieb.

Und das ist heute immer noch richtig, auch nachdem der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages im April dieses Jahres beschlossen hatte, der Bundesregierung zu empfehlen, dieses Projekt nicht weiter zu verfolgen. Doch wer ist der »Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages«? Hatte nicht der Deutsche Bundestag in Gänze beschlossen, solch ein Denkmal geradezu und gegenüber als Kontrapunkt zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses zu errichten? Und gab es nicht einen erfolgreich durchgeführten Wettbewerb mit einem klaren Ergebnis: Das Architekturbüro Milla & Partner gewann mit einem Entwurf, der den Initiatoren der Denkmalsidee sehr nahe kam. Der alte Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Denkmal wird »aufgehoben« und einer neuen Bestimmung zugeführt. Nicht Bärbel Bohley oder Helmut Kohl werden auf den Sockel gestellt, sondern alle Bürger können ihn »erobern«. »Bürger in Bewegung«, so die Idee an der auch Sascha Waltz beteiligt war, bezeichnet ein aktives Denkmal, bei dem die Besucher selbst zu Akteuren werden, indem sie zuerst sich und dann den aufgehobenen Sockel wie eine Waage in Bewegung setzen, langsam nur, aber bestimmt. Keiner bezweifelt, dass damit Berlin um eine Attraktion reicher würde. Nur muss es eben gebaut werden.

Die Fortsetzung des Baus, der durchgeplant ist und für den eine Grundsteinlegung ansteht, verhindert derzeit nicht nur der Haushaltsausschuss, sondern die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und wohl neue Berliner CDU-Vorsitzende, Monika Grütters. Sie bestreitet inzwischen gar nicht mehr, dass es nicht um die Kosten geht, also der Haushaltsausschuss nur instru-

mentalisiert wurde. Bei einer Paneldiskussion am 5. September 2016 wurde ihre eigentliche Absicht deutlich. In ihrer Eingangsrede, nachdem sie sich positiv zu einem »Waldmops-Denkmal«, mit dem die Stadt Brandenburg an der Havel Lorient ehrt, geäußert hatte, sagte sie: »Wir haben aber umgekehrt ganz offensichtlich Schwierigkeiten, historischen Ereignissen selbst ein Denkmal zu setzen. Nicht zuletzt mit Blick auf das ergebnislose Ringen um ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und Leipzig treibt mich die Frage um, warum wir uns im 21. Jahrhundert so ungeheuer schwertun, für unser gemeinsames – nationales – Erinnern – für Freude und Stolz genauso wie für Trauer und Scham – eine Formensprache zu finden, die bei der Mehrheit der Menschen im doppelten Wortsinn ankommt und von der Gesellschaft getragen wird.«

Nun hat genau dazu seit 1998 eine Debatte stattgefunden, aber eher weniger emotional und leidenschaftlich als wir uns das gewünscht hatten. So war es auch bei der folgenden Podiumsdiskussion. Alle Panellisten Christoph Stölzl, Christopher Clark, aber auch der Kulturausschussvorsitzende Siegmund Ehrmann und Anna Kaminsky von der Stiftung Aufarbeitung sprachen sich für ein positives Erinnern aus; genauso wie 1998 schon fast alle angeschriebenen Meinungsträger von Jörg Immendorff über Ignatz Bubis bis zu Joachim Fest, die alle ein Denkmal an diesem Ort unterstützten und unseren Offenen Brief unterzeichneten.

Interessant an der Diskussion war, dass der eigentlich von Monika Grütters intendierte Zweck, nicht über den im Wettbewerb erfolgreichen und von Bernd Neumann, Grütters Vorgänger, beauftragten Entwurf von Milla & Partner zu sprechen und ihn endgültig zu beerdigen, verfehlt wurde. Denn es ist schlicht eine Unwahrheit, wenn die BKM von einem »ergebnislosen Ringen um ein Freiheits- und Einheitsdenkmal« spricht.

Natürlich darf man Formensprache und Ikonographie von künstlerischen Entwürfen und auch Denkmalen unterschiedlich bewerten. Aber genau deshalb werden Juryentscheidungen getroffen und rechtsverbindliche Verfahren durchgeführt: Damit eben nicht der Geschmack der Kulturstaatsministerin in Gutsfrauenmanier durch-

gesetzt wird bzw. nachträglich zum Zuge kommt.

Doch es gibt noch einen, vielleicht sogar den entscheidenden Punkt in der Debatte um ein Freiheits- und Einheitsdenkmal. Ich hatte am Tag nach der für uns alle völlig überraschenden Entscheidung des Haushaltsausschusses im Tagesspiegel vom 15. April 2016 geschrieben, wenn das Denkmal scheitern sollte, dann aufgrund einer »unheiligen Allianzen von Kleingeistern«. Die gibt es leider immer noch. Wesentlich aber ist jetzt eine positive Bewegung zur Umsetzung der Denkmalsidee auf der Schlossfreiheit – welche Symbolik: nicht der Sockel des alten Nationaldenkmals, sondern auch der Ort, wo früher die Bediensteten des Schlosses in einfachen Bauten wohnten. Es braucht jetzt mehr als freundliche Anteilnahme. Es braucht Begeisterung der Deutschen für das, was uns gemeinsam 1989 mit der Friedlichen Revolution und 1990 mit der Deutschen Einheit gelungen ist. Nur eine öffentliche Auseinandersetzung mit den vielen Gründen dafür wird die Abgeordneten des Deutschen Bundestages überzeugen, solch ein Denkmal zu bauen: Die Entscheidung dafür ist bereits getroffen. Wer sie auf-

Was soll nach zwei Wettbewerben wirklich Neues aus einer Debatte folgen?

heben will, muss klar sagen, warum und wofür jetzt der eingeschlagene Weg verlassen werden soll. Den Initiatoren ging es immer auch um diesen Ort. Was soll da nach zwei Wettbewerben wirklich Neues aus einer Debatte folgen?

Das Denkmal braucht auch die Unterstützung der vielen Organisationen im Deutschen Kulturrat, damit es ein aktives und freudiges Erinnern an Freiheit und Einheit in der Mitte der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland gibt. Bitte nutzen Sie ihren Einfluss auf die BKM.

Günter Nooke ist Mitinitiator des Freiheits- und Einheitsdenkmals und Mitglied der Jury, die den Siegerentwurf von Milla & Partner auswählte

Ein Symptom des Unwillens

Debatte um Freiheits- und Einheitsdenkmal muss wieder aufgenommen werden

WOLFGANG THIERSE

Am 13. April dieses Jahres hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in einem überraschenden Beschluss die Bundesregierung aufgefordert, das Bauvorhaben eines Freiheits- und Einheitsdenkmals vor dem künftigen Humboldtforum in Berlin »nicht weiter zu verfolgen«. Ich will mich mit dieser Entscheidung nicht zufrieden geben. Denn es geht um etwas Wichtigeres als die – sehr zu bezweifelnden Mehrkosten – von vier Millionen Euro, die als Begründung für den Beschluss herhalten mussten: Nach 12-jähriger öffentlicher Debatte einer zivilgesellschaftlichen Initiative für ein Denkmal zur Erinnerung an die friedliche Revolution 1989 und die deutsche Vereinigung 1990, nach zwei klaren Bundestagsentscheidungen dafür, nach zwei Wettbewerben, nach weitgehenden Planungsarbeiten wird das mittlerweile baureife Projekt im Handstreich – nämlich ohne Debatte im zuständigen Fachausschuss, ohne neue Plenardebatte – im Haushaltsausschuss gekippt. Das ist ein für das deutsche Parlament blamabler Vorgang. Inzwischen hat Bundestagspräsident Lammer – an die »Kleiderordnung« erinnernd – die Fraktionen aufgefordert, sich mit diesem Vorgang und mit dem Projekt erneut zu befassen.

Das allerdings halte ich für unbedingt notwendig. Denn ich empfinde die Entscheidung der Haushälter als ein Symptom des Unwillens und der Unfähigkeit von uns Deutschen, sich selbstbewusst, ja vielleicht gar mit Stolz an die eigene Geschichte zu erinnern, uns ein glückliches Ereignis unserer Geschichte in einem Denkmal zu vergegenwärtigen. Genau dies aber war die Intention der Initiatoren des Denkmalprojekts und dem folgend der beiden Bundestagsbeschlüsse: An die Friedliche Revolution 1989/90 zu erinnern, ein Denkmal unseres historischen Glücks zu errichten – und zwar in der Überzeugung, dass auch wir Deutschen Ermunterung und Orientierung vertragen und gewinnen könnten durch die Erinnerung an den Erfolg einer Freiheitsrevolution, welche die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas ermöglichte. Eine Erinnerung, die Widersprüche, Scheitern, Schandtaten, Verbrechen der deutschen Geschichte gewiss nicht verdrängen und nicht vergessen machen soll. Aber auch wir Deutschen haben eine Freiheitsgeschichte, zu deren schönsten Kapiteln das »Jahr der Wunder« 1989/90 gehört!

Mit dem Entwurf der Waage, so meine Überzeugung, ist eine durchaus moderne Form gefunden worden, die für viele gewöhnungsbedürftig sein mag und daher auch angreifbar ist, gerade auch weil der Entwurf etwas Leichtes ausstrahlt. Es soll ja auch kein Mahnmal sein, sondern ein zeitgemäßes Denkmal, das an einen Moment erinnert, in dem Geschichte gelingt: Eine Revolution in Deutschland, die nicht scheitert, sondern ohne Blutvergießen Demokratie, Freiheit und Einheit für alle Deutschen bringt. Die Waage will in einer spielerischen, aber doch nicht unernsten Weise etwas Grundlegendes dieser friedlichen Revolution verdeutlichen: »Bürger in Bewegung« können die Waage neigen, wenn sie sich verständigen, wohin sie wollen. Der Betrachter soll nicht in

demütigem Abstand vor dem Denkmal verharren, sondern er soll es betreten, er soll mitwirken. Ich halte diese Idee für zeitgemäßer und moderner, als etwa eine Figur, zu der man aufschauen soll, oder eine abstrakte Form, die ständig neuer Erläuterung bedürfte.

Nun wird jedes Wettbewerbsergebnis, jeder Denkmalsentwurf umstritten sein. Geschmacksurteile sind erlaubt und unvermeidlich. Schon die Bezeichnung des zur Realisierung ausgewählten Siegerentwurfs als »Wippe« aber war ein Geschmacksurteil von denunziatorischer Qualität. Erinnern wir uns: Auch das Holocaustdenkmal hatte ursprünglich heftige Gegner und ist inzwischen nahezu unumstritten.

Das Ringen um ein Denkmal ist keineswegs ergebnislos, jedenfalls nicht für Berlin

Dass es Streit gibt, liegt gewiss auch an der intellektuellen und künstlerischen Herausforderung. Wir kennen Helden-, Kriegs-, Opfer- und Toten-Denkmal, wir kennen mehr oder minder peinliche Nationaldenkmäler. An die deutsche Freiheitsgeschichte zu erinnern, ein Denkmal historischen Glücks zu schaffen, dafür aber gibt es in unserer Denkmalstradition kein Vorbild!

Um dieser Schwierigkeit aus dem Weg zu gehen, wird auf das Brandenburger Tor verwiesen: Das sei schon das Freiheits- und Einheitsdenkmal, meint Kulturstaatsministerin Grütters. Welch' Geschichtsvergessenheit! Mit dem Brandenburger Tor, erbaut als Triumphbogen und als Stadttor, zum Berliner Tiergarten fungierend, bleibt die Erinnerung an die Machtergreifung Hitlers 1933, an die durch das Tor marschierenden SA-Einheiten verbunden. Und die Erinnerung daran, dass es in der Zeit des Kalten Krieges einsam im Niemandsland der Grenze stand – ein Symbol der deutschen Spaltung schlechthin, deshalb durchaus ein Symbol der Wiedervereinigung. Aber ein Denkmal unserer Freiheits- und Demokratiegeschichte? Welch' Missachtung der historischen Leistung, welche die Ostdeutschen mit ihrer friedlichen Revolution erbracht haben!

An diese soll erinnert werden – in Berlin und in Leipzig. Das Ringen um ein solches Denkmal ist nicht, wie Monika Grütters es sagt, ergebnislos, jedenfalls nicht für Berlin: Der preisgekrönte Entwurf ist zur Baureife entwickelt, die Baugenehmigung erteilt. Dieses Projekt in Berlin scheitern zu lassen, hilft Leipzig nicht. Im Gegenteil: Wenn's in Berlin gelingt, werden die Aussicht und der Nachdruck für ein Denkmal in Leipzig umso größer.

Wir sollten uns also nicht mit dem Geschmacksurteil unserer lieben Haushaltspolitikern zufrieden geben! Auch nicht mit dessen zweifelhafter Begründung. Es geht vielmehr darum, wie dieses Land und dieses Volk mit dem glücklichsten Ereignis seiner jüngsten Geschichte umgeht! Die Debatte muss also wieder aufgenommen werden, der fachlich zuständige Kulturausschuss und das Plenum des Deutschen Bundestages müssen sich mit dieser Herausforderung und dem Entwurf ernsthaft und verantwortungsvoll befassen! Alles andere wäre beschämend.

Wolfgang Thierse ist Bundestagspräsident a. D.

Eine rein finanzielle Entscheidung

Der SPD-Politiker Johannes Kahrs zur Ablehnung des Einheits- und Freiheitsdenkmals durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Theresa Brüheim: Herr Kahrs, wieso wurde das Bauvorhaben für das geplante Freiheits- und Einheitsdenkmal im April dieses Jahres durch den Haushaltsausschuss gestoppt? Braucht Deutschland einen solchen Erinnerungsort nicht mehr?

Johannes Kahrs: Es ist weder der Auftrag noch die Rolle des Haushaltsausschusses, über Beschlüsse des Deutschen Bundestages zu bestimmen. Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, dass es ein Freiheits- und Einheitsdenkmal geben soll. Entsprechend haben wir nur das aktuelle Modell gestoppt, weil die Kosten aus dem Rahmen gelaufen sind. Zudem konnte niemand die Folgekosten garantieren. Da haben wir gesagt, das geht so nicht! Es stimmte mit dem Kostenrahmen, der

vereinbart war, einfach nicht mehr überein.

Weshalb sollten die Kosten des Bauvorhabens ausufern?

Wir haben als Haushaltsausschuss gesagt, dass die Höhe der Baukosten übermäßig hoch sind. Niemand konnte uns die Garantie geben, dass es nicht so weitergeht. Deswegen haben wir gesagt, dass es in diesem Rahmen nicht geht und nicht funktioniert.

Aus Kreisen des Haushaltsausschusses hieß es auch, dass von der Umsetzung des Entwurfs am Ende niemand mehr so richtig überzeugt gewesen sei. Woran lag dieser Umstand?

Prinzipiell ist es nicht meine Aufgabe und nicht mein Job als Haushalter, die Qualität des Entwurfs oder des Standortes zu bewerten. Wir haben einfach die Kostensteigerung bewertet: Läuft das Bauvorhaben ab jetzt stabil oder wird es noch teurer? Die Antworten darauf waren unbefriedigend. Folglich haben wir die Sache gestoppt. Die inhaltliche Frage entscheidet am Ende der Kulturausschuss bzw. die Jury.

Wolfgang Thierse, ein Mitinitiator des Freiheits- und Einheitsdenkmals, sagte im Zuge des Stopps, dass dieser eine Blamage für den Bundestag sei, weil das im Umkehrschluss bedeuten würde, dass man nicht zu den eigenen Entscheidungen stehe. Was sagen Sie dazu?

Die Blamage ist, dass das Freiheits- und Einheitsdenkmal 2009 eingeweiht werden sollte. Wir sind jetzt im Jahr 2016. Vielleicht muss man sich überlegen, was im Vorfeld falsch gelaufen ist. Es ist ja nicht das erste Freiheits- und Einheitsdenkmal, was Schwierigkeiten hatte. Man kennt das ja aus Leipzig. Und es gab auch schon mal einen Anlauf in Berlin.

Inwiefern hat der Haushaltsausschuss mit seiner Entscheidung die Beschlussfassung des Bundestages gestört?

Der Haushaltsausschuss hat die Aufgabe wahrgenommen, auf den haushalterischen Bereich zu achten. Inwiefern der Deutsche Bundestag das Projekt jetzt neu aufsetzt oder anders gestaltet, obliegt ihm selbst. Im Ältestenrat wurde auch festgestellt, dass die Fraktionen jetzt nochmal darüber

diskutieren werden, ob ein weiterer Anlauf gestartet wird.

Wie verhält es sich denn mit den bereits ausgegebenen Geldern für das Freiheits- und Einheitsdenkmal? Die liegen wohl zwischen 1,7 und 3,2 Millionen Euro. Führt der Entschluss des Haushaltsausschusses nicht dazu, dass diese jetzt in Luft verpuffen?

Höchstwahrscheinlich wird das so sein.

Was denken Sie, soll es in Zukunft weitere Initiativen für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal geben?

Es gibt einen Beschluss des Bundestages für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat nicht gesagt, dass er kein Freiheits- und Einheitsdenkmal will. Er hat nur gesagt, dass der Kostenrahmen, der vorgegeben worden ist, so deutlich überschritten worden ist, dass es in dieser Art und Weise nicht geht.

Würden Sie in Zukunft weitere Initiativen dafür unterstützen?

Das hängt davon ab, wie es weitergeht. Der Bundestag muss entscheiden, ob er das Vorhaben nochmal aufgreift.

Am Ende ist es kein Beschluss der Haushalter, ob wir das unterstützen. Mich hat nur gewundert, dass die Resonanz auf den Beschluss des Haushaltsausschusses eher positiv als negativ war. Grundsätzlich habe ich außer zwei, drei kritischen Stellungnahmen nur positive Stellungnahmen zum Beschluss des Haushaltsausschusses gelesen, was an sich schon erstaunlich ist.

Wie würden Sie sich in Zukunft ein gelungenes Freiheits- und Einheitsdenkmal vorstellen?

Das ist Aufgabe des Kulturausschusses, sich das zu überlegen. Aber vielleicht sollte man sich angucken, woran es in Leipzig und in Berlin gescheitert ist. Weiterhin glaube ich, als jemand, der die Kosten beurteilt, hält man sich besser aus der inhaltlichen Betrachtung raus.

Das ist doch ein gutes Schlusswort, Herr Kahrs. Ich danke Ihnen für das Interview.

Johannes Kahrs ist Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Den öffentlichen Diskurs forcieren

Das Nein des Haushaltsausschusses zum geplanten Denkmal bietet die Chance, noch einmal über Wege der Erinnerungskultur zu diskutieren

SIEGMUND EHRMANN

Die zivilgesellschaftliche Debatte über ein Freiheits- und Einheitsdenkmal begann 1998 und mündete nach langen Jahren des Hin und Her in zwei Beschlüssen des Deutschen Bundestags 2007 und 2008, die sich positiv zum »Ob« eines solchen Erinnerungsortes verhielten. Von einem breiten Konsens konnte damals nicht die Rede sein: Die Linkspartei stimmte dagegen, die Grünen enthielten sich. Es war ein Projekt, das aus der Zivilgesellschaft entstanden ist. Schon seit dem Mauerfall gab es immer wieder Bestrebungen, ein Denkmal zu bauen, welches an die Friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands erinnert.

Bis die Baugenehmigung im Jahr 2015 erteilt werden konnte, waren aber noch viele Hürden zu nehmen. Ob es die Realisierungswettbewerbe oder der Standort waren, nichts davon war leicht zu lösen. Auftretende technische Probleme, Anforderung an Naturschutz und Barrierefreiheit – sie wurden nach zähem Ringen gelöst. Am Ende sollten dann aber fiskalische Bedenken ein vorzeitiges Ende für die Planung bedeuten, als der Haushaltsausschuss den Finanzierungsplan des Bauprojektes missbilligte. Es ist die Aufgabe des Haushaltsausschusses, bei finanziellen Fehlentwicklungen stellvertretend für den Bundestag einzuschreiten, wenn die Kosten aus dem Ruder zu laufen drohen. Auch hier gelten die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit. Aber er hat nur den Finanzierungsplan

gekippt, nicht den Bundestagsbeschluss und die Bundesregierung aufgefordert, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.

Jetzt muss der Bundestag klären, wie er zu seinen Ursprungsbeschlüssen steht. Beharrt er darauf, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen, hebt er die Beschlüsse auf und/oder eröffnet er den Weg einer breiten öffentlichen Debatte? Stillschweigend das Projekt dem reinen Regierungshandeln zu überlassen, ist auf jeden Fall kein angemessenes Verhalten.

Über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Deshalb schätze ich Jury-Entscheidungen im Prinzip hoch ein. So ist es auch zu einem Jury-Votum für den »Milla-Entwurf« gekommen. Die jetzt eingetretene Situation eröffnet allerdings noch einmal die Chance, eine Debatte über unsere Erinnerungskultur zu

führen. Allein die Diskussionen über den Sinn eines Freiheits- und Einheitsdenkmals zeigt, dass sich ein Streit über die beste Lösung lohnt. Ist das gefundene Konzept das richtige? Ist der gefundene Ort der richtige? Gibt es dafür Alternativen? In einem von der SPD-AG Kultur und Medien veranlassten Fachgespräch sind eine Fülle von Aspekten vorgetragen worden, die es mehr als angebracht erscheinen lassen, den öffentlichen Diskurs zu forcieren. Der Streit in der Sache wird uns weiterbringen.

Das Leipziger Projekt ist leider gescheitert. Die deutsche Freiheitsidee ist jedoch nicht auf Berlin begrenzt. Aber der im frühen 19. Jahrhundert aufkeimende Freiheitswille zieht sich daher wie ein Pfad durch unser Land. Sicherlich ist der 9. November 1989 ein Glücksmoment in unserer Geschichte,

der sich in eine lange Linie der Freiheitsgeschichte einbettet. Auch dies gilt es zu bedenken.

In einem historisch-normativen Kontext muss ein häufig erwähnter Alternativvorschlag zum Freiheits- und Einheitsdenkmal betrachtet werden: Das Brandenburger Tor. Den Älteren ist es sicherlich zuvörderst ein Symbol der Trennung, sind uns die Bilder der Welt in Ost und West einteilend, doch noch allgegenwärtig. Dass diese Mauer, die quer durch unseren Kontinent lief, in einem friedlichen Akt der Revolution eingerissen wurde, man das Tor heute durchqueren, bewundern und aus allen Perspektiven fotografieren kann, muss uns alle freuen. Doch taugt es damit auch zum Freiheits- und Einheitsdenkmal? Werden die Bilder, wie meine Generation sie kennt, die gleiche Rezeption bei kommenden Generationen auslösen?

Als ein »weltweit bekanntes Kennzeichen-D« beschreibt Peter Reichel das alte Stadttor in seinem Werk »Glanz und Elend deutscher Selbstdarstellung«, aber auch den historisch-normativen Wert arbeitet er doch sehr treffend heraus. »Das Brandenburger Tor steht für das deutsche, wiederholt gegen äußere Feinde gerichtete Freiheits- und Einheitsstreben, für Teilung und Unfreiheit [...] und nicht zuletzt für Preußen und damit allgemein für die kleindeutsche Sache. Nur für das frankophone, revolutionäre und protestliche Dritte Deutschland steht es nicht.« Diese Ansicht muss man nicht zwingend teilen, aber man muss sie diskutieren.

Und diese neue Debatte brauchen wir auch vom Grundsatz her. Die Debatte hat nie stillgestanden, wie man an den aufgekommenen Problemen sehen kann. Diese konnten alle ausgeräumt werden. Aber es waren Debatten »im Vollzug«. Jetzt geht es offenkundig erneut um eine Debatte im Grundsatz. Dieser muss sich die Gesellschaft und das Parlament stellen.

Siegmond Ehrmann, MdB ist Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien



Der Siegerentwurf des Wettbewerbs zur Gestaltung des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin von Milla & Partner

FOTO: MILLA & PARTNER / SASHA WALTZ

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal wird kommen, so oder so

Der Baustopp ist nicht das Ende des Denkmals. Er bietet die Chance für einen neuen Diskurs

EIN KOMMENTAR VON OLAF ZIMMERMANN

Anders als das Holocaust-Mahnmal, das an das schrecklichste Verbrechen in der deutschen Geschichte erinnern soll, soll das Freiheits- und Einheitsdenkmal die positive Seite, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in Erinnerung rufen. Beide Denkmale werden oft in einem Atemzug genannt und als Pendant gesehen: Auf der einen Seite der unbegreifliche Gewaltexzess der Shoah und auf der anderen die Freude und das Ende des Kalten Kriegs durch die friedliche Revolution. Sie sind also unmittelbar

aufeinander bezogen und bilden eine inhaltliche und eine Erinnerungsklammer. Und beide sind schwierige Denkmale. Denn trotz aller Besuchererfolge bleibt für mich die Frage, wie kann man in einem Denkmal der Ungeheuerlichkeit der Ermordung von sechs Millionen Juden gedenken. Dies auch vor dem Hintergrund, dass in der Nachfolge des Denkmals für die ermordeten Juden Europas Erinnerungsstätten für andere Opfergruppen des Nationalsozialismus wie Sinti und Roma, Homosexuelle und zuletzt psychisch Kranke und Behinderte errichtet wurden und ein seltsamer

touristischer Erinnerungswanderweg entstanden ist. Dieser dunkelsten Seite unserer Geschichte soll nun ein Denkmal gegenübergestellt werden, in dem der Freiheit, der Einheit und der friedlichen Revolution von 1989 gedacht wird. Abgesehen davon, dass einem oft der Schrecken eher in Erinnerung bleibt als die Freude, stellt sich auch hier die Frage nach der angemessenen Form. Sicherlich, eine Jury hat nach einem nicht einfachen Wettbewerb einen Sieger gekürt. Der Auftrag wurde erteilt und seit einigen Jahren wird an dem Denkmal »herumgewerkelt«. Der Haushaltsausschuss des

Deutschen Bundestags hat nun wegen deutlicher Kostensteigerungen die Reißleine gezogen und den Bau gestoppt. Der Baustopp, so bedauerlich er in den Augen der Initiatoren des Denkmals auch ist, ist in meinen Augen eine Chance. Eine Chance, um über die angemessene Form des Erinnerns noch einmal nachzudenken. Vielleicht war es bei aller Wertschätzung gegenüber den damaligen Protagonisten für das Einheits- und Freiheitsdenkmal noch zu früh, um eine adäquate Form der Erinnerung zu finden. Schon beim Berliner Schloss, das einmal das Humboldt-Forum beherbergen soll, zeigte sich,

dass die Volksvertreter zwar was von Politik aber nicht von zeitgenössischer Architektur verstehen. Wie gut hätte es der deutschen Hauptstadt angestanden, ein Museum an diesem zentralen Platz in herausragender moderner Architektur zu bauen. Doch dies ist nun zu spät, so wird leider ein modernes Gebäude mit einer Erinnerungsfassade verhängt, die nicht gerade die besten Zeiten der deutschen Geschichte präsentiert. Und in unmittelbarer Nähe des Schlosses das Freiheits- und Einheitsdenkmal eine weitere Geschichtsklammer, die nur misslingen konnte und bei der Umsetzung des Entwurfs tatsächlich an Grenzen stößt.

Neben der ästhetisch zumindest diskussionswürdigen Entscheidung für das Freiheits- und Einheitsdenkmal erscheint mir aber noch ein weiterer Aspekt von zentraler Bedeutung. Es geht unter anderem um die Deutungshoheit der friedlichen Revolution, um die Wertung von Lebensentwürfen, um das Gewinnen von und das Scheitern an Freiheit. Darum sind Geschichten über die friedliche Revolution, über ihre Protagonisten von so großer Bedeutung. Ein solches Narrativ bleibt der bisherige Entwurf des Freiheits- und Einheitsdenkmals schuldig und vielleicht konnte er darum auch so relativ sang- und klanglos »versenkt« werden.

Das vorläufige Scheitern kann aber auch eine Chance für einen Neustart der Diskussion über das Erinnern an die Freiheit und Einheit sein. An dieser Diskussion sollten sich möglichst viele, auch der seinerzeit Beteiligten, beteiligen, sodass der Diskurs bereits ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur wird und einem angemessenen Freiheits- und Einheitsdenkmal den Weg bereitet. Der Baustopp ist nicht das Ende des Denkmals. Das Freiheits- und Einheitsdenkmal wird kommen, so oder so.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur



Ansicht des Siegerentwurfs von oben

FOTO: MILLA & PARTNER / SASHA WALTZ



RATINGS AGENTOUR

Kultur der Angst

Ein weit verbreitetes Elend unserer Kultur ist die Kultur der Angst, die wir alle gerne pflegen. Ängste sind immer geeignet, Handlungen unter Ausschluss des Gehirns anzuregen und insofern sind sie ein beliebtes Instrument der Politik. Bedrohungsszenarien an die Wand zu malen, um Menschen zu bewegen, das gehört zum politischen Werkzeug auch unserer Spitzenpolitiker. Das funktioniert prima, denn unser Leben ist ständig bedroht. Feinde und Gefahren gibt es viele. Doch welche Gefahr ist wirklich schlimm und welche wird an uns vorüberziehen? Die nächste Krise, das nächste Erdbeben, sie kommen bestimmt. Aber wann und wo? Und wie schlimm wird es uns treffen?

Bei aller Wissenschaft bleibt da viel Platz für Spekulation. Und der kann

wunderbar genutzt werden. Der Trick dabei: Das, was Angst bereitet, kann völlig unreal sein. Die Ängste, die die Menschen haben, sind dann aber sehr real.

So entwickelte sich mit der Willkommenskultur auch zeitgleich die Angst vor Überfremdung. Die AfD wurde immer stärker. Da hat die Politik reagiert. Unsere Regierenden haben die halbe Welt zu sicheren Drittländern erklärt. Schließlich hat Angela Merkel den Sultan Erdoğan gekauft, der uns die Flüchtlinge vom Hals halten soll. Der bekriegt die Kurden, denen wir wiederum Waffen geliefert haben. Wir schaffen das? Wir schaffen das Asylrecht ab. Dennoch wurde die AfD mit Angstmacherei vor Geflüchteten stark. Sogar in Berlin. Sie wurde zweitstärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Da sind zwar kaum Ausländer. Trotzdem hat der CDU-Chef dort genau wie die AfD ein Burka-Verbot gefordert. In Mecklenburg-Vorpommern ist praktisch noch nie jemand mit Burka gesichtet worden. Da sind die Leute bis 1989 alle am Strand nackt herumgelaufen. Wer heute etwas für die Menschenwürde im Land tun möchte, sollte eher ein

Verbot von Leggings fordern. Aber nein: Da machen unsere Politiker aus lauter Angst vor der AfD die Politik der AfD gleich selber. Das ist Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Kommt der Rechtsruck wirklich mit den Fremden? Genau wie Mecklenburg-Vorpommern ist ja auch Sachsen vollkommen unterfremdet. Und doch treibt es dort die Pegida-Leute immer wieder auf die Straße. Aus Furcht vor Überfremdung. Da stehen sie, die vollidentitären Deutschen: Ihr T-Shirt ist aus Bangladesh, das Handy aus China, der Coffee-to-go aus Schwarzafrika, die Banane aus Puerto Rico. Und das Brett vorm Kopf ist von Ikea. Da kann natürlich schon mal ein Gefühl von Überfremdung aufkommen! Wovor haben die Menschen Angst? Viele haben Angst, dass ihnen was weggenommen wird. Und so ist es ja auch. Bei uns, in einem der reichsten und produktivsten Länder der Erde, steht bald jeder zweite Rentner vor der Altersarmut. Um 35 Prozent ist die Zahl der Rentner gestiegen, die mit über 75 Jahren noch einem Mini-job nachgehen. Der Staat schafft es zwar, hunderte von Milliarden für die Rettung der Banken zu garantieren.

Aber er hat nicht die Milliarden, um den Rentnern wenigstens 50 Prozent des letzten Einkommens zu sichern. Und das, wo die Politiker seit Jahrzehnten Milliarden aus der Rentenkasse entwendet haben, z. B., um die Einheit zu finanzieren. Klar, Geld ist knapp. Wir wissen: Die Phönizier haben das Geld erfunden – aber warum so wenig? Dagegen arbeitet EZB-Chef Mario Draghi an. Seine EZB verteilt Monat für Monat 80 Milliarden an Banken für Schrottpapiere. Doch das Geld kommt bei uns nicht an. 40 Prozent der Haushalte haben heute weniger Geld als vor 20 Jahren. Wo ist das Geld? Das ist schwer zu durchschauen. Da passiert es halt schnell, dass die dafür verantwortlich gemacht werden, die anders aussehen und von woanders herkommen. Es sind aber vielleicht gar nicht die Flüchtlinge, weshalb das Geld fehlt. Was ist mit den Steuerflüchtlern? So nebenbei erfahren wir, dass Apple in der EU nur 0,005 Prozent Steuern bezahlt hat. Und wir zahlen voll. Steuern plus Solidaritätszuschlag. Irgend jemand hat das mal ausgerechnet: Wir arbeiten vom 1. Januar bis zum

11. Juli nur für die Steuern! Überlegen Sie mal: Wir würden auch nur 0,005 Prozent Steuern zahlen! Das sind dann ja nur ein paar Stunden Arbeit. Dann hätten wir mehr als ein halbes Jahr frei. Wie Lehrer! Vielleicht sind die Probleme mit unseren Spitzenpolitikern auch die Folgen der Integration. Wir hatten zur Wendezeit 1989 eine ähnliche Situation wie heute: Menschen kamen aus dem Osten zu uns, sie hatten ihre Heimat aufgegeben und sie wollten bei uns ankommen, sich integrieren, was leisten. Sie waren ehrgeizig. Sie haben die höchsten Ämter im Land angestrebt. Und so ist es ja auch gekommen: Wir haben einen Bundespräsidenten, das ist ein gelernter Pfarrer aus Rostock. Und wir haben eine Bundeskanzlerin, das ist eine gelernte Pfarrerstochter aus Templin. Wir sind quasi ein Gottesstaat! Das ist eine Erkenntnis, die verdanke ich dem Kollegen Jess Jochimsen. Ich habe darüber nachgedacht. Es stimmt. Wir sind ein Gottesstaat – mit Predigern aus dem Nahen Osten. Müssen wir da wirklich Angst haben?

Arnulf Rating ist Kabarettist

Spannend und eine Reise wert

Wrocław ist europäische Kulturhauptstadt 2016

KRISTINA JACOBSEN

Allem sich breitmachenden Europa-Skeptizismus zum Trotz: Das EU-Projekt »Kulturhauptstadt Europas« läuft imposant, ist wirksam und wird immer erfolgreicher. Man kann daran ablesen, welche Reichweite das kleine Feld der europäischen Kulturpolitik erzielt, das sonst eher wenig Beachtung findet. Denn obwohl die EU aufgrund des Subsidiaritätsprinzips keine große Gestaltungsmacht im Bereich Kulturpolitik besitzt, schuf sie mit der »Kulturhauptstadt Europas« ein Förderinstrument, durch das jedes Jahr hunderttausende Europäer an interkulturellen Veranstaltungen in der jeweils titeltragenden Stadt teilnehmen. Durch die nicht mehr wachsende, sondern nunmehr schrumpfende EU wird bei der »Kulturhauptstadt Europas« erkannt, wie eminent wichtig der interkulturelle Dialog und das Reflektieren über Verbindendes und Trennendes innerhalb einer gemeinsamen europäischen Identität sind. Denn wo sonst gibt es Foren mit derartigem Bekanntheitsgrad und solcher Ausstrahlkraft, die darüber einen europaweiten Diskurs anstoßen und sichtbar machen?

Neben Donostia-San Sebastián trägt Wrocław, deutsch Breslau, in diesem Jahr den Titel »Kulturhauptstadt Europas«. Die viertgrößte Stadt Polens mit 640.000 Einwohnern hatte sich im Landeswettbewerb gegenüber zehn anderen polnischen Städten durchgesetzt und ihr anspruchsvolles Programm acht Jahre lang vorbereitet. Beispielgebend für andere Kulturhauptstädte ist die Kooperation zwischen den Städten, die zuvor im Wettbewerb miteinander standen: Im Rahmen des Projekts »Koalition der Städte« bringen sich die ehemaligen Konkurrenzstädte jeweils eine Woche lang ins Kulturhauptstadtjahr ein. Ein solches Netzwerk wäre auch in Deutschland wünschenswert, wo 2025 das Programm »Kulturhauptstadt Europas« stattfindet. Denn jetzt schon werden in mehreren deutschen Städten anspruchsvolle Bewerbungen für den ruhmreichen Titel vorbereitet. Da jedoch nur eine Stadt in Deutschland die Auszeichnung erhalten wird, sollten die durch den Bewerbungsprozess erarbeiteten Potentiale weitergeführt werden. Ähnlich dem polnischen Modell könnten die anderen Bewerberstädte so zu »Satelliten-Kulturhauptstädten« werden.

Zweifelsohne hat Wrocław ein großes und vielfältiges Programm erarbeitet, das attraktiv für die verschiedensten internationalen Besucher ist. Unter dem Motto »Raum für die Schönheit« schafft Wrocław 2016 laut seiner Selbstbeschreibung »einen offenen, dynamischen und freundlichen Raum, der dazu dient, das Verlangen nach dem Umgang mit Kultur und Kunst für die Schönheit zu erfüllen«. Das klingt vage, und tatsächlich bleibt die Stadt bei inhaltlichen kulturpolitischen Positionen unter ihren Möglichkeiten. So wird der Konflikt mit der Kulturpolitik der nationalkonservativen Regierung nicht explizit thematisiert, die seit ihrem Regierungsantritt die künstlerische Freiheit auf verschiedenen Ebenen einschränkt. Auch die ablehnende Haltung der polnischen Regierung in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen hätte stärker aufgegriffen werden können – gerade in Wrocław, das aufgrund seiner Stadtgeschichte so viel zum Thema Flucht und Vertreibung zu erzählen hat. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nahezu die gesamte deutsche Bevölkerung aus der Stadt vertrieben und aus Breslau wurde Wrocław, das dann wiederum von



Das Nationale Musikforum in Breslau umfasst fünf Konzertsäle und wurde im Kulturhauptstadtjahr 2016 eröffnet

FOTO: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG

vielen Vertriebenen aus den für Polen verlorenen Ostgebieten besiedelt wurde. Die Einflüsse und das Zusammenleben der Einwohner mit Migrationshintergrund, ablesbar auch an der wunderschönen und polymorphen Architektur der über 1.000-jährigen Stadt, hätten in ihrer Modellhaftigkeit mit aktuellen Bezügen in den Vordergrund des Programms gestellt werden können. Doch stattdessen wurde eben das Programm durchgezogen, das man schon in den letzten acht Jahren geplant hatte.

Dieses Programm ist nichtsdestotrotz sehr sehenswert. Es gibt unzählige Ausstellungen, Konzerte und kreative Kulturformate im öffentlichen Raum.

Hieran ist die Botschaft ablesbar an alle Städte, die einmal »Kulturhauptstadt Europas« werden wollen: Das kulturelle Erbe allein reicht nicht – lasst euch etwas einfallen! Wrocław's Ziel ist es, sich mit dem Kulturhauptstadtprogramm offen und international zu zeigen und dadurch die Touristenzahlen zu verdoppeln. Tatsächlich scheint die Strategie zu funktionieren, durch möglichst viele Austauschprojekte mit europäischen Partnern eine grenzüberschreitende Aufmerksamkeit zu erhalten.

Wrocław möchte sein reiches kulturelles Leben nicht nur der großen europäischen Öffentlichkeit präsentieren, sondern es öffnet sich auch für seine

Einwohner und die Menschen aus der Umgebung. So wird in der Reihe »Regionaler Dienstag« einmal pro Woche ein Kulturprogramm aus der umliegenden Region importiert, außerdem finden Land Art und andere kulturelle Veranstaltungen in der gesamten Woiwodschaft Niederschlesien statt.

Eins der letzten Highlights des Kulturhauptstadtjahres wird die Verleihung des Europäischen Filmpreises am 10. Dezember 2016 in Wrocław sein. Bis dahin laufen jetzt schon sowohl die aktuell nominierten als auch die preisgekrönten Filme der vergangenen Jahre in den Kinos der Stadt. Es bleibt abzuwarten, welche Stadt aus

welchem Land den freiwerdenden Platz als »Kulturhauptstadt Europas 2023« übernehmen wird, der eigentlich für das Vereinigte Königreich vorgesehen war. Aber bis dahin gibt es noch jede Menge anderer Kulturhauptstädte, die als Produkte der gereiften EU-Initiative sicher interessant und sehenswert sein werden. 2017 sind erst einmal Aarhus in Dänemark und Paphos auf Zypern an der Reihe.

Kristina Jacobsen ist Geschäftsführerin des Postgraduierten-Programms Europawissenschaften der Humboldt-, Freien und Technischen Universität Berlin

Lesen bildet.

Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

<p>10 Disputationen: Reflexionen zum Reformationsjubiläum 2017</p> <p>Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler</p> <p>2. erweiterte Auflage! ISBN: 978-3-934868-29-8 200 Seiten für € 14,80</p>	<p>11 Islam-Kultur</p> <p>Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler</p> <p>Über ein kulturpolitisches Spannungsfeld</p> <p>ISBN: 978-3-934868-31-1 404 Seiten für € 18,80</p>	<p>12 Kulturpolitik auf den Punkt gebracht: Kommentare Begriffe von Olaf Zimmermann</p> <p>Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler</p> <p>ISBN: 978-3-934868-32-8 139 Seiten für € 9,80</p>	<p>13 TTIP, CETA & Co.: Die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Kultur und Medien</p> <p>Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler</p> <p>2. erweiterte Auflage! ISBN: 978-3-934868-39-7 308 Seiten für € 18,80</p>	<p>14 Altes Zeug: Beiträge zur Diskussion zum nachhaltigen Kulturgutschutz</p> <p>Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler</p> <p>348 Seiten für € 18,80</p>
---	---	---	--	---

Jetzt bestellen
www.kulturrat-shop.de

Der Schutz unseres Weltkulturerbes: Eine Aufgabe von fundamentaler Bedeutung

Ein Gespräch mit Jack Lang

Jack Lang, zurzeit Präsident des Institut du monde arabe in Paris, hatte bereits zahlreiche politische Ämter inne. So bekleidete er das Amt des Ministers für Kultur und Kommunikation (von 1981 bis 1986 und von 1988 bis 1992) und des Bildungsministers (von 1992 bis 1993 und von 2000 bis 2002). Weiterhin war er Regierungssprecher (1991 bis 1992), von 1994 bis 1997 Europaabgeordneter und von 1997 bis 2000 Präsident des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung. Der Staatspräsident der Französischen Republik, François Hollande, hat ihn zu seinem persönlichen Beauftragten bei der internationalen Konferenz für den Schutz des gefährdeten Kulturerbes ernannt, die am 2. und 3. Dezember in Abu Dhabi stattfinden wird.

Herr Lang, welche Zielsetzungen verfolgt diese Konferenz für den Schutz des gefährdeten Kulturerbes?

Jack Lang: Es ist unmöglich, den in diesem Ausmaß nie dagewesenen Zerstörungen, von denen wesentliche Werke des Weltkulturerbes in der letzten Zeit betroffen sind, tatenlos zuzusehen. Die internationale Gemeinschaft, die bereits von der Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamiyan 2001 entsetzt war, blickt nun erschüttert auf die Sprengung des Baaltempels von Palmyra und die systematische Zerstörung der unschätzbar wertvollen Kulturreichtümer des Museums von Mossul, das antike Ninive. Diese Taten wurden in der bewussten Absicht begangen, die sichtbaren Spuren des Ursprungs unserer Zivilisationen auszulöschen. Die Konferenz, die am 2. und 3. Dezember in Abu Dhabi stattfindet, ist ein starkes politisches Signal: Die internationale Gemeinschaft muss sich mobilisieren und zusammenschließen, um diese Zeugnisse des menschlichen Genies, die universale Geltung haben und die unsere Zivilisationen miteinander verbinden, zu bewahren. Die Konferenz findet auf Initiative Frankreichs und der Vereinigten Arabischen Emirate statt. Sie wird von den Staatshäusern der beiden Länder im Beisein der Generaldirektorin der

UNESCO, der Vertreter der teilnehmenden Länder und von Fachleuten aus verschiedensten Bereichen, Museumsdirektoren, Leitern von Kulturerbestätten, NGOs, Stiftungen und Mäzenen eröffnet. Zu den teilnehmenden Ländern, die alle Weltregionen repräsentieren, gehören sowohl Länder mit einer eigenen nationalen Kulturerbetradition als auch Länder, die bereit sind, sich politisch und finanziell für den weltweiten Schutz des Kulturerbes einzusetzen und solche, deren Kulturerbe in der jüngsten Vergangenheit von Zerstörungen betroffen war. Die Teilnehmer werden über drei wesentliche Handlungsschwerpunkte diskutieren: Prävention, Notfallintervention und Wiederherstellung. Ein besonderer Stellenwert wird dabei der Ausbildung und der Beteiligung der lokalen Bevölkerungen an der Bewahrung des kulturellen Erbes zukommen. Auch die Rolle der neuen Technologien im Dienste des Schutzes des Kulturerbes wird berücksichtigt.

Welche Erwartungen gibt es und worin bestehen die Herausforderungen? Welche konkreten Maßnahmen und Entscheidungen sind Ihrer Meinung nach von der Konferenz zu erwarten?

Diese Konferenz verfolgt mehrere operative Ziele: Das erste ist die Errichtung eines internationalen Fonds, dessen Beitragsziel auf 100 Millionen Dollar festgesetzt wird; dieser Fonds steht sowohl privaten als auch öffentlichen freiwilligen Beitragszahlern offen. Der Fonds wird gemeinsam von den Gebern, Staaten, den internationalen Institutionen und Privatpersonen und den Vertretern aller beteiligten Parteien verwaltet. Er wird alle Kriterien zur Gewährleistung der Transparenz erfüllen. Der Fonds muss kurzfristig einsetzbar sein und soll konkrete, klar definierte Maßnahmen für die Prävention, Notfallintervention und für die Wiederherstellung zerstörter Kulturgüter unterstützen. Mit dem Abschluss einer privilegierten Partnerschaft wird die UNESCO eng in die Aktivitäten des Fonds eingebunden sein. Das zweite konkrete Ziel besteht im Aufbau eines internationalen Netz-

werks von Orten zur vorübergehenden Aufnahme und Konservierung der durch kriegerische Auseinandersetzungen und Terrorismus gefährdeten Kulturgüter. Alle Länder müssen die Möglichkeit haben, ihre Kulturgüter vorübergehend und für die Zeit der Bedrohung an sichere Schutzorte zu bringen. Deshalb ist es wichtig, dass die internationale Gemeinschaft sämtliche für die Sicherheit, Unversehrtheit und Rückgabe dieser Werke erforderlichen Garantien bieten kann.

Die Konferenz von Abu Dhabi ist zudem bestrebt, dem Engagement einer Gruppe von Staaten Nachdruck zu verleihen, die sich gemeinsam bestimmten Leitprinzipien verpflichtet haben, um diese notwendigen Sicherheiten zu gewährleisten und den schutzbedürftigsten Ländern mit der Unterstützung des internationalen Fonds für den Schutz des gefährdeten Kulturerbes dabei zu helfen, auf ihrem eigenen Territorium solche Schutzorte zu schaffen. Außerdem möchte Frankreich dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gemeinsam mit anderen Partnern den Entwurf einer Rahmen-Resolution für den Schutz von Kulturgütern in Gebieten bewaffneter Konflikte unterbreiten, damit bei späteren Entschlüssen des UN-Sicherheitsrats im Falle der Bedrohung von Kulturgütern darauf Bezug genommen werden kann.

Haben Sie das Gefühl, dass sich die Positionen in Frankreich und anderswo angesichts der Schutzbedürftigkeit des Kulturerbes wieder einander annähern? Ist die Hoffnung auf die Vereinbarkeit der politischen und der wissenschaftlichen Perspektive, militärischer Einsätze und kultureller Aspekte, von Nord und Süd, wirtschaftlicher Belange und humanitärer Erfordernisse Ihrer Auffassung nach ein aktuelles Anliegen?

Es gibt etliche Initiativen, die sich für den Schutz des Kulturerbes einsetzen und oft eine bemerkenswerte Arbeit leisten, aber sie weisen zwei wesentliche Schwachpunkte auf: Den Mangel an finanziellen Mitteln angesichts des Bedarfs, der z. B. durch

die dramatischen terroristischen Angriffe auf das Kulturerbe entstanden ist, andererseits das Fehlen einer angemessenen Koordination. Um Geldgeber, Staaten oder Privatpersonen stärker zu mobilisieren, müssen Instrumente geschaffen werden, die den Maßnahmen auf internationaler Ebene zu mehr Sichtbarkeit und zu unanfechtbarer wissenschaftlicher Glaubwürdigkeit sowie zu einer größeren Effizienz beim Einsatz der Mittel verhelfen, und die zudem den extrem schwierigen Umständen Rechnung tragen. Solange diese drei Bedingungen nicht gleichzeitig erfüllt sind, wird die Mobilisierung von Geldgebern nicht oder nur in begrenztem Rahmen möglich sein. Zudem müssen diese Instrumente den nachhaltigen Schutz des Kulturerbes gewährleisten und erfordern langfristig angelegte Maßnahmen. Unüberlegte, emotionale Antworten auf die Zerstörung der Kulturgüter, die die Identität der Völker und darüber hinaus der Menschheit begründen, werden hier weniger nutzen als eine nachhaltige Dynamik. Denken wir an die Wiederherstellung der Tempelanlagen von Angkor vor mehr als 20 Jahren. Oder an die schrecklichen Zerstörungen in Aleppo, die im Schatten der humanitären Tragödie und des Leids der Bevölkerung begangen werden. Wir wünschen uns, dass diese Konferenz eine nachhaltige Mobilisierung einleitet, die ihre Wirkung vor Ort entfaltet. Unser gemeinsames Kulturerbe ist ein zentrales Bindeglied unserer Gesellschaften. Wenn es zerstört wird, muss es wiederhergestellt werden. Das Kulturerbe ist das Fundament unserer Werte und des Friedens. Der Präsident und Direktor des Louvre, Jean-Luc Martinez, hat Präsident François Hollande im vergangenen Jahr 50 französische Vorschläge für den Schutz des Weltkulturerbes der Menschheit übergeben. Man kann die Konferenz als einen ersten konkreten Versuch betrachten, diese Maßnahmen und Vorschläge auf internationaler Ebene umzusetzen. Wir müssen uns dieser dringlichen Situation, die unser Kulturerbe bedroht, stellen, und wir müssen in Zukunft verhindern, dass es erneut zu Zerstörungen der Kultur und des Kulturerbes in diesen großen Ländern kommt, die wie

Syrien, Irak, Mali und Afghanistan als die Wiege der menschlichen Zivilisation gelten...

Haben Sie bei den Reisen, die Sie im Moment im Rahmen der Begleitung und Vorbereitung dieser von Frankreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten eingeleiteten internationalen Initiative unternehmen, Unterstützung erfahren? Welche Art von Projekten sollten Ihrer Meinung nach vorrangig von einem solchen Fonds unterstützt werden?

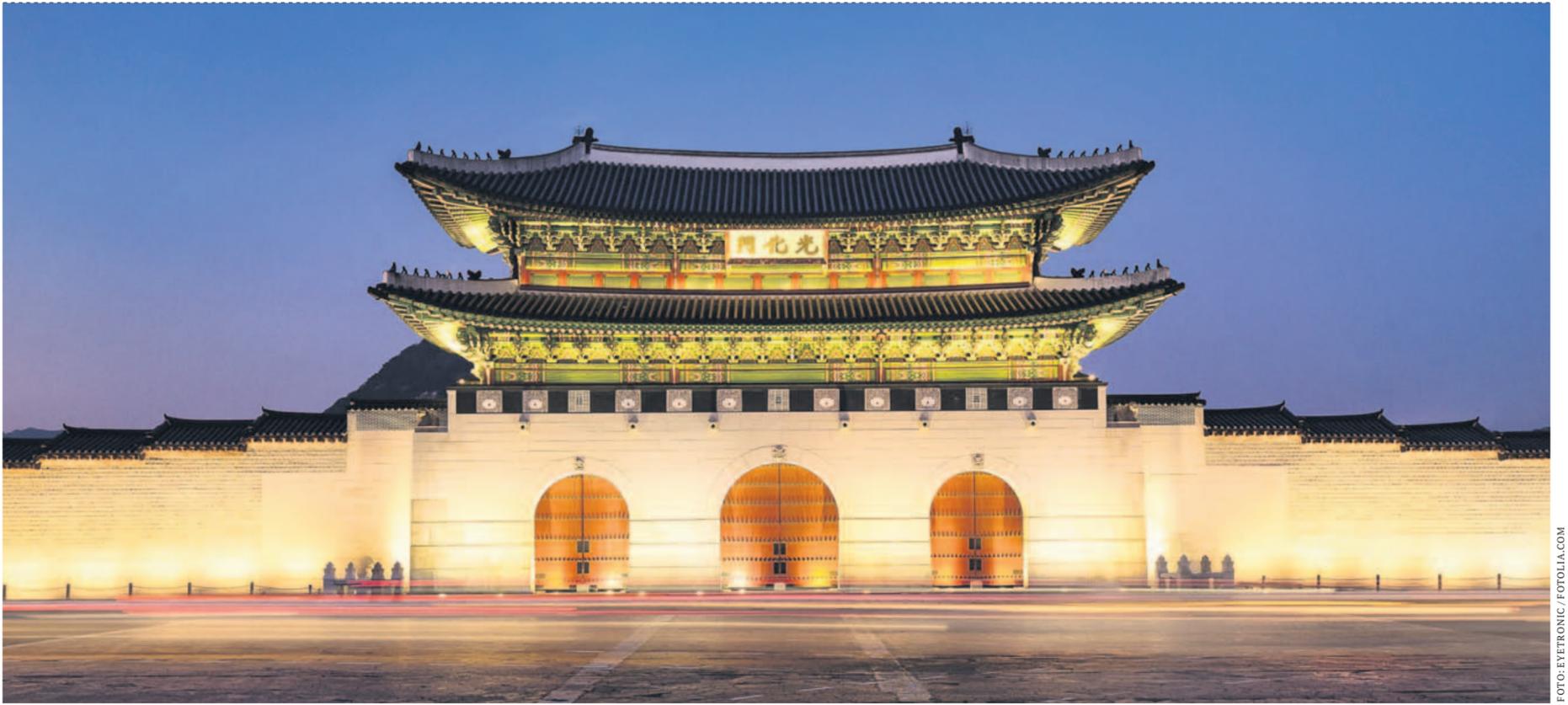
Der Fonds soll präventive Maßnahmen zum Schutz des Kulturerbes und seiner Wiederherstellung nach den Konflikten finanzieren, aber auch angemessene Reaktionen in Notsituationen ermöglichen. Zu den präventiven Maßnahmen für den Schutz des Kulturerbes gehören unbedingt die Schulung des Museumspersonals, die Erstellung von Notfallschutzplänen und Inventaren, die Sicherung und Sicherheit der Museen und ihrer Sammlungen und der gesetzliche Rahmen. Für die Wiederherstellung nach Konflikten müssen die Zerstörungen des Kulturerbes - Museen, Archive, Baudenkmäler, archäologische Stätten, Sammlungen, immaterielles Kulturerbe - systematisch evaluiert werden, Konservierungs-, Restaurierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen sowie die digitale Erfassung und 3D-Darstellung der Objekte, Stätten und Monumente müssen geplant werden, die Sensibilisierung der Bevölkerung für ihr kulturelles Erbe und ihre Wiederaneignung desselben müssen gefördert werden, ebenso wie integrierte Projekte, die wirtschaftliche und touristische Entwicklung und die Beteiligung der lokalen Bevölkerungen vereinen, Interpretationszentren müssen aufgebaut werden... an Möglichkeiten mangelt es nicht! In Zeiten kriegerischer Konflikte ist der Schutz der Menschen natürlich von zentraler Bedeutung, aber auch der Schutz der Kulturgüter, der Aufbau eines internationalen Netzes von Schutzorten in von Krisen betroffenen Ländern, die Ausbildung von Fachleuten, die Bereitstellung von Materialien für die Konservierung und die Datenerfassung, die Erstellung von Dokumentationen für die bewaffneten Kräfte und die lokale Bevölkerung, die Sensibilisierung der Akteure des internationalen Kunstmarkts und der Öffentlichkeit für das gefährdete Kulturerbe und den illegalen Handel mit Kunstwerken sollten nicht vernachlässigt werden. Zuerst wird eine Liste exemplarischer und im Jahr 2017 umsetzbarer Maßnahmen erstellt. Netzwerke wie das Expertennetzwerk ArchHerNet in Deutschland, Projekte wie Stunde Null oder Multaka sind in dieser Hinsicht beispielhaft. Deutschland ist ein bedeutendes Land für die Bewahrung des Kulturerbes. Seine Experten zählen zu den besten der Welt, seine Museen sind vorbildlich und seine Mäzene großzügig. Die deutsche Regierung betreibt eine bemerkenswert aktive Politik, und dies oft in Abstimmung mit Frankreich. Wir wünschen uns, dass Deutschland bei dieser Konferenz die Rolle eines strategischen Partners einnimmt.

Jack Lang ist Präsident des Institut du monde arabe, Paris. Das Gespräch ist in Zusammenarbeit mit der französischen Botschaft in Deutschland entstanden und wurde mithilfe vom Institut Français Deutschland aus dem Französischen übersetzt



Die Angriffe durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) auf die antike Stadt Palmyra in Syrien haben das historische Erbe unwiederbringlich zerstört

FOTO: MIGUEL TORIQUET / FOTOLIA.COM



Der Gyeongbokgung-Palast in der südkoreanischen Millionenmetropole Seoul, in der in diesem Jahr die 9. »International Conference of Cultural Policy Research« stattfand

FOTO: EYETRONIC / FOTOLIA.COM

Internationale Kulturpolitikforschung als gesellschaftspolitische Aufgabe

Eindrücke von der 9. »International Conference on Cultural Policy Research« in Seoul

ANNA KAITINNIS UND
MEIKE LETTAU

Vor zwei Jahren empfing die Universität Hildesheim in der kleinen Großstadt Kulturpolitikforscher aus der ganzen Welt zur »International Conference on Cultural Policy Research« (ICPR) 2014. Von der geschichtsträchtigen Domäne Marienburg ging es in diesem Jahr nach Südkorea. In der pulsierenden Metropole Seoul wurden die ICPR-Teilnehmer mit traditioneller koreanischer Musik und einer Tanzperformance im National Gugak Center begrüßt. Es war der Beginn eines mehrtägigen wissenschaftlichen Austauschs über aktuelle kulturpolitische Diskurse aus über 50 verschiedenen Ländern.

Kulturpolitikforschung muss auf weltweite Entwicklungen reagieren und unterliegt daher selbst einem stetigen Wandel. Aktuelle Diskurse, Themen und Forschungsfelder werden alle zwei Jahre auf der ICPR, der bedeutendsten wissenschaftlichen Konferenz zur Kulturpolitikforschung, debattiert. Dieses Jahr fand die ICPR erstmalig in Asien an der Sookmyung Women's University in Seoul statt. Rund 300 Wissenschaftler, Forscher und Kulturpraktiker präsentierten und debattierten in 15 Paneldiskussionen sowie 75 Research Paper Sessions mit über 150 Präsentationen die Trends und Schlüsselparadigmen der Kulturpolitikforschung.

Der inhaltliche Fokus lag hierbei auf Cultural Industries, Creative Economy, Cultural Diplomacy, kultureller Teilhabe, städtischer Kulturpolitik und zivilgesellschaftlichem kulturpolitischem Engagement. Ferner wurden der Status von Künstlern, kulturelle Netzwerke, Kulturmanagement als Ausbildungsfeld und Schnittstellen zwischen Kultur und Entwicklung diskutiert. Themen zur Rolle von Minderheiten und Flüchtlingen in der Kulturpolitik sowie länderübergreifende Forschungsansätze fanden sich jedoch kaum oder gar nicht im Programm wieder. Auffallend war zusätzlich, dass ca. ein Drittel der Teilnehmer aus Südkorea stammte, Teilnehmer aus dem arabischen Raum, Afrika und Südamerika waren dahingegen so gut wie nicht vorhanden. Der »UNESCO Chair in Cultural Policy

for the Arts in Development« der Universität Hildesheim war auf der ICPR mit einer Thematic Session zu »Cultural Diplomacy. Governmental Structures and the Participation of Civil Society« präsent, um den Beitrag von Künstlern in Transformationsprozessen und die Rolle von Cultural Diplomacy zu diskutieren. Er wurde vertreten durch Wolfgang Schneider, Annika Hampel, Meike Lettau, Katharina Schröck und Anna Kaitinnis, die zudem das ifa vertrat.

Ein viel diskutiertes Thema war die Rolle internationaler kultureller Zusammenarbeit sowie hierdurch entstehender Abhängigkeiten und Hierarchien. Anhand fünf exemplarischer Beispiele deutsch-indischer Kooperationen des Goethe-Instituts machte beispielsweise Hampel auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufmerksam, einen gleichberechtigten Dialog bei partnerschaftlichen Kooperationen des internationalen Kulturaustauschs zu erreichen. Ihrer Meinung nach bedarf es neuer kulturpolitischer Perspektiven. So müsste ein Misslingen von Kooperationen enttabuisiert werden und ein Austausch über diesbezügliche Ursachen möglich sein. Zudem wäre eine kontinuierliche Debatte über

Kulturpolitikforschung muss zeitnah auf weltweite Entwicklungen reagieren

Gleichberechtigung bei den Kooperationen erforderlich – auch bekannt unter dem Terminus »Fair Cooperation«.

Ob bzw. wie dieses Konzept in der Praxis zukünftig umgesetzt wird und welche Aspekte gegebenenfalls zusätzlich von Relevanz sind, gilt es folglich zu erforschen.

Einen alternativen Weg aus dem Dilemma zwischen Anspruch und Wirklichkeit von »Fair Cooperation« könnten länder- oder regionenübergreifende Netzwerke aufzeigen. Erwähnenswert ist in diesem Kontext das Cultural Innovators Network (CIN), welches vom Goethe-Institut im Rahmen der Transformationsprozesse in den ara-

bischen Ländern initiiert wurde, über 100 Mitglieder aus 30 Ländern umfasst und Kulturakteure in der EURO-MENA Region in Projekten und Treffen vernetzt. Hierbei wird der Schwerpunkt auf Selbstorganisation, partizipative Ansätze und Empowerment der lokalen Akteure gelegt, beispielsweise mit einem gewählten Steering Committee, einer selbst entwickelten Satzung und regelmäßigen Abstimmungen aller Akteure. Allerdings steht dieses Netzwerk nach fünf Jahren der Förderung vor der Herausforderung der Anschlussfinanzierung. Es wird sich zeigen, inwieweit durch das angestoßene Empowerment und die initiierte Selbstorganisation tragfähige Strukturen etabliert werden konnten. Unabhängig davon, ob das CIN von nachhaltigem Erfolg ist, sollte die Kulturpolitikforschung gerade in Anbetracht einer langfristigen »Fair Cooperation« einen Fokus auf solche städte- und länderübergreifende Netzwerke legen.

Spannend war vor diesem Hintergrund der Beitrag von Aleksandar Brkić und Ruth Bereson zu »Cultural Networks and the Quantum Reality: the Model of ANCER Network«. Unter Berücksichtigung von Städten und Ländern in Asien, die globale Zentren sind oder solche werden möchten, wurde gefragt, wie dementsprechend förderliche Netzwerke aufgebaut sein müssen. Die Studie basierte auf der Annahme, dass Kultur zur Integration beiträgt, hierzu nannten Brkić und Bereson in diesem Zusammenhang das Beispiel Europa. Deswegen untersuchten sie zunächst die Rolle von dortigen kulturellen Netzwerken. Kulturelle Vernetzung wurde als organisatorisches oder institutionelles Modell bzw. strategische Ausrichtung von Organisationen und Kommunikationsformen identifiziert. Anschließend betrachteten Brkić und Bereson Netzwerke in Asien. Sie kamen zu dem Schluss, dass meist traditionelle westliche Modelle kopiert und einige von diesen zudem von Personen geleitet würden, die entweder ursprünglich aus westlichen Staaten kommen oder aber dort ausgebildet wurden. Ferner konstatierten Brkić und Bereson, dass viele Netzwerke aufgrund des relativ geringen finanziellen Investments und dem vergleichsweise hohen Outcome bei der Imagebildung und Ein-

flussnahme stark von Elementen der Cultural Diplomacy und Soft Power gezeichnet seien. Kulturelle Netzwerke sind demzufolge ein zeitgemäßes und momentan insbesondere in Asien expandierendes Format im Kontext von internationaler kultureller Zusammenarbeit, welches kulturpolitisch stärkere Betrachtung benötigt. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung im asiatischen Raum und der steigenden Bedeutung der Zivilgesellschaft im Bereich der Cultural Diplomacy.

In einem weiteren thematischen Schwerpunkt der ICPR wurde die Rolle von Capacity Building und Cultural Diplomacy in Transformationsprozessen untersucht. In diesem Kontext stellte sich zuallererst die Frage nach den gestaltenden Akteuren – Staat und Zivilgesellschaft – sowie ihrer jeweiligen Rolle und den Einflussmöglichkeiten. Wie Milena Dragičević Šešić und Nina Mihaljinac von der Universität der Künste Belgrad am Beispiel der MENA-Region postulierten, werden Capacity Building und Kulturmanagementtraining innerhalb von Cultural Diplomacy unter anderem dazu eingesetzt, um kulturellen Aktivismus als Teil eines demokratischen Prozesses zu stimulieren. Oftmals würden dabei westliche Formate des Kulturaktivismus – wie Kunstfestivals mit Präsentationen – übernommen. Im Bereich der professionellen Fortbildung im Kulturmanagement wurde auf das Goethe-Institut verwiesen. Die Mittlerorganisation ist in der arabischen Welt der größte Akteur im Bereich Capacity Building und zielt mit seinen Maßnahmen darauf, Kulturakteure zu stärken, damit sie Führungsrollen in der Gesellschaft übernehmen können. Diese Rollen sind in den momentan existierenden Strukturen jedoch nicht vorgesehen. Laut den serbischen Forscherinnen ist ein Scheitern diesbezüglicher Strategien des Goethe-Instituts und anderer ausländischer Akteure somit wahrscheinlich. Statt neue Formate zu entwickeln, plädieren sie dafür, die bereits existierenden Ausbildungssysteme im Kulturbereich zu stärken. Außerdem müssten zusätzlich kulturpolitische Strukturen etabliert werden. An diesem Punkt setzen in verschiedenen Ländern

lokale nationale Kulturpolitikgruppen aus der Zivilgesellschaft an. Sie forschen eigenständig zu lokalen kulturpolitisch relevanten Thematiken, um eine schrittweise Unabhängigkeit von ausländischen Akteuren zu erreichen. Dieser Ansatz impliziert auch, dass internationale Unterstützung immer

Internationale Unterstützung sollte immer von regionalem Wissen geleitet werden

von regionalem Wissen geleitet werden sollte, wie Dragičević Šešić und Nina Mihaljinac hervorhoben. Der Ausbau und die Gestaltung einer funktionierenden Kulturpolitik bleibt nach wie vor eine enorme Herausforderung: So ist der größte Förderer von Kunst und Kultur in der arabischen Region noch immer die eigene Familie.

Die Beiträge und Diskussionen auf der ICPR haben gezeigt, dass internationaler Austausch in der Kulturpolitikforschung als essentiell angesehen wird, denn Kulturpolitik bildet einen wichtigen Rahmen für lokale und internationale Kulturarbeit. Kulturpolitikforschung sollte deshalb mehr Berücksichtigung finden und insbesondere länderübergreifende Forschungsoperationen sollten weiter verstärkt werden.

Zusätzlich wurde deutlich, dass Kunst und Kultur weltweit in vielen Ländern zwar staatlich gefördert und anerkannt werden, auf diesen Gebieten allerdings noch deutlicher Nachholbedarf besteht. So verstößt beispielsweise selbst die Bundesrepublik Deutschland permanent gegen das Völkerrecht auf kulturelle Teilhabe, wie Wolfgang Schneider im Rahmen einer Thematic Session postulierte. Hierin besteht auch weiterhin großer Forschungsbedarf. Kulturpolitik ist und bleibt ein aktuelles gesellschaftliches Handlungsfeld für die Wissenschaften weltweit.

Anna Kaitinnis und Meike Lettau sind Doktorandinnen am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim

CETA und kein Ende?

Die Risiken von CETA müssen erkannt und benannt werden. Dann kann man über sie neu verhandeln

HERTA DÄUBLER-GMELIN

Es tut sich was bei CETA: Aufgrund des überwältigenden Engagements der Zivilgesellschaft bewegen sich einige Mitglieder der Bundesregierung. Das ist gut, aber längst noch nicht ausreichend:

So kann der Beschluss des SPD-Konvents, also des zweithöchsten Beschlussorgans der SPD, vor einigen Wochen zwar als Signal, aber noch längst nicht als Durchbruch gewertet werden. Zwar werden Kritikpunkte benannt und die Richtung für Veränderungen angegeben; auch die ausführliche Prüfung von CETA durch das Europäische Parlament und Bundestag sowie den Bundesrat wird im Zuge des Verfahrens der Ratifizierung in Aussicht gestellt.

Gleichzeitig jedoch blockiert die zeitgleiche Zustimmung zur Unterzeichnung und Vorabkraftsetzung

verfassungsgerichts nicht unverändert bleiben; eine stärkere demokratische Rückbindung ist erforderlich.

Das alles, zusammen mit der deutlichen Kritik am SPD-Beschluss und den eindrucksvollen Demonstrationen der Zivilgesellschaft hat Bewegung in die CETA-Verhandlungen gebracht. Die neuen Gespräche mit der kanadischen Regierung zeigten schnell, dass dort die

Das Engagement der Zivilgesellschaft war bisher sehr erfolgreich. Es muss aber weitergehen

Veränderungsbereitschaft weit größer zu sein scheint, als durch EU und die Regierungen von Mitgliedsstaaten wie Deutschland kommuniziert.

Bewegung zeigen auch die »Gemeinsamen Auslegungserklärung« der Vertragsparteien EU und Kanada zu CETA und die ergänzende des EU-Rates der

Bürger verdienen, das bekanntlich sehr zurückgegangen ist.

Die Behandlung von CETA wird auch zeigen, ob die richtige Forderung des EU-Parlamentspräsidenten nach mehr Einfluss und echten Parlamentsrechten glaubwürdig ist. Wenn das Europäische Parlament seine Aufgabe ernsthaft durchführt, dann könnte das dazu beitragen, nicht nur die Demokratie in Europa, sondern auch das schwindende Vertrauen in die EU-Institutionen wieder zu stärken.

Was also muss das Europäische Parlament jetzt tun? CETA ist ein völkerrechtlicher Vertrag, den das Europäische Parlament akzeptieren oder ablehnen kann. Das hat das Parlament bei ACTA schon gezeigt. Es kann auch verhandeln, auch das hat es längst bewiesen. Es braucht einen Vertragsentwurf nicht gleich abzulehnen, sondern kann stattdessen Ergänzungen oder Änderungen von CETA durch weitere Verhandlungen fordern. Dazu müssen dann EU-Kommission und die Regierung Kanadas bereit sein. Und hier ist wichtig zu erkennen, dass die Gelegenheit günstig ist, die in CETA enthal-

finden. In CETA finden sie diese nicht. Deshalb muss es gerade auch durch die Anstöße der EU-Abgeordneten auf eine faire Welthandelsordnung ausgerichtet werden. Dann wäre es Modell für weitere Freihandelsabkommen.

Zum parlamentarischen Verfahren werden umfangreiche Anhörungen gehören müssen, in denen endlich auch die Vertreter der Kritiker und der Zivilgesellschaft ihre Kritikpunkte erläutern können. Sie sind während der Vertragsverhandlungen im Unterschied zu Vertretern globaler Konzerne kaum zu Wort gekommen. Verfährt das Europäische Parlament so, dann hat es zugleich Gelegenheit, die bisher fehlende Transparenz auszugleichen. Das kann gelingen.

Entscheidend für den Erfolg wird jedoch letztlich sein, ob das Europäische Parlament selbstbewusst und stark genug ist, den CETA-Vertragsentwurf Ergebnis offen zu prüfen. Inhaltlich geht es dabei mindestens um vier wichtige Problembereiche:

Die Frage des besonderen Investorenschutzes steht nach wie vor im Vordergrund: Die Korrekturen des alten Systems der Investorenschiedsgerichte

parteien in den Regulierungsgremien, insbesondere im Gemischten Ausschuss dem Parlament vorbehalten. Auch die verbindlichen Entscheidungen des Gemischten Ausschusses sollte an das Votum des Europäischen Parlaments gebunden werden.

Als drittes wichtiges Feld muss das Europäische Parlament die CETA-Klauseln intensiv darauf hin prüfen, ob sie die heutigen Standards und ihrer weiteren Entwicklungsmöglichkeit in den Bereichen Arbeit, Umwelt, Soziales und Gesundheit sowie im gesamten Kulturbereich wirklich garantieren. Gerade diesen Bereich haben zahlreiche Sachverständige, zivilgesellschaftliche Organisationen und engagierte Vereinigungen geprüft und als zu vage befunden. Ihre Forderungen liegen auf dem Tisch, Ergänzungsvorschläge des CETA-Textes liegen vor. In der vergangenen Woche haben die deutschen Gewerkschaften nochmals präzisiert, was erforderlich ist, um Arbeitnehmerrechte zu garantieren und weiter entwickeln zu können. Sie haben auch festgestellt, dass die Gesprächsbereitschaft der Regierung Kanadas Änderungen und Er-



70.000 Menschen forderten am 17. Oktober 2016 in Berlin: STOP CETA & TTIP

nahezu jeden Fortschritt. Kein Wunder, dass der Beschluss auf harsche Kritik bei Experten, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit gestoßen ist.

Zusätzlich interessant wurde die Lage nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 13. Oktober 2016. Karlsruhe hat bekanntlich die Vorabkraftsetzung von CETA vor Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten an wichtige Auflagen geknüpft und damit deutliche Zweifel am vorliegenden Vertragstext erkennen lassen.

Zum einen dürfen nur solche Regelungen des CETA-Vertrags vorab in Kraft gesetzt werden, die unstrittig in der ausschließlichen Regelzuständigkeit der EU liegen. Das betrifft unter anderem das gesamte Kapitel des wegen der Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit besonders umstrittenen Investorenschutzes. Karlsruhe hat sich die nähere Prüfung des Vertrags vorbehalten, Änderungen und Ergänzungen eingeschlossen.

Auch die CETA-Bestimmungen über die Regulierungsausschüsse, ihre Zusammensetzung und ihre Rechte können nach Auffassung des Bundes-

Staats- und Regierungschefs. Beide greifen einige wichtige Punkte des Bundesverfassungsgerichtes und zumindest teilweise auch der Gewerkschaften auf. Völkerrechtlich verbindliche Änderungen des CETA-Vertragstextes oder auch Ergänzungen sind damit freilich nicht verbunden. Somit drängt sich jetzt die Frage auf, ob nach der Unterzeichnung von CETA auf dem EU-Kanada-Gipfel alles zu Ende und CETA in trockenen Tüchern ist. Muss die Zivilgesellschaft eingestehen, dass ihr Engagement umsonst war?

Die Antwort lautet nein, schon weil das Verfahren zu einer Annahme von CETA weitergeht: Das Europäische Parlament muss beschließen und – wenn es bei der Entscheidung für CETA als gemischtes Abkommen bleibt – auch jeder einzelne Mitgliedsstaat der EU nach Maßgabe der geltenden Ratifizierungsbestimmungen.

Zunächst also wird im Europäischen Parlament über Zustimmung oder Ablehnung entschieden. Damit wird sich zeigen müssen, ob dieses Parlament seinen Namen verdient, ob die EU-Abgeordneten das Vertrauen der EU-

tenden Risiken für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Kulturstaatlichkeit auszuräumen. Kanada tritt auch für diese Grundsätze ein; Kanada weiß, dass sie Teil jeder lebenswerten Gesellschaft sein müssen. Und die kanadische Regierung versteht auch, dass diese Prinzipien für den Aufbau einer fairen globalen Ordnung unabdingbar sind. EU und Kanada können CETA in der Tat zu einem Modell eines fairen Welthandels und damit zu einem Baustein für eine gerechtere globale Ordnung machen.

Das liegt jetzt zu einem großen Teil in den Händen der EU-Abgeordneten. Sie müssen CETA in einem offenen und transparenten parlamentarischen Verfahren prüfen. Der Umfang der Seiten und der Probleme fordert die Abgeordneten, insbesondere auch die Mitglieder des Handelsausschusses. Dessen Vorsitzender Bernd Lange wird nicht müde, wichtige Überlegungen für eine faire globale Welthandelsordnung vorzutragen. Das stößt auf große Zustimmung bei sehr vielen Bürgern Europas, die darin ihre Vorstellungen von einer gerechteren globalen Ordnung wieder-

reichen nicht aus weil die materiellen Rechtsgrundlagen die ausländischen Investoren weiter privilegieren und weil sie als Parallelgerichtsbarkeit letztlich die Verfassungsrechtsprechung aushebeln. Beides ist nicht akzeptabel und muss verändert werden.

Auch die Bestimmungen über die Regulierungsgremien müssen geändert werden. Sie schreiben ihnen Rechte zu, die in demokratischen Systemen den gewählten Parlamenten und von ihnen

Entscheidend für den Erfolg ist, dass der Vertragsentwurf ergebnisoffen geprüft wird

gewählten Institutionen zustehen. Das hat das Bundesverfassungsgericht als mangelhafte Legitimationsbindung gerügt. Das EU-Parlament sollte auch diesen Hinweis aufnehmen, allerdings die Benennung der Vertreter der Vertrags-

gänzungen durchaus möglich machen. Zurück zur Konferenz der Handelsminister und der EU-Staats- und Regierungschefs. Sie haben Gesprächs- und Kompromissbereitschaft signalisiert, jetzt muss sie eingefordert werden. Das ist jetzt Aufgabe des Europäischen Parlaments. Allerdings wird es das nur tun, nur tun können, wenn die europäische Öffentlichkeit, auch die demokratischen Parteien in den Mitgliedstaaten das unterstützen und die Forderungen nach Änderung von CETA weiter vortragen. Viele tun das.

Sie wissen, CETA ist nicht in trockenen Tüchern. Das Engagement der Zivilgesellschaft war bisher sehr erfolgreich. Es muss aber weitergehen. Jetzt zunächst in der Einflussnahme auf das Europäische Parlament und seine Abgeordneten. Später dann auch in der Einflussnahme auf die nationalen Parlamente.

Herta Däubler-Gmelin ist Bundesministerin der Justiz a. D., sie arbeitet heute überwiegend als Rechtsanwältin und Tarifschriftlerin

Freier Handel und Kultur

Eine trügerische Ruhe

GUSTAV A. HORN

Die Entscheidung des SPD-Parteikonvents, CETA bedingt zuzustimmen, hat den öffentlichen Diskurs um die in Verhandlung stehenden Abkommen beruhigt. Ob die Bedingungen der SPD im Zuge der parlamentarischen Beratungsprozesse überhaupt erreicht werden können, ist zweifelhaft und muss an dieser Stelle offenbleiben. Die Ruhe ist denn auch eher in der Personalangelegenheit Kanzlerkandidatur begründet, die auf diese Weise entschärft wurde. Gerade aber die Verknüpfung der Sachfrage nach dem Sinn derartiger Freihandelsabkommen und den Personalentscheidungen der SPD hat der Debatte in jeder Hinsicht nicht gutgetan und sie in unvernünftiger Weise belastet.

Daher sollte man die derzeitige Ruhe im öffentlichen Diskurs nutzen, um sich einmal grundsätzlich Gedanken über die Sinnhaftigkeit von Freihandelsabkommen moderner Prägung zu machen. Dabei soll an dieser Stelle der Rolle des kulturellen Austausches eine besondere Bedeutung zukommen. Diese Frage kann einerseits nicht losgelöst von der Grundphilosophie der Abkommen behandelt werden, weist aber andererseits einige Besonderheiten auf, die zu beachten wären.

Vor allem aber ist die Ruhe trügerisch. Nach CETA befinden sich mit TTIP und TISA noch weitere Abkommen im Verhandlungsprozess, deren Einfluss auf das tägliche Leben – sollten sie beschlossen werden – sogar noch weitaus größer sein dürfte. Nicht zu vergessen ist, dass sowohl CETA als auch TTIP als Blaupause für ein entsprechendes Abkommen mit China vorgesehen sind. Mit anderen Worten, es ist zu erwarten, dass die Debatten wieder aufflammen, sobald in diesen Fällen Entscheidungen auf EU-Ebenen anstehen. Im Übrigen stehen nach der Entscheidung für den Brexit auch entsprechende Verhandlungen mit Großbritannien bevor. Vor diesem Hintergrund steht nach wie vor die Frage im Raum, inwieweit diese Abkommen mit unseren demokratischen und kulturellen Werten vereinbar sind. Dies soll im Folgenden geprüft werden.

Der erweiterte Freihandelsbegriff

Der Begriff des Freihandels wurde bei David Ricardo, auf den sich letztlich die Befürworter des Freihandels berufen, noch sehr viel enger gefasst als heute. Es ging bei ihm wie bei vielen nachfolgenden Ökonomen nur darum, einen von Einfuhrverboten und Zöllen befreiten Zugang zum heimischen Markt für ausländische Anbieter zu ebnet. Aus dieser Handelsfreiheit entstehen allseitige wirtschaftliche Vorteile, weil jede der beteiligten Volkswirtschaften sich auf die Produktion des Gutes spezialisieren würde, das sie mit dem geringsten Ressourceneinsatz im Vergleich zu den anderen Gütern leisten kann. Macht dies jedes Land, vermindert sich der Ressourceneinsatz bei gegebener Produktion oder umgekehrt, mit gegebenen Ressourcen kann mehr produziert werden.

Diese Erkenntnis trägt die Idee des Freihandels bis heute. Aus diesem Grund war Freihandel über Jahrzehnte positiv konnotiert. Vor allem wurde das dynamische Wohlstandswachstum in Deutschland der Nachkriegszeit eng mit dem intensiven Handel auf den Weltmärkten in Verbindung gebracht. Und auch später wurde die Exportdynamik immer als die entscheidende Quelle des Wachstums angesehen, die es zu fördern gelte. Nicht umsonst hat das Thema internationale Wettbewerbsfähigkeit einen so hohen Stellenwert in



Kartoffelfeld auf Prince Edward Island in Kanada: Landen auf unseren Tellern in Zukunft vermehrt landwirtschaftliche Produkte aus Kanada? Wie wird die heimische Landwirtschaft geschützt?

der deutschen Wirtschaftspolitik. Aber all dies kann nur funktionieren, wenn es einen möglichst reibungslosen Zugang zu den Märkten dieser Welt gibt: Wenn also Freihandel herrscht. Dies war bis zu TTIP und CETA parteipolitisch na-

Der erweiterte Freihandelsbegriff ist die Wurzel des Konflikts

hezunehmend. Sogar die deutschen Gewerkschaften stellten im Unterschied zu ihren amerikanischen Kollegen das Konzept eines freien Marktzugangs nicht infrage. Es waren schließlich die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder, die durch hohe Exporte entstanden. Dies hat sich grundlegend verändert und hat mit einem deutlich erweiterten Freihandelsbegriff zu tun.

Seit Längerem schon werden neben den tarifären Handelshemmnissen wie Zöllen auch nicht tarifäre Hindernisse für den Handel gesehen. Dies bezog sich ursprünglich lediglich auf Vorschriften, die erkennbar mit dem Ziel erlassen worden waren, ausländische Anbieter vom heimischen Markt fernzuhalten. Inzwischen, und dies kommt in der Konstruktion der jüngsten Handelsabkommen zum Tragen, steht jede Form der Regulierung unter dem Anfangsverdacht ein zu beseitigendes nicht tarifäres Handelshemmnis zu sein. Es ist dieser merklich erweiterte Freihandelsbegriff, der an der Wurzel des Konfliktes um CETA, TTIP und andere steht.

Gefährdet moderner Freihandel die Demokratie?

Mit dem erweiterten Freihandelsbegriff, auf den sich die Regierungen im Rahmen der Abkommen völkerrechtlich

verpflichten, steht jede Form der Regulierung unter einem handelspolitisch motivierten Rechtfertigungszwang. Mit anderen Worten, demokratisch legitimierte Vorschriften, welche die Präferenzen einer Bevölkerung für bestimmte Formen des Handels oder bestimmte Produktionsweisen widerspiegeln sollen, stehen dann prinzipiell im Konflikt mit der völkerrechtlich legitimierten Forderung nach unbeschränktem Handel. Zwar wird dieser Konflikt durch entsprechende Klauseln in den Verträgen, die ein Recht zur Regulierung konzederen, und durch Negativlisten, die Teilbereiche der Wirtschaft explizit von der Anwendung der Abkommen ausnehmen, teilweise entschärft. Aber im Grundsatz steht insbesondere jede neue Regulierung, die nicht durch die Klausel noch die Negativliste abgedeckt ist, unter einem handelspolitischen Rechtfertigungszwang, der über den demokratischen Diskurs innerhalb der Volkswirtschaft hinausgeht und sogar im Gegensatz zu diesem stehen kann.

Dieses Vorgehen ist sogar sanktionsbewehrt in Gestalt privater Schiedsgerichte, die in Streitfällen Entschädigungen für Verletzungen des Handelsvertrages durch nationale politische Entscheidungen festlegen können. Auch wenn deren Spielraum wie jüngst im CETA-Abkommen durch die Schaffung eines »Gerichtshofes«, der aber lediglich ein privates Schiedsgericht besetzt mit öffentlichen Richtern ist, eingeschränkt wird, ist dies am Ende des Tages eine Beschränkung des demokratischen Entscheidungsspielraums. Dieses ist zwar demokratisch legitimiert, weil sie von Regierungen und Parlamenten beschlossen wurde, legt aber für künftige Regierungen und Parlamente eine Wertordnung fest, in der dem so verstandenen Freihandel eine privilegierte Stellung gegenüber demokratischen Entscheidungen eingeräumt wird. Das gefährdet zwar

nicht die Demokratie, bindet sie aber an ökonomische Vorstellungen, die von den Interessen des globalen Handels geprägt sind.

Die Rolle der Kultur im Freihandel

Auch Kultur ist ein globales Handelsgut. Sie ist nicht nur das, aber auch. Damit treffen zwei Zielvorstellungen aufeinander, die sich nicht vollständig konfliktfrei miteinander vereinbaren lassen. Auf der einen Seite steht ein möglichst freier Austausch, der kulturelle Vielfalt erzeugt. Auf der anderen Seite steht wirtschaftlicher Erfolg, der die Produktion kultureller Güter ermöglicht. Beides spricht prima facie für einen möglichst freien ideellen wie wirtschaftlichen Austausch. Bedenkt man jedoch, dass wirtschaftlicher Erfolg im Kulturbereich häufig nicht das Ergebnis eines Markterfolgs, sondern auf

Die Ruhe im derzeitigen Diskurs nutzen für grundsätzliche Gedanken über den Sinn von Freihandelsabkommen

gezielten Subventionen, Transfers oder regulatorischen Bestimmungen wie der Buchpreisbindung beruht, stellen sich einige grundsätzliche Fragen.

Denn genau diese Praxis steht mit dem erweiterten Freihandelsbegriff grundsätzlich auf dem Prüfstand, da sie ausländische Kulturanbieter benachteiligt und damit den Freihandelsprinzipien widerspricht. Es gibt nun sowohl in CETA als auch in TTIP vor allem auf französischen Druck Schutzklauseln,

die diese Praxis von dem Freihandelsabkommen ausnehmen. Gleichwohl hat der Handel mit Kulturgütern auch unter diesen Umständen wirtschaftliche Folgen. Das hat mit sogenannten steigenden Skalenerträgen der Produktion zu tun, auf deren Bedeutung für den Außenhandel der Nobel-Preisträger Paul Krugman hingewiesen hat.

Steigende Skalenerträge führen zu einer verbilligten Produktion mit der Größe des Marktes. Das heißt, ein Unternehmen, das einen hohen Absatz auf einem großen Markt erzielen kann, hat niedrigere Stückkosten der Produktion als ein Unternehmen, das mit geringen Absatzzahlen auf einem kleinen Markt agiert. Der Grund hierfür besteht in Fixkosten der Produktion, die unabhängig von der produzierten Menge anfallen.

Dies gibt es auch beim Handel mit Kulturgütern und dies hat mit der für Kultur wichtigen Sprache zu tun. Hier ist der angelsächsische Sprachraum aufgrund seiner Größe im Vergleich zu den sprachlich separierten Märkten Europas deutlich im Vorteil. Das spricht dafür, dass bei konkurrierenden Kulturprodukten, wie z. B. Filmen, Produkte aus den USA und Kanada wirtschaftlich noch mehr als bisher dominieren. Gefährdet dies die Existenz europäischer Anbieter, geht dies auf Dauer auch zu Lasten der kulturellen Vielfalt.

In dieser Hinsicht ist Freihandel dann sogar eine Gefahr. Insofern ist es zur Wahrung kultureller Vielfalt unbedingt erforderlich, entsprechende schützende Vorkehrungen in Freihandelsabkommen heutiger Form zu treffen. Auch hier zeigt sich die Problematik eines zu weit definierten Freihandelsbegriffs.

Gustav A. Horn leitet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung

Nach der Reform ist vor der Reform

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll wieder einmal umstrukturiert werden

HELMUT HARTUNG

Die Forderung nach Struktur-reformen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist fast so alt wie das duale Rundfunksystem. 1993 verlangte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau »tiefgreifende Struktur-reformen«. 1995 forderten die Ministerpräsidenten Biedenkopf und Stoiber mit etwa gleich großen Landesrundfunkanstalten, die Abschaffung des Finanzausgleiches und die Schaffung einer effektiven Programmverantwortlichkeit innerhalb der ARD. »Ihre bisher geplanten und verwirklichten Einsparungen reichen nicht – bei allem guten Willen. Den nächsten Schritt müssen die Politiker gehen und die Staatsverträge ändern!«, so der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck im März 1995.

Alle diese Postulate sind bis auf wenige Ausnahmen – z. B. die Fusion zum SWR – Hoffnungen geblieben.

20 Jahre später fordert nun der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, ARD und ZDF zu fusionieren. Mit einem national verbreiteten Programm und starken Landesrundfunkanstalten mit ihren dritten Programmen. Warum nicht – als langfristiges Ziel? Oder wie es Markus Blume, der Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission, im promedia Heft 10/2016 erläuterte: »Uns ist allen klar, dass man eine Beseitigung von Doppelstrukturen nur über einen langen Zeitraum verfolgen kann. Wir reden also nicht über Jahre, sondern über Jahrzehnte.«

Die Bestands- und Entwicklungsgarantie des Bundesverfassungsgerichtes für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist zwar keine Bestandsgarantie für einzelne Anstalten, aber sie sichert, dass es einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk geben muss, der den Auftrag, der ihm durch die Gesellschaft gegeben wird, umsetzen kann. Inwieweit dieser Auftrag und damit auch der Aufwand für ARD, ZDF und den Deutschlandfunk modifiziert werden können, darüber müssen die Länder entscheiden.

Arbeitsgruppe der Länder soll Beitragsstabilität sichern

Im Frühjahr dieses Jahres hatten die Länder deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die strukturelle Veränderungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk analysieren und entsprechende Vorschläge erarbeiten soll.

Anlass für die Länder, die Arbeitsgruppe »Auftrag und Strukturoptimierung der Rundfunkanstalten« zu bilden, waren Prognosen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) über einen deutlichen Anstieg des Rundfunkbeitrags ab dem Jahr 2021. So hatte die KEF auf der Basis des gegenwärtigen Bedarfs berechnet, dass der Rundfunkbeitrag auf mehr als 19 Euro pro Monat ansteigen könnte, weil dann keine Überschüsse für einen Ausgleich, wie in dieser zur Beitragsperiode, zur Verfügung stünden, was eine Erhöhung des Beitrages um fast zwei Euro gegenüber jetzt zur Folge haben könnte.

Eine Alternative dafür sei, dass ARD und ZDF innerhalb von vier Jahren Einsparungen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro erbringen müssten. Effekte in einer solchen Größenordnung können jedoch bei einem Gesamtbudget des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von

ca. 30 Milliarden Euro für vier Jahre nur mittel- oder langfristig erzielt werden und auch nur, wenn die Strukturen oder der Auftrag verändert werden. Das können aber nur die Länder beschließen.

Die von der KEF vorgeschlagene Senkung des Beitrages auf 17,20 Euro von 2017 bis 2020 liegt übrigens unter dem von der KEF akzeptierten Bedarf.

ARD – Entwicklung zu einem integrierten föderalen Medienverbund

Es geht bei der Diskussion in den nächsten Monaten um eine grundsätzliche Frage, wie auch in Zukunft ein leistungsfähiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit einem umfassenden Angebot bei gleichzeitigem Erhalt einer »relativen Beitragsstabilität« gesichert werden kann, wie es die rheinland-pfälzische Medienstaatssekretärin Heike Raab formulierte.

ARD und ZDF wollen sich mit eigenen Konzepten in diesen Reformprozess einbringen. So soll sich die ARD nach den Worten ihrer Generalsekretärin Susanne Pfab zu einem integrierten föderalen Medienverbund weiterentwickeln. Hierzu sollen die Strukturen optimiert, Verfahren effizienter gestaltet und Synergien befördert werden. Im Mittelpunkt stünden Prozesse und Strukturen in der Verwaltung, Technik, Produktion und Programmerstellung. Durch stärkere Standardisierung, Zusammenarbeit und Rationalisierung sollen hier »soweit als möglich Kosten eingespart werden, um so lange als möglich keine Einschnitte im Programmangebot vornehmen zu müssen«, so Pfab.

Für diesen langjährigen Reformprozess benötigen die Sender aber entsprechende rechtliche und medienpolitische Weichenstellungen. Dazu gehören:

- Die rechtliche Absicherung von Kooperationen, um das aufgrund der veränderten BGH Rechtsprechung deutlich erhöhte Risiko der Kartellrechtswidrigkeit zu minimieren.
- Die Flexibilisierung des Telemedienauftrages, um das im Netz anbieten zu können, was der Nutzer heute erwartet.
- Verbesserungen im Finanzierungssystem, die die Möglichkeit geben, die eingesparten Beträge wieder in das Programm zu investieren, anstelle einer Streichung durch die KEF.

Doch es gibt noch andere Vorschläge von den öffentlich-rechtlichen Sendern, um einerseits eine bedarfsgerechte Finanzierung zu sichern und andererseits, den Beitrag relativ stabil zu halten: So haben nach Informationen der Süddeutschen Zeitung ARD und ZDF gegenüber der Länder-Arbeitsgruppe den Wunsch nach einem Index geäußert, an dem sich der Rundfunkbeitrag künftig orientieren soll. Bei der ARD sehe man es dabei am liebsten, dass sich der Beitrag am Bruttoinlands-

Entscheidend ist die Qualität, der Weg der Vermittlung ist zweitrangig

produkt (BIP) orientiert. Die Vorteile seien dabei die Vermeidung großer Sprünge in der Beitragshöhe sowie eine höhere Transparenz. Ein anderes Indexmodell schwebt dem ZDF vor. Auch soll so das KEF-Verfahren aus Bedarfsanmeldung, Überprüfung und Kürzung modernisiert werden. Eine Prüfung zur Vermeidung von Überkompensation und Überlastung der Beitragszahler soll dennoch stattfinden,

auch um die »bedarfsgerechte Finanzierung der Rundfunkanstalten sicherzustellen«, wie es in der Stellungnahme laut »SZ« heißt.

Ein solches Index-Modell ist nicht neu, wurde aber bereits vor einigen Jahren verworfen, auch, weil einzig die KEF und nicht das Statistische Bundesamt die Höhe des Beitrags entsprechend des Bedarfs festlegen darf. Ändern sich Auftrag und Strukturen so, dass sich der Bedarf verringert, darf der Beitrag nicht steigen. Es ist also fraglich, ob Index-Modelle das politische Hauptziel erreichen können, eine relative Beitragsstabilität zu sichern.

»Funk« – Modell der Zukunft

Da es sich bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks um einen langfristigen Prozess handelt, lohnt sich ein Blick auf die Mediendistribution der Zukunft. Das neue Jugendangebot von ARD und ZDF »Funk« ist am 1. Oktober gestartet. Die Macher dürfen sich »aller audiovisuellen und Web-gerechten Gestaltungsformen bedienen«. Die als kostensparende Begrenzung gedachte Lösung ist die entscheidende Idee an »Funk«. »Funk« hat sich vom Fernseher emanzipiert und ist zu einem »Content-Netzwerk« geworden und hat sich so auf die tatsächlichen Mediennutzungsgewohnheiten der Jungen ausgerichtet. Medienunternehmen auf der ganzen Welt verbreiten ihre Inhalte über soziale Medien. Auf Facebook entsteht so eine Mischung relevanter Medien und Themen, maßgeschneidert für die einzelne Person. Diese flexible Plattformstrategie ist für einen öffentlich-rechtlichen Absender optimal. Denn er kann es sich leisten, seine Inhalte frei zu verbreiten. Er kann zudem auf ein ständig sichtbares Logo verzichten und erst im Abspann die Herkunft der Inhalte angeben.

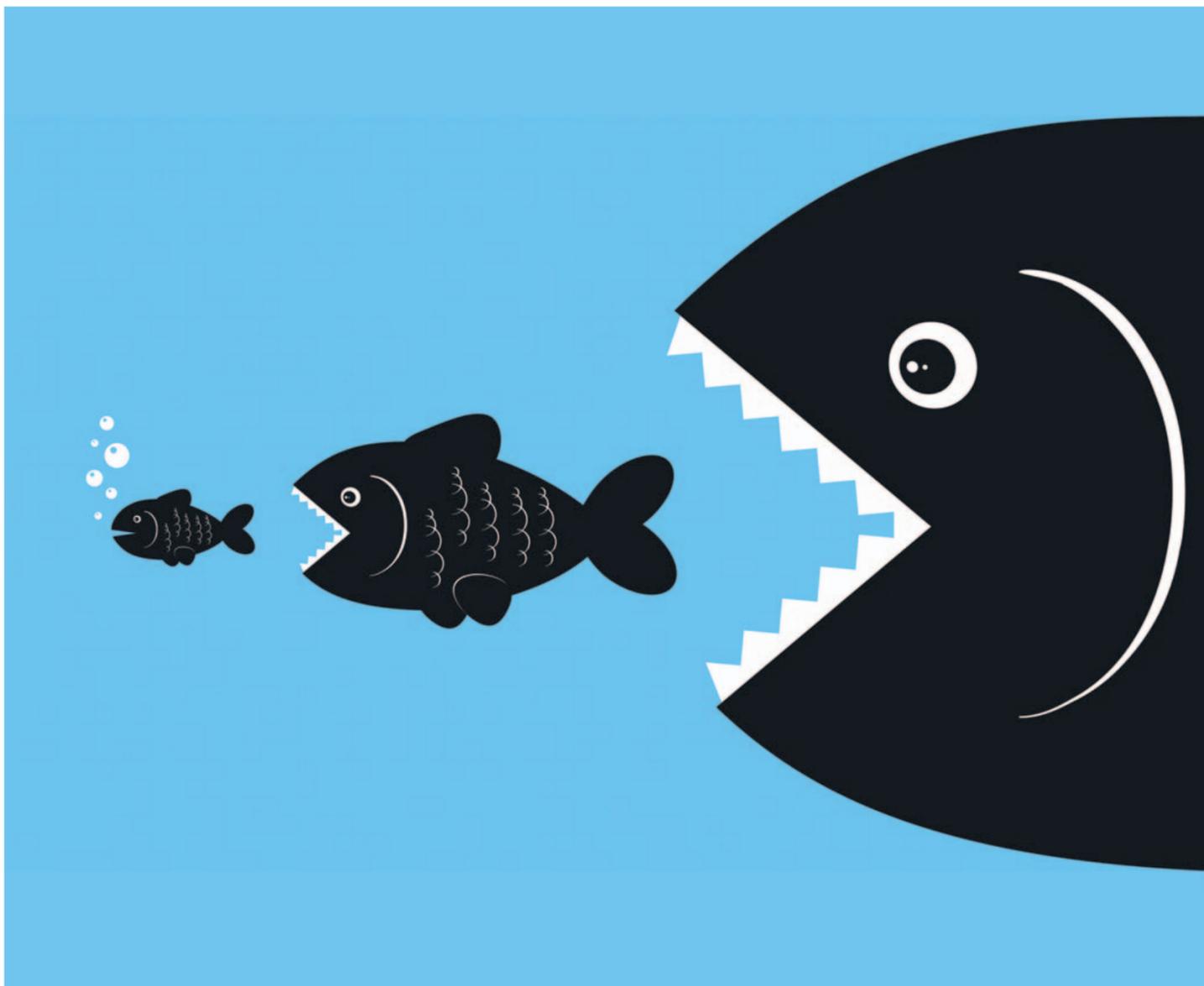
Ist »Funk« damit ein Modell für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks? Sind damit Struktur-Diskussionen wie die Zusammenlegung von ARD und ZDF Debatten von gestern? Bei »Funk« sind alle Regeln für die Online-Präsenz außer Kraft gesetzt, die sonst für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gelten. Aber vielleicht ist diese konsequente Orientierung auf die digitale Distribution der richtige Weg, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag zu relevanten Inhalten bei moderaten Kosten verwirklichen kann.

Unterstützung für ein solches Zukunftskonzept kommt aus Hamburg. So sagte der Hamburger Medienstaatsrat Carsten Brosda in der Oktoberausgabe von promedia: Er sei sich sicher, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Zukunft anders aussehen werde und das auch in der Beauftragung berücksichtigt werden müsse. »Ich halte es für durchaus wahrscheinlich, dass wir perspektivisch eher abstrakt die Produktion von Inhalten öffentlich-rechtlicher Qualität beauftragen werden und die Frage, was auf welchen Wegen verbreitet wird, von den Anstalten zu beantworten ist«, so Brosda.

Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist durch die digitale Transformation nicht geringer geworden. Deshalb müssen die Strukturen den künftigen Erfordernissen angepasst werden. Dabei geht es nicht nur um die Kosten, sondern auch darum, möglichst viele Bürger zu erreichen.

Entscheidend ist, dass öffentlich-rechtliche Angebote auch weiterhin in hoher Qualität und mit großer gesellschaftlicher Relevanz produziert und so verbreitet werden, dass sie jeder nutzen kann. In welchen Strukturen das geschieht, ist dabei zweitrangig.

Helmut Hartung ist Chefredakteur des medienpolitischen Magazins promedia



Wie sieht die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus? Fressen die Großen die Kleinen? Oder gibt es eine Fusion zu einer einzigen großen Institution?

FOTO: MARKTG / FOTOLIA.COM

Frei von verstaubten Vorstellungen

Von Computerspielen, Alltagsgeschichte und ihrem Einfluss auf Public History

FELIX ZIMMERMANN

Aveline de Grandpré wurde am 20. Juni 1747 in eine von Rasentrennung, Sklaverei und Restriktionen geprägte Gesellschaft geboren. Im französisch beherrschten New Orleans des ausgehenden 18. Jahrhunderts kämpfte sie für die Rechte der schwarzen Sklaven. Sie verkleidete sich, war im einen Moment eine wohlhabende Lady, im nächsten eine Sklavin, die untertauchte in der Masse. Und, wohl eine ihrer zentralsten Eigenschaften, sie hat es nie gegeben. Aveline ist die fiktive Protagonistin im Videospiel »Assassin's Creed: Liberation«. Nun, New Orleans hat es allerdings tatsächlich schon 1747 gegeben. Auch die Sklaverei existierte. Frauen wie Aveline gab es auch, Tochter eines wohlhabenden weißen Händlers und einer schwarzen Sklavin, freigekauft und wohlherzogen. Was macht man nun also mit diesem Videospiel, diesem Unterhaltungsprodukt, dieser offenkundig fiktiven Handlung um die Assassine Aveline de Grandpré?

Als Historiker könnte man nach dem Historischen in diesem Spiel suchen, nach den Bildern von Geschichte, die dieses Produkt in den Köpfen der Spielenden erzeugt. Dass für mich dieses »könnte« ein »kann« geworden ist, hat entscheidend mit der Existenz der Public History zu tun. Eine kurze Einführung zu dieser Bewegung und Studienrichtung scheint angebracht. Man ist überrascht, wie dynamisch diese Geschichtswissenschaft sein kann und wie schön es ist, einen Begriff zu haben, der diese Dynamik beschreiben kann.

Ihren Ursprung hat die nun auch in Deutschland verstärkt Fuß fassende Public History in den USA. In den 1960er Jahren rüttelten Laienhistoriker am Elfenbeinturm der institutionalisierten Geschichtswissenschaft der Universitäten und öffneten träge gewordene Geister für neue Perspektiven auf das Vergangene. Die politikgeschichtlichen Auseinandersetzungen mit den großen, vermeintlich wichtigsten Fragen wurden erweitert um die bisher sträflich vernachlässigten Bereiche der Lokalgeschichte und Alltagsgeschichte. Minderheiten wurden in den Blick genommen, kultur-, wirtschafts- oder sozialgeschichtliche Zugänge wurden gewählt, neue Quellen, darunter vor allem mündliche Überlieferungen, wurden relevant. Statt der großen Männer, die als Denker und Lenker der Menschheitsgeschichte verklärt wurden, sollten diverse Akteure sichtbar gemacht werden. Die »Public Historians« trafen auf die akademischen Eliten, Frontenbildung statt fruchtbarem Austausch, auch, da die etablierte Geschichtswissenschaft im interdisziplinär angelegten Methodenmeer der Public History ihr Profil davonschwimmen sah. Mit zunehmendem historischem Interesse der nicht-akademischen Öffentlichkeit stieg allerdings auch der Druck auf die Universitäten. Ende der 1970er Jahre entstand der erste Public History-Studiengang, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, Historiker auszubilden, die Wissen über Vergangenes auch an ein nicht ausgebildetes Publikum vermitteln konnten.

Weniger stark als im englischsprachigen Raum wurde die Geschichtswissenschaft auch in deutschsprachigen Gefilden auf die »Geschichte in der Öffentlichkeit« aufmerksam. »Fachjournalistik Geschichte« nannte sich ein 1985 in Gießen etablierter Magisterstudiengang, der die Idee von einem nicht-universitären Einsatz von geschichtswissenschaftlichen Kompetenzen erstmals institutionalisiert in



Digitale Auseinandersetzung mit Alltagsgeschichte? Das Computerspiel »Assassin's Creed: Liberation« thematisiert die Sklaverei im Amerika des 18. Jahrhunderts

Deutschland platzierte. Durch den Segen des Studienbeschleunigungs- bzw. Marktconformitätsprogramms, im Volksmund auch als Bologna-Prozess bezeichnet, hielten Seminare zur Einsetzbarkeit von Geschichte außerhalb der Universitäten in nahezu alle geschichtlichen Studiengänge Einzug. Erstmals tatsächlich als »Public History« bezeichnet, wurde 2008 ein Masterstudiengang an der Freien Universität Berlin eingeführt. Seit 2015 kann nun auch die Universität zu Köln ein solches Masterprogramm vorweisen.

Worüber nun im deutschsprachigen Raum intensiv diskutiert wird, ist, wie man diese Public History oder Ange-

wandte Geschichte oder Geschichte in der Öffentlichkeit definieren und auf welchem Methodenkorpus sie fußen könnte. Ob man die Public History überhaupt in das Korsett einer klar begrenzten Definition zwingen muss, bleibt offen. Dass die Public History die Auseinandersetzung mit und Schaffung von außeruniversitären Angeboten umfasst, die Historisches in sich tragen, ist wohl unstrittig. Doch scheint es vor allem sinnvoll, die Public History als einen dynamisierenden Moment zu verstehen, der die Geschichtswissenschaft als Ganzes ergreift und der, wie die Geschichtsmagazine, Historienfilme oder Historienspiele – um nur einige weni-

ge Beispiele zu nennen, niemals zum Stillstand kommen kann. Was nützt eine enge Definition, wenn die Public History doch vor allem alle Historiker ermächtigen kann, sich frei von verstaubten Vorstellungen von Geschichtswissenschaft mit allem zu beschäftigen, was mit dem Historischen liebäugelt? Nach diesem Verständnis muss die Public History auch in Zukunft klar interdisziplinär angelegt sein, Diskussionen über das Profil des Fachs werden sich fortsetzen.

Wenn sich nun – um wieder zur Assassine von New Orleans zurückzukehren – in diesem Jahr der »Arbeitskreis Geschichtswissenschaft und Digitale

Spiele« gegründet hat, dann ist das nur möglich, weil die Public History auf breitem Raum die Geschichtswissenschaft zu öffnen vermag.

So profitiere auch ich vom methodischen Eklektizismus, der im Fach vorherrscht. Er macht es möglich, Aveline de Grandpré, ihre Handlungen und ihre Welt als Entstehungsort von Geschichtsbildern zu begreifen und zu erforschen, die Spielende auf der ganzen Welt prägen.

Felix Zimmermann studiert Public History in Köln und ist Mitglied im Arbeitskreis Geschichtswissenschaft und Digitale Spiele

Ein wesentlicher Kulturfaktor der Region

Fünf Fragen an Patricia Schlesinger, die neue Intendantin des rbb

Seit dem 1. Juli 2016 sind Sie als neue Intendantin des rbb tätig. Zuvor waren Sie unter anderem bei dem finanzstärkeren öffentlich-rechtlichen Sender NDR beschäftigt, der über ein vergleichsweise großes Sendegebiet verfügt. Wie gestaltete sich der Wechsel zum rbb für Sie, einem Ost-West-Sender mit weniger Mitteln und einem kleineren Einzugsgebiet? Der Wechsel gestaltet sich sehr gut. Ich treffe hier auf hoch motivierte, veränderungswillige Kollegen. Sie identifizieren sich mit dem rbb und wollen das Beste für »ihren« Sender erreichen. Natürlich stehen dem rbb insgesamt weniger Mittel zur Verfügung als dem NDR. Aber es ist immer noch eine Summe, mit der wir ein sehr gutes Programm machen wollen und können. Das Einzugsgebiet mag ebenfalls kleiner sein, aber es umfasst eine der spannendsten Regionen Europas. Darüber beschwert sich bei uns im Sender niemand. Ich bin froh, im Haus, in Berlin und in Brandenburg so positiv aufgenommen worden zu sein.

Zuvor haben Sie den Bereich »Kultur und Dokumentation« des NDR geleitet. Wie beeinflussen diese Programmschwerpunkte Ihre Arbeit beim rbb? Planen Sie den rbb weiter auf das Thema Kultur auszurichten?

Als Intendantin sehe ich mich eher als »Ermöglicherin« von Programmen, nicht länger in der Rolle der »Macherin«. Der rbb produziert großartige Dokumentationen, hier können wir auf hohem Niveau neue Projekte angehen. Ich freue mich, wenn ich dazu mit meinem Netzwerk beitragen kann. Internationale Produktionen wird der rbb zwar zurzeit nicht allein stemmen können, aber ich bin zuversichtlich, dass auch bei Großprojekten unsere Handschrift zur Geltung kommt. Die Kultur wird immer ein Aspekt der Programmvierfalt im rbb sein. Ich empfinde sie nicht als schlecht repräsentiert oder unter Wert ausgestattet. Der rbb ist als öffentlich-rechtliches Haus ein wesentlicher Kulturfaktor der Region. Diese Rolle müssen wir ernst nehmen, weil sie zu unserer Legitimation beiträgt.

Welche Ideen wollen Sie beim rbb verwirklichen? Welche Ziele stecken Sie sich für Ihre erste Amtszeit?

Ich bin als Programm-Intendantin gewählt, entsprechend stehen Programmreformen für mich an erster Stelle. Beginnen müssen wir mit dem Fernsehen, hier haben wir die umfassendste Reform seit Bestehen des Senders auf den Weg gebracht. Sie wird sich über zwei Jahre erstrecken und nahezu jeden unserer Sendeplätze berühren. Ich habe bei der ersten Belegschaftsversammlung gesagt: »Lassen Sie uns den rbb gemeinsam rocken.« Das bleibt mein Ziel.

Wie planen Sie eine Brücke zwischen der Hauptstadt Berlin und dem Bundesland Brandenburg zu schlagen? Wie wollen Sie den rbb positionieren?

Wir wollen uns nicht auf Brücken aufhalten, sondern nah der Lebenswirklichkeit unseres Publikums. Mir sind Sendungen mit einer klaren Ansprechhaltung lieber als die meist unglücklichen Versuche, es jedem jederzeit recht machen zu wollen. Ich möchte gerne für einen rbb arbeiten, der mutig auftritt, kantig, auch mal selbstironisch, und der nicht vergisst, dass in Berlin und Brandenburg nicht nur besserbedienende deutsche Akademiker leben.

Der rbb verfügt aktuell über sechs Radioprogramme, das Fernsehprogramm und das Online-Angebot. Wo sehen Sie die Zukunft des RBB? Können Sie sich vorstellen, den rbb als Hauptstadtssender zu positionieren und das Programm mehr auf Themen der Bundeskulturpolitik auszurichten?

Wir sind der Sender für Berlin und Brandenburg, so steht es im Staatsvertrag. Das wollen wir auch sein. Jeder, der hier in der Region lebt, soll im rbb finden, was er sucht. Gleichzeitig sollen und wollen wir die Vielfalt und das einzigartige Lebensgefühl der Bundeshauptstadt widerspiegeln. Wir sind der Hauptstadtssender der ARD, mit diesem Pfund dürfen wir wuchern. Und weil Sie das Online-Angebot erwähnen: Dem Netz messe ich große Bedeutung zu. Es kann für den rbb keine Zukunft geben, in der das Internet und die sozialen Medien keine herausragende Rolle spielen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Patricia Schlesinger ist Intendantin des rbb. Die Fragen stellte Theresa Brühem, Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Das Schwere leicht machen, nicht das Leichte schwer

Ein Porträt der Schriftstellerin und Filmemacherin Doris Dörrie

ANDREAS KOLB

Zuallererst ist Schreiben Handwerk. Üben. Weiterschreiben, sitzen bleiben. Ob es dann Kunst ist, stellt sich viel später heraus. Das ist mein Hauptziel in der Arbeit mit den Studierenden: Schreiben als Handwerk aufzufassen und dadurch auch die Angst davor zu verlieren.

Diesem Porträt über die Filmemacherin und Autorin Doris Dörrie ist ein Satz von ihr »Über das Schreiben« vorangestellt. Nachzulesen auf der Homepage der Münchner Hochschule für Film und Fernsehen, an der Professorin Doris Dörrie seit 1997 den Lehrstuhl Creative Writing leitet und inhaltlich gestaltet. Es ist ein Satz, der mehr über die berühmte Filmemacherin aussagt, als man zunächst vermutet. Denn Doris Dörrie verstand – und versteht sich bis heute – zuallererst als »Schreiberin«, als Geschichtenerzählerin.

»Lesen und Schreiben zu lernen«, erinnert sich Dörrie, »mit 26 Buchstaben Welten entstehen lassen zu können, habe ich als komplettes Wunder empfunden.« Zum Schreiben ist Dörrie, Kind einer Hannoveraner Arztfamilie, zu der auch ihr Onkel, der Altphilologe Heinrich Dörrie zählt, gekommen, indem sie sehr früh und eindringlich die Welt beobachtete und ihr zuhörte. »Darin war ich stark familiär vorgeprägt, denn meine Eltern und Großeltern sind gute Beobachter. Beobachten und erzählen ist quasi Familientradition.«

Wie leben andere Menschen? Wie machen andere das? Wie funktioniert diese seltsame Welt? Diese Fragen treiben Dörrie seit ihrer Kindheit um und daran hat sich bis heute nichts We-

sentliches geändert. »Ob man offen ist, ob man die Welt staunend betrachtet«, sagt sie, »ist genetisch vorgeprägt«.

Mit sieben, acht Jahren inszenierte sie ständig Theater. In Geschichten leben, das fand sie toll, es war ihr Rückzugsgebiet. Aber vor jedem Theaterstück, später dann vor jedem Film, stand immer das Schreiben. »Über das Lesen, Schreiben, Erzählen bin ich zum Filmemachen gekommen. Das Schreiben selber als Beruf auszuüben, sich als Schriftstellerin zu titulieren, das kam mir überkandidelt vor. Seltsame Vorstellungen, die ich da hatte.«

Im Film verwandelt sich das Drehbuch in etwas Anderes. Am Ende weiß keiner mehr, wer Drehbuchautor ist. Diese etwas traurige Tatsache für den Creative Writer war damals für die junge Dörrie eine ideale Methode, sich zu verstecken. Die Schüchternheit von damals hat sie abgestreift. Oder zumindest gepaart mit Zielstrebigkeit und Selbstbewusstsein.

Eine Auftragsproduktion hat sie bis heute nicht machen müssen: »Ich habe immer von mir aus angefangen zu schreiben. Und dann versucht, das Geld dafür zusammenzusuchen.« Nach dieser Devise geht sie bis heute vor. Bei ihrer Arbeit versucht sie sehr streng, sich an ein Zen-Gebot zu halten: Konzepte immer wieder zu zerstören. Oder besser sogar: kein Konzept zu haben. Dörrie will die Welt zu sich kommen lassen, will dem Drang widerstehen, die Welt zu sortieren, und damit »in den Griff« zu bekommen.

Schaut man Dörries künstlerische Arbeitsweise und Vita an, überkommt einen die Ahnung, dass sie diese ZGebote schon befolgte, bevor sie sie ken-

nenlernte. »Ich habe mir nie Gedanken über Karriereplanung gemacht. Mitte, Ende 1970 war Karriere ein Fremdwort für uns. Erfolg, Karriere waren negativ besetzte Begriffe. Wir wollten uns nicht in ein bestehendes System einordnen. Wir wollten Künstler sein. Kann sein, dass mein Konzept, meine Vorgehensweise ein eher weiblicher Zugriff ist: mit Methode die Unsicherheit ganz gezielt suchen.«

Auf die Frage des Autors, ob sie die Quote bei der Frage von Regieaufträgen befürworte, meint Dörrie: »Ich bin zähneknirsch zur Unterstützerin geworden. Keine von uns möchte gerne Quote.« Doch sie teilt eine bittere Erkenntnis mit ihren Kolleginnen: »Wir fühlen uns dazu verdonnert, wenn sich von selber nichts ändert. Als ich studiert habe, 1975 bis 1978, hätte ich geschworen, dass ich 2016 über so etwas nicht reden muss.«

Nach kurzem Zögern fährt sie fort: »Netzwerke sind männlich und das Geld ist männlich. Je teurer die Filme sind, desto männlicher sind sie. Es hat sich in 40 Jahren nichts verändert.«

Fast schon 20 Jahre ist Doris Dörrie Professorin in Münchens Filmhochschule, und sie kennt die Stimmung bei jungen Filmemacherinnen und Filmemachern. Die Frauen sind in der Überzahl bis zum Hochschulabschluss. Dann verschwinden sie. Ihre Hauptbeschäftigung als Professorin sieht sie darin, junge Leute zu ermuntern: »Entmutigung liegt uns Deutschen sehr viel näher als Ermunterung«. Die Situation der Jungen ist heute geprägt von »irrsinnigem Leistungsdruck und großem Zwang zur Konformität. Da stecken Frauen gerne eher zurück«. In Dörries Fach Drehbuch-



Doris Dörrie berichtet »Über das Schreiben«

schreiben allerdings nicht ganz so stark, denn das lässt sich auch mit Familie besser kombinieren als Regie führen.

Wer bei Dörrie studiert, bekommt auf jeden Fall eine Ahnung davon, wie es einem kreativen Menschen gelingen kann, auch schweren Themen ein wenig Leichtigkeit abzutrotzen. Dörries große Kunst ist es nicht nur, ihre Zuseher und Leser anzurühren, sich wieder lebendiger fühlen zu lassen, sondern auch die schweren Dinge leichter und nicht die leichten Dinge schwer zu machen. Dörriesche Leichtigkeit entdeckt man selbst bei tragischen Filmen. Als jüngstes Beispiel dafür mag »Fukushima« gelten, wo es der Filmemacherin gelingt,

diese Jahrhundert-Katastrophe auch psychologisch und menschlich fassbar zu machen.

Im Rahmen der Begründung für die Wahl von Dörrie für die »10. Leipziger Poetikvorlesung. Künstlerische Positionen der Gegenwart« brachte es Michael Lenz vom Deutschen Literaturinstitut auf den Punkt: »Doris Dörrie steht für eine einzigartige Verbindung von filmischer, literarischer und engagiert-dokumentarischer Kunst, die den Blick auf das Fremde im Eigenen und das Eigene im Fremden hin öffnet.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Politik & Kultur — Dossier »Judentum und Kultur«

Kippa, Koscher, Klezmer?

Jetzt bestellen
www.kulturratshop.de

Jüdische Kultur, ist das »Kippa, Koscher, Klezmer?« Das Dossier zeigt historische und aktuelle Perspektiven auf jüdisches Leben in Deutschland, jüdische Kultur sowie Erinnerungskultur. Es stellt Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Buchreligionen heraus, beschäftigt sich mit wissenschaftlichen jüdischen Studien und betrachtet die Jeckes in Israel. Das und vieles mehr ist jüdische Kultur.

ISBN: 978-3-934868-42-7, 72 Seiten, € 4,20

Kurz gefragt ...

3 Fragen an Susanne Keuchel, Direktorin der Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW

Theresa Brühem: Vor Kurzem wurde die Akademie Remscheid in »Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW« umbenannt. Weshalb wurde der alte Name abgelegt? Was waren die Beweggründe für die neue Namensgebung?

Susanne Keuchel: Unter dem neuen Namen wird künftig die Arbeit fortgeführt, die seit 1958 in der Akademie gelebte Tradition ist. Die Hintergründe der Umbenennung sind sehr pragmatischer Natur. Der Name »Akademie Remscheid« hat in der alteingesessenen kulturellen Bildungsszene einen hervorragenden Klang und ist ein bewährtes Aushängeschild. In den letzten 15 Jahren hat sich jedoch das Feld der Multiplikatoren in der kulturellen Bildungslandschaft sehr stark vergrößert. Dies ist vor allem dem politischen Aufwind und der Vielzahl an neuen Förderprogrammen in der kulturellen Bildung geschuldet. Institutionen in Bildung, Kultur und im sozialen Bereich, die sich in der Vergangenheit weniger für kulturelle Bildung interessierten, sind heute stärker in dieses Feld involviert. Für Multiplikatoren aus diesen Einrichtungen ist es oftmals schwierig in

der Argumentation gegenüber ihren Arbeitgebern durchzusetzen, warum sie, wenn sie in Bayern arbeiten, unbedingt eine Fortbildung in Remscheid absolvieren wollen. Mit dem neuen Namen ist es künftig für Dritte leichter, die bundesweite Bedeutung und den Hintergrund der Akademie besser einzuschätzen. Der neue Name betont zudem, dass sich die Akademie nicht nur als Anbieter und Gestalter von kultureller Bildung sieht, sondern auch unsere interne Praxis von ihr geleitet wird.

Welche Änderungen gehen mit der Umbenennung einher? Sind diese auch strukturell tiefergreifender Natur? Erfolgt im Zuge der Umbenennung eine Abkehr der bisherigen Ausrichtung der Akademie?

Als zentrales Institut für kulturelle Kinder- und Jugendbildung steht die Akademie auch künftig für Fortbildung, Fachdiskurs und Forschung im Feld der kulturellen Bildung. Das Kerngeschäft besteht in der Fortbildung. Daneben prägte die Akademie seit ihrem Bestehen 1958 die kulturelle Bildungslandschaft maßgeblich mit, in Form eines begleitenden Fachdiskurses, in Form von Forschung, Theoriebildung und Modellvorhaben. Diese Grundausrichtung des Hauses soll mit all den ihr innewohnenden Facetten beibehalten werden. Aktuell stellen sich natürlich größere Herausforderungen bei der Gestaltung der kulturellen Bildungs-

landschaft: Es wurde schon darauf hingewiesen, dass sich das Feld sehr stark verändert hat. Hinzu kommt der rasante gesellschaftliche Wandel, unter anderem bedingt durch Globalisierung, Medialisierung und Kommerzialisierung. Dies stellt auch an die kulturelle Bildung neue gesellschaftliche Herausforderungen, wie beispielsweise soziale Spaltung, Migration, Flüchtlinge, Einbindung des Sozialraums, kommunale Bildungslandschaften oder die sich rasant verändernde Medienwelt. Hier müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir innerhalb unserer Fortbildungen hierauf zeitnah Antworten und Strategien finden. Dies bedingt eine noch stärkere Verzahnung von Fortbildung, Fachdiskurs und Forschung in unserem Haus und auch mehr Freiraum für das Fachpersonal zur eigenen Weiterentwicklung.

Welche Erwartungen werden mit dem neuen Namen verbunden?

Wir hoffen, dass die künftige Arbeit der Akademie dazu beiträgt, dass der neue Name langfristig einen ebenso guten Klang in der Szene hat, wie die Vorgängernamen der Akademie. Angefangen hat ja alles mit der »Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung«.

Susanne Keuchel ist Direktorin der Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW. Theresa Brühem ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Auf ein schönes Wort zusammenkommen

500 Jahre Reformation als Anlass zum christlich-islamischen Dialog

AYYUB AXEL KÖHLER

Fünfhundert Jahre Reformation sind Anlass, diese Zeit zu bilanzieren und zum christlich-islamischen Dialog zu nutzen. Die Reformation wird als eine Erfolgsgeschichte gefeiert. Luthers direkte und indirekte kulturelle Wirkungen überstrahlen alles, was man ihm theologisch und politisch anlasten kann. Nun wird den Muslimen auch geraten, ihre Religion zu reformieren – sie bräuchten auch einen Luther. Diese manchmal schon als Aufforderung formulierten Ratschläge beruhen auf Missverständnissen. Luthers Reform ist die Reformation einer Kirche und der von ihr formulierten Lehre. Der Islam ist als Religion, nicht aber als Kirche organisiert und kennt kein Lehramt. Eine Reform, wenn sie denn nötig wäre, kann deswegen auch nicht über die Köpfe der Muslime hinweg verkündet werden. Die Geschichte

Heutzutage haben die Religionen in Deutschland an Überzeugungskraft eingebüßt

des Islams zeigt aber, dass er, ohne den Kern der Botschaft zu verletzen, stetig im Wandel der Zeiten von innen heraus und immer durch eine Neuinterpretation der islamischen Quellen aktualisiert wurde. Dies begann schon zu Lebzeiten des Propheten und wurde stetig von allen Rechtsschulen und Denkern fortgeführt.

Die Reformation hat zur Spaltung der Christenheit und zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands geführt, die in einem im wahrsten Sinne des Wortes verheerenden und verwüstenden 30-jährigen Glaubenskrieg gemündet ist. Er ist für die Religionskritiker und Atheisten das abschreckende Beispiel für Unduldbarkeit, zerstörerische Mission, Gewalt und Krieg durch Religionen geworden. In der Folgezeit und besonders heutzutage haben die Religionen in Deutschland an Überzeugungskraft eingebüßt. Das Misstrauen gegenüber Religionen scheint sogar zu wachsen. Wir müssen nun durch unser Verhalten glaubhaft machen, dass Religionen ihrem Wesen nach friedfertig sind.

In sozialen Fragen hat sich Luther auf die Seite der Herrschenden geschlagen. Ohne eine politische Schutzmacht wäre Luther und seine Reform wohl gescheitert. Die Staatsnähe der evangelischen Kirche in Deutschland hat also Tradition.

Ein interreligiöser Dialog über das grundsätzliche Verhältnis von Religion, Staat und Politik kann hier besonders zum Nutzen für die wortführenden islamischen Verbände, die immer noch um ihre staatsrechtliche Position ringen, nützlich sein. Sollen sie sich durch die staatsrechtliche Anerkennung als Religionsgemeinschaften mit dem Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts in die Abhängigkeit vom Staat begeben, vor der schon der evangelische Philosoph und Kirchenrechtler, Friedrich Schleiermacher, seine Kirche eindringlich gewarnt hatte? Die Versuchung für die Muslime ist groß, schon wegen der finanziellen Existenzsicherung ihrer Verbände, Funktionäre

und Privilegien, die mit dieser Bindung zusammenhängen.

Das Impulspapier der Konferenz für Islamfragen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) »Reformation und Islam« kam mit der Anregung, das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und dem Islam neu zu bestimmen, gerade recht. Die Reformationszeit hat bis in die Gegenwart hinein nicht nur das theologische Denken und Wahrnehmen, sondern auch die öffentliche Meinung über den Islam geprägt. Die Forschung über das Verhältnis der evangelischen Kirche zum Islam bekommt dadurch neue Impulse und eine wissenschaftlich solide Grundlage.

Die Ökonomie ist das Zentralgebiet der Politik geworden. Angesichts der Ökonomisierung des Lebens des Einzelnen und der Entfremdungstendenzen des Menschen in der sogenannten Moderne bedauern viele, dass Luther mit seiner Reformation bei der Weichenstellung hin zum Kapitalismus nicht konsequenter gewesen ist. So hatte er sich indifferent gegenüber dem (auch christlichen) Zinsverbot und einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung verhalten. Über den Rahmen von EKD-Denkschriften hinaus könnte der christlich-islamische Dialog über die Probleme des Menschen in der heutigen vom Wachstumszwang diktierten Konsumgesellschaft belebt werden. Gemeinsam ist uns ja, dass im Mittelpunkt unseres Handelns die Sorge um den Menschen steht.

Das Unbehagen über den Zustand unserer Gesellschaft ist weit verbreitet. Wir müssen selbstkritisch feststellen, dass wir als einzelne Religionsgemeinschaften unserer Verantwortung unserem Land gegenüber kaum gerecht werden können. Gemeinsames Auftreten und Aktionen würden unsere Arbeit verstärken. Das wäre auch ein guter Anlass, über die neue und gemeinsame Rolle der Religionsgemeinschaften als Akteure der Zivilgesellschaft in einer pluralen Gesellschaft sowohl bei Christen als auch Muslimen und Juden nachzudenken.

Angesichts des Problems der Fremdenfeindlichkeit, der neuen Impulse für den Antisemitismus und der Islamfeindlichkeit sollte der Dialog notwendigerweise zusammen mit den Juden zum Dialog erweitert werden. Es geht um die Verfasstheit unserer Gesell-

Gemeinsames Auftreten und Aktionen der Religions- gemeinschaften würden unsere Arbeit verstärken

schaft im weitesten Sinne und den Frieden in der Welt. In diesem Sinne sollten wir die Reformationsfeiern nicht nur der Erinnerung widmen, sondern im Dialog selbstkritisch und konstruktiv auf das Heute und die Zukunft richten. Darum »lasst uns«, wie der Koran aufordert, »auf ein schönes Wort zusammenkommen«!

Ayyub Axel Köhler ist ein Funktionär des Zentralrats der Muslime

Auch die Kirche ist eine Marke

Versuch einer Definition des Markenkerns Kirche

HENNING VON VIEREGGE

Redet man mit Werbe- und Kommunikationsexperten über Kirche, wie ich es getan habe, dann lässt sich bei aller Unterschiedlichkeit der Einschätzungen eine gemeinsame Überzeugung destillieren. Sie führt zur Handlungsaufforderung an die evangelische Kirche im Lutherjahr 2017. Die Überzeugung ist: Kirche ist eine Marke, ob sie das will oder nicht. Jede Marke hat einen Kern, den man immer wieder neu definieren muss, damit die Marke auch in veränderten Umfeld nichts von ihrer Strahlkraft einbüßt. Für diesen Klärungsprozess gibt es erprobte Vorgehensweisen. Mehrere meiner Gesprächspartner zeigten ihr Interesse, mit Kirchenverantwortlichen in einen Workshop zu gehen, in dem die Grundlagen für einen solchen Auftrag geklärt werden.

Es geht um Kirche und Glaube. In laienhafter Harmlosigkeit erzählte ich neulich einem Kirchenoberen von meinen Gesprächen mit den Kommunikationsexperten, deren Können darin bestehe, die DNA einer Marke freizulegen und somit eine zeitgemäße und einfache Antwort auf die Frage »Warum evangelisch?« zu finden. Der Gesprächspartner klärte mich auf, dass es auf diese Frage keine einfache Antwort geben könne, das sei gerade der Vorzug unseres Glaubens. Der Hinweis auf den Satiriker Harald Martenstein brachte uns auch nicht weiter. Der hatte neulich über einfache Antworten auf komplizierte Fragen sinniert und festgestellt: »Ich finde einfache Antworten auf komplizierte Fragen super. Sowohl eine einfache als auch eine komplizierte Antwort können richtig oder falsch sein, das weiß doch jedes Kind.« Ach Martenstein, was verstehst du schon von dem, was nicht jedes Kind weiß.

Wenig verwunderlich also, dass Lars Harden, Hochschullehrer, Chef der Hannoveraner Agentur Aserto, und

strategischer Berater kirchlicher Einrichtungen, mit seiner Forderung die Theologenabwehrmauer nicht knackt. Er fordert: »Das Mantra muss sein, das Differenzkriterium von Protestantismus zu anderen religiösen Angeboten herauszuarbeiten. Hauptempfehlung, die ich habe: Positioniert eure Köpfe und gebt ihnen ein klares Profil! Seid sprechfähig! Warum ist es besser, Protestant zu sein als es nicht zu sein? Auf diese Frage müssten die Menschen, die diese Kirche repräsentieren, eine Antwort haben.«

Liest man die Ankündigungen zum Jubiläum, gewinnt man den Eindruck, dass es um ein in erster Linie ökumenisches Ereignis geht. Ich war vor vielen Jahren Ohrenzeuge, als ein Kirchenpräsident vermeinte, sich bei dem damaligen Mainzer Bischof Karl Lehmann dafür entschuldigen zu müssen, dass man die Kampagne »Evangelisch aus gutem Grund« ins Leben gerufen habe. Darauf Lehmann kurz und freundlich: »Mir ist ein Gesprächspartner lieber, der weiß, wer er ist. Das erleichtert das Verständnis.« Dieser Hinweis ist nicht veraltet. Sollte der Papst zum Reformationsjahr nach Deutschland kommen, wäre etwas mehr evangelische Selbstklärung als die jüngst von Friedrich Schorlemmer mitgeteilte Weigerung, den Papst mit »Eure Heiligkeit« anzusprechen, schon hilfreich. Nehmen wir an, der Papst würde ohne Vorwarnung die Frage stellen, ob 500 Jahre Trennung nicht genug seien? Da wäre es doch gut, wenn der Spruch »Offenheit ist nicht Beliebigkeit« bis dahin mit solchem Inhalt gefüllt wäre, den auch das normale Kirchenmitglied versteht und der es überzeugt. Ökumenische Aufgeschlossenheit ist kein Differenzierungskriterium.

Es ist also gut und richtig, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob die Kommunikation rund um die Marke der DNA des evangelischen Glaubens entspricht oder von ihr abführt. Die positiven Folgen sind mannigfaltig: Das rare Gut »Loyalität« wird gestärkt, das Engagement für die Kirche und für die Gesellschaft unter kirchlicher Führung ausgebaut. Unternehmen scheuen sich nicht, eine Fankultur

aufzubauen und diese auch so auszuflaggen. Die zwischen Engagement und Indifferenz angesiedelten »klassischen« Kirchenmitglieder, das wissen wir aus der letzten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung, fühlen sich zunehmend rat- und mutlos. Sie brauchen argumentativen Support jenseits einer »Kultur der Harmlosigkeit« (G. Wegner) gewachsen aus der Angst, nicht mehr gesellschaftlich anschlussfähig zu sein.

Und die anschwellende Gruppe der Indifferenten? Hier steckt die Institution Kirche in der gleichen Zwickmühle wie Parteien, Gewerkschaften und andere Großinstitutionen, meint Frank-Michael Schmidt, Politologe und CEO von Scholz & Friends. »Für diese Typologien vormals lebenslanger Mitgliedschaften gilt heute: Bindungen und bedingungslose Identifikation nehmen ab; die Fragen nach dem ideellen, sozialen und individuellen Nutzen nehmen zu. Gewohnheit ist keine Legitimation mehr für Mitgliedsbeiträge, sondern nur die subjektiv überzeugende Beantwortung der Sinn- und Nutzen-Fragen. Von dieser allgemeinen Dynamik können sich auch die Kirchen nicht abkoppeln.«

Jedes Mitglied kann akzeptieren, dass ein Teil des Beitrags eine Quasi-Gemeinwohl-Abgabe ist. Problematisch dabei ist, dass die Mittelverteilung vom Mitglied nicht beeinflusst werden kann. Aber vollends nicht akzeptabel wäre, wenn es persönlich von der Mitgliedschaft praktisch keinen Nutzen hätte. »Die gute Nachricht ist: Die evangelische Kirche kann diese Fragen beantworten. Sie sollte das auch pointiert tun«, so Schmidt.

Generell gilt: Werbung, die nicht hält, was von ihr erwartet wird, ist kontraproduktiv. Was in der Wirtschaft gilt, stimmt auch für das Lutherjahr. Es weckt hohe Erwartungen.

Henning von VierEGge war Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands Kommunikationsagenturen GWA. Er publiziert zu den Themen Altern, Zivilgesellschaft, Kirche und arbeitet als Assoziierter Wissenschaftler am Maccenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft Berlin

Luther
2017

Mit dieser Kolumne
begleiten wir das
Reformationsjubiläum.

Die Welt lesbarer machen

Goethe-Institute im Porträt

Seit über sechzig Jahren fördert das Goethe-Institut die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland, es pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit und vermittelt ein umfassendes Deutschlandbild durch seine Informationsangebote. Doch wie sieht der Alltag der deutschen Kulturbotschafterinnen und Kulturbotschafter konkret aus?

Die Goethe-Institute in Barcelona, Brüssel, Buenos Aires, Hanoi, Istanbul, Johannesburg, Kabul, Kairo, Kyoto, La Paz, Lissabon, London, Mexiko-Stadt, Moskau, Mumbai, New Delhi, New York, Nowosibirsk, Peking, Ramallah, Rom, São Paulo, Schwäbisch Hall, Sydney, Tel Aviv, Tiflis, Tunis, Vilnius und Warschau werden in dem Buch vorgestellt.

Hrsg. von Klaus-Dieter Lehmann
und Olaf Zimmermann

144 Seiten, 12,- €
ISBN 978-3-939670-92-6

im Online-Shop
erhältlich
www.kulturrat.de

DIE WELT
LESBARER MACHEN
GOETHE-INSTITUTE
IM PORTRÄT



Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist. Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

- Kategorie 4** Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
- Kategorie 3** Vorwarnliste
- Kategorie 2** gefährdet
- Kategorie 1** von Schließung bedroht
- Kategorie 0** geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

THOMAS-MANN-VILLA, LOS ANGELES, USA

- Gründung: 1941
- Architekt: Julius Ralph Davidson



3

Die Pacific Palisades in Los Angeles ist, zwischen Malibu und den Santa Monica Mountains, eine gefragte Adresse. Der Thomas-Mann-Villa droht dort mit einem vergleichsweise günstigen Verkaufspreis von ca. 15 Millionen Dollar der Abriss. Thomas Mann und seine Familie bewohnten die Villa von 1942 bis 1952. Nach der Rückkehr der Familie Mann aus dem Exil in die Schweiz erwarben der kalifornische Anwalt Chet Lappen und seine Frau das Anwesen mit 500 Quadratmeter Wohn- und 4.000 Quadratmeter Gartenfläche. Seit dem

Tod des Anwalts 2010 stand die Villa als Mietobjekt auf dem Immobilienmarkt, zum ersten Mal seit 65 Jahren nun auch als Kaufobjekt. Für die Mann-Villa gibt es in L. A. keinen Denkmalschutz und so lockt das Maklerbüro die Interessenten mit der Möglichkeit, in der exklusiven Gegend ein Traumhaus kreieren zu können. Dem von Herta Müller angeführten Protest gegen den Verkauf und Abriss folgt Außenminister Steinmeier mit der Ankündigung, sich für die Villa zu engagieren. Ein Kauf durch die Bundesregierung ist geplant.

SCHLOSS FREIENWALDE, BAD FREIENWALDE, BRANDENBURG

- Gründung: 1798 erbaut / 1991 (als Gedenkstätte)
- Tätigkeitsfeld: Ausstellung
- Finanzierung: Landkreis Märkisch-Oderland
- Homepage: www.schloss-freienwalde.de



1

Das Schloss Freienwalde gilt als architektonisch bedeutendes Kleinod preußischer Landbaukunst, das im 18. Jahrhundert für Königin Friederike Luise erbaut worden war. Seit der Wende 1991 fungiert es als Rathenau-Gedenkstätte und führt eine ständige Ausstellung über die Geschichte des Schlosses. Der Industrielle, Schriftsteller und Reichsaußenminister Walther Rathenau erwarb das Schlossgrundstück 1909 und restaurierte es im Geist der Erbauungszeit. Zehn Jahre verbrachte er dort seine Sommermonate. Das nach seinem Tod

herrenlos gewordene Schloss wurde von seinen Erben dem damaligen Landkreis Oberbarnim geschenkt. Der Landkreis übernahm die Verpflichtung, die Erinnerung an Rathenau zu pflegen. 1997 lagerte der Landkreis Märkisch-Oderland seine Museums-Institutionen an die Kultur GmbH aus. Im Juni wurde nun beschlossen, dass die Kultur GmbH zum Ende dieses Jahres geschlossen wird. Damit würde auch der museale Betrieb des Schloss Freienwalde schließen, sofern die Stadt nicht die Trägerschaft übernimmt.

GERSTÄCKER-MUSEUM, BRAUNSCHWEIG, NIEDERSACHSEN

- Gründung: 1982
- Tätigkeitsfeld: Ausstellung
- Finanzierung: Friedrich-Gerstäcker-Gesellschaft e.V., Spenden
- Homepage: www.gerstaecker-museum.de



0

An den Reiseschriftsteller Friedrich Gerstäcker wird seit 34 Jahren in dem gleichnamigen Museum erinnert. Eine Dauerausstellung präsentiert die Geschichte der Auswanderung aus dem Herzogtum Braunschweig und gibt Hinweise auf das Schicksal Gerstäckers. Da der Eintritt kostenlos ist, kann das Museum nur über Spenden und Mitgliedschaften in der Friedrich-Gerstäcker-Gesellschaft e.V. finanziert werden. Der Vorsitzende, Thomas Ostwald, zieht sich altersbedingt aus der Arbeit zurück und wünscht die Übernahme des

Museums in den städtischen Bereich. Doch vor allem der ungünstige Standort des Museums sei Grund dafür, dass für die Stadt eine Übernahme nicht infrage komme. Seit dem 2. Oktober dieses Jahres ist das Gerstäcker-Museum für Besucher geschlossen.

ELDORADO-KINO, MÜNCHEN, BAYERN

- Gründung: 1971
- Tätigkeitsfeld: Kino
- Finanzierung: Trianon Co. KG
- Homepage: www.city-kinos.de



1

Die Eldorado-Leinwand öffnete erstmals im März 1971. Das damalige Filmtheater im Besitz der Kinobetreiber Kuchenreuther hatte einen besonderen Anspruch bei der Filmauswahl – Kunst statt Mainstream. Seit 45 Jahren wird in dem Kino mit grünem Marmorboden und Teakholz-Vertäfelung wertvolles Kunstkino gezeigt. 1996 wurde das Kino von der City-Gruppe renoviert und übernommen. Da der Mietvertrag für das Eldorado-Kino zum Ende dieses Jahres ausläuft, hat der Vermieter Immobilienagentur BVG Verwaltung die

Fläche einer Drogeriefiliale zur Verfügung gestellt. Dieser möchte ab Neujahr aus dem Kino im Untergeschoss der Münchener Sonnenstraße 7 einen Lagerraum machen. Das sogenannte Kinosterben um die Sonnenstraße herum begann 2011 mit der Schließung Tivolis in der Neuhauser Straße, gefolgt vom Filmcasino am Odeonsplatz und dem Atlantis am Stachus. Das Resultat ist nebst einer immer einseitiger werdenden Geschäftsstruktur der Verlust von Vielfalt und Kultur.

BISHER VORGESTELLTE GEFÄHRDETE INSTITUTIONEN

Institution, Bundesland	Aktuelle Gefährdung	() = bei Erstaufnahme
Haus Peters Tretebüll, Schw.-Holst.	2	(2)
Hamburger Stadtteilkultur, Hamburg	2	(3)
Mutter-Museum, Amorbach, Bayern	2	(3)
Forum Konkrete Kunst Erfurt, Thüringen	1	(1)
Acht Brücken – Musik für Köln, NRW	4	(2)
Kunstoff Weimar, Thüringen	2	(2)
Musikhochschule Trossingen, Baden-Württemberg	4	(4)
Mainzer Kammerorchester, Mainz, Rheinland-Pfalz	1	(1)
Museum Morsbroich, Leverkusen, NRW	3	(3)
Deutsche Zentralbibliothek für Medizin, Köln/Bonn, NRW	4	(2)
Institut für Theaterwissenschaft, Universität Leipzig, Sachsen	4	(4)
Ateliers hinterm Hauptbahnhof, Karlsruhe, Baden-Württemberg	1	(1)
The English Theatre, Frankfurt am Main, Hessen	2	(3)
Projekte und Strukturen der kulturellen Bildung an hessischen Schulen	4	(3)
»Mechaj« – Jüdisches Theater Rostock, Meckl.-Vorpomm.	0	(2)
Die Wiesenburg, Berlin	1	(1)
Burghofbühne Dinslaken, NRW	2	(3)
Internationales Keramik-Museum, Weiden, Bayern	1	(1)
Belgisches Haus, Köln, NRW	0	(2)
Kunst- und Kulturcafé am Campus, Essen, NRW	0	(0)

Die vollständige Liste finden Sie unter www.kulturrat.de/themen/rote-liste-kultur/

Politik & Kultur



Goethe-Institut in Tunis, Tunesien

THEMA

FOTO: BERNHARD LUDEWIG / GOETHE-INSTITUT TUNIS

Für einen gerechten Welthandel und für mehr Beteiligung der Zivilgesellschaft

Muss die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht Teil eines Bundeskulturministeriums sein?

OLAF ZIMMERMANN

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) soll neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen die »dritte Säule« der deutschen Außenpolitik sein. Und ohne Zweifel ist die AKBP ein Pfund, mit dem Deutschland im Ausland eine gute Figur macht. Die Ziele der AKBP sind hochgesteckt: Schaffung eines stabilen Fundaments für die internationalen Beziehungen durch die Koproduktion von Wissen und Kultur und den Dialog zwischen den Menschen, Förderung der deutschen Sprache in Europa und in der Welt, Beitrag zur weltweiten Krisen- und Konfliktprävention, Förderung der europäischen Integration, Erhalt der kulturellen Vielfalt auf der Welt, Präsentation Deutschlands als modernen, attraktiven Standort für Bildung, Wissenschaft, Forschung und berufliche Entwicklung, Präsentation Deutschlands als Land mit einer weltbekannten, kreativen und vielfältigen Kulturszene und die Vermittlung eines wirklichkeitsstreu und lebendigen Deutschlandbilds.

Die AKBP ist eine wichtige Nahtstelle zwischen In- und Ausland und verlangt dabei besondere Sensibilität. Denn es geht auf der einen Seite darum, Deutschland, die deutsche Sprache und Kunst im Ausland zu präsentieren. Also eine Art Schaufenster für Deutschland zu sein und mit den Mitteln der Künste, die Diskussionen in Deutsch-

land sichtbar zu machen und Interesse am Lernen der deutschen Sprache zu wecken. Dazu gehört auch, Kunst aus Deutschland im Ausland zu zeigen und gegebenenfalls Kunst zu exportieren. Das ist die Blickrichtung von Deutschland nach außen. Zugleich bietet die AKBP die Chance des Blicks von außen auf Deutschland. Hier geht es darum, mit Fingerspitzengefühl und Gespür für die Kunstszene vor Ort zu erfassen, welche künstlerischen Impulse es gibt und welcher kulturpolitische Diskurs geführt wird.

Besonders positiv an der AKBP in dieser Legislaturperiode ist, dass sie nicht mehr für die Anbahnung von Kontakten für die deutsche Wirtschaft missbraucht werden soll. Auch ist die Finanzierung der AKBP in dieser Legislaturperiode in ruhige Fahrwasser gekommen. Die Mittlerorganisationen werden nicht mehr kaputtgespart, sondern im Gegenteil weitgehend auskömmlich finanziert. Der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier macht als Kulturpolitiker einen guten Job.

Und trotz dieser positiven Zwischenbilanz der AKBP in dieser Legislaturperiode bleiben Fragen.

Die wichtigsten Partner des Auswärtigen Amtes bei der Umsetzung der AKBP sind nach seinen eigenen Angaben die sogenannten Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Institut für Auslandsbe-

ziehungen, die Deutsche UNESCO-Kommission, das Deutsche Archäologische Institut und andere. In der AKBP sind aber eine Vielzahl weiterer Akteure aktiv. Neben den Mittlerorganisationen sind es Künstlerverbände, Verbände der kulturellen Jugendbildung, kulturwirtschaftliche Organisationen und nicht zuletzt die Kirchen. Aus dieser Vielzahl resultiert auch eine Heterogenität der Zielsetzungen. Sehen die einen den Export von Kulturgütern und -dienstleistungen aus Deutschland als besonders wichtig an, stehen für andere der Künstleraustausch und die Präsentation von Kunst im Aus- und Inland im Vordergrund. Setzen einige den Akzent auf die Vermittlung deutscher Sprache, stellen andere den Know-how-Transfer in den Mittelpunkt. Die nächsten erwarten neue künstlerische Ausdrucksformen, die aus der Begegnung entstehen. Aus gutem Grund wird die AKBP von einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure realisiert. Diese zivilgesellschaftlichen Akteure haben andere Möglichkeiten der Kooperation und des Austausches als staatliche Institutionen. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den Kulturdiskurs, die Zusammenarbeit mit Künstlern in der Opposition und anderem mehr. Die deutschen zivilgesellschaftlichen Akteure der AKBP sind in der Kulturszene in Deutschland verwurzelt und mit den Kulturszenen im Ausland vertraut. Sie können eigene Akzente setzen, um partnerschaftlich mit ausländischen Akteuren die AKBP mit Leben zu füllen. In dieser Legislaturperiode hat die

Konzentration des Auswärtigen Amtes auf die Arbeit der Mittlerorganisationen noch einmal zugenommen, ist das wirklich der richtige Weg?

Und müsste sich die AKBP, ganz im Sinne der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Viel-

Die AKBP muss in der globalisierten Welt neue Antworten geben

falt kultureller Ausdrucksformen, nicht auch deutlich sichtbarer als heute für einen gerechten Welthandel einsetzen. Dazu gehört auch, den Kulturimport aus den Ländern des Südens zu stärken und sich für gerechte Handelsbeziehungen zwischen Nord und Süd starkzumachen. AKBP wäre so ein Anwalt für eine gerechtere Globalisierung. Müsste der Bundesaußenminister in diesem Sinne nicht einer der stärksten Gegner von TTIP, CETA und den anderen sogenannten Freihandelsabkommen sein, die ja gerade den freien Handel auf Kosten der Länder des Südens perpetuieren möchten?

Die AKBP muss in der globalisierten Welt neue Antworten geben. Deutschland ist als Mitglied der Europäischen Union eingebunden in globale Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Die Gewichte in der Welt verschieben sich, neue aufstrebende Nationen gewinnen politisch und wirtschaftlich

an Stellenwert. Zugleich hat der alte Ost-West-Konflikt wieder an Bedeutung gewonnen. Deutschland als bedeutende Industrie- und Kulturnation kommt in der sich verändernden Welt eine wichtige Rolle zu. Vor diesem Hintergrund muss es darum gehen, eine Neupositionierung der AKBP vorzunehmen, die sich als Teil des Nord-Süd-Dialogs versteht und sich für einen gerechten Welthandel einsetzt und mit der Kultur- und Bildungspolitik des Inlands eng verbunden ist. Und es muss darum gehen, die gesamte Breite der Zivilgesellschaft in die AKBP einzubinden.

In weniger als einem Jahr wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. Sicherlich wird im Vorfeld wieder darüber debattiert werden, ob wir nicht endlich in Deutschland ein Bundeskulturministerium, wie in so gut wie jedem anderen Land der Welt üblich, brauchen. Dabei wird sich auch wieder die Frage stellen, ob die AKBP nicht Teil dieses Ministeriums sein sollte? Gerade weil die Kulturpolitik im Inland und die AKBP enger verknüpft werden müssen, sollten allen Optionen jetzt vorurteilsfrei geprüft werden. Die Einrichtung eines Bundeskulturministeriums ist kein Angriff auf die AKBP, sondern eigentlich eine politische Selbstverständlichkeit. Nur wir Deutschen leisten uns den »Luxus«, in Europa ohne ein nationales Kulturministerium auszukommen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Kulturelle Freiräume schaffen und gestalten

Auswärtige Kulturpolitik vor neuen Herausforderungen

ANDREAS GÖRGEN

Die Neubestimmung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) in der zweiten Amtszeit von Bundesminister Frank-Walter Steinmeier war und ist Teil des von ihm angestoßenen Review-Prozesses der deutschen Außenpolitik. Erste Ergebnisse stellte er in einer konzeptionellen Rede Anfang 2015 vor, ein großer Kongress unter erstmaliger Einbeziehung der von ihm 2008 gestarteten Partnerschulinitiative (PASCH) bot im April 2016 die Gelegenheit, die Erfahrungen der Partner und Mittler aus dem Aus- und Inland intensiv einzubeziehen. Die Integration der Forschungszusammenarbeit innerhalb des Auswärtigen Amtes (AA) in diesen Bereich und der Aufbau des Feldes der strategischen Kommunikation haben diese umgesetzt und vor allem hat der Bundestag in einem von Union, SPD und Bündnis90/Die Grünen eingebrachten Entschließungsantrag unter weitgehender Zustimmung auch der Linken diese Neubestimmung begrüßt und inhaltlich weiter fortgeschrieben.

Als die zentrale Aufgabe begreifen wir in den nächsten Jahren die Frage des Zugangs zu Kultur und Bildung. Angesichts der abscheulichen Zerstörungen von Kulturgut in Syrien, im Irak und an anderen Orten ist zunächst und vor allem der Schutz und Erhalt des kulturellen Erbes als Träger von Identifizierungsmöglichkeiten und Alteritäten gemeint. Die Zukunft ist die Gegenwart, welche die Vergangenheit uns schenkt, so hat es ein französischer Kulturminister einmal formuliert, und genau deswegen ist es so wichtig, die Vergangenheit lebendig zu erhalten. Die Verschiedenheit bietet die Möglichkeit, aus der Fremdheit des Vergangenen die Möglichkeit einer anderen Zukunft immer wieder neu zu diskutieren und diese zu gestalten. Daher hat der Kulturgüterschutz auf normativer Ebene – z. B. die gemeinsam mit dem Irak eingebrachte Resolution in der UN-Generalversammlung und die Novelle des deutschen Kulturgüterschutzgesetzes unter Federführung der Kulturstaatsministerin – ebenso wie auf politischer – im Form des Vorsitzes im Welterbekomitee 2014/15 durch Staatsministerin Maria Böhmer – und pragmatischer Ebene durch zahlreiche konkrete Projekte ganz im Vordergrund der ersten fast drei Jahre dieser Legislaturperiode gestanden und wird auch weiterhin einen wichtigen Raum einnehmen.

Zugang zu Kultur bezieht sich dabei freilich bei Weitem nicht nur auf Artefakte. Sondern es geht um den Zugang unter auch in der Praxis prekären, oft genug unerträglich schweren Lebensbedingungen. Unter der Leitung des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) haben sich daher 18 Institutionen im Archeological Heritage Network zusammengetan und arbeiten gemeinsam unter anderem am Projekt »Stunde Null« für Syrien. Von der kulturellen Arbeit in Flüchtlingslagern und mit urban refugees über die Ausbildung von geflohenen Menschen in kulturellen Techniken, dem Heranführen an ihr kulturelles Erbe, wissenschaftlicher Ausbildung, wie sie die deutsch-jordanische Universität und viele andere Institutionen leisten, die Arbeit von Denkmalpflegern und Stadtplanern bis hin zur internationalen Zusammenarbeit unter anderem mit Smithsonian in den USA, der Anadolu Kültür Stiftung in der Türkei oder der



Eingang des Goethe-Instituts in Kairo, Ägypten

französisch-emiratischen Initiative reicht dabei der Bogen, der eines Tages zum kulturellen Wiederaufbau Syriens beitragen soll. Das gibt schon heute vielen Menschen ein bisschen Zuversicht. Kultur- und Bildungsarbeit, das ist Hilfe zur Humanität, die neben und mit der humanitären Hilfe notwendig ist für die gemeinsame Arbeit an einer besseren Zukunft.

Zugang zu Kultur und Bildung, das betrifft auch die unzähligen Geflüchteten auf aller Welt. Dank der Unterstützung des Deutschen Bundestages wurden in den vergangenen knapp drei Jahren drei besonders wichtige Initiativen im Ausland gestartet bzw. verstärkt: 2015 hat der DAAD als Mittlerorganisation die Zahl der Stipendien für Syrer verzehnfacht und mit einem Leadership-Programm unterlegt. 2016 haben wir die Deutsche Flüchtlingsinitiative Albert Einstein beim UNHCR mit zusätzlichen 2.500 Stipendien ausgestattet, die neben vor allem syrischen Flüchtlingen in der Region auch in Erstaufnahmeländern wie z. B. Äthiopien oder dem Iran geflüchteten Menschen

Vorpolitische Freiheitsräume zu schaffen und zu pflegen, ist eminent wichtig

die Möglichkeit eines Studiums eröffnen. Gemeinsam mit der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) als Mittlerorganisationen des AA und in Kooperation mit sieben Unternehmensstiftungen wurde die Philipp-Schwartz-Initiative gegründet. Die wissenschaftliche Gemeinschaft in Deutschland gewährt mit dieser Initiative gefährdeten Wissenschaftlern einen sicheren Platz des Lebens und Forschens – sechs aus der Türkei und 14 aus Syrien allein in diesem Jahr.

Zugang zu Kultur und Bildung, das ist aber auch über die durch die Krisen beschriebenen Notwendigkeiten hinaus die entscheidende Frage der kommenden Jahre: Bundesminister Steinmeier hat mehrfach betont, dass sich sein Ansatz auf einen sozialen Kulturbegriff, keinen ästhetisierenden stützt. Diplomaten sind nicht diejenigen, die

bestimmen, was Kultur ist, sondern für uns bilden Kultur, Bildung und Forschung und Kommunikation vorpolitische Freiheitsräume. Ob Schulen oder Goethe-Institute, ob Ausstellungskoperationen, Theater- oder Literaturfestivals, ob Austausch in Bildung, Forschung und Wissenschaft oder das Schaffen kommunikativer Räume: All das sind Orte, in denen das Lernen, Leben und manchmal eben auch Leiden am Eigenen und Fremden möglich wird.

Genau dessen bedarf es umso mehr in einer Welt, die sich ihrer eigenen Ordnung nicht mehr sicher ist. Denn Ordnungen beruhen jenseits ihrer faktischen und rechtlichen Form auf Rechtfertigungsdiskursen – eben den »Träume und Traumata«, die unter dem Stichwort der kulturellen Intelligenz Eingang in die Auswärtige Politik gefunden haben. In ihnen werden tradierte Geschichten, Bilder und Erzählmuster reflektiert, die politische, religiöse und soziale Verhältnisse über die faktische Ordnung hinaus begründen. Das Ringen um eine neue Ordnung ist damit auch immer zugleich ein Ringen um eine neue Erzählung.

Daher ist es für die Kulturpolitik Deutschlands im Ausland so eminent wichtig, vorpolitische Freiheitsräume zu schaffen und zu pflegen, in denen dieses Ringen stattfinden kann, in denen die Narrative der Völker, Freunde und Partner in friedlicher Weise vor und eben auch ausgetragen werden. Drei Aspekte mögen das veranschaulichen:

Erstens der Zugang zu Kultur und Bildung, d. h. diese Freiräume als eine globale Infrastruktur des Geistes und der Herzen zu verstehen und zu finanzieren. Eine Infrastruktur, die wir im globalen Maßstab ebenso nötig haben wie Autobahnen und Eisenbahnen. Gerade im 21. Jahrhundert ist der Gedankenstau vielleicht noch viel gefährlicher als der Verkehrsstau, hat Außenminister Steinmeier vor dem Bundestag betont. Ins Verhältnis gesetzt bedeutet das rund 150 Goethe-Institute, 450 Lektorate, 1.800 Partnerschulen und tausende von Universitätskooperationen in aller Welt für einen Betrag, mit dem man gut 100 Kilometer Autobahn in Deutschland bauen könnte. Der Bundestag hat diese Infrastruktur des Geistes und der Herzen in dieser Legislaturperiode energisch unterstützt und gefördert:

Nicht nur haben die Goethe-Institute und die Deutschen Auslandsschulen jeweils rund 20 Millionen Euro mehr in ihrem Haushalt verbuchen können und sollen nun AvH und DAAD sowie DAI mehr Mittel bekommen, sondern auch im Kommunikationsbereich – von der Deutschen Welle (DW) bis hin zur Krisenkommunikation, in der Unterstützung der Kreativwirtschaft und in der Jugend- und Sportpolitik sind neue Akzente gesetzt worden.

Zweitens geht es darum, Zugang zu diesen Freiheitsräumen nicht nur finanziell, sondern eben auch politisch zu schaffen und zu schützen – gerade in der Zusammenarbeit mit schwierigen Partnern und in der Auseinandersetzung mit uns fremden Narrativen. Vom Einsatz für die politischen Stiftungen, für die Belange der Lehrer im Ausland oder der Mitarbeiter des Goethe-Institutes bis hin zum tagtäglichen, oft politisch brisanten Ausloten des »gerade noch Erlaubten« reicht die Palette der Zusammenarbeit zwischen der Kultur der Diplomatie und der Diplomatie der Kultur.

Zwei Beispiele mögen das veranschaulichen: »Dieses Literaturfestival wird die Ukraine verändern«, schrieb im vergangenen Jahr die FAZ über das Internationale Literaturfestival in Odessa, das wir dank der Initiative des Bundestages aus Mitteln für die Länder der Östlichen Partnerschaft unterstützen. Natürlich wissen wir nicht, ob das stimmt, denn es gibt nun einmal keine Kausalitätskette zwischen Geld, Kultur und Humanität. Aber der Erfolg des zweiten Festivals in diesem Jahr, die Tatsache, dass es von Russland bis Deutschland, von den baltischen Staaten bis Argentinien und Indonesien als ein Ort wahrgenommen wird, an dem im literarischen Diskurs an den Wunden von Gesellschaften gearbeitet wird, macht Mut. Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit, die gemeinsam mit dem Goethe-Institut und anderen Partnern z. B. in Saudi-Arabien geleistet wird: Von der Unterstützung der Dreharbeiten des ersten saudischen Kinofilms über die Unterstützung der Künstlerresidenz von Abdunasser Gharem in Riad, einem einzigartigen Ort kulturellen Schaffens und kultureller Freiheit, bis hin zu der Tatsache, dass während des Janadriyah Festivals zwei Veranstaltungen als zu gewagt von der königlichen Garde abgelehnt wurden, reicht die Palette der

Gratwanderungen, auf die sich Kulturpolitik einlassen muss, wenn sie nicht auf »Macht«, sondern auf »reflective power«, auf Gestaltung durch Verständigung baut.

Drittens und abschließend dient eine solche Auswärtige Kulturpolitik des Zugangs auch der Überwindung nationalstaatlichen Denkens: Außenpolitik ist viel zu wichtig, um sie den Staaten alleine zu überlassen, hat Willy Brandt gesagt, und Außenminister Steinmeier hat mit dem strategischen Stiftungsdialo die Grundlage dafür geschaffen, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliches Handeln in all ihrer Unterschiedlichkeit noch besser austauschen, kritisieren, aber auch unterstützen können. Zahlreiche Initiativen sind aus diesem Dialog bereits hervorgegangen und alle dienen dem einen Ziel: einen Beitrag zu gesellschaftlicher Verständigung auch jenseits von und über staatliche Strukturen hinaus zu leisten, so wie sich das der Deutsche Kulturrat hier in Deutschland erfolgreich zum Anliegen macht. Für die Auswärtige Kulturpolitik gilt das ganz besonders für Europa. Dabei wird der Wettbewerb zwischen Gesellschaftsmodellen um die Frage »Wohlstand ohne Widerspruch« (autoritäre Regierungsformen) versus »Wohlstand durch Widerspruch« (Demokratie) in einem globalen Rahmen ausgetragen, für den sich auch unsere Kultur- und Bildungspolitik und Kommunikationsarbeit neu ausrichten muss. Die jüngsten Initiativen des Goethe-Institutes, noch enger mit dem Institut Francais zusammen zu arbeiten und von der Kollokation zur Koproduktion, von der Wohngemeinschaft zur gemeinsamen kulturellen Arbeit zu gelangen, die gemeinsame Arbeit mit Stiftungen wie der Mercator-Stiftung, der VW- und der Robert-Bosch-Stiftung an der europapolitischen Kommunikation, die Übersetzung von eurotopics ins Türkische und unsere Medieninitiative gegen russische Propaganda gemeinsam mit unseren baltischen Freunden – all das sind wichtige erste Schritte, denen weitere folgen werden und die die europäische Weiterentwicklung der AKBP vorzeichnen.

Andreas Görgen leitet die Abteilung für Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt

Die Menschen direkt erreichen

Wie beurteilen die Obleute im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik die AKBP in dieser Legislaturperiode?

Authentische »Botschafter«

THOMAS FEIST

Als Obmann meiner Fraktion im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) und ehemaliger Jugendbildungsreferent beim evangelischen Landesjugendpfarramt ist mir die AKBP ein Herzensanliegen. Sie ist mit guten und effizienten Instrumenten gerüstet, die weltweit Brücken zu unserem Land und unserer Kultur bauen. Um diese wichtige Säule deutscher Außenpolitik weiter zu stärken, haben wir als Koalitionsfraktionen gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen einen Entschließungsantrag zur AKBP erarbeitet, der kürzlich im Bundestag beschlossen wurde. Die Bedeutung der »sanften Diplomatie« nimmt in den aktuellen Krisenzeiten zu und wird auch zukünftig an Wert gewinnen.

Was macht die deutsche AKBP so besonders und einzigartig? Es sind die Mittlerorganisationen, die ihr Profil prägen – mit ihren Schwerpunkten Vermittlung der deutschen Sprache, Wissenschaftsaustausch und Stärkung der Zivilgesellschaft, die darüber hinaus auch unsere demokratischen Prinzipien und Wertvorstellungen transportieren. Sie erreichen durch Begegnungen im Feld der Kultur, besonders aber durch gut ausgebaute Stipendienprogramme junge und motivierte Menschen überwiegend aus den Entwicklungs- und Transformationsländern und geben ihnen die Chance, in Deutschland zu studieren und sich beruflich weiterzuentwickeln.

Einen besonderen Wert genießt die in Deutschland erfolgreiche duale berufliche Bildung in aller Welt. Sie wird auch an einigen deutschen Auslandsschulen angeboten und eröffnet viele Kooperationsmöglichkeiten über die Schulen hinaus. Modifiziert für die konkreten Gegebenheiten vor Ort bietet sie Zukunftschancen für junge Menschen in ihren jeweiligen Ländern.

Ein besonders wichtiges Projekt der AKBP ist die Förderung der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Sie wird weiterhin im Fokus unserer Arbeit stehen, da sie geradezu eine Leuchtturmfunktion in der europäischen Zusammenarbeit einnimmt und die europäischen Nachbarstaaten auf der Basis unserer demokratischen Kultur und auf Augenhöhe einbezieht.



FOTO: LAURENCE CHAPERON

Thomas Feist, MdB ist Obmann der Fraktion CDU/CSU im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag

Einig sind wir uns im Unterausschuss für AKBP auch darüber, dass wir den internationalen Jugend- und Schüleraustausch weiter fördern müssen. Er ist eine wichtige Investition in die »Ma-

cher von Morgen«. Oft entwickeln sich aus diesen Programmen lebenslange Freundschaften, gehen aus ihnen authentische »Botschafter« unseres Landes und unserer Kultur hervor. Wir werden in diesem Bereich noch gezielter als bisher auf die Schwerpunkte unserer Außenpolitik abstellen. Diese Form der Außenpolitik zum Miterleben, zum Mitmachen und zum Mitgestalten bringt immer wieder auch wichtige Impulse in unsere Arbeit ein. Ich bin davon überzeugt, dass wir auf diese Weise unsere eine Welt etwas besser machen können.

Ist die Welt noch bei Verstand?

MICHELLE MÜNTEFERING

Angesichts des Leids, der Krisen und Kriege muss man an der allgemeinen Zurechnungsfähigkeit der Menschheit zweifeln. Mindestens aber ist die Welt um uns herum komplizierter geworden. Lauter. Und Lärmender.



FOTO: JORINDE GERSINA

Michelle Müntefering, MdB ist Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag

Auch leise Töne der Diplomatie, die Orientierung geben, Stimmen, die zum Nachdenken anregen, statt Resentiments zu verstärken, werden gebraucht. Vielleicht dringender denn je. Denn wo humanitäre Hilfe nötig ist, da braucht es auch Hilfe zur Humanität. Willy Brandt hat es die »Arbeit an der Weltvernunft« genannt. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) tut genau das. Sie schafft Freiheitsräume und öffnet sie für den Dialog: Durch den kulturellen Austausch, durch das weltweite Bildungsnetzwerk mit den Auslandsschulen und einer aktiven Kulturpolitik in schwierigen Regionen. So ist die Kulturdiplomatie zugleich die sanfte Macht und eine tragende Säule der deutschen Außenpolitik.

Im Deutschen Bundestag ist sie noch immer ein Zaunkönig: ein winziger unscheinbarer Vogel – aber er singt unüberhörbar einzigartig. Das hat eindrücklich auch die im September vom Deutschen Bundestag einstimmig angenommene Entschließung gezeigt; sie stellte die Kraft der Kultur bei der Fluchtursachenbekämpfung, dem Zusammenhalt in Europa und der Entfaltung einer Verständigung in einem vorpolitischen Raum auf Basis unserer Grundwerte in das Zentrum des Parlaments. Kurz gesagt: Kultur, statt Kriege. Fraktionsübergreifend im Unterausschuss und nicht zuletzt mit der großen Empathie und Verve des Außenministers Frank-Walter Steinmeier (SPD) ist es in dieser Legislaturperiode gelungen, die AKBP wahrhaftig mit Leben zu füllen. Etwa mit der Philipp-Schwartz-Initiative, die verfolgten Wissenschaft-

lern Schutz gibt, mit der Unterstützung der Mittler, wie dem Goethe-Institut, die mit ihrem Wissen dazu beitragen, dass Integration gelingen kann und die in Krisenregionen aktive Hilfe leisten. Der Beitrag zum Wiederaufbau des kulturellen Erbes und die Wissenschaftszusammenarbeit wurden gestärkt und Künstler finden Gehör. Mit dem neuen Konzept für das traditionsreiche Haus auf der Fifth Avenue und dem Ankauf der Thomas-Mann-Villa in L.A. ist außerdem ein Zeichen gesetzt für die Bedeutung des transatlantischen Austauschs. Auch hier, auf der anderen Seite des Atlantiks, soll künftig die Arbeit an der Weltvernunft Einzug halten. Dazu braucht es aktive Zivilgesellschaften. Die Unterstützung aus dem Bundestag ist da.

Realpolitik für die Menschen

CLAUDIA ROTH

Wir leben in einer Welt, die in Unordnung geraten ist, ohne, dass wir schon klar erkennen könnten, welche neue Ordnung gerade entsteht. Diese »Unordnung« der Welt hat ganz konkrete Auswirkungen: Weltweit sind 65 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Fürchterliche Kriege und Konflikte sorgen für Leid und Elend, weil der internationalen Gemeinschaft die Mittel und Instrumente fehlen, und oftmals eben auch der Wille, konkrete Lösungen zu erreichen.

Staaten zerfallen, Terror gefährdet Frieden und in vielen Ländern wendet man sich als Reaktion auf den aktuellen Zustand der Welt einem autoritären und nationalistischen Altraum zu, als wäre das die richtige Antwort in einer globalisierten Welt.

Was kann nun in einer solchen Welt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ausrichten?

Ich meine: AKBP ist Realpolitik. Wenn Kanäle der klassischen Diplomatie verschlossen und Kontakte eingefroren sind, wenn Hoffnungslosigkeit um sich greift, am Verhandlungstisch nur Blockade und in der Heimat nur Verderben herrscht, dann braucht es neue Wege, andere Zugänge wie Kunst und Kultur, Bildung und Sport. Damit zielt AKBP genau auf die Menschen, und nicht so sehr auf ganze Gesellschaften, auf Regimes oder bestimmte Macht-konstellationen.

Wir vermitteln damit die Werte, die uns wichtig sind, und von denen wir überzeugt sind, dass sie die Welt zu einem besseren Ort machen. Es sind die Werte einer toleranten, vielfältigen und offenen Gesellschaft, die Demokratie und Menschenrechte, Frieden und Entwicklung, internationale Kooperation und Solidarität in den Mittelpunkt stellt.

Doch der aktuelle Zustand der Welt schränkt leider auch die Arbeit der AKBP in einigen Bereichen stark ein. Seien es die sogenannten NGO-Gesetze, die in über 60 Staaten die Handlungsräume der Zivilgesellschaft immer weiter einschränken, oder die Tatsache, dass das kulturelle Erbe der Menschheit durch die zahlreichen Konflikte weltweit immer stärker in Gefahr gerät. Gerade in Regionen wie Syrien oder Irak, in Jemen oder auch Afghanistan können Kulturgüter in den historischen Grabungsstätten und in den Museen nicht geschützt werden, und so droht diesen Ländern der kulturelle Ausverkauf, der Verlust ihres kulturellen Gedächtnisses, ihrer kulturellen Wurzeln.



FOTO: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Claudia Roth, MdB ist Obfrau der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag

All das sind wichtige neue AKBP-Handlungsfelder, deren Kraft wir gerade in diesen Zeiten nicht unterschätzen sollten. Deswegen setze ich mich dafür ein, sie weiter engagiert zu fördern und zu finanzieren.

Austausch auf Augenhöhe

DIETHER DEHM

Ich bin froh, dass der unter Schwarz-Gelb vorgenommene Paradigmenwechsel, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) zum verlängerten Arm der Außenpolitik zu machen, umgekehrt wurde. Eine politische Vereinnahmung der AKBP darf nicht dazu dienen, deutsche Militär- oder Konzerninteressen im Ausland durchzusetzen oder anderen eine vermeintliche Leitkultur überzustülpen, die das Grundgesetz überinterpretiert. Vielmehr geht es um einen humanistisch orientierten (!) Austausch auf Augenhöhe.

Dies ist in gegenwärtigen zunehmend krisen- und konfliktreichen Zeiten eine nicht zu überschätzende Rolle der AKBP, eine Sichtweise, die uns im Unterausschuss, besonders seit der Leitung von Peter Gauweiler, mit Luc Jochimsen, in einer Weise einen, die schon eine parlamentarische Besonderheit darstellt.

Dafür bedarf es neben politischem Willen gewisser Voraussetzungen. Ein spürbarer Mittelaufwuchs in der laufenden Legislatur von fast 90 Millionen Euro gegenüber dem letzten AKBP-Haushalt unter Schwarz-Gelb hat bei den Mitgliedern immerhin etwas Druck aus ihrer Arbeit genommen. Profitiert hat davon u. a. ein Teil der bei den Auslandsschulen beschäftigten Lehrkräfte, auch wenn das Problem der Versorgungszuschläge noch nicht gelöst ist

und die Situation der Ortslehrkräfte bei der Neuordnung der Lehrkräfteverteilung unberücksichtigt blieb.

Der Unterausschuss AKBP hat in dieser Legislaturperiode eine Neuregelung des Kulturschutzrechts erreicht, die den Schutz von kulturellem Erbe verstärkt, welches vor allem durch Plünderungen und Zerstörungen durch den sogenannten IS bedroht ist. Und die Thomas Mann-Villa in Kalifornien wird – wenn das Treuhand- bzw. Prüfverfahren abgeschlossen ist – von der Bundesrepublik erworben, was dem Wunsch aller Fraktionen entspricht. Dieses deutsche Kulturerbe liegt mir besonders am Herzen.

Aus unserer Sicht wäre es grundsätzlich wünschenswert, die institutionelle Förderung im Bereich der AKBP weiter zu stärken, wo man mit 310 Millionen gegenüber 242 Millionen Euro unter Schwarz-Gelb auf dem richtigen Weg ist. Skeptisch sehe ich den Ansatz, die AKBP bruchlos in den Dienst der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zu stellen, wie es die Bundesregierung tut. Sie sucht, trotz der Selbstkritik der hohen Vertreterin Mogherini, wonach die ENP gescheitert sei und die europäische Nachbarschaft heute gar unsicherer geworden ist, noch immer Annäherung über Freihandels- und Assoziierungsabkommen. Wirtschaftsliberalisierung und Marktöffnung sind das Gegenteil der genannten Prinzipien der AKBP.



FOTO: STELLA VON SELDERN

Diether Dehm, MdB ist Obmann der Fraktion Die Linke im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag

Im guten Sinne des Emigranten Bert Brecht: »Und weil wir dies Land verbessern / Lieben und beschirmen wir's / Und das liebste mag's uns scheinen / So wie andern Völkern ihr's...daß ein gutes Deutschland blühe, wie ein andres gutes Land.« Dies gemeinsam mit dem Verfassungspatriotismus Gustav Heinemanns sollte uns einen in- und auswärtigen Kultur.

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt abonnieren!

Abonnieren Sie jetzt für 18 Euro im Jahr inkl. Versandkosten!
Per Telefon: 030.226 05 280, Fax: 030.226 05 2811
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.



Der Schlüssel für nachhaltige Entwicklung

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik spielt eine zentrale Rolle

GERD MÜLLER

Kultur ist zentral für nachhaltige Entwicklung und damit auch für den Erfolg von Entwicklungspolitik. Denn Kultur bedeutet Herkunft und ist damit Grundlage für Zukunft. Kultur schafft Identität, sie stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt, baut Brücken zwischen Gruppen und Völkern, stiftet Frieden und ist zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Kultur ist Lebensweise und Religion, Recht und Wissenschaft, Tradition und Innovation, Kunst und Musik, Sprache und Literatur – kurz: Kultur ist das, was der Mensch gestaltend hervorbringt. Kultur ist die Matrix des Menschen und der Menschlichkeit und damit ist sie weltweit der stärkste Integrationsmotor.

Menschenrecht Kultur

Im letzten Jahr verabschiedete die internationale Gemeinschaft einen Weltzukunftsvertrag, die »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung«. Wie wollen und wie müssen wir heute leben, damit unsere Kinder morgen noch auf diesem Planeten leben können? Wie können wir Globalisierung gerecht gestalten? Dieser Weltzukunftsvertrag und auch das Klimaabkommen von Paris zeigen die notwendigen Schritte auf. Bundeskanzlerin Merkel hat beim G7-Gipfel 2015 im bayerischen Elmau und auch international klargemacht: Deutschland geht bei der Umsetzung einer nachhaltigen und gerechten Gestaltung globaler Entwicklung voraus. Dazu zählt das Bekenntnis zur Förderung kultureller Vielfalt und Umsetzung aller Menschenrechte einschließlich der kul-

verabschiedeten 2005 eine »Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«, die die Bundesregierung 2007 ratifizierte. Das Übereinkommen schafft eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik. Außerdem sind die Vertragsstaaten dazu aufgerufen, »alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, in die Lage zu versetzen, ihre Mittel des kulturellen Ausdrucks auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu schaffen und zu stärken; dies umfasst ihre Kulturwirtschaft.« Weiter heißt es: »Da die Kultur eine der Hauptantriebskräfte der Entwicklung ist, sind die kulturellen Aspekte der Entwicklung ebenso wichtig wie ihre wirtschaftlichen Aspekte.« Die deutsche Entwicklungspolitik basiert unter anderem auf der Anerkennung und Förderung dieser komplementären Relevanz von Kultur und Wirtschaft für Entwicklung. Mehr noch, sie fußt auf einem Nachhaltigkeitsverständnis, das neben den drei traditionellen Dimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – die kulturelle Dimension einschließt.

Wozu Entwicklungspolitik?

Früher konnten wir uns Entwicklungspolitik leisten. Heute müssen wir sie uns leisten. Wir sind die erste Generation, die Armut und Hunger überwinden kann. Und wir sind die letzte Generation, die eine Entwicklung stoppen kann, die unseren Planeten an den Rand des Abgrunds führt. Afrikas Bevölkerung wird sich bis Mitte des Jahrhunderts verdoppeln, die Weltbevölkerung von rund sieben auf rund zehn Milliarden wachsen, der Altersdurchschnitt wird bei 20 Jahren liegen. Ressourcen wie Wasser oder Nahrung werden knapp, in vielen Ländern ist schon heute je-

das geht auch uns an, denn wir leben alle im globalen Dorf. Daher brauchen wir einen Paradigmenwechsel: Afrika ist nicht der Kontinent billiger Ressourcen, Afrika ist Chancenkontinent, mit vielen jungen Menschen, die Bildung, Infrastruktur, Energie, Einkommen und Perspektive benötigen. Wir müssen und können eine Welt ohne Hunger erreichen, Klima schützen und Flucht vorbeugen – indem wir z. B. bei uns selbst beginnen, bei unserem Konsumverhalten, unserer Steuer-, Handels-, und Agrarpolitik, aber auch bei der Einhaltung internationaler Zusagen. Und indem wir auf Partnerschaften setzen, mit Kommunen, Ländern und der Privatwirtschaft. Indem wir steuerliche Anreize fördern und Investitionsrisikoabsicherungen übernehmen. Unsere Unterstützung binden wir an die Einhaltung von Rechtsstandards. Wenn diese nicht funktionieren, müssen wir bei Staaten, die nicht kooperieren, die Hilfe auslaufen lassen und uns auf andere konzentrieren.

Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert kann so als innovative Zukunfts- und Friedenspolitik ganz konkret die globalen Herausforderungen gestalten statt Reparaturbetrieb zu sein. Wir müssen uns im Klaren sein: handeln wir nicht jetzt, zahlen wir und unsere Kinder dafür morgen einen hohen Preis.

Kultur als Entwicklungsmotor

Angesichts der globalpolitischen Lage sind Kultur, kulturelle Vielfalt und Kreativwirtschaft gerade jetzt wichtige Innovationsressourcen. Sie bieten Orientierung, Identifikations- und Integrationsmöglichkeiten in einer zunehmend globalisierten Welt, sie geben Raum für das Testen neuer Lösungen und sie eröffnen Investitionsmöglichkeiten, wie z. B. in die stark wachsende afrikanische Filmindustrie. Um diese Entwick-

einfließen. Die Berücksichtigung von Religion in der Entwicklungspolitik ist ein Beispiel dafür. Acht von zehn Menschen weltweit fühlen sich einer Religion zugehörig. Zudem sind religiöse Organisationen in vielen autoritären Staaten die einzige zivilgesellschaftliche Kraft. Es gibt aber auch kulturelle Praktiken, die Menschenrechte verletzen oder sich entwicklungsbehemmend auswirken. Dazu zählen weibliche Genitalverstümmelung oder Zwangs- und Kinderheirat. Wir sprechen diese schädlichen Praktiken offen an und unterstützen gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu deren Abschaffung, z. B. in Mauretanien die Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung. Hier hat der Dialog über die menschenrechtsverletzende Praxis mit und zwischen den religiösen Gelehrten zu konkreten Veränderungen geführt. So entwickelten die islamischen Gelehrten ein Rechtsgutachten und eine Predigthilfe für Moscheevorbeter und -prediger. Heute engagieren sich immer mehr Gelehrte und Imame gegen weibliche Genitalverstümmelung.

Das Potenzial von Kultur für Entwicklung wird außerdem sichtbar, wenn kulturelle Vielfalt und damit Identifikationsmöglichkeiten gezielt gefördert werden, beispielsweise im Rahmen einer lebendigen Kulturpolitik. Wichtig sind eine unabhängige Kultur- und Medienlandschaft sowie demokratische Teilhabe. Musik, Theater, Film oder darstellende Kunst bieten Räume für eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Missständen. Die Kunst- und Kreativszene wirkt oft als Katalysator, engagierte Kulturschaffende sind Seismografen gesellschaftlicher Veränderung. Sie geben durch ihre Arbeit wichtige Impulse für Demokratisierung und Korruptionsbekämpfung. Die deutsche Entwicklungspolitik berät Partnerregierungen

UNESCO-Lehrstuhl für indigenes Wissen anerkannt und eine Referenz für alternative Hochschulbildungsmodelle. Das Netzwerk indigener Universitäten ist mittlerweile ein anerkannter Projektpartner europäischer Universitäten.

Kultur ist ein entscheidender Faktor im Umgang mit der globalen Herausforderung Flucht. Denn Kultur bedeutet Wurzeln zu haben und zu schlagen. Flüchtende verlieren die Geborgenheit und Orientierung ihrer eigenen Kultur und Sprache, häufig in jungen Jahren. Kultur spielt für die erfolgreiche Integration eine wichtige Rolle. Knapp 90 Prozent der Flüchtlinge werden von Entwicklungsländern aufgenommen, die für diese Herausforderungen kaum gerüstet sind, so im Nahen Osten. Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt diese Länder unter anderem mit Investitionen in Kulturzentren und kulturelle Projekte für Geflüchtete und die ansässige Bevölkerung, wie in Gaza, im Westjordanland, in Jordanien und im Libanon. Ein konkretes Beispiel ist der Aufbau eines Kulturzentrums im jordanischen Flüchtlingscamp Talbieh in Kooperation mit dem Women Program Center Talbieh. Dort können sich junge Menschen mit zurückliegenden Erlebnissen und ihrer Situation vor Ort auseinandersetzen. Der Einsatz verschiedener Medien wie Film und Fotografie bietet die Möglichkeit zur Verarbeitung des Erlebten und trägt bei zur aktiven Gestaltung des kulturellen Lebens im Flüchtlingscamp – ein wichtiger Stabilisierungsfaktor bzw. Hoffnungsträger für den Alltag vieler Jugendlicher.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist einer der am schnellsten wachsenden Zweige der Weltwirtschaft, derzeit liegt die Region Asien-Pazifik vorn, gefolgt von Europa. Auch in Entwicklungsländern wächst der Sektor zunehmend. Er bietet gerade jungen Menschen zukunftsorientierte Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven. Produktdesign, Kunsthandwerk, Film und Mode sind in Entwicklungsländern wettbewerbsfähig. So schafft Nollywood in Nigeria mit 2.500 Filmproduktionen pro Jahr rund eine Million Arbeitsplätze und 600 Millionen USD Umsatz. Die Filmindustrie ist dort der zweitgrößte Sektor nach der Landwirtschaft. In Albanien unterstützt die deutsche Entwicklungspolitik die Regierung dabei, die Ausbildung von Architekten, Designern und Werbetreibenden zu verbessern. Auch durch den Schutz von geistigem Eigentum, die Gründung von Interessenverbänden und die Vermittlung von Kontakten zur Modeindustrie sorgt die albanische Regierung mit deutscher Unterstützung für mehr Einkommen in der Kreativbranche.

Entwicklungspolitik ist auch Kulturpolitik

Kultur ist ein elementarer Bestandteil nachhaltiger Entwicklung und gewinnt angesichts der Vielzahl religiöser, ethnischer und interkultureller Konflikte weiter an Bedeutung. Die deutsche Entwicklungspolitik trägt dieser Tatsache Rechnung und baut ihr Engagement insbesondere in den Bereichen Kreativwirtschaft, Medien und auch Sport aus. Gemeinsam mit nationalen und internationalen, bekannten wie neuen Partnern setzen wir uns dafür ein, Kultur in ihrer ganzen Bandbreite zu fördern und zu fordern. Denn sie ist die Essenz des menschlichen Daseins.

Gerd Müller ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Fassade und Garten des Goethe-Instituts in Sydney, Australien

tuellen Rechte wie z. B. dem Recht auf kulturelle Teilhabe. Deutschland und viele unserer Partnerländer haben sich diesem Ziel mit der Ratifizierung des Zivil- und des Sozialpakts verpflichtet.

Die vierte Dimension von Nachhaltigkeit

Kulturelle Vielfalt ist wie die biologische Vielfalt das gemeinsame Erbe der Menschheit und Voraussetzung für Entwicklung. Das erkannten auch die Vereinten Nationen (UNESCO) und

der zweite ohne Ausbildung und Job. Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. In Asien ziehen in den nächsten zwei Jahrzehnten 350 Millionen Menschen in die Städte, mehr als die USA Einwohner haben. Wo werden diese Menschen leben, wie werden diese Städte gebaut? Zudem wächst die Kluft zwischen Arm und Reich, 20 Prozent der Menschen verbrauchen 80 Prozent der Ressourcen und produzieren zwei Drittel der Verschmutzung.

All dies bietet Nährboden für Verzweiflung, Konflikt und Flucht – und

lungschancen zu fördern und zu nutzen, setzt die deutsche Entwicklungspolitik aktuell in vier Bereichen an: Alle Vorhaben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sind kultursensibel auf ihren jeweiligen sozio-kulturellen Kontext im Partnerland ausgerichtet. Kulturelle Kompetenz ist ein wichtiges Auswahlkriterium unserer Fachkräfte und Bestandteil ihrer beruflichen Weiterbildung. Denn wir entwickeln Unterstützungsprojekte gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort. Nur so können kulturelle Aspekte von beiden Seiten

bei der Ausgestaltung ihrer jeweiligen Kulturpolitik und arbeitet eng mit relevanten Kultur- und Bildungsinstitutionen zusammen, z. B. beim Aufbau von Managementkapazitäten oder bei der Entwicklung von Lehrplänen. So unterstützt ein Programm der deutschen Entwicklungspolitik in elf Ländern Zentral- und Südamerikas den Zugang von Indigenen zu Bildung und den Schutz indigenen Wissens in Zusammenarbeit mit den Verbänden der indigenen Bevölkerung. Der geschaffene Lehrstuhl ist inzwischen als

Einander besser verstehen lernen

Der gemeinsame Weg von Europa und Afrika

GÜNTER NOOKE

Als der Bundestag vor Kurzem den 19. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (kurz AKBP; Drucksache 18/7888) diskutierte, waren sich alle Fraktionen über die Bedeutung dieses Politikfeldes einig. Unverzichtbar sei diese Säule deutscher Außenpolitik und »keine Schönwetterpolitik«, so Frank-Walter Steinmeier. AKBP sei »wertgeleitete Außenpolitik auf individueller Ebene«, meinte Claudia Roth. Und wenn »die Diplomatie versagt, kann die Kultur Brücken bauen«, versicherte Diether Dehm. Soweit so gut, aber wie funktioniert das in Afrika?

Wir müssen damit anfangen, die Anderen in ihrem Anderssein verstehen lernen zu wollen

Die Bundesregierung hat im Jahr 2015 für das Goethe-Institut und seine Projekte wie Deutschkurse, Kunst-Events und Kulturgutschutz, für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), für die Auslandsschulen, für die Deutsche Welle und für die berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen 1,7 Milliarden Euro ausgegeben. Das ist gut investiertes deutsches Steuergeld – auch in Afrika.

Ein ganz besonders sinnvolles Projekt in Afrika war die Unterstützung der Rettung und Aufbewahrung wertvoller alter Handschriften aus Timbuktu während des Konfliktes in Mali 2012. Das wurde Ende September 2016 noch einmal deutlich, als der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag den Islamisten Al Mahdi wegen Zerstörung von UNESCO-Weltkulturerbestätten zu neun Jahren Gefängnis verurteilte. Wichtig für Afrika sind auch die Radiosendungen der Deutschen Welle, gerade auch die drei in den lokalen Sprachen Kisuheli, Amharisch und Haussa.

Zu erwähnen sind auch die African Institutes of Mathematical Sciences, die inzwischen ein Netzwerk in mehreren Ländern Afrikas bilden – angefangen in Südafrika über den Senegal, Ghana, Kamerun, Tansania bis nach Ruanda. Hier wird mathematische Physik auf höchstem Niveau gelehrt, die jungen Frauen und Männer kommen aus allen Regionen Afrikas und machen eine ganz eigene intellektuelle Gemeinschaftserfahrung an den verschiedenen, schön gelegenen Orten. Zurück geht die Initiative auf den südafrikanischen Direktor des Perimeter Institute for Theoretical Physics in Waterloo in Kanada, Neil Turok. Seit Beginn trägt sie den Untertitel »Next Einstein Initiative«, der nächste Einstein kommt aus Afrika. Ich befürworte seit Langem, dass sich die Bundesregierung hier noch stärker engagiert als nur mit der Unterstützung einzelner Professuren an den verschiedenen Instituten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem DAAD. Es liegt im deutschen Interesse, dass Albert Einstein als der bekannteste Deutsche nach Adolf Hitler den jungen Afrikanerinnen und Afrikanern nicht zuerst als Princeton-Professor und Amerikaner bekannt wird.

Viele von uns fühlen sich peinlich berührt, wenn unsere Partner in Afrika heute die »Wohltaten«, den Fleiß und die Pünktlichkeit der Deutschen rühmen. Natürlich wird in den ehemals deutschen Kolonialgebieten die Zeit von 1885 bis 1914 oft verklärt, auch weil die Geschichten der Groß- und Urgroßeltern meist etwas netter in Erinnerung bleiben, als sie wirklich waren. Aber warum müssen wir immer unsere politisch korrekten Einschätzungen von heute für die Erinnerung Anderer als verbindlich erklären und können sie nicht als etwas Eigenständiges stehen lassen? Daraus ließe sich für die Zukunft mehr machen, weil es gerade in diesen Ländern immer noch ein besonderes Interesse an Deutschland gibt. Die deutsche Sprache und die deutschen Schulen in Togo, Kamerun, Tansania oder Namibia noch stärker zu



Sprachschüler vor dem Goethe-Institut in Kabul, Afghanistan

FOTO: BERNHARD LUDEWIG

fördern, könnte für beide Seiten von Nutzen sein.

Aber das alles ist nur eine Seite, »high end« der AKBP, so wie wir sie aus europäischer Perspektive verstehen, vermitteln und wie sie für die erfolgreiche Integration in die wissenschaftlich-technische Welt von heute auch unverzichtbar ist.

Wenn wir aber fragen, was ist eigentlich afrikanische Kultur, was hat sie ausgemacht, was bedeutet sie den Menschen heute, welche Werte sind dadurch geprägt worden oder wie ist diese Kultur durch Lokalreligionen, Klima und Ethnizität beeinflusst worden, dann ist da ein großes Schweigen. Afrika ist anders. Und das hat genau damit zu tun. Beide Seiten meinen, einander zu verstehen, weil man Englisch oder

Französisch spricht und im selben Projekt an derselben Sache arbeitet. Wer macht sich aber von uns die Mühe, eine der lokalen Sprachen zu lernen? Aber noch viel gravierender: Wir Deutschen wissen fast nichts von der Rolle der »Alten« in den Dörfern und Familien, ja sogar in den Staatsinstitutionen. Wir wissen nichts über die Bedeutung der Rituale und Fetische, der Masken und Tänze. Jede Art von Tradition, Sitte und Gebräuchen – zumal wenn sich damit der Glaube an für uns obskure Zauberei oder die Wirkung von Substanzen, die wir nicht kennen und erforscht haben, verbindet – wird von uns hinterfragt oder als längst vergangene Kulturexotik von oben herab wahrgenommen.

Wir müssten endlich damit beginnen, erst einmal die Anderen in ihrem

Anderssein verstehen lernen zu wollen! Auch dafür bräuchten wir »AKBP für uns selbst«. Ohne diese Anstrengung wird weder Entwicklungs- noch Wirtschaftspolitik in Afrika erfolgreich sein. Ich plädiere für einen erweiterten Begriff der AKBP, der das alles umfasst und dafür Programme entwickelt. Hierbei wären wir die Lernenden und Empfangenen. Das ist Teil einer echten Partnerschaft, denn der Weg, den Europa und Afrika noch gemeinsam zu gehen haben, wird lang sein.

Günter Nooke ist Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Bildung als Menschenrecht

Die bildungspolitische Arbeit der GIZ

TANJA GÖNNER

Weltweit besuchen fast 60 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schule. Dabei ist Bildung der Schlüssel für nachhaltige Armutsbekämpfung. Sie legt das Fundament für wirtschaftliche, gesellschaftliche und individuelle Entwicklung. Und Investitionen in Bildung zahlen sich aus: Studien der Vereinten Nationen zeigen, dass im Durchschnitt jedes zusätzliche Jahr an Schulbildung zu zehn Prozent höherem Einkommen führt. Allein durch bessere Grundschulbildung kann sich außerdem in Ländern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen innerhalb von 15 Jahren das Bruttoinlandsprodukt um mehr als ein Viertel erhöhen.

Gerade die Ärmsten der Gesellschaft profitieren am meisten von Bildung, da schon durch eine abgeschlossene Grundschulbildung ihre Beschäftigungs- und Einkommenschancen erheblich steigen. Dank Bildung können sie ihre individuellen Möglichkeiten besser ausschöpfen und sind in der Lage, ihre

Rechte einzufordern und wahrzunehmen. Bildung als Menschenrecht ist somit zentral für die zukunftsfähige Entwicklung eines Landes.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und anderer öffentlicher sowie privater Auftraggeber in mehr als 80 Ländern daran, den Zugang zu und die Qualität von Bildung zu verbessern. Z. B. in Afghanistan, wo trotz aller schwierigen Bedingungen große Fortschritte gelungen sind. Am Ende der Taliban-Herrschaft gingen nur etwas mehr als eine Million Jungen zur Schule, Mädchen waren weitgehend ausgeschlossen. Inzwischen besuchen mehr als acht Millionen Kinder, darunter über drei Millionen Mädchen, die allgemeinbildenden Schulen. Die GIZ hat im Auftrag der Bundesregierung seit 2002 in Afghanistan 120 Schulen und Universitäten errichtet. Darunter sind Grundschulen, weiterführende Schulen und berufsbildende Schulen. Allein mit deutscher Unterstützung im Norden des Landes können heute mehr als eine Million Kinder die Schule besuchen, die Hälfte von ihnen Mädchen. In unserer Arbeit achten wir ganz besonders da-

rauf, dass mehr Mädchen und Frauen Zugang zu guter Bildung bekommen. Denn es sind vor allem die besser ausgebildeten Frauen, die sich durch ein höheres Haushaltseinkommen besser um die Gesundheit ihrer Familien kümmern können und sich für eine gute Ausbildung ihrer Kinder einsetzen.

Darüber hinaus ist bei alledem wichtig, dass die Qualität des Unterrichts stimmt und das Gelernte von Nutzen für die Menschen ist. Dafür sind gut ausgebildete Lehrer entscheidend und ein Unterricht, der auf die tatsächlichen Lernbedarfe abgestimmt ist. Daran arbeitet die GIZ z. B. in Mosambik: Im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums unterstützen wir dabei die Aus- und Fortbildung von über 20.000 Lehrkräften. Sie werden in modernen Unterrichtsmethoden geschult, die sich auf den Bedarf und die Fragen der Schüler konzentrieren. Rund fünf Millionen Kinder sollen so von einer besseren Schulbildung profitieren. Zugleich arbeitet die GIZ daran, die berufliche Bildung zu verbessern. In enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft werden in Mosambik neue, praxisorientierte Lehrpläne erarbeitet, die sich an den Bedarfen des Arbeitsmarkts orientieren und so die Chance

von Auszubildenden auf Beschäftigung deutlich erhöhen. Mit diesem Ansatz haben wir in zahlreichen Ländern gute Erfahrungen gemacht. Auf diese Weise erhalten weltweit mithilfe der GIZ jährlich 100.000 junge Menschen eine Berufsausbildung, die Perspektiven schafft.

Kriege und Konflikte machen für viele Kinder und Jugendliche Bildung und Ausbildung gänzlich unmöglich – etwa dann, wenn sie allein oder gemeinsam mit ihren Familien gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. In unserer Arbeit mit und für Flüchtlinge spielt es daher eine große Rolle, Angebote für

Kriege und Konflikte machen für viele Kinder und Jugendliche Bildung und Ausbildung unmöglich

Bildung auch dort zu schaffen, wo sie nicht zuhause sind. Im Nordirak etwa leben zwei Millionen irakische Flüchtlinge im eigenen Land, darunter viele Jesiden, die zur religiösen Minderheit

zählen. Hinzu kommen 200.000 Syrer. Die GIZ baut hier im Auftrag des BMZ zehn Schulen für insgesamt 70.000 Kinder. In 14 neu errichteten Gemeindezentren können Flüchtlinge außerdem Kurse in Lesen und Schreiben belegen und an Kurzausbildungen teilnehmen. In der Türkei, in der rund 2,5 Millionen Flüchtlinge leben, unterstützt die GIZ Schulbildung für bis zu 300.000 Schüler durch die Instandsetzung von Schulen, Unterrichtsmaterialien und Lehrerfortbildungen. 4.000 junge Syrer können außerdem an türkischen Fachoberschulen lernen und Praktika in Unternehmen machen.

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie legt die Basis für Selbstbestimmung und eröffnet der Bevölkerung gerade in armen Ländern die Chance, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Menschen, welche die Bedeutung von Bildung selbst erfahren haben, werden sich auch dafür einsetzen, dass ihre Kinder eine gute Bildung erhalten. Langfristig bringt das Entwicklung voran.

Tanja Gönnér ist Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Ein wichtiger Vermittler

Das Goethe-Institut als Ermöglicher Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik

KLAUS-DIETER LEHMANN

Das Goethe-Institut ist mit seinen 160 Instituten in fast 100 Ländern tätig. Durch die wachsende Zahl von Krisen- und Konfliktregionen haben sich die inhaltliche Arbeit und die regionalen Schwerpunkte deutlich verändert. Auf Flucht, Terror, Verschärfung der Gesetze für Nichtregierungsorganisationen, Zensur und Verhinderung von Teilhabe an zivilgesellschaftlichen Prozessen muss ein weltweites Kulturinstitut aktiv reagieren. Kultur ist eben nicht die Spielwiese für Intellektuelle und Künstler. Sie ist ein essentieller Teil unserer Gesellschaften.

Kultur ist nicht per se friedensstiftend. Sie kann auch zerstörerisch wirken, wenn kulturelle Identität als Waffe gegen andere eingesetzt wird. Das erleben wir beispielsweise bei dem fanatischen Fundamentalismus des Islamischen Staates (IS), der bewusst die kulturellen Zeugnisse Andersdenkender zerstört. Das zeigt aber letztlich, wie zentral die Bedeutung von Kultur für die Menschen angesehen und anerkannt wird. Diese Bedeutung gilt es für Respekt, Wertschätzung und Solidarität zu gewinnen und nicht für Hass und Abschottung.

Aber auch die instabilen Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union – Brexit, Fremdenfeindlichkeit, Nationalisierungstendenzen und Radikalisierung – bedürfen einer konstruktiven Verantwortung innerhalb des gemeinsamen Kulturraums. Und letztlich fängt die Verantwortung bereits im eigenen Land an, denn Innen und Außen sind keine getrennten Welten!

Deutschland ist bereits seit Längerem ein Zuwanderungsland. 20 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln leben hier. Für alle ist die deutsche Sprache der

zugt für Kinder und Jugendliche, um eine »verlorene Generation« zu verhindern. Ein Kulturproduktionsfonds motiviert syrische Künstler als Akteure in den Lagern aktiv zu werden. Das Goethe-Institut hat vom Auswärtigen Amt für die Bildungsprojekte 2,5 Millionen Euro Sondermittel erhalten.

In Deutschland sind die zwölf deutschen Goethe-Institute wichtige Vermittler. So gibt es ein Qualifizierungspaket für Ehrenamtliche zur effizienten Sprachvermittlung, das intensiv nachgefragt wird. Dafür hat das Goethe-Institut vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den Zuschlag über 600.000 Euro bekommen. Was die Flüchtlinge vereint: Fast alle besitzen ein Smartphone. Das Goethe-Institut hat deshalb verschiedene Selbstlernprogramme für Deutsch auf Tablets und Smartphones realisiert, die App »Ankommen«, gemeinsam mit BAMF und ARD alpha entwickelt, wird von der Stiftung Warentest ausdrücklich empfohlen. Neben der Vermittlung von Basiswissen gibt es ein großes Interesse von hochqualifizierten Migranten an hochwertigen Kursen für einen schnellen Einstieg in den Arbeitsmarkt, die sowohl im Präsenzunterricht als auch in betreuten Online-Kursen angeboten werden. Da das Goethe-Institut für Aktivitäten in Deutschland keine öffentlichen Mittel erhält, lässt sich dieses Angebot nur über Spendenmittel realisieren.

Für das Goethe-Institut ist und bleibt Europa eine vorrangige Aufgabe – es ist seine kreative Basis. In einer Situation, in der das bevorzugt auf Ökonomie und marktwirtschaftliche Prinzipien basierende Verständnis Europas Gefahr läuft, eine Zerreißprobe zu erleben, wird die Relevanz des »kulturellen Europas« und seiner Dialogfähigkeit augenfällig. Die Goethe-Institute in Europa spielen dabei eine aktive

Südeuropa gemacht haben als die Jugendarbeitslosigkeit sie ihrer Perspektiven beraubte. Sie haben Sprachen gelernt, sind in Länder gegangen, in denen sie berufliche Chancen hatten und haben sich qualifiziert. Die Goethe-Institute haben diesen Weg unterstützt durch einen gezielten Spracherwerb im Ursprungsland und in Deutschland – häufig mit Unterstützung von Stiftungen und Unternehmen sowie in Kooperation mit der Arbeitsvermittlung, sodass am Ende eine berufliche Position stand. Kein Europäer soll sich in einem europäischen Land als Fremder fühlen!

Die Zivilgesellschaft muss stärker Einfluss nehmen und gesellschaftliche Verantwortung und partizipatives Verhalten fördern. Für das Goethe-Institut sind zivilgesellschaftliche Organisationen enge Partner. Gegen Populismus und Extremismus werden auf europäischer Ebene Aktionen durchgeführt: Kongresse, Ausstellungen und Festivals in Prag, Warschau und Krakau, in Brüssel die große Konferenz »European Angst« im Dezember, mit der Nobelpreisträgerin Herta Müller als Eröffnungsrednerin. Europa muss wieder ein Kontinent der Anerkennung, des Respekts und der Diskursfähigkeit werden. Und die Freiheit der Kunst ist nicht nur ein ästhetisches Phänomen, sie ist auch eine Aufforderung für eine gesellschaftliche Unabhängigkeit, die sich dem Humanismus verpflichtet fühlt und den extremen Strömungen entgegentritt. Dafür tritt das Goethe-Institut ein!

Diese Außenpolitik der Zivilgesellschaften im Sinn eines Verständigungs- und Regelwerks für einen verantwortungsbewussten Dialog, bei dem Bildung und Kultur eine fundamentale Bedeutung haben, findet besonders auch ihre Anwendung außerhalb Europas. Johann Wolfgang von Goethe liefert dazu das passende Zitat:

»Wir lernen Menschen nicht kennen, wenn sie zu uns kommen; wir müssen zu ihnen gehen, um zu erfahren, wie es mit ihnen steht.« – Johann Wolfgang von Goethe

rere Residenzhäuser: die Villa Kamogawa in Kyoto, die Kulturakademie Tarabya in Istanbul und seit November die Vila Sul in Salvador de Bahia. Neu sind Überlegungen für ein gemeinsames vom Auswärtigen Amt und Goethe-Institut formuliertes Konzept einer German Academy New York, das ein Residenzprogramm vorsieht und im frühen Sitz des Goethe-Instituts, der 5th Avenue, seinen Platz finden soll. Die Residenzhäuser sind kein arkadisches Refugium, sondern eher ein Basislager für Künstler und Intellektuelle. Es sind ehrgeizige Orte, die Zukunft schaffen. Das Goethe-Institut sieht sich hier durch die Unterstützung des Deutschen Bundestages ermutigt.

Bei Kultur und Bildung bilden neuerdings der Auf- und Ausbau von kultureller Infrastruktur und von digitalen Netzwerken und Plattformen einen besonderen Schwerpunkt – als vielfältigen Zugang zum Wissen, zum kulturellen Erbe und zur Qualifizierung von Kulturschaffenden. Durch die soziale Kraft der Kultur und die stabilisierende Wirkung von Bildung können auch Fluchtursachen bekämpft und eigenständige Gestaltungsräume in den jeweiligen Ländern geschaffen werden. In Afrika baut das Goethe-Institut besonders intensiv solche interregionalen Netzwerke auf. Hierzu einige Beispiele:

Moving Africa führt künstlerische Talente über Ländergrenzen hinweg zusammen, organisiert Festivals in Städten und macht sie international sichtbar. So stärken sie ihre eigenen Länder. Music in Africa ist eine digitale Plattform, die das Goethe-Institut mit seinen 25 Instituten in Subsahara-Afrika gemeinsam mit der Siemensstiftung geschaffen hat, welche die zeitgenössische afrikanische Musik zugänglich macht, die Biografien der Musiker vermittelt und Ausbildungsinhalte anbietet. Bis 2018 werden alle afrikanischen Länder beteiligt sein. Damit gibt es feste Arbeitsstrukturen und sowohl eine künstlerische als auch ökonomische Zukunft. Mokolo ist eine Internetplattform für den afrikanischen Film. Centers of Photography ist das neueste Projekt. Es soll jungen



Das Goethe-Institut in São Paolo, Brasilien



Goethe-Institut in Barcelona, Spanien



Goethe-Institut in Lissabon, Portugal

Schlüssel zur Integration. Deutschland hat in den zurückliegenden Jahren eine enorme Integrationsleistung vollbracht, nicht nur für die Eingliederung von Fachkräften. Längst gibt es Musiker, Schriftsteller, Filmemacher und Bildende Künstler, die sich ganz selbstverständlich als Teil der deutschen Kultur verstehen. Eine neue Dimension hat die Migration 2015/2016 erreicht, bei der innerhalb eines Jahres rund 800.000 Flüchtlinge in Deutschland Aufnahme suchten. Das Goethe-Institut kennt die Situation bereits aus den Herkunftsländern, insbesondere die der Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens und des Iraks – in der Türkei, Jordanien und dem Libanon. Dort arbeitet das Institut gemeinsam mit Flüchtlingsorganisationen in Kultur- und Bildungsprojekten, bevor-

Rolle. Sie fördern die Mehrsprachigkeit als kulturellen Wert. Sie engagieren sich für die Literaturen der einzelnen Länder und machen sie durch Übersetzungsförderung zugänglich. Sie realisieren Koproduktionen in den Bereichen Film, Theater und Musik. Das Goethe-Institut hat dazu einen eigenen Koproduktionsfonds aufgelegt, auf den sich Partner bewerben können.

Die jungen Europäer haben gemerkt, dass das Versprechen Europas, die Pluralität, die Offenheit und die Freizügigkeit einer freien Berufswahl, des Wohnortes und der Niederlassungsmöglichkeiten, nicht nur eine reizvolle Lebensperspektive ist, sondern genutzt werden kann, sein Leben in die eigenen Hände zu nehmen, auch in Notzeiten Optionen zu haben. So wie es beispielsweise die jungen Menschen in

»Wir lernen die Menschen nicht kennen, wenn sie zu uns kommen; wir müssen zu ihnen gehen, um zu erfahren, wie es mit ihnen steht.« Ohne kulturelles Verständnis, ohne Dialogfähigkeit wird unsere Welt immer weniger lesbar. Es braucht Menschen, die sich dem Dialog aussetzen, mit der Fähigkeit des Umgangs mit kulturellen Unterschieden.

Das Goethe-Institut setzt deshalb neben seinem Sprach- und Kulturprogramm zunehmend auf Residenzprogramme. Davon gibt es weltweit etwa 100 Programme mit längeren Aufenthalten deutscher Künstler und Wissenschaftler. Außenminister Steinmeier hat Künstlerresidenzen als entscheidende Knotenpunkte für die Außenkulturpolitik bezeichnet. Das Goethe-Institut verfügt inzwischen über meh-

Menschen als Aus- und Fortbildungsstätte eine Qualifizierung in den Bildmedien geben, zugleich werden die Zentren über eine digitale Plattform vernetzt.

Die Beispiele zeigen, dass mit Kulturnetzwerken die Zivilgesellschaft gestärkt werden und durch die positiven Erfahrungen Eigenverantwortung gefestigt werden kann. Wichtig ist dabei die Kombination von realen Orten der Goethe-Institute als Frei- und Dialogräume mit den modernen Kommunikationsmöglichkeiten, um Reichweite und Austausch zu erzielen. Das Goethe-Institut ist Ermöglicher und gesuchter Partner und baut damit nachhaltige Bindungen auf.

Klaus-Dieter Lehmann ist Präsident des Goethe-Instituts

Beiderseits der Oder

Mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk die Perspektive wechseln

STEPHAN ERB

Auf die Perspektive kommt es an. Deshalb hat sich das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) in seinem 25. Jubiläumjahr das Motto »Perspektive-Perspektywa« gegeben, um zu verdeutlichen, worum es beim deutsch-polnischen Jugendaustausch geht: Dass junge Menschen Gleichaltrige aus anderen Ländern kennenlernen, Interesse und Empathie füreinander entwickeln und die Gelegenheit bekommen, für ein paar Tage die Perspektive zu wechseln. So können sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten entdecken und lernen, Fremdes und Eigenes zu respektieren und wertzuschätzen.

Dieser Gedanke prägt die Arbeit des Jugendwerks, seit es am 17. Juni 1991 von den Regierungen Polens und Deutschlands gegründet wurde. Angesichts der schwierigen gemeinsamen Geschichte sollten vor allem die jungen Menschen beider Länder Verständnis füreinander entwickeln und Vorurteile abbauen können, um so zu einem friedlichen Miteinander in Europa beizutragen. Mithilfe des DPJW haben seither 2,7 Millionen Jugendliche aus beiden Ländern an mehr als 70.000 gemeinsamen Projekten teilgenommen, dabei gemeinsam ein Stück Alltag im anderen Land erfahren und oft auch neue Freunde gewonnen.

Gerade in Zeiten, in denen auf der politischen Ebene Fragen der Zusammenarbeit kontrovers diskutiert werden, kommt dem Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine besondere Bedeutung zu. Er ist der Gradmesser für die gelebte Normalität. Ob Schule, Sportverein oder Kulturinitiativen – sie haben in den vergangenen 25 Jahren gerade in politisch turbulenten Zeiten gezeigt, dass zwischen den Partnern beiderseits der Oder echte Freundschaften entstanden sind. Sie haben Kontakte nicht abreißen lassen und ihre grenzüberschreitende Kooperation konsequent weiterentwickelt.

Deutsch-polnische Jugendbegegnungen sind heute so vielfältig wie die Interessen der Jugendlichen in beiden Ländern. Deshalb ist die finanzielle Förderung des DPJW nicht an bestimmte Themen, Veranstaltungsformen oder pädagogische Konzepte gebunden. Kulturelle Projekte zwischen deutschen und polnischen Gruppen waren von Beginn an fester Bestandteil in der Förderung des DPJW. Jedes Jahr treffen sich zahlreiche Chöre oder Jugendorchester beider Länder, um gemeinsam zu musizieren, Jugendkunstschulen laden zu deutsch-polnischen Pleinairs ein und Theatergruppen erarbeiten gemeinsame Inszenierungen über die Grenze hinweg. Die jungen Menschen werden so in zweifacher Hinsicht zu Kulturbotschaftern – für ihr eigenes Land und nach der Rückkehr vom Jugendaustausch auch für die Kultur und Geschichte Polens.

Viele dieser Projekte pflegen langjährige Partnerschaften miteinander. Die Organisatoren haben sich über die Jahre angefreundet und es bestehen Kontakte über die Planung und Umsetzung der Jugendbegegnungen hinaus. Das DPJW hat vor einigen Jahren seine Förderung um das Programm »4x1 ist einfacher« ergänzt, um gerade auch den Organisatoren von Kulturprojekten die Möglichkeit zu geben, die sehens- und hörens-werten Ergebnisse in Form von CDs, Filmen oder Ausstellungen produzieren zu können.

Da längst nicht jeder, der deutsch-polnischen Austausch organisiert, eine pädagogische Ausbildung mitbringt, ist dem Jugendwerk die Qualifizierung und Vernetzung der Leiter und Betreuer ein besonderes Anliegen. Die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) lädt z. B. als Zentralstelle des DPJW alljährlich zur deutsch-polnischen Partnertagung ein. In binationalen Tandems treffen sich dort Partner des kulturellen Jugendaustauschs zum Erfahrungsaustausch. Sie bekommen Gelegenheit, gemeinsam ihre künftigen Projekte zu planen und



Blick von der Straße auf das Goethe-Institut in Hanoi, Vietnam

erhalten Anregungen sowie Informationen vom Jugendwerk und anderen Projekten des internationalen kulturellen Jugendaustauschs.

Neben bilateralen Begegnungen wird auch immer häufiger der Blick über den deutsch-polnischen Tellerand gewagt und die Partner erweitern ihren Austausch um eine Gruppe aus einem dritten Land. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk unterstützt die Öffnung der bilateralen Zusammenarbeit nach Kräften. Ein Schwerpunkt in den vergangenen Jahren war dabei die Förderung von Jugendaustausch mit Ländern der sogenannten Östlichen Partnerschaft und hierbei insbesondere mit der Ukraine. Die kulturelle Bildungs- und Begegnungsarbeit spielt hier eine besonders wichtige Rolle. Etwa wenn

Jugendliche aus Oldenburg, Krakau und Dnipro sich in Theaterworkshops des Oldenburger Vereins Jugendkulturarbeit Gedanken machen, welche Gemeinsamkeiten Europa hat oder was zu verschiedenen Migrations- und Wanderungsbewegungen in Europa und weltweit geführt hat. Dass dies nicht nur mit theateraffinen Jugendlichen gelingt, zeigt der Kurzfilm »Alles nur ein Spiel« von einem deutsch-polnisch-ukrainischen Fußball-Theater-Projekt von Jugendkulturarbeit e. V., der unter anderem auf dem YouTube-Kanal des DPJW zu sehen ist.

Für die kommenden Jahre hat sich das DPJW das Thema »Vielfalt« als Schwerpunkt vorgenommen. Das Jugendwerk wird in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fortbildungen,

Partnerbörsen und Methodensammlungen für Organisatoren außerschulischer Projekte und Lehrkräfte gezielt zum Thema »Vielfalt« im deutsch-polnischen Jugendaustausch anbieten. Die sechste Edition des Deutsch-Polnischen Jugendpreises 2017 bis 2019 wird ebenfalls zu diesem Thema ausgeschrieben. Kulturinitiativen sind ebenfalls aufgerufen, sich mit einfallreichen künstlerischen Projekten um die Teilnahme am Jugendpreis zu bewerben. Geben Sie Jugendlichen aus beiden Ländern die Chance, die Vielfalt in ihren Gesellschaften, in Religion und Kultur zu thematisieren und bewusst die Perspektiven zu wechseln!

Stephan Erb ist Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks

(Inter-)Kulturelle Bildung

Herzstück des deutsch-französischen Jugendaustauschs

BÉATRICE ANGRAND

Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung. Das mag für den einen selbstverständlich, für den anderen befremdlich klingen. In Zeiten, in denen antieuropäische Gedanken Konjunktur haben und kulturelle Unterschiede von manchen als unvereinbar dargestellt werden, hat man zunehmend den Eindruck, dass nationale Grenzen in den Köpfen wieder aufgebaut werden und uns die dunklen Schatten der Vergangenheit wieder einholen, die wir doch längst hinter uns gebracht hatten. Noch Mitte des 20. Jahrhunderts zogen Deutsche und Franzosen gegeneinander in den Krieg. Heute ist es unvorstellbar, dass sie mit Axt und Säbel aufeinander losgingen und den Nachbarn als »Erbfeind« bezeichneten. Dass wir diesen Bewusstseinswechsel im deutsch-französischen Verhältnis erleben durften, ist ein Verdienst mutiger und weitsichtiger Politiker wie Konrad Adenauer oder Charles de Gaulle, die mit der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) im Jahre 1963 den Aussöhnungsprozess zwischen den Zivilgesellschaften bei-

der Länder entscheidend geprägt haben. Gemäß dem Motto »Nie wieder Krieg, plus jamais ça« haben visionäre Bürger den deutsch-französischen Jugendaustausch in den vergangenen 50 Jahren mit Leben gefüllt. Heute gilt das DFJW als Erfolgsgeschichte der bilateralen Zusammenarbeit. Als Triebfeder für den kulturellen und sprachlichen Austausch zwischen Jugendlichen in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern Europas und der Welt bringt das DFJW jährlich rund 200.000 junge Menschen im Rahmen von Austauschbegegnungen zusammen. Seit 1963 haben mehr als acht Millionen junge Deutsche und Franzosen an einer vom DFJW geförderten Begegnung teilgenommen.

Die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sollen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politischen Rahmenbedingungen und Kulturmuster in Deutschland und Frankreich auch heute noch recht verschieden sind. Beide Systeme sind historisch gewachsen und im Bewusstsein der Menschen fest verankert. So ist Kultur- und Bildungspolitik in Frankreich etwas anderes als in Deutschland. Bedingt durch den zentralistischen Charakter Frankreichs hat Kulturpolitik dort einen stärkeren formellen Charakter, der eng mit dem Bildungswesen verbunden ist. Das französische Bildungssystem arbeitet strenger

nach Vorgaben, als es im dezentral organisierten und föderalistisch geprägten Deutschland der Fall ist. Das deutsche Bildungswesen verfolgt einen partizipativen Lehr- und Lernansatz; kulturelle Bildung geht hierzulande von einem allgemeinen Zugang zur Kultur in allen Lebensbereichen aus, der sich mehr auf informelle, also außerschulische und -universitäre Aktivitäten bezieht.

Wer also das deutsch-französische Verhältnis besser verstehen will, braucht ein gegenseitiges Verständnis des Nachbarlandes. Im Kern der Arbeit des DFJW geht es darum, mithilfe von Sprache und Austausch Verständigung zu ermöglichen, Differenzen zu erkennen und zu akzeptieren, um so Europa zu einer konkret erlebten Realität zu machen. Interkulturelle Lernerfahrungen stehen also nicht nur im Mittelpunkt der Arbeit des DFJW, sie sind mehr als das: Interkulturelle Lernerfahrungen sind die raison d'être unserer internationalen Organisation.

Kulturelle und künstlerische Programme eignen sich besonders gut für deutsch-französische Begegnungen, weil sie den Austausch auch mit geringen Kenntnissen der Partnersprache ermöglichen. Das DFJW legt deshalb Wert darauf, dass alle geförderten Begegnungen eine im weiteren Sinne künstlerische und kulturelle Dimension haben. Im Rahmen der DFJW-Konferenz »Neue

Perspektiven für den internationalen Jugendaustausch« konnten vor Kurzem Multiplikatoren aus Deutschland, Frankreich und den Maghreb-Ländern am trilateralen Kunstprojekt YADRA teilhaben. Mit Theateraufführungen, Filmen und Ausstellungen themati-

Mithilfe von Sprache und Austausch kann Verständigung möglich werden

sieren darin junge Kunst- und Kulturschaffende aus Deutschland, Frankreich und Algerien die Herausforderungen des euro-mediterranen Dialogs.

Ferner hat das DFJW in den letzten Jahren sein Repertoire an kulturellen Austauschformaten stetig erweitert und den Jugendaustausch in professionelle Kulturveranstaltungen integriert. So organisierte das DFJW gemeinsam mit der »Semaine de la Critique« in Cannes einen Kurz- und Spielfilm-Workshop für Schüler mit heterogenem Bildungshintergrund, bei dem die jungen Teilnehmer Filmkritiken in der Partnersprache verfassten. Auch im berufsbildenden Bereich führt das DFJW Kulturprojekte durch, wie das Austauschprogramm für

Nachwuchskräfte in der Buchhändler- und Verlegerbranche oder das Georg-Arthur-Goldschmidt-Programm für junge Literaturübersetzer aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

Mit all diesen unterschiedlichen Initiativen und Projekten gibt das Jugendwerk jungen Menschen die Möglichkeit, einen Blick über den kulturellen und sprachlichen Tellerand zu wagen und sich ein Netzwerk zum interkulturellen Austausch aufzubauen. Diejenigen, die eine deutsch-französische Austausch-erfahrung erleben, vergrößern aber vor allem ihren persönlichen Erfahrungsschatz und entwickeln ein hohes Maß an interkultureller Sensibilität auf internationaler und lokaler Ebene.

Mehr denn je bedarf es heute der Sprach- und Kulturmittler, die in der Welt des Nachbarn heimisch sind und die dabei helfen, Vorurteile und Pauschalideen abzubauen. Möglichst viele junge Menschen an interkulturellen Lernprozessen zu beteiligen, ihnen eine Stimme zu verleihen und grenzübergreifenden Austausch zu fördern – dies wird daher auch in Zukunft Herzstück der Arbeit des DFJW und seiner Partner im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens in Europa sein.

Béatrice Angrand ist Generalsekretärin des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW)



Bibliothek des Goethe-Instituts in Buenos Aires, Argentinien

THEMA

FOTO: SOL ARRESE

Politischer Perspektivenwechsel

Zur Bedeutung der Stiftungsarbeit für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Vergrößerung des Spektrums

CHRISTIANE KESPER

Es ist Teil der (außen-)politischen Kultur Deutschlands, internationale Beziehungen nicht allein auf Regierungsebene zu pflegen. Die Besonderheit der politischen Stiftungen liegt darin, nicht wertneutral zu sein. Sie repräsentieren den politischen Pluralismus in Deutschland und verstehen sich als Mittler zwischen der Staaten- und Gesellschaftswelt. Das weltweite Stiftungsnetzwerk und die zahlreichen Gesprächszugänge zu verschiedensten Partnern und Institutionen erlaubt zudem die Rückführung von Erkenntnissen und Positionen internationaler gesellschaftspolitischer Akteure in den politischen und öffentlichen Raum der Bundesrepublik.

Aufgrund ihrer Unabhängigkeit von der direkten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit können politische Stiftungen in Bereichen aktiv werden, die der offiziellen Regierungspolitik nicht zugänglich sind. Sie sind glaubwürdige Partner, weil ihre gesellschaftspolitische Grundausrichtung eindeutig und transparent ist und damit eine klare Einschätzung der jeweiligen Beratungsangebote ermöglicht.

Politische Stiftungen vermitteln durch ihre Arbeit Werte der deutschen politischen Kultur. Sie treten ein für die Bedeutung von Parteien im demokratischen Wettstreit der politischen Ideen, für die soziale Marktwirtschaft, Menschenrechte, Gleichberechtigung, freie Wahlen, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Organisationsfreiheit, die friedliche Lösung von gesellschaftlichen Konflikten, den Erhalt der Umwelt und die Überzeugung, dass die entscheidenden Zukunftsfragen nicht mehr allein national gelöst werden können.

Soziale Demokratie weltweit fördern, zu Frieden und Sicherheit beitragen, die Globalisierung sozial gestalten, die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union und die Weiterentwicklung des transatlantischen Verhältnisses unterstützen – das sind die grundlegenden Aufgaben und Leitlinien der internationalen Arbeit der FES. Über Projekte in mehr als 100 Ländern begleitet die Stiftung aktiv den internationalen Dialog und den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, starker und freier Gewerkschaften sowie das Eintreten für friedliche Konfliktlösungen, Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Zu den Partnern der FES zählen traditionell Parteien und Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche und politische Beratungseinrichtungen aber auch Regierungsinstitutionen.

Während in Europa und im transatlantischen Dialog der Austausch und die Auseinandersetzung über Ansätze zur Lösung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen im Vordergrund stehen, konzentriert sich die Arbeit der Stiftung in vielen Partnerländern vor allem auf die Förderung reformorientierter Kräfte. Wichtig ist hier vor allem die Unterstützung und Ausbildung von Multiplikatoren, die sich (sozial-)demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet fühlen. Dazu dienen in vielen Ländern auch Young Leaders Programme, die junge Menschen an die gesellschaftspolitische Arbeit heranzuführen. Die FES fördert darüber hinaus ausländische Stipendiaten. Mit globalen und regionalen Programmen unterstützt die Stiftung ferner den Austausch zwischen Gesellschaften und die Suche nach kooperativen Lösungen transnationaler Herausforderungen. Die weltweite Arbeit der FES im Sinne der sozialen Demokratie trägt somit zum besseren Verständnis der deutschen und europäischen politischen Kultur bei.

Christiane Kesper leitet die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Mit Theater für Toleranz werben

ULRICH NIEMANN

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) ist als politische Stiftung keine Kulturmittlerorganisation im engeren Sinne, doch nutzen wir kulturelle Beiträge häufig und erfolgreich weltweit für unsere wichtigen Botschaften zur Demokratieförderung. Schillers »Nathan der Weise«, aufgeführt in Usbekisch von landesweit bekannten Schauspielern, soll für Toleranz in der Gesellschaft werben. Ein von der FNF organisiertes Straßentheater in Sri Lanka soll die Menschen bewegen, wählen zu gehen. Nigar Nazar ist die bedeutendste Comiczeichnerin Pakistans, die Comicfigur »Gogi« ist ihre Hauptkreation. Die FNF arbeitet mit der Künstlerin zusammen und vermittelt mit der Figur und ihren Geschichten die Themen Demokratie, Wahlen und Informationsfreiheit. Der mit einem Partner in Israel durchgeführte Fotowettbewerb »Religion*Freiheit*Stadt« beleuchtet die vielschichtige Realität der Stadt Jerusalem, welche Zentrum drei großer Religionen ist und in deren urbanem Geflecht täglich Spannungen, aber auch neue Verbindungen entstehen. Der internationale Comicwettbewerb »Animate Europe« lädt Künstler ein, die Idee und den Wert Europas in einer kurzen Zeichengeschichte zu illustrieren. Mit liberalen Partnern und der Moskauer Architekturschule wird in einem neuen Programm das Thema Architektur

mit seiner kulturellen, politischen und sozialen Bedeutung für das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat diskutiert. Mit unserer Unterstützung des Menschenrechts-Fimfestivals Docudays in der Ukraine soll das Bürgerengagement für die Demokratie gestärkt werden. Als Mitveranstalter des Kulturfestivals »MIKSER« in Belgrad führte die Stiftung unter Beteiligung des Leiters des Goethe-Instituts einen Workshop zur kulturellen Einbindung von Flüchtlingen durch. Durch Kultur erreichen wir auch Menschen, die sich nicht für Politik interessieren oder bisher nicht an das Gewicht ihrer Stimme geglaubt haben. Aber genau auf sie kommt es an, wenn man Verhältnisse verbessern will.

Ulrich Niemann leitet den Fachbereich Internationales der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Autonome Räume schaffen

CHRISTIAN RÖMER

Einnischung ist die einzige Möglichkeit realistisch zu bleiben.« Dieses Zitat aus Heinrich Bölls Aufsatz »Einnischung erwünscht« steht exemplarisch für seine Haltung: Zivilcourage, Verteidigung der Künstler, streitbare Toleranz und die unbedingte Wertschätzung für Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns in einer vitalen Demokratie.

Im Geiste unseres Namensgebers fördern wir in unserer Auslandsarbeit Kunst und Kultur als Ausdrucksformen gesellschaftlicher Selbstverständigung. Wir untersuchen die Zusammenhänge von Kunst und Aktivismus in sozialen und politischen Bewegungen, national wie international. Dafür beteiligen wir uns an Ausstellungen und Theaterprojekten, konzipieren und veranstalten Filmreihen, Workshop-Konferenzen und Podiumsdiskussionen zu kulturpolitischen Themen.

Es gibt oft gute Gründe für Widerstand und Protest, ob auf der Bühne, im Museum oder auf der Straße. Oft handeln Künstler und politische Aktivisten dort gemeinsam, manchmal verschmelzen beide Rollen in eine. Immer wieder treten Künstler hinaus ins Offene, verbunden mit dem Risiko, die Spannung zwischen politischer und künstlerischer Praxis aushalten zu müssen. Die Einschränkung der Förderung von Kunst und Kultur durch die Politik ist meist ein Warnsignal für die Erosion der demokratischen Verfasstheit eines Landes.

Wir versuchen den Akteuren der zivilgesellschaftlichen Gruppen und damit auch den Künstlern Plattformen zur Präsentation und Vernetzung zu verschaffen, ihnen Öffentlichkeit zu

ermöglichen. Ob politisches Kabarett aus Zimbabwe, Rapper aus Johannesburg oder serbische Poetry Slammer, Künstler aller Disziplinen treten in der Zentrale der Stiftung auf, und erörtern im Diskurs die Lage in ihrem Heimatland aus der Perspektive der Kunst, die meist untrennbar mit der politischen Realität verbunden ist. Mit Ausstellungen wie »Global Prayers« oder »Zur Nachahmung empfohlen« ermöglichen wir Projekte die weltweit auf Tour gehen und künstlerische Positionen zu den Themen Globalisierung und Nachhaltigkeit formulieren.

Da die gesellschaftlichen Spielräume an vielen Orten der Welt immer enger werden, beteiligen wir uns in Heinrich Bölls »Haus Langenbroich« an einem Stipendienprogramm für Schriftsteller, die in ihrer Heimat Krieg und politische Verfolgung ausgesetzt sind. In den Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung arbeiten wir u. a. mit Kunstinstitutionen und freien Kollektiven als Projektpartnern, da wir den freien künstlerischen Raum als eine Grundbedingung einer funktionierenden Demokratie begreifen. Die kritische Reflexion der bestehenden Verhältnisse durch die Kunst ist notwendiger denn je. Unsere Arbeit soll Künstlern helfen, dafür autonome Räume zu erhalten.

Christian Römer ist Referent für Kultur und Medien der Heinrich-Böll-Stiftung

Von Brachflächen zu Friedhöfen

GERHARD WAHLERS

Die Politischen Stiftungen sind trotz, oder gerade aufgrund, ihrer Unabhängigkeit von der Bundesregierung maßgebliche Akteure der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. Diese Besonderheit zeigt sich auch im Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. So nehmen wir als Konrad-Adenauer-Stiftung uns ein Vorbild an unserem Namensgeber und setzen uns beispielsweise seit Langem für die Intensivierung der deutsch-israelischen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen weltweit ein.

Besonders zum Ausdruck kommt dies in einem einzigartigen Projekt zur Restaurierung jüdischer Friedhöfe in Osteuropa, das die Auslandsbüros der Stiftung in Kiew, Prag und Warschau im Jahr 2015 in Kooperation mit der Initiative für Jüdische Friedhöfe (ESJF) durchgeführt haben. Die finanziellen Sondermittel hatte das Auswärtige Amt zur Verfügung gestellt. Ein Schwerpunkt der Arbeit lag in der Ukraine, wo Juden vor dem Zweiten Weltkrieg in vielen Städten die Mehrheit der Bevölkerung stellten und 1,5 Millionen Juden in den Jahren 1941/42 dem nationalsozialistischen Vernich-

tungswillen zum Opfer fielen. Über 70 Jahre später waren viele dieser Friedhöfe noch immer verwahrlost. Für die Stiftung war dies Anlass genug, die noch existierenden jüdischen Gemeinden bei der physischen Restaurierung und Erhaltung ihrer Friedhöfe zu unterstützen und dadurch die historische Erinnerung an jüdisches Leben in der Ukraine wachzuhalten.

Doch ganz so einfach wie es sich nun liest, waren die Arbeiten z. B. in Borodianka Kaniv, und anderen Kommunen wahrlich nicht: Verschiedene rituelle und religiöse Vorschriften machten es notwendig, israelische Rabbiner hinzuzuziehen, um die Festlegung der Friedhofsgrenzen und ihre Einhaltung bei der Konstruktion der Mauern zu überwachen. Auch sind unsere Stiftungskollegen vor Ort zwar kundige Netzwerker, Manager und politische Berichtersteller, aber wahrlich keine Experten für Baufragen. Die Errichtung und Konstruktion der Zäune und Eingangstore übernahm deshalb ein ukrainisches Ingenieurbüro. Außerdem schloss mit jeder Kommune, in der sich die Friedhöfe befinden, ein einheimischer Jurist Verträge für deren Pflege und Instandhaltung. Bei den politischen Gesprächen mit den betroffenen Kommunal- und Stadtverwaltungen waren die Netzwerke der Stiftung vor Ort allerdings wieder stark gefragt.

Ende des Jahres 2015 waren die Arbeiten größtenteils abgeschlossen und insgesamt 27 jüdische Friedhöfe komplett erfasst und restauriert. Wo noch bis vor Kurzem Brachflächen waren, sind nun wieder Friedhöfe entstanden und sogar neue Grabstellen ausgewiesen. Unser Engagement endet allerdings nicht mit dem Spatenstich und der feierlichen Wiedereröffnung dieser Friedhöfe. Gemeinsam mit lokalen Partnern sollen zukünftig verstärkt öffentliche Veranstaltungen mit Jugendlichen durchgeführt werden, um die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Erinnerung und Erhaltung jüdischer Friedhöfe zu lenken.

Unser aller Ziel muss es sein, nach der wechselvollen Geschichte jüdischen Lebens und Kulturguts in Osteuropa nun die langfristige Erinnerung an einen wichtigen Teil europäischer Identität zu gewährleisten. Erste Erfolge sind bereits sichtbar: Der bisherige Projektpartner ESJF und die Vereinigung der jüdischen Organisationen und Gemeinden der Ukraine (VAAD) führen das Projekt mittlerweile eigenständig weiter und auch verschiedene europäische Institutionen haben bereits Interesse an einer Förderung geäußert.

Gerhard Wahlers ist stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung
Fortsetzung auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

In die Gesellschaft zurückwirken

BORIS KANZLEITER

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat wie die anderen fünf politischen Stiftungen in Deutschland den Auftrag, politische Bildungsarbeit im In- und Ausland zu gestalten. Dabei verfolgt die Rosa-Luxemburg-Stiftung weltweit den Ansatz im kritisch solidarischen Diskurs mit emanzipatorischen, demokratischen Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen Alternativen zur gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsform zu entwickeln und für die Umsetzung globaler sozialer Rechte einzutreten.

Neben den klassischen Methoden politischer Bildungsarbeit, wie Konferenzen, Studien und Workshops spielen auch kulturelle Maßnahmen in der internationalen Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine größer werdende Rolle. Dies können sowohl Fotoausstellungen, politisches Theater oder auch grafische Publikationen sein.

Beispielhaft dafür ist die vom Büro New York geförderte Graphic Novel »Red Rosa«, eine grafische Biografie zum Leben Rosa Luxemburgs, die die intellektuelle Welt der Namensgeberin der Stiftung einem breiteren Publikum zugänglich macht und ihre Ideen in den Kontext einer bewegenden Lebensgeschichte einbettet.

Das Leben und Wirken Rosa Luxemburgs war auch Thema des Stückes einer Straßentheatergruppe um Noor Zaheer in Indien. In szenischen Dialogen bereiteten sich junge Studierende auf Straßendemonstrationen vor und debattierten die Aussagen Rosa Luxemburgs, die sich aus dem Off mit Auszügen aus Schriften und Briefen zu Wort meldete. Diese direkte szenische Auseinandersetzung mit den politischen Ideen Rosa Luxemburgs und deren Adaptierung im gegenwärtigen regionalen Kontext zeigt, wie aktuell und inspirierend nach wie vor die Forderungen nach einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft auch international sind.

Ein anderes nicht weniger eindrückliches Format kultureller politischer Bildungsarbeit im Ausland ist eine Fotoausstellung über Familien von auf dem Mittelmeer vermissten Migranten aus Tunesien. Die Ausstellung wurde von der Stiftung gemeinsam mit dem Tunesischen Forum für ökonomische und soziale Rechte (FTDES) initiiert. Das Anliegen für die Erstellung dieser Ausstellung und auch die Wahl dieses Formates war, dass die auf dem Mittelmeer vermissten Menschen sowie die Gründe für ihre Migration durch ihre Angehörigen individuell repräsentiert werden sollen und nicht nur als Zahlen in den Abendnachrichten wahrgenommen werden sollen. All diese Beispiele zeigen, dass kulturelle Projekte unterschiedlichster Form durchaus in ihrer jeweils spezifischen Form geeignet sind politische Inhalte auf andere Art und Weise zu vermitteln. Zum einen können sie so auch von anderen Zielgruppen wahrgenommen werden. Zum anderen ist so ein Raum geschaffen, eine andere Perspektive auf ein spezifisch politisches Thema zu entwickeln. Dabei haben bereits die gestaltenden Akteure, Fotografen, Regisseure, Grafiker, eine besondere Rolle, da sie zum einen in der Auseinandersetzung mit diesen Themen selbst Subjekte und gleichzeitig Akteure politischer Bildung werden und in ihrer eigenen künstlerischen Rolle in die Gesellschaft zurückwirken.

Boris Kanzleiter ist Direktor des Zentrums für Internationales Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Neue Wege – neue Ziele

Zur aktuellen Situation der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

RONALD GRÄTZ

Am 11. Oktober 2016 übergab Bundeskanzlerin Angela Merkel das neuerrichtete »Mwalimu Julius Nyerere Building« der Afrikanischen Union (AU) in Addis Abeba, an deren Präsidentin Nkosazana Dlamini-Zuma. Der Bau eines Gebäudes für den Friedens- und Sicherheitsrat der AU wurde im Rahmen der »Afrika-Initiative« der deutschen G8-Präsidentschaft 2007 zwischen der Union und der Bundesrepublik Deutschland vereinbart. Im Kontext der Bedeutung Addis Abebas als Sitz der Afrikanischen Union leistet das Auswärtige Amt mit Mitteln der Kunstschenkung einen Beitrag zur Selbstvergewisserung und Identitätsstärkung der afrikanischen Gesellschaften. Die Klanginstallation des nigerianischen Soundkünstlers Emeka Ogboh mit dem Titel »SONIC COMMUNITARY. The African Union: 20 to 20,000 Hz« wurde mit dem Gebäude übergeben. Ogboh recherchierte Archivmaterial zur Genesis der AU und zu ihrer Vision eines »friedlichen, prosperierenden und geeinten Afrika«.

memories.org) zu finden, wo über die Notwendigkeit einer speziell afrikanischen Debatte über Globalisierung, Urbanisierung und Machtstrukturen reflektiert wird. Im Anschluss an die Konferenz wählte eine Jury unter Vorsitz von Olafur Eliasson das Gewinnerprojekt von Emeka Ogboh. Die Künstlerbiografie Ogbohs ist als progressives Signal und Erfolg der mehrgleisigen Auswärtigen Kulturpolitik zu verstehen. Sie kam mit einem DAAD-Stipendium nach Deutschland, wurde in der ifa-Galerie präsentiert und war auf der Biennale Venedig 2015 vertreten.

Auch aus operativer Perspektive ist das obige Projekt exemplarisch: Der Prozess von der Konzeption, über die begleitende Konferenz, die Jüryentscheidung, die Dokumentation bis hin zu Realisierung und Rückspiegelung nach Deutschland zeigt sehr anschaulich, welchen Weg das ifa zur Umsetzung der mit dem Auswärtigen Amt abgeschlossenen Zielvereinbarungen geht. Hier spiegelt sich ein verändertes Verständnis solcher Vereinbarungen, in denen konkrete Denk- und Handlungsansätze in Aufgaben übertragen werden. Im Kern werden dabei kooperative und koproduktive Aspekte hervorgehoben. Im genannten Beispiel geschah dies durch die gemeinsame Entwicklung sämtlicher Projektprozesse in enger Zusammenarbeit mit den Partnern vor

Die Bedeutung, die die Kultur und der Dialog für das Friedensprojekt Europa haben, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Die europäische Nachbarschaftspolitik, die Arbeit mit kulturellen Minderheiten und die Arbeit mit Geflüchteten sowie die Koordinationsstelle »Humanitäre Hilfe« der Bundesregierung, die seit Juli beim ifa angesiedelt ist, zeigen das breite Spektrum dieser neuen Strategie. Seit nunmehr acht Jahren arbeiten wir eng mit EUNIC zusammen, dem Netzwerk europäischer Kulturinstitute. Durch eine jährliche Konferenz in Brüssel, die mehrsprachige Publikation des EUNIC-Jahrbuchs sowie zunehmend das Engagement auch in den Bereichen Forschung und Training, das durch die neue ifa-Akademie realisiert wird, positioniert sich das ifa verstärkt im Kontext europäischer Innen- und Außenkulturpolitik. Die Mitteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes zur Bedeutung von Kultur in der europäischen Außenpolitik, erscheint uns besonders interessant. Sie führt zu der Frage, ob kulturelles Bewusstsein, kulturelle Impulse und in der Konsequenz Kulturinstitutionen eine noch wichtigere Funktion im europäischen Einigungsprozess und in der Vermittlung Europas übernehmen könnten.

Die weltweite Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure in ihrem

diesem Programm Berufstätigen aus gesellschaftlich relevanten Organisationen sowie ehrenamtlich Engagierten aus vorwiegend islamisch geprägten Ländern die Möglichkeit, mehrmonatige Berufserfahrung in einem anderen kulturellen Umfeld zu sammeln. Im Mittelpunkt stehen Tätigkeitsfelder in der politischen Bildung, den Medien oder dem Umweltschutz. Aus dem Aufenthalt in Deutschland entsteht ein langfristiger Erfahrungs- und Wissensaustausch – ein Erfolgsmodell mit Best Practice-Ansätzen und belastbaren Netzwerken.

Zu den mit dem Auswärtigen Amt vereinbarten Zielen gehört zudem eine größere Sichtbarkeit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP), zu der das ifa als AKBP-Kompetenzzentrum, als Initiator oder Moderator handlungsorientierter Diskussionen beiträgt. Hierin spiegeln sich weitere Neuerungen des ifa. In seiner Brückenfunktion zwischen Kulturakteuren, Wissenschaft, Politik und Medien mit seinem umfangreichen Forschungsprogramm, den Dialogforen, Diskussionen und einem umfangreichen Internetauftritt, hat das ifa sich als Kompetenzzentrum zur AKBP in Deutschland, Europa und mit vielen Partnern auch weltweit aufgestellt. Unsere Zielgruppen interessiert, ob und wie wir relevante Themen formu-



Café auf der Veranda des Goethe-Instituts in Tiflis, Georgien

Was hat das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) damit zu tun? Das ifa – als einer der wichtigsten Akteure in der weltweiten Kunstvermittlung – initiierte, gestaltete und begleitete intensiv dieses Kunst am Bau-Projekt. 2014 fand eine dreitägige Konferenz mit dem Titel »Future Memories« statt, die das ifa, die »Alle School of Fine Arts and Design« in Addis Abeba sowie das Auswärtige Amt gemeinsam gestalteten. Sie bot ein Forum, um über Erinnerungskulturen und die Bedeutung der Kunst im öffentlichen Raum in afrikanischen Kontexten zu diskutieren. Wie findet die historische Erinnerung ihren Ausdruck im öffentlichen Raum afrikanischer Städte? Welche Rolle nimmt die Kunst in Transformationsprozessen der Städte ein? Antworten aus Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo, Deutschland, Kamerun, Kenia, Marokko, dem Senegal und Südafrika sind in der hier entstandenen Onlinepublikation Future Memories (siehe: www.future-

Ort. Das ifa konnte dabei zahlreiche Impulse setzen und eine nachhaltige Wirkung erzielen. Die Gespräche und der Austausch in Addis Abeba werden direkt in einer Folgeausstellung fortgesetzt. Koproduktion verstehen wir als logische Fortsetzung von Kooperation, insofern sich nur in gemeinsamen Arbeitsprozessen wirkliche Dialoge herstellen lassen. Das Reden über etwas, das aus Deutschland kommt, ist kein Dialog. Insbesondere geht es uns um die Wirkung der gemeinsam konzipierten Kooperationen. Dazu strebt das ifa von Beginn jeden Projekts ein wirkungsorientiertes Planen gemeinsam mit den jeweiligen Partnern an. Unter Wirkungsorientierung verstehen wir, eine Zielerreichung aufgrund von Erfahrungen, aktuellen Informationen und Analysen wahrscheinlich machen zu können. Eine Aufgabe, der sich das ifa – wie jede internationale agierende Kulturorganisation – stellen muss, ist Europa und seine Rolle in der Welt.

Engagement für Konfliktprävention, Konfliktbearbeitung sowie Demokratie- und Friedensförderung ist ein weiteres definiertes Ziel der Arbeit des Instituts. Die Bildung von Foren für staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure unterschiedlicher Lebensbereiche und die Qualifizierung dieser Akteure sind hier ebenso wichtig, wie das Empowerment von Organisationen in Transformationsländern und Konfliktregionen sowie deren Unterstützung in ihren Aktivitäten zur Konfliktprävention und zur Friedenskonsolidierung. Das Thema Kultur und Krise bzw. Kultur und Konflikt ist einer der zentralen Punkte kultureller Vermittlungsarbeit. Sukzessive haben wir in allen Bereichen ein umfangreiches Alumni-Netzwerk aufgebaut und in mittlerweile 35, bald 60 Ländern sogenannte »ifa Repräsentatives« installiert. Über 400 Alumni hat allein das überaus erfolgreiche Programm »Cross Culture Praktika«. Seit mehr als zehn Jahren bietet das ifa mit

aktuelle Diskurse bereichern und wichtige Fragen zur Diskussion stellen. Deshalb haben wir einen umfangreichen Reformprozess zur Entwicklung des ifa als Themeninstitut begonnen, in dem wir abteilungsübergreifend arbeiten, wissenschaftliche Beratung und die Expertise unserer Beiräte einholen und durch die im Haus vorhandenen Synergien ergänzen. Dabei arbeiten wir international vernetzt und formulieren Fragestellungen nicht nur national, sondern stets auch europäisch bzw. global. Unsere Zielvereinbarungen spiegeln dies wider und verdeutlichen, wie sehr Kulturarbeit heutzutage auch Friedensarbeit ist. Sie bestätigen uns in unserer Funktion als Kunstmittler, Kompetenzzentrum für Kultur und Außenpolitik sowie im Einsatz mit der und für die Zivilgesellschaft.

Ronald Grätz ist Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen



Gebäudeansicht des Goethe-Instituts in Moskau, Russland

FOTO: BERNHARD LUDEWIG

Motor der Integration

Deutsche Auslandsschulen sind globale Knotenpunkte der kulturellen Infrastruktur Deutschlands

THILO KLINGEBIEL

Ungefähr 82.000 Schüler besuchen 140 anerkannte Deutsche Auslandsschulen in über 70 Ländern. 82.000 Schüler, die in der Welt zu Hause sind und doch eine nachhaltige Bindung zu Deutschland haben. 25 Prozent von ihnen führen als Kinder deutscher Experten die globale Verflechtung Deutschlands vor Augen und entwickeln in einem weltoffenen, von Vielfalt geprägten Umfeld kulturelle Intelligenz für eine enger vernetzte Welt. 75 Prozent dieser Schüler sind Kinder nichtdeutscher Eltern. Sie sind Ausdruck des ausgeprägten Begegnungscharakters der Deutschen Auslandsschulen, des hohen Ansehens deutscher Abschlüsse und des Vertrauens in deutsche Bildungsideale. Häufig gehen diese Kinder den langen, bis zu 15-jährigen Weg vom Kindergarten bis zum Abitur, angetrieben von dem Traum, in Deutschland zu studieren. Die 140 anerkannten Deutschen Auslandsschulen sind damit Knotenpunkte in der kulturellen Infrastruktur, deren Stärkung sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) auf die Fahnen geschrieben hat. Sie sind der Raum in dem sich Deutschland mit den Partnern in der Welt verbindet – langfristig, nachhaltig und von Generation zu Generation.

Die Zivilgesellschaft trägt die Deutschen Auslandsschulen

»Die Deutschen Auslandsschulen sind eine Bürgerinitiative«, mit diesen Worten stellte einmal der ehemalige Vorsitzende des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Peter Gauweiler, den Charakter der Deutschen Auslandsschulen als Teil der Zivilgesellschaft fest. Denn: Deutsche Auslandsschulen werden durch Bund und Länder gefördert und sind gleichwohl frei getragen. Die fast ausschließlich als Elternvereine organisierten Schulträger erreichen einen Autonomiegrad, der beispielhaft im Vergleich zu den Verhältnissen an Schulen im

Inland ist. Mit den erwirtschafteten Schulgeldern werden drei Viertel der Lehrkräfte direkt von den Schulträgern bezahlt und im Durchschnitt 70 bis 80 Prozent der Schulhaushalte gedeckt. Dieser Eigenanteil der Schulträger, die durch den Weltverband Deutscher Auslandsschulen vertreten werden, ist wichtig für die Qualität der Deutschen Auslandsschulen. Bereits 2013 wies der Bericht zur Auswärtigen Bildungspolitik den Beitrag der freien Träger mit 427 Millionen Euro, das sind 71 Prozent, aus. Abgeleitet aus den oben genannten Schülerzahlen, wird ein Viertel dieser Beiträge von den weltweit operierenden deutschen Firmen, die ihre Mitarbeiter ins Ausland entsenden, aufgebracht. Drei Viertel dieser weltweiten Beiträge kommen direkt aus den privaten Haushalten der Eltern aus den Sitzländern der deutschen Schulen. Diese Eltern bringen diese Beiträge – teilweise unter großen persönlichen Opfern – ein, weil sie der Qualität und der Verlässlichkeit des deutschen Bildungsangebotes und der deutschen Schulabschlüsse an den Deutschen Auslandsschulen vertrauen.

Die Beiträge haben jedoch nicht nur eine grundlegende finanzielle und bildungsökonomische Bedeutung. Sie sind Ausdruck einer engen, oft traditionellen und Generationen übergreifenden Bindung an Deutschland. Mit dem ehrenamtlichen Engagement der gemeinnützigen Schulträger als nicht-staatliche Partner werden so internationale Netzwerke geknüpft und vertieft. Das Engagement der ehrenamtlichen Vorstände der Trägervereine ist eine Selbstverpflichtung gegenüber Schülern, Eltern und der AKBP, weltweit für Deutschland Schule zu machen.

Begegnung als gesellschaftlicher Wertbeitrag

Die Schulen sind als Nonprofit-Organisationen in einen Kontext aus globaler wirtschaftlicher Autonomie und deutschen Standards eingebunden. Sie wirken zudem zugleich als Bildungseinrichtung wie auch als gesellschaftliche Institution. Diese Rahmenbedingungen bestimmen nicht nur den Handlungsspielraum, die Ausrichtung der Deutschen Auslandsschulen und die Schaffung von gesellschaftlichen Wertbeiträgen. Sie verankern den Begegnungscharakter tief im Wesen der

Schulen. Die anerkannten Deutschen Auslandsschulen bauen nicht nur Brücken; sie sind Brücken, über die sich Heterogenität, Vielfalt und Toleranz vermitteln.

Wie reichhaltig die Leistungen der Deutschen Auslandsschulen sind, belegt eine gemeinsame Untersuchung des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen (WDA) und der Universität St. Gallen unter www.auslandsschulnetz.de/publicvalue. Die Studie stellt den Public Value – den gesellschaftlichen Wertbeitrag – in den Mittelpunkt und

In einer sich immer schneller verändernden Welt ist schnelle Anpassungsfähigkeit wichtig

verdeutlicht: Als grundlegender Beitrag der Schulen stellt sich der Wert der verlässlichen Gemeinnützigkeit dar. Die Schulgebühren liegen dort meist deutlich unter denen anderer internationaler Schulen. Als Visitenkarten für Deutschland vermitteln sie ein positives Deutschlandbild und fördern Kultur und Bildung im Ausland. Sie gelten als Partner der Wirtschaft im Auslandsgeschäft, die weltweite Kooperationsnetzwerke als Bezugspunkt für die deutsche Gemeinschaft schaffen. Auf der Basis der Förderung der deutschen Sprache und der Demokratie- und Wertevermittlung bieten sie Bildung »Made in Germany«. Auf der Grundlage einheitlicher Qualitätsstandards führen die anerkannten Deutschen Auslandsschulen zu anerkannten deutschen Abschlüssen.

Schüler Deutscher Auslandsschulen lernen in ihrer langjährigen Schullaufbahn nicht nur die Sprache, sondern ganzheitlich eine besondere Lehr- und Lernkultur wie auch die Kultur Deutschlands kennen. Die 140 anerkannten Deutschen Auslandsschulen haben damit ein Alleinstellungsmerkmal im Netzwerk der Partnerschulen, den sogenannten PASCH-Schulen. Sie bieten Schulbildung seit Generationen für Generationen, die weit über einen Sprachkurs hinausgeht und die Ziele der AKBP nachhaltig umsetzt. Lehr- und Führungskräfte aus Deutschland,

die an den Schulen arbeiten, gewährleisten nicht nur die Einhaltung deutscher Standards, sondern erwerben auch wertvolle Kompetenzen für die Integrationsanforderungen bei späteren Tätigkeiten nach der Rückkehr vom Auslands- in den Inlandsschuldienst.

Damit sind die anerkannten Deutschen Auslandsschulen Impulsgeber und Innovatoren, die Weltoffenheit und Vielfalt als Ressourcen aufbauen. Als Vorbilder für Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit, stellen sie eine Keimzelle für innovative Kultur- und Bildungspolitik dar. Dort wird im Kern die Begegnung der Kulturen ermöglicht, die globale Bildungs- und Karrierewegs schafft und so zum Motor für Integration wird. All das sind Wertbeiträge, welche die Deutschen Auslandsschulen leisten, wie die Studie von Universität St. Gallen und WDA gezeigt hat.

Auslandsschulgesetz anpassen

Die Rolle der anerkannten Deutschen Auslandsschulen, insbesondere für die Förderung der deutschen Sprache und die berufliche Bildung, wird auch im aktuellen überfraktionellen Entschließungsantrag zur AKBP des Bundestages gewürdigt.

Mit dem Auslandsschulgesetz wurde 2014 ein bedeutender Schritt für eine nachhaltige Förderung und eine gleichbleibend hohe Qualität der weltweiten schulischen Bildung an den Deutschen Auslandsschulen getan. Gemäß der gesetzlichen Regelung erhalten Schulträger, die die gesetzlichen Kernanforderungen erfüllen, über drei Jahre einen gesetzlichen Anspruch auf die personelle und finanzielle Förderung – die sogenannte Anspruchsförderung. Mit der aktuell laufenden Evaluation des Auslandsschulgesetzes wird bereits 2016 eine zentrale Forderung des WDA umgesetzt. Bundesregierung, Bundestag, Länder, fördernde Stellen und freie Träger sollten zusammen zügig daran arbeiten, die Regelung weiterzuentwickeln und die Zielsetzung umzusetzen, nach der nicht nur ein Teil, sondern alle Deutschen Auslandsschulen nachhaltig gefördert werden sollen. Mehr als ein Drittel der Schulen haben jedoch bisher noch keinen Anspruch auf die gesetzliche Anspruchsförderung für drei Jahre. Die zusätzliche freiwillige Förderung über Zuwendungen bleibt hier die Regel.

Hier gilt es für den WDA, gemeinsam mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und dem Auswärtigen Amt, sich im parlamentarischen Raum für Verbesserungen des Auslandsschulgesetzes einzusetzen.

Das Auslandsschulgesetz, in der vorliegenden Form, ist vorerst ein wichtiger erster Schritt der nun fortgeführt werden muss. Damit das Auslandsschulgesetz seinen vollen Anspruch erfüllen kann, wären folgende Anpassungen notwendig: Eine Zweiklassengesellschaft der Deutschen Auslandsschulen darf es nicht geben – das ist nicht nur die Position des WDA, sondern war auch bei den Debatten rund um das Auslandsschulgesetz parteiübergreifender Konsens, ausgehend von der Entschließung des Deutschen Bundestages zur Stärkung der Deutschen Auslandsschulen von 2008. Schulen brauchen Planungssicherheit – über das Kalenderjahr und auch über Legislaturperioden hinaus. Nicht nur alle bisher geförderten Schulen, sondern auch alle bisher geförderten Abschlüsse sollten in die gesetzlich geregelte Förderung übernommen werden. Darüber hinaus ist die Übernahme der Pensionsrückstellungen auch für beurlaubte beamtete Ortslehrkräfte zu regeln, nicht nur für Auslandsdienstlehrkräfte. Schließlich wäre die Einrichtung eines Fachbeirates sinnvoll, um eine institutionelle Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlich-privaten Partnerschaft zu etablieren. Diese Anpassungen wären ein Garant für ein starkes, nachhaltiges »Auslandsschulgesetz 2.0«.

Ankerpunkte der Stabilität in einer sich verändernden Welt

In einer sich immer schneller verändernden Welt ist schnelle Anpassungsfähigkeit wichtig. Die anerkannten Deutschen Auslandsschulen zeigen mit ihrer mehr als 400 Jahre umfassenden Geschichte – die älteste besteht seit 1575 in Kopenhagen – welche besondere Bedeutung der schulischen Bildungsarbeit im Ausland als Ankerpunkte deutschen Kulturverständnisses und als Motor für die Integration junger Menschen in einer sich immer rascher wandelnden Welt zukommt.

Thilo Klingebiel ist Geschäftsführer des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen (WDA)

Deutsch als Fremdsprache

PASCH – Schulen sind Partner der Zukunft

ULLA SCHMIDT

Die Förderung von Deutsch als Fremdsprache gehört seit jeher zu den obersten strategischen und langfristigen Zielen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP). Aus gutem Grund, denn Sprachförderung wirkt besonders nachhaltig: Sie schafft ein weltweites Netzwerk von Ansprechpartnern mit Deutschlandbindung und wirbt für eine gemeinsame Haltung in politischen Grundüberzeugungen. Die Deutschen Auslandsschulen leisten, als älteste Institution der AKBP, seit vielen Jahrzehnten herausragende Arbeit bei der Vermittlung der deutschen Sprache und sind Orte des Dialogs, der Wertevermittlung und der interkulturellen Verständigung.

Mit der 2008 von Außenminister Frank-Walter Steinmeier ins Leben gerufenen Initiative »Schulen: Partner der Zukunft«, auch bekannt als PASCH-Initiative, wurde darüber hinaus ein weltweites Netz von Partnerschulen mit verstärktem Deutschlandbezug aufgebaut. Nachdem es in 2008 mit 557 Schulen gestartet wurde, umfasst das

PASCH-Netzwerk heute 1.828 Schulen in über 120 Ländern, an denen auf Deutsch oder verstärkt Deutsch unterrichtet wird. Die Schwerpunkte liegen insbesondere in den Wachstumsregionen Asien, Naher und Mittlerer Osten sowie in den GUS-Staaten und Mittel- und Osteuropa. Zu diesem Netzwerk gehören heute, neben den 140 Deutschen Auslandsschulen, 1.098 Schulen der nationalen Bildungssysteme der Partnerländer, an denen das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz (KMK) angeboten wird, welches durch die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen betreut wird, und 590 Schulen der nationalen Bildungssysteme der Partnerländer, an denen der Deutschunterricht auf bzw. ausgebaut wird (betreut durch das Goethe-Institut). Darüber hinaus werden über die Initiative 354 Schulen in Deutschland unterstützt, die eine Partnerschaft mit einer PASCH-Schule haben – betreut durch den Pädagogischen Austauschdienst der KMK.

Die PASCH-Initiative weckt bei jungen Menschen weltweit ein nachhaltiges Interesse für die deutsche Sprache

und das moderne Deutschland. Auf diese Weise gewinnen wir zukünftige Partner für die deutsche Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung und Kultur und in den jeweiligen Zivilgesellschaften. Über die Vernetzung der PASCH-Schulen, wie etwa über die Plattform www.pasch-net.de, entsteht ein intensiver interkultureller Dialog sowohl unter den Schülern als auch unter den Lehrern, der das Verständnis von- und füreinander fördert. Die Partnerschulinitiative hat dazu beigetragen, die Stellung von Deutsch als Fremdsprache im Ausland zu stärken und mehr jungen Menschen den Weg zum Studienstandort Deutschland zu eröffnen. Die von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen betreuten PASCH-Schulen bieten mit dem Deutschen Sprachdiplom der KMK den sprachlichen Nachweis für den Besuch eines deutschen Studienkollegs (DSD I) bzw. einer deutschen Hochschule (DSD II). An vielen vom Goethe-Institut betreuten PASCH-Schulen wurde in Pionierarbeit der Deutschunterricht überhaupt erst eingeführt. Derzeit werden an Schulen des PASCH-Netz-

über 600.000 Schüler unterrichtet – das sind fast so viele wie im Bundesland Hessen.

Unser Ziel muss es aber sein, dass PASCH auch in Zukunft weiterwächst. In Regionen, wie z. B. Mittelamerika oder Subsahara-Afrika, wo das PASCH-Netz bislang noch sehr dünn ist, sollte die Förderung ausgebaut werden – gleiches gilt für Länder, in denen aufgrund demographischer und wirtschaftlicher Entwicklungen ein steigender Wunsch nach mehr Deutschunterricht existiert.

Die im Ausland erworbenen interkulturellen Kompetenzen sind sehr wertvoll

Auch jenseits des bloßen Spracherwerbs ist die kontinuierliche Bildungsbegleitung ein langfristiges Anliegen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Von Deutschen Auslands- und Partnerschulen oder Studienprogrammen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) bis hin zu Alumni-Aktivitäten: Am Ende der Bildungsförderung stehen hoch-

qualifizierte Menschen, die durch ihre Bildungsbiographie Deutschland dauerhaft verbunden sind. Aus diesem Grund müssen wir neben dem weiteren Ausbau des PASCH-Netztes auch stärkere Anstrengungen zum Ausbau des Hochschulzugangs in Deutschland unternehmen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zuwanderung.

Die umfassenden Migrationsbewegungen aufgrund von Flucht und Vertreibung wirken sich auch auf den Unterricht an unseren Partnerschulen aus – z. B. an der, durch das Goethe-Institut betreuten, Schule Gelisim Koleji in Izmir in der Türkei: Dort führten die Schüler im Rahmen des Deutschunterrichts ein Projekt durch, in dem sie Interviews mit Geflüchteten führten. Gleichzeitig sind die Qualifikationen von deutschen Lehrern, die im Ausland an PASCH-Schulen unterrichtet haben und nach Deutschland zurückgekehrt sind, nicht hoch genug einzuschätzen und sollten hierfür auch die nötige Anerkennung erfahren. Ihre im Ausland erworbenen interkulturellen Kompetenzen sind besonders wertvoll in Klassen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Dies sollten wir nutzen!

Ulla Schmidt, MdB ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Unbekannter Riese

Die Deutsche Welle leistet einen wertvollen Beitrag zur AKBP

CHRISTIAN HÖPPNER

Wird über Ministerien gesprochen, die in der Bundesregierung Verantwortung für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) tragen, wird zumeist zuerst das Auswärtige Amt genannt. Eingeweihten fällt vielleicht noch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein und wer in der Jugendpolitik verortet ist, weiß um die Aktivitäten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der internationalen Jugendbegegnungsarbeit. Dass im Verantwortungsbereich der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM), Staatsministerin Monika Grütters, einer der Tanker Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik, die Deutsche Welle (DW), liegt, ist den wenigsten bekannt. Dies umreißt eines der Probleme der Deutschen Welle.

Die Deutsche Welle ist ein Zwitter: Sie ist eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts und gehört damit zur Familie der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sie bildet zusammen mit den Landesrundfunkanstalten und Deutschlandradio die ARD. Anders als ARD-Anstalten und das ZDF wird sie aber nicht aus Rundfunkbeiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – vor allem aus dem Haushalt der BKM, aber auch zu einem kleineren Teil aus Zuwendungen des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Deutsche Welle ist der deutsche Auslandssender. Die Angebote werden im Hörfunk, Fernsehen und im Internet verbreitet. Sie sollen laut Deutsche Welle Gesetz »Deutschland als europäisch gewachsene Kultur- und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen. Sie sollen deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum

geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. Die Deutsche Welle fördert dabei insbesondere die deutsche Sprache.«

Eine besondere Stärke der Deutschen Welle sind ihre Mitarbeiter aus 60 Nationen sowie die fremdsprachigen Angebote, insbesondere im Hörfunk. Die Deutsche Welle ist eine verlässliche, unabhängige Quelle für Informationen, die insbesondere in Krisen- und Bürgerkriegsregionen eine hohe Wertschätzung erfährt. So hat z. B. die Deutsche Welle ihr Programm im Ukraine-Konflikt deutlich ausgeweitet und konnte dies auch dank zusätzlich bewilligter Mittel. Dennoch, die Deutsche Welle steht nicht allein da. Sie befindet sich im Wettbewerb mit anderen Auslandssendern wie BBC, CNN, Al Jazeera oder mit erheblichen Mitteln ausgestattet Russia Today oder dem chinesischen Auslandssender. Wie kann die Deutsche Welle sich gegenüber einem solchen Angebot behaupten? Welchen Stellenwert nimmt dabei das vergleichsweise teure Fernsehen neben dem deutlich preiswerteren Hörfunk ein? Der Rundfunkrat hatte im Jahr 2013 mit der Entscheidung den erfahrenen Fernsehjournalisten Peter Limbourg zum Intendanten zu wählen, eine klare Entscheidung für das Deutsche Welle Fernsehen getroffen. Ob die Fokussierung auf das englischsprachige Flaggship Nachrichten tatsächlich zum Erfolg führen wird, ist gegenwärtig noch offen.

Ein Riesenerfolg ist hingegen die Deutsche Welle Akademie. Sie wurde im Jahr 1965 gegründet und diente zunächst dazu, rundfunktechnische Kenntnisse zu vermitteln. Inzwischen werden an der Deutsche Welle Akademie Journalisten aus der ganzen Welt aus- und weitergebildet. Hier wird weitergegeben, was staatsunabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk leisten kann, welche Bedeutung Presse- und Rundfunkfreiheit hat und welche Relevanz in der Meinungsbildung unabhängige Berichterstattung hat. Dabei unterstützt die Deutsche Welle auch Angebote im Bürgerfunk z. B. in Lateinamerika.

Die Aufgabenplanung der Deutschen Welle steht in regelmäßigen Abstän-

den auf der Tagesordnung. Sie wird im Rundfunkrat erarbeitet und dem Deutschen Bundestag vorgelegt. Die nächste Aufgabenplanung umfasst die Periode 2018 bis 2020. In ihre Erarbeitung werden die Veränderungen in der Mediennutzung, die Konkurrenz zu anderen Anbietern, die veränderten Verbreitungswege und natürlich die Mehrsprachigkeit der Deutschen Welle eine wichtige Rolle spielen. Ein Prüfstein für die Umsetzung der Aufgabenplanung werden die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt sein. Der Wirkungsgrad der Deutschen Welle ist vor dem Hintergrund der strukturellen Unterfinanzierung enorm, wenngleich es auf der Weltkarte viele weiße Flecken gibt, wo eine Präsenz der Deutschen Welle zwingend notwendig wäre. Über ihr Hörfunk-, ihr Fernseh- und ihr Internetangebot erreicht sie Millionen an Menschen – im Ausland. Dafür zu werben, dass dieser Riese in der AKBP mindestens dieselbe Bedeutung hat wie die vom Auswärtigen Amt geförderten AKBP-Mittlerorganisationen ist eine der Aufgaben des Rundfunkrats der Deutschen Welle. Eine andere ist, zu überwachen und kritisch zu begleiten,

dass die Deutsche Welle sich von ihrem gesetzlichen Auftrag nicht entfernt. Zu letzterem gehört, den Markenkern der Deutschen Welle, die deutsche Sprache, zu stärken – und zwar nicht nur als Kommunikationssprache, sondern als Kulturgut.

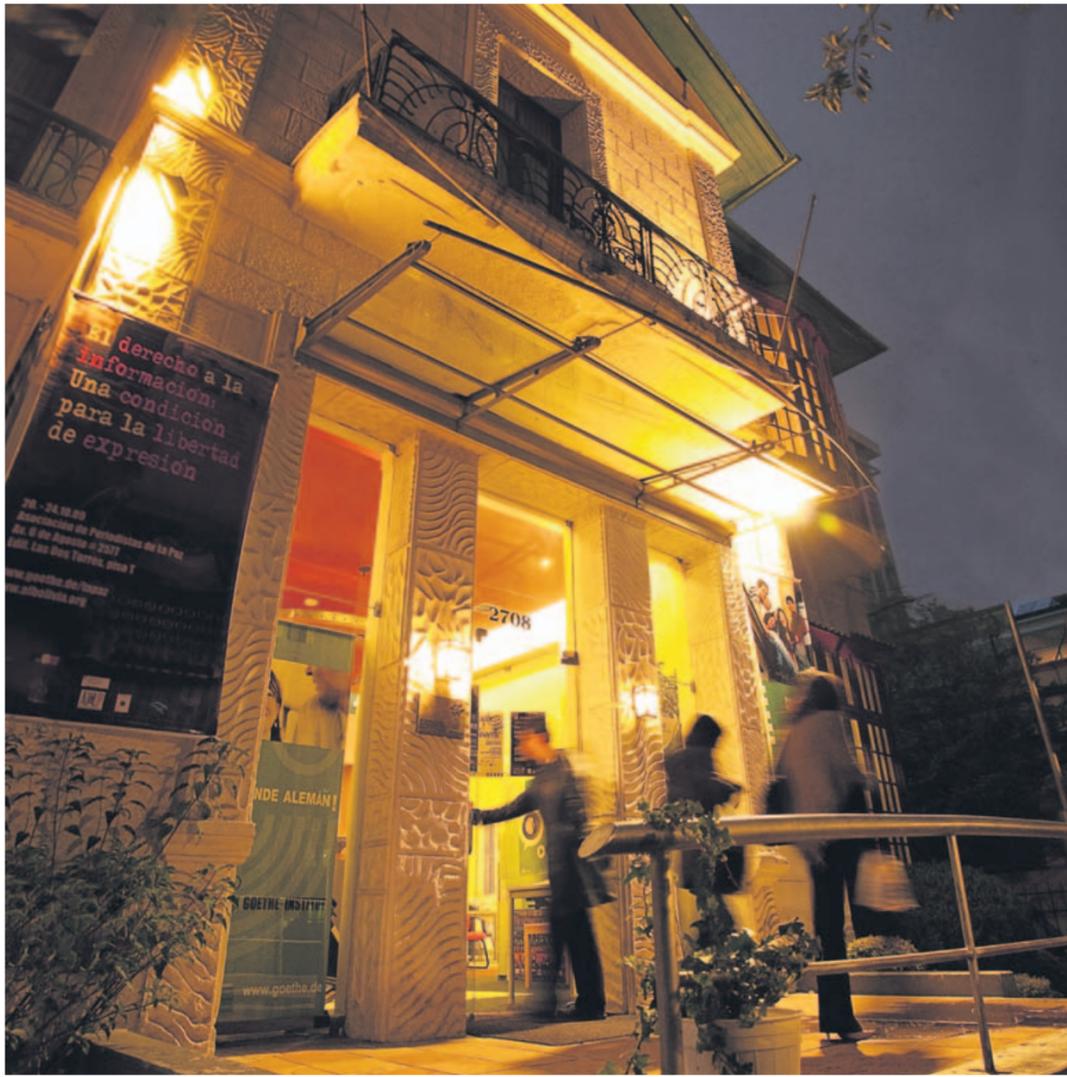
Eines der drängendsten Probleme der Deutschen Welle in den letzten Jahren war und ist ihre chronische Unterfinanzierung. Nachdem Ende der 1990er Jahre der Etat der Deutschen Welle drastisch zusammengestrichen worden war, wurde zwar in den letzten Jahren ein kleiner Aufwuchs an Haushaltsmitteln erreicht, er hält aber mit den wachsenden Aufgaben der Deutschen Welle bei Weitem nicht stand. Angesichts der zahlreichen internationalen Krisenlagen und der vielen Menschen, die Zuflucht in unserem Land suchen, sind die Aufgaben für und Erwartungen an die Deutsche Welle rasant gestiegen. Unabhängiger Qualitätsjournalismus wird im digitalen Zeitalter der Hochrüstung kommunikativer Propagandaplattformen wie Russia Today oder dem chinesischen Auslandssender zum Goldstaub demokratisch verfasster Gesellschaften. Es bedarf einer klaren

politischen Prioritätensetzung für die Deutsche Welle, die sich in den Haushaltsansätzen widerspiegeln muss, um eine verlässliche Planungsgröße sein zu können. 100 Millionen Euro zusätzlich für die Deutsche Welle lautet die Forderung an die Bundesregierung und den Bundestag. Damit ließe sich die notwendige Wirksamkeit der DW in ein darstellbares Verhältnis zu ihrem Auftrag bringen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land hängt mehr denn je von der Kommunikation und dem Verstehen, was innerhalb und außerhalb unseres Landes vor sich geht, ab. Dass die Werte und Normen des Grundgesetzes nicht verhandelbar sind und für alle Menschen in unserem Land zu gelten haben, ist auch eine Kommunikationsaufgabe nach innen und außen, für die die viertstärkste Industrienation der Welt mehr Geld in die Hand nehmen muss.

Christian Höppner ist Präsident des Deutschen Kulturrates. Er gehört dem Rundfunkrat der Deutschen Welle an, ist stellvertretender Vorsitzender des Akademie-Ausschusses und Haushaltsberichterstatte



Fassade des Goethe-Instituts in Ramallah in den Palästinensischen Autonomiegebieten im Westjordanland



Im Goethe-Institut in La Paz in Bolivien herrscht reger Betrieb

FOTO: MATEO CABALLERO

Freiheit, die wir meinen

Das Writers-in-Exile Programm des Deutschen PEN Zentrums

FRANZISKA SPERR

Das Writers-in-Exile Programm des Deutschen PEN ist ein Stipendienprogramm für verfolgte Schriftsteller, das von der Bundesregierung finanziert wird. Es ist ein Programm der besonderen Art, denn wir Mitglieder sind mit unseren Stipendiaten, egal woher sie kommen, verbunden durch unseren Beruf. Wir versuchen Kollegen, die in ihren Herkunftsländern verfolgt, malträtiert, eingekerkert, gar gefoltert wurden, in Deutschland Zuflucht zu bieten. Wir wollen sie ein Stück des Weges beim Start in ein neues Leben fern der Heimat begleiten. Die Stipendiaten erhalten für ein, zwei oder höchstens drei Jahre eine komplett möblierte Wohnung, ein monatliches Geld, Krankenversicherung, die geflüchteten Kollegen werden geschützt und beraten und – das ist das Besondere – sie werden, sobald sie sich von den erlittenen Strapazen in ihrer Heimat halbwegs erholt haben, ermutigt, ihre Arbeit als Schriftsteller fortzusetzen. Und weil Schriftsteller nicht für die Schublade schreiben, sondern für ein Publikum, veranstalten wir Lesungen, organisieren Übersetzungen, publizieren ihre Texte in Anthologien, bringen sie in Kontakt mit Redakteuren und Verlegern. Wir zetteln Gespräche zum Erfahrungsaustausch mit deutschen Kollegen an, laden die Stipendiaten zu Literaturfestivals ein oder wir lassen ihre Texte auf Deutsch vortragen, damit sie sich auch hier ein Publikum schaffen können. Je nachdem, woher sie kommen, sprechen sie ein wenig Englisch oder Französisch, viele aber weder noch. Also üben wir sanften Zwang aus, dass sie die vom Goethe-Institut gesponserten Deutschkurse regelmäßig besuchen – und damit sie sich, sobald die drei Jahre um sind,

einigermaßen zurechtfinden in dem für sie noch immer fremden Land. Für manche ist die Frage, ob sie sich um Asyl hier bemühen sollten oder nicht, eine einschneidende. Es könnte für immer den Bruch mit zu Hause bedeuten, es könnte sein, dass sie von denen, die zu Hause geblieben sind, von Familie und Freunden als Verräter beschimpft werden – oder dass sie sich selbst als Verräter fühlen.

Allen Diktatoren auf der Welt ist eines gemein: Sie haben panische Angst vor dem geschriebenen Wort, besonders wenn es kritisch ist – und was kritisch ist, bestimmen sie ganz alleine. Das war zu allen Zeiten so, auch vor 80 Jahren hier bei uns, als tausende Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle ins Exil gezwungen wurden.

Acht Stipendiaten – in dieser von Flucht und Vertreibung Hunderttausender geprägten Zeit! Das klingt nach dem Tropfen auf den heißen Stein. Es kann nur eine Geste des Dankes sein an die Aufnahmestaaten von damals. Doch sind es acht Leben! Alle haben Schreckliches erfahren, alles verlassen, was sie liebten, woran sie gewöhnt waren. Sie befinden sich oft in einem desolaten psychischen Zustand und brauchen immer wieder auch professionelle Hilfe. Für uns, die wir uns für sie verantwortlich fühlen, ist es oft eine Gratwanderung, das Richtige zu tun oder zu sagen. Manche kommen schneller auf die Beine, andere brauchen länger. Diejenigen, die nicht allein hierher kommen, haben es leichter, sie sind nicht so einsam und verzweifelt wie die, die allein kommen mit den quälenden Bildern im Kopf.

Dank des großen Netzwerkes von ehrenamtlichen Helfern, von Psychologen und Traumatherapeuten, spezialisierten Rechtsanwälten und den Betreuern, die bei den ersten Einkäufen

im Supermarkt helfen und das Funktionieren des Staubsaugers erklären, kommen wir unserem Ziel, nämlich die äußeren und inneren Schmerzen zu lindern, schrittweise ein wenig näher. Nichts macht uns glücklicher, als zu sehen, dass jemand, der abweisend und verbittert, graugesichtig und verschlossen hier ankam, irgendwann seine darunter verborgene Persönlichkeit zeigt, wenn die Augen zu funkeln beginnen und sich ein Hauch von Lebensfreude auf das Gesicht legt. Wenn wir das erreichen – und das ist gar nicht mal so selten – sind wir glücklich. Oft haben wir neue Freunde gewonnen, mit denen wir gemeinsam essen, die uns mit ihren Witzen amüsieren, die uns kritisieren, hin und wieder ärgern, weil sie stur sind und manches nicht so machen, wie wir es gerne hätten. Sie bringen uns die Welt ins Haus, lassen uns teilhaben an dem, was uns anfänglich fremd, manchmal unerklärlich ist, sie diskutieren mit uns und erzählen uns, wie sie das Leben hier in Deutschland finden. Dafür sind wir ihnen dankbar, denn es erweitert unseren Horizont.

Das ist das Besondere am Writers-in-Exile Programm des PEN, menschliche Nähe auf der Grundlage unseres Berufs. Wir sind Autoren. Wir arbeiten mit dem Wort, wir alle brauchen die Freiheit des Wortes für unsere Arbeit. Und dass wir hier, auf der Insel der Seligen in Mitteleuropa diese Freiheit genießen, gerät uns allzu oft aus dem Blick. Wir vom PEN, die wir täglich konfrontiert werden mit Ländern, in denen man wegen eines »falschen« Wortes ins Gefängnis gesperrt oder gar ermordet wird, – zumindest wir – dürfen das nicht vergessen.

Franziska Sperr ist Vizepräsidentin und Beauftragte des Writers-in-Exile Programms des Deutschen PEN Zentrums

Deutlich wahrnehmbar

Die internationale Kulturförderung der Robert Bosch Stiftung

MAJA PFLÜGER

Die zunehmende kulturelle Vielfalt löst einerseits Angst vor Überfremdung aus und wird zur Ursache für Konflikte erklärt, andererseits weckt kulturelle Vielfalt Neugier und verbindet Menschen.

Die Robert Bosch Stiftung möchte im internationalen Kulturaustausch kulturelle Vielfalt als Bereicherung und Chance erlebbar machen. Wir begreifen Kultur als vorpolitischen Raum, in dem sich Wahrnehmungsmuster, Einstellungen und Überzeugungen bilden, die in der Politik zum Tragen kommen. Zugleich lädt Kultur zum Perspektivwechsel ein, erweitert Horizonte und bringt Denkmuster in Bewegung. In diesem Spannungsfeld schaffen unsere Förderprogramme geschützte Räume für kulturelle Unternehmungen, die Welt zu verstehen, neu zu erzählen und zu gestalten.

Die Robert Bosch Stiftung stellt den mutigen relevanten Akteur ins Zentrum ihrer Kulturförderung. Trotz eines hohen Qualitätsanspruchs geht es uns nicht um die Förderung der Schönen Künste im engen Sinne, sondern um kulturelles Engagement, das gesellschaftlichen Wandel sichtbar macht und konstruktiv begleitet. Kulturaustausch soll Durchlässigkeit für internationale Impulse schaffen und so gewährleisten, dass Gesellschaften sich nicht weiter abschotten. Dann kann der Dialog auch aufrecht erhalten werden, wenn schwierige Themen die politische Agenda bestimmen. Literaturübersetzer, die wir seit Langem als Kulturmittler im Programm »Literarische Brückenbauer« fördern, bringen mit ihren Übersetzungen Stimmen aus anderen Kulturen in die Diskurse ihres Sprachraums ein. »Grenzgänger«, ein Kooperationsprogramm mit dem Literarischen Colloquium, unterstützt Recherchereisen von Buch-, Film- und Rundfunk-Autoren in andere Länder, mit denen sie Werke vorbereiten, welche die Rechercheregion grenzüberschreitend thematisieren und für ein breites Publikum zugänglich machen. 300 Recherchen in 40 Ländern wurden durchgeführt, 170 Werke bereits veröffentlicht. Darunter der für den Deutschen Buchpreis 2016 nominierte Roman von Akos Doma »Der Weg der

Change« fördern wir Stadtentwicklung durch Kultur. Transsektorale Teams aus Kultur, Verwaltung und Wirtschaft setzen sich vor Ort für ihre Stadt ein und erfahren zugleich Stärkung und Qualifizierung durch ein europaweites Netzwerk. Das türkische Team engagiert sich in Istanbul für die der Bewahrung und Wiederentdeckung des kulturellen Erbes des traditionell griechisch-armenisch geprägten Stadtteils Tattavla. Durch intensiven Austausch mit den Bewohnern wird Geschichte eingefangen und in Ausstellungen und Lesungen wieder lebendig gemacht. Als nicht-staatlicher Akteur ist es für

Stiftungen müssen Wagnisse eingehen und auch einmal ungewöhnliche Wege ausprobieren

uns selbstverständlich, dass es in internationalen Beziehungen um das Verhältnis zwischen Gesellschaften geht. In der deutschen Außenpolitik erhält der Dialog der Zivilgesellschaften neben den klassischen, formell aber nicht finanziell unabhängigen Kulturmittlern zunehmend mehr Raum, bleibt aber dennoch ausbaufähig. Im Orchester der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) sind Stiftungen deutlicher hörbar geworden, das Zusammenspiel ist feiner abgestimmt. In öffentlich-privaten Kooperationen erhofft sich die staatliche Seite nicht nur die Verminderung von Kosten, man schätzt die unterschiedlichen Stärken, die beide Seiten für eine erhöhte Wirkung einbringen.

Der Part von Stiftungen ist dabei, auch Wagnisse einzugehen und ungewöhnliche Wege auszuprobieren; sie müssen nicht flächendeckend agieren, sondern können modellhaft vorgehen. So ist das Programm START eine nicht naheliegende Antwort auf die Folgen der europäischen Wirtschaftskrise in Griechenland, die den Kulturbereich und junge Menschen besonders hart treffen. START unterstützt junge griechische Kulturmanager bei der Entwicklung von innovativen Projektideen zu tragfähigen Kulturinitiativen. In Kooperation mit dem Goethe-Institut Thessaloniki und der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren absolvieren die Stipendiaten eine Hospitationsphase in Deutschland, durchlaufen ein länderübergreifendes Qualifizierungsprogramm und gehen dann in Griechenland mit ihrem Projekt an den Start. Dionysis Anemogiannis hospitierte bei landkunstleben e.V. in Brandenburg, wo er seine Idee ausprobieren konnte. Dann startete er in seiner Heimat mit »Sound of Kythera« eine erfolgreiche Ausbildungsinitiative für Jugendliche, die neue mediale Technologien nutzt, um kulturelles Erbe durch Geräusche zu entdecken und die Identität der Insel Kythera auf neuartige Weise darzustellen. In vielen Ländern schrumpft allerdings der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft und damit auch für Kulturaktive, dies kann bis zur Gefährdung von Menschen und Organisationen reichen. Dennoch erweist sich nicht selten die Kulturförderung als das, was immer noch geht, weil Kulturarbeit einen langen Atem hat und im vorpolitischen Raum agiert.

Maja Pflüger ist Mitarbeiterin der Robert Bosch Stiftung

Wünsche«, der die Flucht einer Familie aus dem kommunistischen Ungarn in den Westen Anfang der 1970er Jahre schildert. Ein aktuelles Thema, eine authentische, bewegende Geschichte über zermürbendes Warten, Illusionen vom Westen und Heimatverlust.

Gesellschaftliche Herausforderungen machen nicht an nationalen Grenzen halt, sie erfordern lokales Handeln in länderübergreifenden Zusammenhängen. Unsere Projekte sind daher in der Regel multilateral aufgestellt und ziehen aus der internationalen Vernetzung Dynamik und Innovation. Im Förderprogramm »Actors of Urban

Die Bitte, etwas Gutes zu tun

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste trägt zum wirklichkeitstreuen Deutschlandbild bei

JUTTA WEDUWEN

Aktion Sühnezeichen wurde im April 1958, dreizehn Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland gegründet. Der Gründungsvater Lothar Kreyssig formulierte im Gründungsaufwurf: »Wir Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmesbares Leiden der Menschen verschuldet. Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns (...) das nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern. (...) Des zum Zeichen bitten wir die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, dass sie uns erlauben, mit unseren Händen und mit unseren Mitteln in ihrem Land etwas Gutes zu tun.«

Der Gründungsaufwurf enthält ein Schuldeingeständnis, das sich nicht nur auf die identifizierbaren Täter bezog, sondern auch auf alle Menschen und Institutionen, die zu wenig getan hatten, die Verbrechen zu verhindern. Aus den Worten Kreyssigs spricht eine Haltung der Demut. Er fordert nicht

Versöhnung, er bittet lediglich darum, Gutes tun zu dürfen.

Seit der Gründung haben mehr als 10.000 Freiwillige, meist junge Menschen, für ein bis zwei Jahre einen Dienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) gemacht oder sich in einem internationalen Sommerlager engagiert.

Heute sind die Freiwilligen in 13 verschiedenen Ländern in Europa, Israel und den USA aktiv. Sie begleiten Überlebende der Schoah, engagieren sich für Flüchtlinge und Menschen am Rande der Gesellschaft, führen Schulklassen durch Gedenkstätten, beteiligen sich an Kampagnen gegen Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit und unterstützen Menschen mit Behinderungen.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen ist für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Motiv und Verpflichtung für konkretes Handeln in der Gegenwart. ASF will für die heutigen Folgen dieser Gewaltgeschichte sensibilisieren und aktuellen Formen von Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten entgegenreten.

Die pädagogische Begleitung der Freiwilligen in den langfristigen Diens-

ten und Sommerlagern ist ASF ein besonderes Anliegen. Die Freiwilligen besuchen während des heute einjährigen Dienstes sechs Seminare, die insgesamt mindestens 25 Tage umfassen. Die Bildungsprogramme bilden den Rahmen, in denen Reflexionen stattfinden können, sodass ein Dienst mit ASF nicht einfach nur eine Auslandserfahrung ist. Die pädagogische Begleitung bildet eine Einheit mit dem Freiwilligendienst. Es geht dabei um die Entwicklung von Dialogfähigkeit, bei der das zugewandte Zuhören besonders wichtig ist. Es geht um das Verstehen von Geschichte(n) und politischer Komplexität im Kontext internationaler Beziehungen. Und es geht vor allem um Engagement und die Verantwortung für die Mitgestaltung des Lebensumfeldes und der Gesellschaft.

Die Freiwilligen werden darin befähigt, politische, soziale und historische Komplexitäten auszuhalten und nicht nach einfachen Lösungen zu suchen. In der Begegnung mit Überlebenden der Schoah und ihren Nachkommen erfahren sie, wie die Geschichte auch heute nachwirkt: in den internationalen Beziehungen, in den zwischenmenschlichen Begegnungen, in den Erinnerun-

gen, in der Bearbeitung von Traumata, Schweigen und Schuld sowie in politischen und ethischen Debatten. Sie erfahren die Komplexität besonders dann, wenn sie in Regionen einen Dienst machen, die von Konflikten geprägt sind, wie etwa in Israel und in der Ukraine. Einfache Feindbilder greifen nicht und die Beziehungen zu bzw. Debatten in Deutschland sind ohne einen Bezug zur Geschichte nicht zu verstehen. Nach ihrer Rückkehr tragen die Freiwilligen ihre Kenntnisse über das Gastland und über die internationalen Beziehungen in die Debatten in Deutschland ein.

Ein Freiwilligendienst von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wird manchmal missverstanden. Es geht weder darum, die Verbrechen der Nationalsozialisten wieder gut zu machen, weil dies unmöglich ist, noch geht es darum, junge Menschen als Botschafter eines neuen und besseren Deutschlands zu entsenden. Und doch geschieht es häufig, dass – etwa in der Begegnung zwischen Überlebenden und jungen Freiwilligen – Heilung und Aussöhnung geschieht und sich damit auch der Blick auf Deutschland verändert.

Begegnungen mit Menschen des Gastlandes sind das Wesen des ASF-

Freiwilligendienstes. In diesen Begegnungen hören die Freiwilligen zu und lernen viel. Und sie vermitteln ihre biografischen Erfahrungen und ihre Sicht auf Deutschland. Oft verknüpfen sie diese Sicht mit Demokratie, Vielfalt, politischer Partizipation, kirchlichem Engagement, mit Willkommensbündnissen, einer kritischen Erinnerungskultur und Rechten von Minderheiten. Sie erzählen auch von eigenen Diskriminierungserfahrungen, einem Erstarren rechtspopulistischer Bewegungen und von rechtsextremen Übergriffen auf Flüchtlinge.

Wichtige Ziele der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) sind die Vermittlung eines lebendigen und wirklichkeitstreuen Deutschlandbildes, die Förderung des Dialogs und damit der Konflikt- und Krisenprävention. Dazu tragen die Freiwilligenprogramme und Sommerlager von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste seit fast 60 Jahren bei. Die Arbeit wurde im Oktober 2016 mit dem Preis des Westfälischen Friedens ausgezeichnet.

Jutta Weduwen ist Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste



Das Goethe-Institut in Rom, Italien



Bibliothek im Goethe-Institut Vilnius, Litauen



Außenansicht des Goethe-Instituts in Johannesburg, Südafrika

FOTOS: LI.: O. FERNARIELLO; MI.: B. LUDEWIG; RECHTS: H. PATON

Ein breiter Blumenstrauß an Aufgaben

Theresa Brüheim im Gespräch mit Bernd Fabritius, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen

Theresa Brüheim: Herr Fabritius, was ist der Bund der Vertriebenen? Wie versteht er sich selbst?

Bernd Fabritius: Der Bund der Vertriebenen (BdV) ist der Dachverband der Verbände der Deutschen, die zum Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem damaligen Osten Deutschlands sowie aus ihren Heimat- und Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa vertrieben wurden oder in den vielen Jahrzehnten danach bis heute von dort ausgesiedelt sind. Das ist etwa das Sudetenland, Ostpreußen oder Schlesien, aber genauso auch Siebenbürgen und das Banat, überall, wo Deutsche traditionell gelebt haben oder leben. Alle diese Menschen haben im BdV einen Vertreter.

Was ist die Aufgabe des BdV heute?

Der BdV hat einen breiten Blumenstrauß an Aufgaben. Er will natürlich die Erinnerungen an das Vertreibungsunrecht wachhalten, um zu mahnen, damit so etwas nicht nochmal passiert. Er will einen Erinnerungstransfer befördern, damit das, was geschehen ist, auch von den nachkommenden Generationen

in Kenntnis gehalten wird. Er will die Kultur der Deutschen aus den Heimatgebieten schützen, da diese Kultur Teil des gesamtdeutschen kulturellen Erbes ist. Er will Interessenvertreter sein für die Menschen, die ihre Heimat durch die ethnischen Säuberungen nach dem Zweiten Weltkrieg verloren haben. Er will eine Brückenfunktion wahrnehmen zu den Menschen, die in den Heimatgebieten bis heute weiter wohnen können.

Sie sprechen bereits die Zielgruppen des BdV an. Sind das »nur« deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und ihre Nachkommen? Oder richtet sich die Arbeit des BdV auch an deutschsprachige Minderheiten in den ehemaligen Gebieten sowie die dort heute lebende nicht deutschsprachige Bevölkerung?

Der BdV richtet sich selbstverständlich auch an die Heimatvertriebenen. Ich kann ein ganz konkretes Beispiel anführen: Ich selbst bin Siebenbürger Sachse. Die meisten Siebenbürger Sachsen haben nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat durch einen stetigen Vertreibungsdruck verloren. Sie sind ausgewandert und leben heute in Deutschland. Es sind aber etwa 30.000 Landsleute in Siebenbürgen, auch im Banat verblieben. Sie haben dort die Wende erlebt und konnten danach dort weiter wohnen bleiben. Sie können auch heute dort

ihre eigene Identität pflegen. Es sind unsere Brüder und Schwestern in einem grenzüberschreitenden Verständnis. Die deutschen Minderheiten sind also auch Zielgruppe des BdV.

Die dort wohnenden nichtdeutschen Bewohner, also die Mehrheitsgesellschaft, ist nicht direkt Zielgruppe. Sie ist aber als Wohnumfeld ein Faktor, den wir im Auge haben. Dabei setzen wir auf enge Zusammenarbeit. Wir können und wollen unsere Landsleute in den Herkunftsgemeinschaften nicht isoliert betrachten. Sie sind dort als Minderheit Teil eines zusammengesetzten Staates, Volkes, und in diesem wollen wir sie bestärken.

Inwiefern adressieren Sie auch die allgemeine Öffentlichkeit?

Selbstverständlich wollen wir auch die allgemeine Öffentlichkeit adressieren. Erstens, weil natürlich das Vertreibungsschicksal Teil der gesamtdeutschen kollektiven Biografie ist. Deswegen war es z. B. sehr wichtig, einen Gedenktag für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung zu schaffen, damit im nationalen Bewusstsein auch dieser Teil der deutschen Biografie, der sehr lang in einem Erinnerungsschatten stand, eben aus diesem heraustritt. Zweitens weil wir die Lehren der Vergangenheit – auch die aus dem Vertreibungsunrecht – in die Gegenwart tragen wollen und müssen.

Versteht der BdV sich gemäß dessen als moderner Akteur der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)? Inwiefern kann Versöhnung als Aufgabe der AKBP gesehen werden?

Natürlich verstehen sich der BdV und insbesondere die Minderheiten in den Herkunftsgemeinschaften, in den alten Heimatgebieten, als AKBP-Träger, ganz einfach weil die Minderheiten Brückenbauer sind. Sie bewahren das kulturelle Erbe und sie stärken dadurch die bilateralen Beziehungen. Sie fördern einen interkulturellen Dialog, indem sie zwischen ihrer Heimat und Deutschland vermitteln. Dabei ist die deutsche Sprache ein wichtiges Bindeglied und ein identitätsstiftendes Merkmal. Ein moderner AKBP-Akteur sind wir auch, da wir auf eine proeuropäische Herangehensweise setzen, auf ein gutes Miteinander und gegenseitiges Verständnis. Darüber hinaus bringen der BdV und insbesondere die Menschen, die durch den BdV vertreten sind, ihre Erfahrung in die aktuelle Gesellschaftsthematik ein. Flucht und Vertreibung in der heutigen Welt, diese unglaubliche humanitäre Krise: Gerade der BdV und die Menschen, die Vertreibung selbst erlebt haben, aber in Deutschland schon lange bestens integriert sind, können einen Beitrag dazu leisten, Empathie zu entwickeln für die Menschen, die heute ein im Trauma-Empfinden ähnliches Schicksal erleiden. Sie sehen also, es ist ein breites Feld

der Wirkung, die man mit auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik gerade auch über die deutschen Minderheiten vor Ort erreichen kann.

Herr Fabritius, was wünschen Sie sich für die Zukunft des Verbandes?

Ich wünsche mir für die Zukunft des Verbandes, dass die deutsche Gesellschaft den Arbeitsinhalt des BdV, seine tatsächliche Ausrichtung so wahrnimmt, wie diese seit vielen Jahren erfolgt. Der BdV wird in der öffentlichen Wahrnehmung, vielleicht aus Erfahrungen der weiten Vergangenheit, oft nicht realistisch gesehen. Man meint oft, dass der BdV rückwärtsgewandt sei oder dass er einer gutnachbarschaftlichen europäischen Ausrichtung entgegenstehe. Das ist grundfalsch. Genau das Gegenteil ist richtig. Ich würde es mir wünschen, dass die Gesellschaft bereit ist, die eigenen Opfer der Kriegszeit und der Nachkommen heute mit der gleichen Empathie anzunehmen, wie das zum Glück mit den Opfern heutiger Flucht und Vertreibung geschieht.

Vielen Dank für das Gespräch!

Bernd Fabritius, MdB ist Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV). Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur



Ansicht der Villa Kamogawa, dem Sitz des Goethe-Instituts in Kyoto, Japan

Die alten Kräfte dominieren auch die neue Zeit in der Kultur

Die 7. Weltkonferenz zu Kunst und Kultur auf Malta

PETER GRABOWSKI

Zum »7th World Summit on Arts and Culture« hatten sich mehr als 400 Teilnehmer aus 80 Ländern angekündigt. Tatsächlich waren Mitte Oktober dann sogar Vertreter 87 Nationen in die maltesische Hauptstadt Valetta gereist – allerdings wohl nur etwas mehr als 300. Viele der Angemeldeten hatten wegen massiver Visa-Probleme kurzfristig absagen müssen. Das betraf vor allem afrikanische Gipfelteilnehmer, darunter namhafte Referenten aus Regierungskreisen.

Dieser Umstand sorgte für eine leichte atmosphärische Störung im Konferenzklima: »Cultural Leadership in the 21st Century« hatte die International Federation of Arts Councils and Culture Agencies (IFACCA) zum Thema dieses Weltkulturgipfels erkoren. Die Organisation ist aus vereinshistorischen Gründen recht Commonwealth-lastig. Um die Rolle von Kunst und Kultur in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung und Urbanisierung aber nicht wieder nur von den üblichen Verdächtigen definieren zu lassen, hatte sich das Programmteam um eine besonders ausgewogene Teilnehmer- und

Man zeigte sich über die Abwesenheit der Deutschen sehr verwundert

Referentenschar bemüht. Wegen der eingangs erwähnten Visa-Probleme aber stellten das »alte Europa«, die USA, Kanada, Australien und Südafrika am Ende dann doch die sicht- wie hörbare Mehrheit der Gipfelbesucher. Einzig die Südamerikaner bildeten ein gewisses kontinentales Gegengewicht. Nicht zuletzt, weil der Kultursektor dort in den letzten Jahren große konzeptionelle Entwicklungssprünge vollzogen hat.

»Cultural Leadership in the 21st Century«: Der Kulturbereich soll Vielfalt vorleben, das einander verstehen lernen durch künstlerischen Ausdruck, das einander Aushalten und miteinander Aushandeln der unterschiedlichen Interessen durch den Respekt für die Kultur des jeweils anderen. Dazu gehört notwendigerweise der Austausch, die Auseinandersetzung und gelegentlich eben auch mal ein Streit zwischen Künstlern, Kulturpolitikern und Bürokraten auf internationaler

Ebene. Themen und Anlässe gibt es zuhauf. In einer Debatte über den Freihandel – TTIP, CETA, TPP, TISA etc. – beklagte der Vertreter einer Kulturinitiative aus Zimbabwe, dass der Austausch zwischen Nord- und Südhalbkugel trotz guter Absichten auf allen Seiten weiter sehr einseitig sei: Institute français, British Arts Council und auch das Goethe-Institut würden mit – vergleichsweise – großen Summen ein internationales PR-Netzwerk der europäischen Kultur unterhalten, während Künstler aus den Ländern des »globalen Südens« vor allem als exotisches Beiwerk zu Festivals in der Ersten Welt eingeladen würden. Echte Zugänge zu den internationalen Mainstreammärkten gäbe es für afrikanische Musiker, Filmschaffende oder Literaten aber weiterhin nicht wirklich, trotz der UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt und den viel gepriesenen Segnungen des Internets.

Keiner der 40 Workshop-Teilnehmer widersprach diesen Aussagen; alle wussten, dass der Mann Recht hat. Im Anschluss kam, zunächst schleppend, aber dann doch noch ein echtes Gespräch in Gang: Über manch' unge nutzte Möglichkeit, die Optionen internationaler Vereinbarungen, weitgehend unbekannte Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen und über zivilgesellschaftlichen Druck. Wie groß und mächtig der werden könne, sehe man wieder beim Thema TTIP, merkte Christine Merkel an, die Kulturchefin der Deutschen UNESCO-Kommission.

In Debatten wie diesen fallen nicht immer nur freundliche Worte zwischen Süden und Norden, Christen und Muslimen, Weißen und Farbigen. Doch gerade deshalb sind sie interkulturelle Verständigung im allerbesten Sinne. Und die muss zwischen den Bemühten und Wohlmeinenden eingeübt werden, die später dann in anderen, konfrontativen, mitunter aggressiven Situationen bestehen können.

Eines der beeindruckendsten Beispiele dafür ist die Syrerin Rana Yazaji von der Arab Culture Policy Group. Sie lebt seit vier Jahren im Exil, findet mal in Ägypten, mal in Beirut Unterschlupf an Universitäten, wo sie ihre Arbeit fortsetzen kann. Yazaji führt die Krise des Nahen Ostens vor allem auf eine Schwäche der Zivilgesellschaft zurück: Ohne starke Vereine und Verbände, breite bürgerschaftlichen Bünde als Gegengewicht zu einem oft autoritären Staat und mächtiger Wirtschaft gebe es eben kein starkes gesellschaftliches Netzwerk und keine gemeinsa-

men Werte, die eine Gesellschaft in Krisenzeiten trotzdem zusammenhalten. Ihr ist vollkommen klar, dass der Aufbau solcher Strukturen in einem wann auch immer wieder friedlichen Syrien Jahrzehnte brauchen wird. Doch sie fügt hinzu: »Wenn wir das nicht jetzt vorbereiten, wird auch der nächste Versuch, einen dauerhaften kulturellen und damit gesellschaftlichen Frieden zu finden, wieder schief gehen.«

Immer mehr Akteure in der internationalen Politik, gerade in den Schwellen- und Entwicklungsländern – und erst recht in den Krisen- und Kriegsgebieten – setzen auf die Führungsfunktionen von Kunst und Kultur. Nicht zuletzt Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier spielt zunehmend die Karte der »Soft Power« und positioniert Deutschland auf dem internationalen Parkett als kulturellen, vor allem interkulturellen Vermittler. Umso erstaunlicher, dass gerade die Bundesrepublik auf diesem Weltkulturgipfel kaum präsent war: Weder das Außenministerium noch Kulturstaatsministerin Monika Grütters hatten Vertreter nach Malta geschickt. Auch die Bundeskulturstiftung und das Goethe-Institut waren nicht zugegen. Einzig die Deutsche UNESCO-Kommission hielt auf Institutionenseite die Fahne des immerhin größten EU-Mitgliedstaates hoch.

Die deutsche Abwesenheit war im Verlaufe des Gipfels Thema vieler Gespräche. Bei den maltesischen Gastgebern, vielen arabischen und afrikanischen Vertretern bis hin zur recht großen US-Delegation zeigte man sich etwas... sagen wir mal: verwundert. Aber auch ohne die Deutschen dominierten beim 7. Weltkulturgipfel jene die Debatte, die vom Rest der Welt ganz unfreiwillig schon viel zu lange als »Cultural Leader« wahrgenommen werden: 98 Prozent der weltweit gehandelten Kulturgüter – Musik, Literatur, Film vor allem – stammen aus den Ländern der Ersten Welt. Vermutlich ist das kein wirklich gutes Konzept für »Cultural Leadership in the 21st Century« – und deshalb ein umso besseres Thema für den »8th World Summit on Arts and Culture«. Der wurde am Ende des Gipfels von Malta für März 2019 in Malaysia angekündigt. Vermutlich werden dort jedenfalls deutlich mehr Teilnehmer aus Süd- und Ostasien dabei sein.

Peter Grabowski ist kulturpolitischer Reporter

Raum für Public Diplomacy

Felleshus – das nordische Gemeinschaftshaus in Berlin

THERESA BRÜHEIM UND ANNA CECILIA HÜTTMANN

Modern, minimalistisch, offen und lichtdurchlässig mit einer Front aus Glas, Holz und Stahl präsentieren sich die Nordischen Botschaften in der Rauchstraße 1 mitten im Berliner Botschaftsviertel nahe des Tiergartens. Die Architektur macht vor allem eines deutlich: Hier ist man im »Norden«. Seit 1999 steht dort neben den Botschaften Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens, auch das sogenannte Felleshus, das Gemeinschaftshaus der Skandinavier, Finnen und Isländer – und natürlich ihrer Gäste. Denn obwohl es Teil des Botschaftenquartiers ist, wird es nicht ausschließlich für elitäre und streng geheime Angelegenheiten der Politik und Diplomatie genutzt, vielmehr ist es frei zugänglich für die zivile Öffentlichkeit: Dort finden dänische, finnische, isländische, norwegische und schwedische Filmabende, Lesungen, Konzerte, Vorträge und Konferenzen statt. Darüber hinaus gibt es kostenlose Ausstellungen zu unterschiedlichsten Themen.

Damit ist das Felleshus als öffentlich zugänglicher, kultureller Begegnungsort das genaue Gegenteil vieler anderer streng verriegelter, stark gesicherter und permanent überwachter Botschaften in der deutschen Hauptstadt. Zugleich ist es auch ein ausgezeichnetes Beispiel für Vermittlung landestypischer – oder in diesem Fall regionentypischer – Werte durch Kultur und Bildung im Gastland.

Dieser Vermittlungsprozess ist Teil eines Konzeptes, das seit geraumer Zeit nahezu jeder Staat der Erde mehr oder minder erfolgreich in sein politisches Instrumentengefüge integriert hat: Public Diplomacy, auf Deutsch beutetet es so viel wie öffentliche Diplomatie. Damit ist der Kommunikationsprozess eines Landes, oder im Falle Skandinaviens, Finnlands und Islands einer grenzüberschreitenden Region, mit der ausländischen Öffentlichkeit des Gastlandes, hier Deutschland, zur Generierung von Verständnis für nationale Vorstellungen und Ideale gemeint. Die Public Diplomacy betreibende Regierung wendet sich dabei gezielt an die Zivilbevölkerung im Gastland, um nicht nur ein gegenseitiges Verständnis aufzubauen, sondern auch das eigene nationale Image aufzuwerten. Das Ziel von Public Diplomacy ist es, Legitimität zu erreichen und diese Legitimität

gewinnt man, wenn man eine große Gruppe von Menschen von den eigenen Werten überzeugt. Diese Legitimität hat eine gewisse Macht, die man Soft Power nennt.

Aber wie etabliert ein Staat eine Verbindung zu einer ausländischen Bevölkerung? Wie weckt er die Interessen der Öffentlichkeit im Gastland? Wie vermittelt er am besten die eigenen Werte? Allgemein gültige Antworten fehlen in diesem vergleichsweise jungen Forschungsfeld noch, aber viele Theoretiker weisen in Richtung Öffentlichkeitsarbeit, Kultur- und Bildungspolitik sowie Förderung von Netzwerkbildungen.

Nur glaubwürdige Kulturvermittlung schafft Verständnis für die anderen

Hängt die Theorie an der einen oder anderen Stelle noch hinterher, zeigt die Praxis, wie es funktionieren kann: Im Felleshus wird dank des reichen kulturellen Veranstaltungsspektrums, das von den Nordischen Botschaften gemeinsam organisiert wird, interessierten Berlinern der »Norden« näher gebracht. Wenn man ein Konzert oder eine Lesung im Felleshus besucht, begegnet man Skandinaviern und Deutschen zugleich, die in einem Dialog über Kultur und Werte, aber auch Aktuelles und Privates kommen. So kann Kultur fremde Menschen einander näher und ins Gespräch bringen, jedoch sollte diese dabei nie als Einbahnstraße, die nur von vermittelnden Seite befahren wird, verstanden werden.

Es gelingt nur dann, Kulturvermittlung als Soft Power zu nutzen, wenn deren Darstellung nicht arrogant oder propagandistisch wirkt. Kulturvermittlung im Rahmen von Public Diplomacy sollte selbstkritisch und authentisch sein, nur dann überhaupt kann sie glaubwürdig wirken. So gesehen macht es durchaus Sinn, wenn die dänische Botschaft sich selbstkritisch mit dem Thema der deutschen Flüchtlinge in Dänemark nach dem Zweiten Weltkrieg auseinandersetzt, indem man eine Lesung mit betroffenen Zeitzeugen im Felleshus organisiert. Denn nur glaubwürdige Kulturvermittlung schafft Verständnis für den anderen mitsamt seiner Werte und Ideale.

Theresa Brüheim und Anna Cecilia Hüttmann sind Mitarbeiterinnen des Deutschen Kulturrates. Beide forschten zuvor zu Public Diplomacy



Das Felleshus in Berlin

Möglichkeitsraum für Vernetzung, Offenheit und Interdisziplinarität

Zur Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in Deutschland

DANIEL GAD

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) Deutschlands ist die dritte Säule der Außenpolitik. Dieses Politik- und Arbeitsfeld, das weit mehr als Kulturdiplomatie ist, zeichnet sich nach jahrzehntelangen Erfahrungswerten durch eine große Vielfalt an Zielen, Arbeitsfeldern, Akteuren und Projekten sowie Programmen aus. Zu behaupten die AKBP reduziert sich auf das Auswärtige Amt und ein paar wenige Mittlerorganisationen, wie das Goethe-Institut, ist – wenn man von außen darauf blickt – längst überholt. AKBP ist zwar formell eine Aufgabe des Bundes. Trotz der Abhängigkeit von den vorhandenen außenpolitischen Zielen der Bundesregierung wird sie aber ebenso durch die Bundesländer und Kommunen, durch zivilgesellschaftliche und kirchliche Träger und ebensolche Finanzquellen sowie durch vielfältige

gierung gilt, wenn die Bereiche Kultur und Bildung innerhalb Deutschlands deshalb immer stärker miteinander verzahnt werden, weil dies hochgradig gesellschaftspolitisch relevant ist, wieso ist eine nach außen gekehrte Innenkulturpolitik weiterhin so wenig Grundhaltung einer AKBP, die auf einem nachhaltigen Wandel zu einem mehr an Kultur in der Welt ausgerichtet ist?

Die AKBP startete lange vor dem Zweiten Weltkrieg zunächst als ein Format, das den ins Ausland emigrierten Deutschen Nähe zu ihrer Herkunft bieten sollte und wurde daran angeschlossen bis heute eine Rahmung und Begleitung einer Repräsentation Deutschlands im Ausland. Die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik zeigen heute im Rückblick, dass auch die AKBP – insbesondere die Arbeit der Mittlerorganisationen – einen signifikanten Beitrag dazu leistete, die deutsche Reputation im Ausland und das Ver-

des »Operndorf Afrika« von Christoph Schlingensiefel bewerten? Sollten Aspekte des Operndorfes zu gegebener Zeit als gescheitert eingestuft werden? Bedeutet dies unweigerlich, dass ein zukünftiges Projekt ähnlicher Natur nicht mit Steuergeldern finanziert werden darf? Scheitern gilt als wichtiges Element des künstlerischen Prozesses. Will AKBP nicht allein über Ansätze der politischen Arbeit, sondern auch über künstlerische Wege agieren, wie relevant ist es dann Momente des Scheiterns zuzulassen und wie transparent muss damit umgegangen werden? Welchen Wert haben große, sichtbare, aber auch teure Einzelprojekte gegenüber kleinen Einzelaktivitäten?

Die Idee, deutsche Künstler oder deren Produktionen auf Tournee zu schicken, ist ein weiteres gängiges AKBP-Format. Doch welchen Wert hat die Präsentation von Deutschlandbildern? Welche Zielgruppen werden da-

B. in Vietnam oder Ägypten als Räume der zensurlosen Freiheit der Künste, der Meinungen und des Diskurses deutlich, dass Kulturförderung im Partnerland ein sichtbarer Bestandteil der AKBP geworden ist.

Doch sind nachhaltige Effekte auf die lokalen Infrastrukturen mit dem letztlich sehr begrenzten Jahresbudget der AKBP überhaupt ernsthaft erreichbar? Viele hier zu würdigenden Projekte und Programme sind Einzelbeispiele, obgleich sie andernorts unmittelbare Anwendung finden könnten. Dass dies nicht passiert, liegt selten allein an der freizügigen auf individuelle lokale Faktoren bezogenen Arbeit des Goethe-Instituts, sondern begründet sich primär aus dem begrenzten Budget gepaart mit Unklarheiten im Auftrag und der Zuständigkeit. Es bleibt zu fragen, ob mehr Mittel aus der Entwicklungspolitik für diese Arbeit bereitgestellt werden könnten oder gar müssten. Auch er-

Der Wille lokale Transformationsprozesse zu begleiten ist kein völlig neuer. Doch eine Entscheidung des Auswärtigen Amtes und des Goethe-Instituts den Wiederaufbau Afghanistans ab 2002 auch durch eine kulturpolitische Dimension zu bereichern, markierte eine neue Qualität, die AKBP als gleichwertige dritte Säule weiter anzuerkennen. Es wurde eindeutig Position bezogen, der Unterdrückung kultureller Rechte und Freiheiten einer Gesellschaft entgegenzuwirken. Wie erfolgreich dieser Ansatz bisher war, lässt sich aufgrund der Komplexität der Faktoren schwer bestimmen. Mit Blick auf die in vielen Teilen der Welt zunehmende eingeschränkte Meinungsfreiheit und daran umfänglicher werdende Zensur, gerade auch für künstlerisches Arbeiten, wachsen die Aufgaben auch für die AKBP. Die UNESCO weist im 2015 erschienenen ersten Weltberichts zur Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen verstärkt



Eingang des Goethe-Instituts in Mumbai, Indien



Ansicht des Goethe-Instituts in London, Großbritannien

Akteure aus der Kunst- und Kulturlandschaft realisiert. Ebenso zeigen die Zielsetzungen sowie die vorhandenen Projekte und Programme wie wichtig es ist, AKBP nicht allein im Ausland zu betreiben, sondern stets anzuerkennen, dass die außenpolitischen Ziele nur dann zu realisieren sind, wenn AKBP auch innerhalb Deutschlands im fließenden Übergang zum allgemeinen Geschehen der Kunst- und Kulturlandschaft verstanden wird.

Konkret bedeutet dies: Auch AKBP bedarf in erster Linie einer Begründung aus Inhalten und Zielsetzungen. Jedoch steht die Anerkennung von zivilgesellschaftlichem Engagement auch monetär durch öffentliche Mittel an vielen Stellen weiter aus. Darüber hinaus erscheinen die Potenziale einer intensiv vernetzten staatlichen und zivilgesellschaftlichen AKBP hinsichtlich der gesteckten Ziele bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Wenn Teile der AKBP entwicklungs-politischer Natur sind, wieso tun sich die zwei relevanten Bundesministerien, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), weiterhin so schwer, eng vernetzt miteinander zu agieren – zumal im BMZ die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen immer ein wichtiges Arbeitsfeld war? Wenn innenkulturpolitisch etwa eine öffentliche Kulturförderung auch eine Gewährleistung von Infrastruktur zur Absicherung der Freiheit der Kunst als klares Selbstverständnis einer Re-

trauen in Deutschland schnell zurückzugewinnen. Die Aufgabe Deutschland als wichtigen Partner für andere zu halten, der auch Impulse in eine Gesellschaft hinein senden will, bleibt bis zum heutigen Tag. Dieser sicherlich am ehesten noch als Kulturdiplomatie zu benennenden Facette der AKBP wurden seit den 1970er Jahren die Ideen der Zusammenarbeit und des Dialogs darstellbar auch in Form der Begriffe »Dialog als Zweibahnstraße« und »Dialog auf Augenhöhe« hinzugefügt. Mitte der 1990er Jahre kam auf Grundlage der Erfahrungen mit den Kriegen auf dem Balkan und dem islamistisch geprägten Terror eine weitere Facette zur AKBP hinzu. Zunächst wurde diese mit Konfliktbewältigung und -prävention umschrieben. Heute wird sie eher als Kulturarbeit in Transformationsprozessen betitelt. Die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen kann aufgrund ihres Charakters der innen- als auch außenkulturpolitischen Leitlinie als weitere Facette der deutschen AKBP dargestellt werden. Diese neuen Facetten führten zu einer größeren finanziellen Ausstattung, zumindest mittel- bis langfristig betrachtet. Ihr Breite unterstreicht die Bedeutung und die Anerkennung von kulturpolitischem Handeln innerhalb der Außenpolitik.

Doch will Außenpolitik wirken, muss sie kontinuierlich befragt werden: Wie relevant sind Leuchtturmprojekte? Wie lässt sich z. B. Erfolg und Misserfolg

mit erreicht? Sind dies Gruppen, die bereits Deutschland affin sind? Warum könnten dies Indikatoren einer erfolgreichen AKBP sein? Wie könnten neue Zielgruppen erreicht werden? Ist eine Konzentration der AKBP auf urbane Ballungszentren ausreichend?

Wie relevant ist die Dimension der Nachhaltigkeit innerhalb der AKBP, hier weniger auf ökologische Faktoren, vielmehr auf die mittel- bis langfristigen Effekte blickend? Die Akteure der AKBP – allen voran das Goethe-Institut – sind insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern tätig. Lange Zeit sträubte sich die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes die Förderung dieser Länder in kulturpolitischen und künstlerischen Dimensionen als eindeutigen Aufgabenbereich aufzugreifen. Andere Staaten, allen voran die nordischen Länder, sehen es als elementaren Aufgabenbereich ihrer AKBP an, in Partnerländern kulturpolitische Strukturen aufzubauen, den sogenannten Süd-Süd-Austausch auch im Bereich der Künste zu fördern und die Professionalisierung der Kunst- und Kulturlandschaft der Partner zu unterstützen. Neben diversen nicht-staatlichen Initiativen haben sich die gut 80 Goethe-Institute, die in Entwicklungsländern angesiedelt sind, deutlich bewegt. Das Goethe-Institut zeigt mit dem Kulturmanager-Fortbildungsprogramm für verschiedene Weltregionen, dem Bücherbus in Palästina, dem Leseförderprogramm in Südamerika ebenso wie mit der weitläufigen Nutzung der Goethe-Institutsgebäude z.

öffnet sich die Frage, welcher Mehrwert sich durch einen weiteren Einbezug der facettenreichen zivilgesellschaftlichen und künstlerischen Initiativen böte.

Wie relevant ist die Facette der Zusammenarbeit? Viele Jahrzehnte Entwicklungspolitik zeigen, dass auch AKBP in Entwicklungsländern die Entstehung von Abhängigkeiten meiden muss. Auch wenn klar ist, dass heutzutage eine Vielzahl der als bedeutsam geltenden kulturpolitischen Initiativen – z. B. Al Mawred Al Thaqafi in der arabischen Region oder das panafrikanische Arterial Network – ohne die langjährige Basisfinanzierung aus Europa und den USA nicht existieren würden. Wie kann Kooperation existenzielle Abhängigkeiten vermeiden und trotzdem Großes bewirken? Wer sind die Partner solcher AKBP? Geht es darum mehr mit deutschen, mehr mit anderen ausländischen, mehr mit lokalen Partnern zusammenzuarbeiten? Und wie kann eine solche Zusammenarbeit zu einer fairen Koproduktion werden? Auch hier gibt es eine Vielzahl an Versuchsinitiativen, vom gemeinsamen deutsch-französischen Kulturinstitut in Ramallah bis zu einer »BangaloREsidency«, die zwar zentral durch das Goethe-Institut gelenkt wird, aber auf künstlerischer Ebene die Koproduktion sucht. Das Ziel einer Kooperationskultur ist bei Weitem nicht erreicht, aber der Weg wird erkundet. Spannend bleibt auch die Frage, was Koproduktion in Ländern wie Frankreich, Kanada oder Japan bedeuten kann.

darauf hin, dass der Schutz und die Förderung der Freiheit der künstlerischen Ausdrucksformen auch Aufgabengebiet der Außenpolitik sein muss. Der Fall Böhmermann im März 2016 verdeutlichte – so kontrovers manche Aspekte in diesem Zusammenhang bleiben – wie die in Deutschland im Grundgesetz verankerte Kunstfreiheit geschützt werden muss. Er zeigt auch, welche Rolle dem Künstler innerhalb der deutschen Gesellschaft zugesprochen wird. Doch welche Aufgabe ergibt sich daraus für die Außenpolitik? Trotz bestehender diplomatischer Grenzen, kann AKBP relevantes bewirken – und sie muss es, wenn sie den sich selbst in der Konzeption 2000 bzw. Konzeption 2011 gesteckten Zielen gerecht werden möchte.

Wenn man bedenkt, dass viele der hier angeführten Beispiele zur Arbeit des Goethe-Instituts genauso, ähnlich und ganz anders von einer Vielzahl weiterer Akteure aus Deutschland, Europa oder direkt im Zielland angegangen werden, öffnet sich ein bei Weitem nicht ausgeschöpfter Möglichkeitsraum. Dieser ruft nach Vernetzung, Offenheit und Interdisziplinarität für eine AKBP als dritte Säule der Außenpolitik eines in seinem gesellschaftspolitischen Grundverständnis global eng verbundenen Deutschlands.

Daniel Gad ist Geschäftsführer des UNESCO-Lehrstuhl »Cultural Policy for the Arts in Development« am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim

Ein Berg wird neu entdeckt

Reaktion zur Aufnahme des Forums Konkrete Kunst in die 25. Rote Liste

TOBIAS J. KNOBLICH

Das Forum Konkrete Kunst, das sich in der romanischen Peterskirche in Erfurt befindet, ist kein Museum. Es wurde 1993 gegründet, um wechselnde internationale Positionen konkreter Kunst zu zeigen und in Symposien zu verhandeln. Das war mit der Bezeichnung »Forum« gemeint: Es sollte gleichsam ein Marktplatz, ein diskursiver Ort sein, der in Zeiten des Übergangs gewissermaßen einfach gesetzt wurde. Eine jener typischen »Nachwende-Aktionen«, die noch wenig mit weitsichtiger Kulturpolitik zu tun hatten, aber oft wichtige Schritte bedeuteten. Im hier vorliegenden Falle konnte damit ein als Ausstellungs- und Versammlungsort nur schwer nutzbares, aber wertvolles Gebäude der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden, das seiner weiteren Erschließung und Restaurierung bedurfte und noch immer bedarf.

Die für das heute nicht mehr vorhandene Benediktinerkloster St. Peter und Paul im 12. Jahrhundert errichtete Kirche zeigt deutlich die Spuren des Wandels, den der Erfurter Petersberg insgesamt erfahren hat. Vom klösterlichen Anwesen hin zur Wehranlage reicht die »Besetzung« dieser symbolträchtig-strategischen Erhebung in der Stadt, die seit der Mitte des 17. Jahrhunderts als Zitadelle ausgebaut worden war. Schon in der Vorzeit haben hier wohl Menschen gesiedelt, später, im ersten Jahrtausend, diente der Ort vermutlich als fränkische Königspfalz, das spätere Kloster beherbergte jedoch nachweislich mehrfach deutsche Kaiser und Könige.

Heute dominiert eine militärhistorische Anmutung, die auch die Peterskirche prägt. Sie verlor zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihre Türme, wurde mit einer Zwischendecke versehen und im Bereich des Mittelschiffs auf die Höhe der Seitenschiffe reduziert, sodass eine Nutzung als Magazin und Lagerraum möglich wurde. Damit büßte sie stark ihre sakrale Anmutung ein und wirkt seitdem eher trutzig denn mächtig – gleichwohl sie einst die größte romanische Klosterkirche Thüringens war. Vom Kloster ist heute sonst nichts mehr zu sehen; eine Idee davon vermittelt

ein Modell im Stadtmuseum. Vielleicht wird bei neuer Erschließung des Ortes einiges ergraben und in der Folge gestalterisch-strukturell angedeutet, wo heute allein eine gigantische historische Kaserne den Platz einnimmt. An ihrer Neuinterpretation als Museum unter Einbezug der Kirche arbeiten derzeit Land und Stadt gemeinsam.

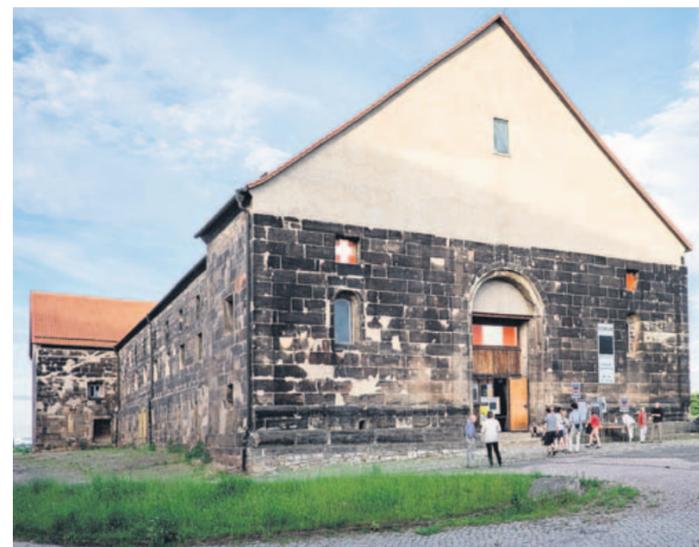
Die Klosterkirche nach der politischen Wende zu besetzen und zu öffnen, war auch deshalb sinnvoll, da das Areal vor 1990 nur teilweise öffentlich zugänglich war. In der DDR dominierte dort eine staatliche Nutzung, zeitweise sollte der Ort als sozialistische

Die Kirche als Kulturort für wechselnde Ausstellungen und Veranstaltungen erhalten

Stadtkrone umgedeutet werden; dieser Plan wurde allerdings aufgegeben. Das Forum Konkrete Kunst brachte neues Leben auf den Petersberg und rückte künstlerische Ausdrucksformen in den Fokus der Aufmerksamkeit, die wenige Jahre vorher noch im Widerspruch zur sozialistischen Realismuskonzeption gestanden hatten. Bis jetzt wurde es jedoch nur über den zweiten Arbeits-

markt als Projekt betrieben, also von vorn herein improvisiert und prekär. Die Stadt als Trägerin hatte nie ein Museumskonzept erwogen, auch der Nutzungsvertrag mit der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten ließ keine baulichen Maßnahmen für einen Museumsbetrieb zu. Inzwischen liegt eine Gefährdungsanalyse vor, die einen Personaleinsatz dort nicht mehr erlaubt; Freiwillige stehen nicht zur Verfügung. Das Gebäude ist nicht beheizbar, verfügt über keine Toiletten und Sozialräume. Alles atmet den Charakter des Alternativen, des Vorläufigen. Die Zeit großer Aufmerksamkeit für das Thema dürfte auch vorbei sein.

Daher hatte die Kulturverwaltung entschieden, eine Winterschließzeit einzuführen und in der Folge das Gebäude als Baudenkmal in Form von Führungen weiterhin zugänglich zu halten. Die Kunstwerke sollen perspektivisch den Leihgebern zurückgegeben werden, da es sich um keine städtische Sammlung handelt und keines der Werke der Stadt gehört. Das Ziel besteht aber darin, die Kirche weiter zu ertüchtigen und als Kulturort unter anderem für wechselnde Ausstellungen und Veranstaltungen zu erhalten. Motor der Entwicklung ist die 2021 in Erfurt stattfindende Bundesgartenschau (Buga), in deren Gelände das Bauwerk sich befindet. Leider gelingt keine fließende Nutzungskonversion, da die Buga-Planungen noch nicht



Das Forum Konkrete Kunst in Erfurt

FOTO: SEBASTIAN WEINHOLD

abgeschlossen sind und Investitionen noch nicht getätigt werden konnten. Dennoch geht es derzeit um nicht weniger als die Neuinterpretation des Petersberges im Ganzen, die Offenheit und auch die Bereitschaft zur Aufgabe temporärer Nutzungen erfordert. Die Kulturverwaltung hatte vorgeschlagen, künftig die restaurierte Peterskirche auch mit Sonderausstellungen konkreter Kunst zu bespielen, aber auf eine komplette Musealisierung zugunsten flexibler Erlebbarkeit des Gebäudes zu

verzichten. Das Forum ist daher aus Sicht des Rechtsträgers zu Unrecht auf die Rote Liste gesetzt worden: Die Stadt schließt kein Museum, weil das Forum keines ist; es findet ein Konversionsprozess statt, der öffentlich diskutiert und kooperativ gestaltet wird; lediglich der Förderverein kämpft um Fortbestand des Bestehenden, allein seine Interessen spiegeln sich in der Listung wider.

Tobias J. Knoblich ist Kulturdirektor der Landeshauptstadt Erfurt

Die Kunst ist frei, sich politisch zu engagieren

Reaktion auf die Debatte zum Engagement von Künstlern im Wahlkampf in P&K 4/16 und P&K 5/16

KATARINA BARLEY

Dürfen sich Künstler für Wahlkampf »hergeben«? Was für eine Frage. Schon in der Formulierung schwingt mit: Spielt nicht mit den Schmuttelkindern und lasst Euch nicht instrumentalisieren! Aber das kann nicht die Antwort sein, denn die Abwertung von Parteien in dieser Darstellungsweise ist auch eine Abwertung der Demokratie. Die Kunst ist frei. Das ist ein Grundrecht. Sie ist auch frei, sich politisch und in Parteien zu engagieren. Und so kann ich nur Klaus Staack beipflichten, der in seinem Debattenbeitrag in P&K 5/16 feststellt: »Auch für Künstler gilt: Einmischung ist die erste Bürgerpflicht.«

Wer mit Leidenschaft für seine Werte und Ideen einsteht, der gibt sich nicht her, sondern der gibt sich hin. Das ist ein fundamentaler Unterschied.

Ein Rückblick: September 2016. In Berlin stellt sich der Regierende Bürgermeister Michael Müller im Wahlkampf offenen Aggressionen. Er und die SPD beziehen Stellung gegen Ausgrenzung und Rassismus. »Berlin bleibt weltoffen«, ist die zentrale Botschaft. Mit dabei sind Künstler, Schauspieler, Kulturschaffende. In einem Videoclip klären sie über die menschenfeindlichen und rassistischen Positionen der AfD auf und fragen: »Willst Du das, Berlin?«.

Dieses Engagement war ein wichtiger Beitrag. Nicht nur für die SPD,

sondern für unsere Demokratie, für unsere Gesellschaft. Der Kampf für unsere Demokratie ist auch ein Kampf für die Freiheit der Kunst. Wo es hilft, wenn Nationalisten die Macht übernehmen, können wir in unserer europäischen Nachbarschaft beobachten. Der freien Presse und den Kulturschaffenden geht es häufig zu allererst an den Kragen. Ein Blick nach Ungarn verdeutlicht das. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen. Nirgendwo. Es geht eben nicht darum, dass Kulturschaffende sich einem Regime an dienen sollen, wie es Tanja Dücker in P&K 5/16 nahelegt. Es geht darum, die pluralistische und freie Gesellschaft durch das Engagement in demokratischen Parteien mitzugestalten.

Deshalb geht der Vergleich mit der Nazi-Herrschaft und dem SED-Regime völlig fehl.

Das politische Engagement von Kulturschaffenden ist kein Werbeinstrument, sondern die Chance der Künstler, die Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen zu verändern. Der politische Auftritt ist kein Schauspiel. Er lebt von der Überzeugung des politischen Menschen, das Richtige zu tun und den eigenen Werten zu folgen. Das gilt auch für die ureigenen Interessen der Kulturschaffenden als Berufszweig und dem Einsatz für eine zeitgemäße Kulturpolitik. Für all das ist die SPD offen.

Katarina Barley, MdB ist Generalsekretärin der SPD

14 **Altes Zeug: Beiträge zur Diskussion zum nachhaltigen Kulturgutschutz**

- **Olaf Zimmermann:** Altes Zeug / s. 19
- **Gabriele Schulz:** Kulturgutschutz: eine vielfältige Aufgabe / s. 20
- **Herrmann Parzinger:** Kulturerbe weltweit in Gefahr / s. 27
- **Monika Grütters:** Kulturgut verpflichtet! Die Geschichtswelt zum Kulturgutschutz lautet ein längs fallendes Paradies / s. 29
- **Olaf Zimmermann:** Das »Gesetz zur Neuregelung des Kulturgutschutz« in der Diskussion der Bundestage / s. 37
- **Roberta M. M.:** Anforderungen an ein modernes Kulturgüteritzgesetz / s. 42
- **Markus Hilber:** Wirtschaft und Kulturgut / s. 43
- **Isabel Pfeiffer-Poensgen:** Kulturerbe bewahren und überliefern. Zur Arbeit der Kulturstiftung der Länder / s. 48
- **Günther Wessel:** Nachschub für einen gigantischen Markt. Raubgrabungen zerstören das kulturelle Erbe der Menschheit / s. 51
- **Walter Sommerfeld:** Plünderungen, Verwüstungen, Raub-Ärchäologie im Irak bewirkt
- **Andrea Wenger im Gespräch mit Rene Allonge:** Was tun gegen Kunsträuber und -fälscher? / s. 85
- **Michael Knoche:** Grab der deutschen Klassik. War der Brand der Herzogin Anna Amalia Bibliothek vermeidbar? / s. 87
- **Joachim Menge:** Gefahr im Wandel – strukturelle Bedingungen der Katastrophe. Im Lebenszyklus eines Gebäudes sind Umbauphasen besonders gefährlich / s. 88
- **Ulrich S. Soénius:** Die Katastrophe von Köln – Kultureinrichtung stark betroffen. Mnemosyne, welche Lehren folgen aus dem Einsturz des Stadtarchivs / s. 92
- **Michael Knoche:** Die größere Kulturkatastrophe ist die Vernichtung eines nationalen Programms / s. 93
- **Katharina Corsepius:** Digital statt Original ist nicht die Lösung. Zum Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln / s. 99
- **Ulrich Kretzschmar:** Unverzichtbar für das Gedächtnis der Gesellschaft. Das Internet erweitert den Kreis der Archivnutzer ständig / s. 102
- **Ulrich Kretzschmar:** Die 780. Verschundene Nachkriegsarchivbestände / s. 105
- **Eberhard Junkersdorf:** Deutschland und sein Filmerbe. Zu Geschichte und Aufgabe der Murnau-Stiftung / s. 108
- **Ernst Szebedits:** Das »verruichte« Filmerbe. Zum Umgang mit Filmen und Filmdokumenten aus dem Dritten Reich / s. 112
- **Hanns-Peter Frenzt:** Bilder als Zeitzeugen. Zum fachgerechten Erhalt analoger Fotografie / s. 114
- **Ulrich Kretzschmar:** Die vielschichtige Aussagekraft

Neues Zeug?

Der Schutz von Kulturgut ist eine vielfältige und facettenreiche Aufgabe, das wird bei der Lektüre der in diesem Band zusammengestellten Beiträge deutlich.

Es geht um die Aus- und die Einfuhr von Kulturgut, also den Handel. Es geht um den Schutz des archäologischen Kulturerbes, insbesondere im Nahen Osten. Es geht um die Gebäude, in denen Kulturgut aufbewahrt wird sowie generell um den physischen Schutz von Kulturgut sowie die Chancen, die die Digitalisierung von Kulturgut bietet. Es geht um Begehrlichkeiten von Finanzverantwortlichen, Kulturgut aus öffentlichem Besitz bei knappen Kassen zu verkaufen. Es geht um den verantwortlichen Umgang mit NS-verfolgt entzogenem Kulturgut, um Provenienzforschung sowie die Restitution von Kulturgut. Es geht um die Forschung zum Kulturgut in den Kleinen Fächern an den Universitäten. Und last but not least geht es um den Schutz des Immateriellen Kulturerbes, der seit einigen Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

ISBN: 978-3-934868-38-0, 348 Seiten, € 18,80

Jetzt bestellen
www.kulturredaktion.de

Für Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 30.09.2016. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat in der im Juni 2016 vorgestellten Studie »Frauen in Kultur und Medien« herausgearbeitet, dass auch im Kultur- und Medienbereich längst noch nicht von Geschlechtergerechtigkeit gesprochen werden kann. Kulturstaatsministerin Monika Grütters MdB hat als Reaktion auf die Studie die Einrichtung eines Runden Tisches angekündigt, der konkrete Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich erarbeiten soll. Mit Blick auf den Runden Tisch positioniert sich der Deutsche Kulturrat hier mit einer ersten Stellungnahme zu diesem Themenfeld und konzentriert sich dabei auf ausgewählte Aspekte.

Der Deutsche Kulturrat tritt für Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich ein. Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich entspricht dem verfassungsrechtlichen Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau. Der Staat hat die Möglichkeit und die Verpflichtung, Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehören vor allem, die Voraussetzungen für eine stärkere Präsenz von Frauen in Leitungsfunktionen von Kultur- und Medienunternehmen zu schaffen, die Partizipation von Frauen an der individuellen Künstlerinnen- und Künstlerförderung zu erhöhen und eine Gleichstellung hinsichtlich der Honorare für freiberufliche Künstlerinnen zu sichern. Mit entsprechendem politischen Willen sind diese Maßnahmen umsetzbar, ohne die Freiheit der Kunst im Sinne des Grundgesetzes infrage zu stellen. Deshalb gilt es, sich nachhaltig für mehr Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen, hierfür die entsprechenden Umsteuerungen vorzunehmen und Ressourcen einzusetzen. Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich darf kein Spezialthema bleiben, sondern soll zum festen Bestandteil kulturpolitischer Forschung, kulturpolitischer Diskussion und kulturpolitischer Handelns werden. Es geht darum, in den Bereichen, in denen bislang für Frauen oder für Männer Nachteile bestehen, die Voraussetzungen für ein ausgeglichenes Verhältnis zu schaffen.

Individuelle sowie projektbezogene Künstlerinnen- und Künstlerförderung

Unter individueller Künstlerinnen- und Künstlerförderung werden Arbeits- oder Aufenthaltsstipendien, dotierte Preise oder Auszeichnungen und ähnliches zusammengefasst, die direkt an den Künstler oder die Künstlerin vergeben werden. Ziel ist es, dass die Künstlerinnen und Künstler sich für einen bestimmten Zeitraum ganz ihrem Werk widmen können. Sowohl der Bund, die Länder und die Kommunen als auch die selbstverwalteten, vom Bund geförderten Fonds fördern und unterstützen mit solchen Maßnahmen Künstlerinnen und Künstler. Beispiele hierfür sind Villa Massimo-Stipendien oder die Förderungen der Stiftung Kunstfonds.

Unter projektbezogener Künstlerinnen- und Künstlerförderung werden Maßnahmen verstanden, die der Verwirklichung eines bestimmten künstlerischen Projektes dienen. Dies können unter anderem Materialkosten- oder Druckkostenzuschüsse sein.

- Der Deutsche Kulturrat fordert,
- dass Jürs und Auswahlgremien, die durch öffentliche Mittel finanziert werden, geschlechtergerecht besetzt werden; Ziel ist es, Parität herzustellen,
 - dass Maßnahmen der individuellen Künstlerinnen- und Künstlerförde-

rung mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie hinsichtlich von Altersgrenzen flexibilisiert werden,

- dass Auswahlverfahren, sofern möglich, anonymisiert erfolgen, Beispiele hierfür sind das musikalische Vorspiel hinter dem Vorhang oder die anonymisierte Bewerbung,
- dass ein Förderprogramm für den künstlerischen Wiedereinstieg nach einer Familienphase entwickelt wird, diese Programme sollen sich an Frauen und Männer richten.

Allgemeinbildende Schulen und Berufsberatung

In allgemeinbildenden Schulen sowie in der Berufsberatung werden Bilder von Berufen mitgeprägt. So gelten einige Berufe im Kulturbereich eher als „Frauenberufe“ wie z.B. Masken- oder Kostümbildnerin und andere als „Männerberufe“ wie z.B. Tonmeister oder Kameramann.

Der Deutsche Kulturrat fordert,

- dass in den allgemeinbildenden Schulen und in der Berufsberatung Jungen und Mädchen unabhängig von geschlechtsspezifischen Typisierungen alle Berufe nahegebracht und sie gleichermaßen für sie begeistert werden,
- dass in den allgemeinbildenden Schulen über technisch-künstlerische Berufe und die damit verbundenen Berufschancen verstärkt informiert wird, um die geschlechtsspezifischen Zuweisungen aufzubrechen.

Hochschulen

In den Kunst-, Design-, Theater, Film-, Architektur-, Tanz- und Musikhochschulen werden nicht nur die Fertigkeiten und Fähigkeiten von Studierenden sowie die künstlerische Persönlichkeit ausgebildet, sondern es geht auch darum, auf den künstlerischen Beruf vorzubereiten und künstlerische Tätigkeit vorzuleben. Durch das an vielen künstlerischen Hochschulen und Universitäten bestehende Klassenprinzip entsteht eine enge Verbindung zwischen Lehrenden und Studierenden. Umso wichtiger ist es, dass Studierende Lehrende auch als Künstlerinnen und Künstler erfahren und sie als positive Rollenmodelle erleben.

Der Deutsche Kulturrat fordert,

- dass die Aufnahmegremien an künstlerischen Hochschulen und Universitäten geschlechtergerecht besetzt werden,
- dass die Programme zur Förderung von Professorinnen fortgesetzt und mehr Professorinnen an Kunst- und Musikhochschulen berufen werden,
- dass mehr Frauen in Leitungsfunktionen an Kunst- und Musikhochschulen gewählt werden,
- dass Fragen des Arbeitsmarktes Kultur, insbesondere zu Verhandlungen zu Honoraren und Vergütungen, Teil des allgemeinen Lehrplans an Kunst- und Musikhochschulen werden,
- dass ergänzend in den Career Centern der Kunst- und Musikhochschulen ein besonderes Augenmerk auf den Berufseintritt von Absolventinnen gerichtet wird.

Öffentlich-finanzierte Kultureinrichtungen und öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Öffentlich-finanzierte Kultureinrichtungen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk sind wichtige Arbeitgeber im Kultur- und Medienbereich. Sie sind aufgrund der öffentlichen Finanzierung oder der öffentlich-rechtlichen Rechtsform in besonderer Weise der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet. Der Deutsche Kulturrat fordert,

- dass öffentlich-finanzierte Kultur-

einrichtungen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk Geschlechtergerechtigkeit als personalpolitisches Ziel formulieren und dieses Ziel konsequent verfolgen – auch mit Blick auf die Weiterbildung von künftigen Führungskräften,

- dass flexible Karrieremodelle eingeführt und außerhalb des Berufs erworbene, für den Beruf qualifizierende Kenntnisse stärker berücksichtigt werden,
- dass Aufsichts- und Beratungsgremien sowie Rundfunk- und Verwaltungsräte unter Berücksichtigung der weisungsunabhängigen Medien geschlechtergerecht besetzt werden.

Kultur- und Medienverbände

Kultur- und Medienverbände bündeln die Interessen ihrer Mitglieder und vermitteln diese der Öffentlichkeit und Politik. Viele Kultur- und Medienverbände entsenden jedoch auch selbst Mitglieder in Aufsichts- oder Beratungsgremien, unterhalten eigene Jürs und sind Arbeitgeber. Sie sind daher ebenfalls gefordert, sich für Geschlechtergerechtigkeit in den eigenen Reihen einzusetzen.

Der Deutsche Kulturrat fordert,

- dass Personenzusammenschlüsse aus dem Kultur- und Medienbereich sich um eine geschlechtergerechte Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft bemühen und sich dieses auch in der Zusammensetzung der Vorstände widerspiegelt,
- dass Kultur- und Medienverbände Rahmenbedingungen für ein Engagement in Verbänden und der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und zivilgesellschaftlichem Engagement verbessern,
- dass Kultur- und Medienverbände ihre Jürs und Auswahlgremien sowie Vorstände bzw. Präsidien geschlechtergerecht besetzen. Der Deutsche Kulturrat verpflichtet sich, hier mit gutem Beispiel voranzugehen.

Monitoring und Evaluation

Die eingangs erwähnte Studie des Deutschen Kulturrates »Frauen in Kultur und Medien« nimmt einen Zeitraum von 20 Jahren in den Blick. Dieses war der grundlegende Schritt, um eine Entwicklung aufzeigen zu können. Um Veränderungen zeitnah nachzuvollziehen und möglichen Fehlentwicklungen entgegenzusteuern, sind aber Berichte in kürzeren Intervallen erforderlich. Dazu zählen zum einen umfassende Berichte zum Thema selbst und zum anderen eine kontinuierliche Evaluation ergriffener Maßnahmen, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

Der Deutsche Kulturrat fordert,

- dass öffentlich-finanzierte Einrichtungen der individuellen Künstlerinnen- und Künstlerförderung über die Gewichtung ihrer Förderung von Frauen und Männern Auskunft geben und dabei auch den Faktor Förder-summe ausweisen,
- dass in den Jahresberichten von öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk über Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit Auskunft gegeben, über die Gremienbesetzung und die Anteile von Frauen und Männern in den unterschiedlichen Positionen informiert wird,
- dass in den Jahresberichten der künstlerischen Hochschulen und Universitäten die Anteile der weiblichen und männlichen Studierenden sowie der weiblichen und männlichen Lehrenden gegenübergestellt werden und Maßnahmen, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, dargestellt werden.

nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz



Donaueschinger Musiktage 2016 Das Festival für zeitgenössische Musik

Wenngleich die Donaueschinger Musiktage in jedem Jahr ein ungemein breites Spektrum der musikalischen Avantgarde auffächern, präsentierten sie 2016 doch besonders viele unterschiedliche Strömungen, Einflüsse und Ausdehnungen des Begriffs der „Neuen Musik“. Sehen Sie einen Querschnitt durch die Festivalsage in unseren dort entstandenen Blogvideos.



mu:v-Camp 2016

Ein Projekt der jungen Initiative der Jeunesses musicales

mu:v - Musik verbindet. Unter diesem Motto fand auch diesen Sommer wieder auf Initiative der Jeunesses Musicales Deutschland (JMD) das mu:v-Camp auf Schloss Weikersheim statt. Von und für junge Menschen selbst organisiert, konnten an 4 Tagen Workshops und Kurse rund um das Thema Musik besucht werden. Das Angebot war enorm: von klassisch musikalischen Themen wie Chorgesang oder Stimmbildung über den 30er-Jahre-Tanzkurs Lindy Hop oder einem Mundharmonika-Workshop bis hin zum Musikjournalismus- oder Kulturmarketing-Kurs. nmzMedia hat im Auftrag der JMD diesen kleinen Trailer produziert.



Sommerfest des RSO Stuttgart

Ein musikalischer Abschied für das langjährige Publikum

Im Juli feierte das Radio-Sinfonieorchester Stuttgart mit einem großen Musikfest sein 70-jähriges Bestehen – und verabschiedete sich gleichzeitig von seinen treuen Hörerinnen und Konzertbesuchern, die nun nach der Sommerpause durch die Fusion der beiden SWR-Sinfonieorchester ein neues Orchester erleben. Rund 8.000 Gäste kamen zu den zahlreichen und in Form und Programmauswahl ganz unterschiedlichen Konzerten, die die Musiker des Orchesters einen Tag lang in und um die Stuttgarter Liederhalle darboten.

kostenlos unter:
www.nmz.de

Kurz-Schluss

Wie ich einmal als überzeugter Europäer leider gezwungen wurde, um Hilfe zu bitten

Eigentlich war ich immer ein in der Wolle gefärbter Europäer. Als alter Humanist ist mir bekannt, dass der Name in seinem tieferen Sinn »Weit-Sicht« beinhaltet. Wie treffend! Und Wikipedia entnehme ich befriedigt, dass als europäische Identität jener Teil der Identität oder des Bewusstseins einer Person oder Personengruppe bezeichnet wird, der sie befähigt, sich als Europäer zu begreifen und eine bejahende Haltung zu einer gemeinsamen Identität (»Wir-Gefühl«) und zum Zusammenleben der Menschen und Völker in Europa im Sinne einer Gemeinschaft einzunehmen. In einem breiten Identitätsdiskurs bezieht sich der Begriff auch auf Haltungen zur Verfasstheit Europas oder zur Rolle und zum Selbstverständnis Europas und der Europäer in der Welt. Wie für mich verfasst.

Weitsicht kann dazu führen, in Berührung mit fremden Kulturen, anderen Ideologien, Religionen, Weltansichten etc. zu kommen. Was ist besser geeignet, als das erfahrene, alte Herz, das von Aufklärung geprägte Gehirn der Bewohner unseres Kontinents, Brücken zu schlagen, Verständnis füreinander zu generieren, ein globales »Wir-Gefühl« zu erzeugen? Großzügigkeit und To-

leranz sollten in solchen Situationen unsere Maximen sein. Wenn z. B. an Stelle unseres etwas überlebten Reformationstages aus Übersee das Phänomen »Halloween« Platz greift – prima: Unsere Kinder, die mit Luthers Thesen noch nicht so viel anfangen können, haben inmitten ihres Schulstresses einen heiteren Tag. Es regnet Süßes, Geld und Sauerliches. Lebensnahe Masken aus gesundem Kürbismaterial geschnitzt, erfrischen unser oft mausgraues Stadtbild. Und der Killer-Clown als aktuellster Clou dieser Alltags-Innovation schafft ungeahnte Möglichkeiten, auch die Jüngsten behutsam aber konsequent auf eine nahe Zukunft, die Niederlage des objektiv fehlgeleiteten IS und den damit verbundenen Bevölkerungszuwachs hierzulande, spielerisch vorzubereiten.

Nun, es wäre unrealistisch und ehrlich zu behaupten, dass Europa in den letzten 2.000 Jahren nur goldene Zeiten erlebt hätte. Gewisse, auch blutige Zwistigkeiten zwischen Stämmen und Völkern, Reibereien mit anderen Kulturen sollen an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Wie segensreich – blicken wir aufs Heute und Morgen ist die Tatsache, dass eben das stets schwammige, zu unnützen Diskussio-

nen, ja zu Fehden verleitende Feld der Kultur (gemeint ist nicht die Landwirtschaft) – aus dem Basis-Kanon der europäischen Gemeinschaft ausgeklammert wurde. Immerhin taucht sie bei der Definition des Ökonomismus als Leitkultur unserer europäischen »Weit-Sicht« in angemessenem Kontext noch auf.

Dieser kapitale Grundstein unseres europäischen Selbstverständnisses hat zahlreiche, zutiefst menschliche Gesichter. So hat sich unter dem Schirm eines ausgeprägt humanen Common Sense in Brüssel eine hochkompetente Schar von Politikern und Beratern zusammgefunden, die nichts anderes im Sinn hat, als Gelder gerecht und transparent an würdige, innovative aber auch traditionsbewusste Firmen und Institutionen zu verteilen. Mit dem ehernen Ziel, unendlich prosperierendes Wachstum für verdiente Bürgerinnen und Bürger zu generieren. Dass dabei gerechtigkeitshalber einige niederschwellige Regularien und Hürden zu beachten sind, entspricht dem humanen Grundgedanken der Gemeinschaft. Unverständlich deshalb die irrationalen Ängste Rückwärtsgewandter (gerade auch aus dem schmalbrüstigen, subventionsabhängigen Kultursektor), im Rahmen von globalen, internationalen Handelsabkommen wie CETA oder TTIP ökonomisch stabilisierende, expansionsfördernde Partnerschaften einzugehen. Undank war schon immer der Künstler liebstes Verhalten – ich erinnere an Richard Wagner, falls ir-

gendjemand dessen Grobschlichtigkeit in Finanzangelegenheiten überhaupt noch interessiert.

Doch zurück zu den Segnungen unseres Systems. Als Absolvent eines altsprachlichen Gymnasiums war es mir leider verwehrt, abgefüllt mit altgriechischen Verben und lateinischen Schachtelsätzen, nötige wirtschaftliche Grundlagen kennenzulernen, geschweige denn, deren Zusammenhänge zu verstehen. Insofern bitte ich die geschätzten Leserinnen und Leser dieses Intelligenzblattes dringend um Hilfe. Unterstützt durch einen günstigen Steuerberater hatte ich ein kleines Verlagshaus aufgebaut, das jetzt durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes in Schwierigkeiten geriet. Ich soll rückwirkend für einige Jahre den bescheidenen Anteil der via VG-Wort zugeteilten Kopiervergütung retournieren.

Ein Fall für unsere wunderbare europäische Solidaritätszentrale in Brüssel – dachte ich. Also besorgte ich mir Informationen zu Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte, wie vom Steuerberater empfohlen. Allein: Ich verstehe die meisten Beschreibungen und Regularien leider nicht: Ich scheitere – nachdem mein Berater seine Mitarbeit »mangels Ihrer Masse« eingestellt hat, schon an den allgemeinen Begrifflichkeiten.

Was – verflixt – bedeutet: »In bestimmten ERP-/KfW-Förderprodukten werden Subventionen, im EU-Sprachgebrauch Beihilfen, gewährt. Beihilfen an Unternehmen sind nach dem Ver-

trag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) grundsätzlich verboten, da sie negative Auswirkungen auf den Wettbewerb in der EU haben können. Unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt das EU-Recht allerdings Ausnahmen vom allgemeinen Beihilfeverbot. Die entsprechenden EU-Beihilferegelungen bestimmen detailliert, in welchen Bereichen, zu welchen Bedingungen und bis zu welcher Höhe Beihilfen gewährt werden dürfen. Bekannte Beihilferegelungen sind die De-minimis-Verordnungen und die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)...«

Kann mir das – und die weiteren 300 Seiten des Antrages – irgendjemand erklären – möglichst gegen sehr geringe Gebühr? Besten Dank im Vorhinein – Ihr Theo Geißler



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

MÖHREN-SALAT – DIE P&K-NACHRICHTEN

Kyritz an der Knatter: Kulturstaaatsministerin Monika Grütters wird von mehreren Gemeinden und Weilern in West- und Ostdeutschland der Ehrentitel »Kulturreferentin« verliehen. Anlass seien ihre öffentlichkeitswirksamen Besuche in Buchhandlungen, Kinos und Theatern gerade in kleinen Kommunen, die teilweise mit großzügigen Spenden in mittlerer dreistelliger Höhe verbunden waren. Als Zeichen der Anerkennung wurde ihr vom Inhaber des Kyritzer Wanderkinos »Kill Bill« ein Florentinerhut überreicht, als Reminiszenz an ihre erfolgreiche Dienstreise nach Florenz.

Berlin: Mit dem Regierungsbericht »Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist« beschreibe die Bundesregierung »ein Stück Neuland«, sagt Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrem neuen Video-Podcast. Anders als bisherige Untersuchungen finde der Regierungsbericht Indikatoren für Lebensqualität. Diese Indikatoren, so Merkel, bildeten ab, »wie sich die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben vorstellen«. Zudem lasse sich »auch über Jahre« verfolgen, »ob sich etwas im Sinne der Bürger zum Besseren wendet«. Zu diesen Indikatoren gehören neben dem Wunsch nach Abschaffung

der Kraftstoff- und der KFZ-Steuer der dringende Appell, eine Kanzlerkandidatur von Sigmar Gabriel zu verhindern.

Rostock: Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern will sich nach dem Willen des SPD-Fraktionschefs Mathias Brodtkorb bei der Bundesregierung für die Förderung höherer Bildungsabschlüsse für alle Kinder einsetzen. »Wir möchten, dass so viele Kinder wie möglich auch aus Hartz-IV- oder Aufstockerfamilien Abitur machen, damit sie sich aus den sozialschwachen Verhältnissen herauslösen können«, sagte der Minister. So hätten die Absolventen im wahrscheinlichen Falle ihrer Auswanderung nach England, Indien oder Skandinavien bessere Startchancen.

Brüssel: Kanadas Handelsministerin Chrystia Freeland erhält vom Bundesverband Deutscher Meersalzproduzenten die Auszeichnung »Silberne Krokodilsträne«. In der Begründung heißt es: »Frau Freeland hat mit ihrem offensichtlich ernst gemeintem emotionalen Signal nicht nur hohen Einsatz für freien Welthandel bewiesen, sondern auch gezeigt, wie anrührend die Verbindung von Wasser und Salz sein kann.«

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Telefon: 030. 226 05 280
Fax: 030. 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P.),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb, Andrea Wenger

REDAKTIONSASSISTENZ
Seda Gül Inan

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner, Telefon: 0941. 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50, wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Regensburg
www.conbrio.de

Politik & Kultur erscheint sechsmal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Tel.: 030. 226 05 280
Fax: 030. 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann

der Newsletter des Deutschen Kulturrates (zwei- bis dreimal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben

nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS
Dieser Ausgabe von Politik & Kultur liegt Kippa, Koscher, Klezmer? – Dossier »Judentum & Kultur« bei.